C21734 E



Arbeiterkampf

Nr. 37/18. Dez. 1973
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

„Energiekrise" und ... ...Zechenstillegung



Mit dem Beschluß des Aufsichtsrats der Ruhrkohle AG (RAG) Anfang November weitere vier Zechen bis 1976 dichtzumachen, ist das Los von rund 10.540 Bergleuten vorläufig besiegelt. Stillgelegt werden nach den Plänen der RAG-Bosse folgende Zechen:

○ Hansa – von der Schließung dieser Zeche in Dortmund Huckarde sind 2.900 Arbeiter und Angestellte betroffen. Die Jahresförderung auf Hansa beträgt rund eine Million Tonnen, die Durchschnittsleistung pro Mann und Schicht wurde in den letzten Monaten noch von 3,6 auf 4,5 Tonnen heraufgetrieben. Obwohl die „abbauwürdigen Vorräte" dieser hochmodernen Anlage noch bis 1978 reichen sollen, wird die RAG diese Zeche bereits 1975 schließen.

○ Monopol – die größte der betroffenen Zechen mit 3.200 Bergleuten, die zwei Millionen Tonnen jährlich gefördert haben. Auch hier wurde in den letzten Monaten durch verschärfte Arbeitshetze die Schichtleistung pro Mann von vier auf 5,147 Tonnen heraufgeschraubt. Die „abbauwürdigen Vorräte" an Fettkohle reichen noch mehrere Jahre, während das Gaskohlelager auf 'Monopol' noch jahrzehntelang reichen würde. Trotzdem – 'Monopol' in Kamen wird bereits 1976 stillgelegt.

○ Werne – auf der Zeche Werne in Werne an der Lippe werden jährlich rund eine Million Tonnen Fettkohle (mäßiger Qualität) von 1.900 Kumpels gefördert. Die Arbeiter von

Forts. Seite 12

Die Erpressung der Ölkonzerne

Daß nicht die Araber, sondern die Konzerne die Urheber der Energieeinsparungen sind, können heute die bürgerlichen Zeitungen nicht mehr vollständig verschweigen. Zu deutlich sprechen die Tatsachen: In Arabien werden alle Tanker – trotz des Geredes vom Ölboykott – gefüllt. In einer TV-Sendung wurde mitgeteilt, daß allein in den Monaten August - November die BP ihre Profite um 480 % (!!) steigern konnte. Das heißt aber noch lange nicht, daß nicht weiterhin von einem arabischen Boykott geredet wird. Die Meldungen über das Verhalten der Konzerne erscheinen eher am Rande.

In diesem Artikel soll aufgezeigt werden, wie sich die „Energiekrise" entwickelt hat. In der BRD hat die entsprechende Propagandakampagne im wesentlichen erst nach dem Nahostkrieg eingesetzt. In den USA begann diese Kampagne aber schon im Frühjahr. Das zeigt, daß alle Erklärungen der „Energiekrise" durch sogenannte arabische Boykottmaßnahmen völlig absurd sind und nur darauf hinauslaufen, einen Buhmann für die anstehende Wirtschaftskrise aufzubauen.

Um zu einer wirklichen Einschätzung der jetzigen Lage auf dem Energiesektor zu gelangen, wird etwas genauer auf die langfristige Politik der Ölkonzerne in der letzten Zeit eingegangen. Es wird gezeigt, daß die maßlose Politik der Ölkonzerne zur vollständigen Kontrolle des Ölsektors auf dem Rücken der Arbeiterklasse die Hauptursache für die ständig steigenden Preise und die tatsächlichen Energiesparmaßnahmen bilden. Im nächsten ARBEITERKAMPF wird die Energiepolitik der EWG-Länder genauer untersucht werden. Außerdem werden die Auseinandersetzungen der Ölkonzerne bzw. der imperialistischen Länder mit den OPEC-Ländern (erdölfördernde Länder) genauer dargestellt werden. Die konkrete Ölpolitik der arabischen Förderländer wird dabei auf ihren wirklichen antiimperialistischen Gehalt untersucht werden.

Forts. Seite 13

"UNSER KURS STIMMT!" SPD auf Dummenfang

„Überall wird gespart, nur für unsere Kinder nicht", „Mehr Millionen für die Kinder", „Für alle gleiche Chancen", „Hamburg ist im Schulwesen vorn" – mit Schnacks wie diesen ist „Hamburg aktuell" gespickt, eine vierseitige Wahlzeitung zu den Bürgerschaftswahlen im März 1974, die die SPD in den letzten Wochen in Hamburg verteilt hat.

Der Grund für dieses aufwendige Unternehmen ist darin zu sehen, daß mehr und mehr Eltern (und Schüler) aus eigener Anschauung merken, daß an den Schulen etwas faul ist. Dieser Tatsache ist sich offenbar auch die SPD bewußt, wenn sie in arroganter Weise in ihrem Reklame-Blatt schreibt, „daß die Öffentlichkeit angesichts der Erfahrung mit den eigenen Kindern und dem persönlich überschaubaren Schulbereich nicht mehr beurteilen kann, was machbar ist und was zu kritisieren ist".

Den Eltern, die sich z.B. wieder einmal darüber wundern, daß die Kinder wegen Unterrichtsausfall früher nach Hause kommen, fehlt einfach das „Augenmaß" (ein Lieblingswort der SPD!) fürs „große Ganze".

Den Eltern, die in ihrem „überschaubaren Bereich" praktisch mit den Mißständen an den Schulen konfrontiert werden, soll jetzt mit den Mitteln der Werbepsychologie untergejubelt werden, daß erstens alles gar nicht so schlimm ist, und daß es zweitens anderswo noch schlechter ist.

Es ist wohl begründet, daß die Hamburger SPD gerade auf dem Gebiet der Schulpolitik besondere Anstrengungen macht, um den Dreck unter den Teppich zu kehren oder ihn wenigstens mit Parfüm zu besprühen. Ist es doch gerade die Misere an den Schulen, die sich in den letzten Jahren zunehmend verschärft hat, und zwar von den Betroffenen (Eltern, Lehrer und Schüler) durchaus nicht unbemerkt: Der Stundenausfall z.B. hat sich erhöht und liegt zur Zeit bei den Volks- und Realschulen bei 7,6 %, an den Gymnasien sogar bei 10,8 % („Hamburger Elternblatt" 10/73). Die Bildungschancen insbesondere für Arbeiterkinder haben sich weiter verschlechtert durch stärkeren Leistungsdruck, umfangreichere Stoffpläne, für deren optimale Durchführung die Voraussetzungen fehlen. Es fällt auf, daß die SPD in „Hamburg aktuell" diese Tatsachen nicht einmal abstreiten kann. Vielmehr läuft ihre ganze Argumentation auf den Satz hinaus: „Viel wurde getan, noch viel mehr wird getan."

Die „besonderen Leistungen" der SPD-Schulpolitik

Was aber wurde nun wirklich getan? Selbst laut „Hamburg aktuell" gab es in der Vergangenheit keine „qualitativen Verbesserungen".

Forts. Seite 25

ENGLAND:

Reaktion verhängt den Notstand

Am 13. Dezember erklärte die reaktionäre englische Tory-Regierung im Auftrag der britischen Imperialisten ein Notstandsprogramm, das die völlige Zerschlagung der gegenwärtigen Streikkämpfe der Bergarbeiter, Kraftwerker und Lokomotivführer zum Ziel hat. Mit terroristischen Maßnahmen soll jede noch vorhandene Sympathie für die Streikenden erstickt und die gesamte Arbeiterklasse nachhaltig eingeschüchtert werden: „Wegen der Energiekrise" darf ab 17. Dezember nur noch an fünf Tagen in der Woche gearbeitet werden, ab 2. Januar nur noch an drei Tagen. Lohnausgleich wird nicht gezahlt. An diesen Tagen dürfen keine Überstunden gemacht werden. Diese Bestimmungen kommen in der Wirkung einer erpresserischen Aussperrung der gesamten Arbeiterklasse und einer Senkung des Lebensstandards um etwa die Hälfte gleich! Weiterhin sind Steuererhöhungen geplant und drastische Einschränkungen des ohnehin bereits rationierten privaten Stromverbrauchs. „Begründet" werden diese Maßnahmen mit der angeblich „durch die Streiks hervorgerufene Energiekrise". Die „Welt" schreibt zynisch am 15.12.: „Die taktische (!) Marschroute ist klar ... Nachgedacht werden darf darüber" (über die Streiks) „an den drei Tagen der Woche, an denen die eigene Fabrik geschlossen wird, an dem Morgen, wenn Tausende sich auf den Bahnhöfen stauen ... und in jeder Nacht, wenn um halb elf die Bildschirme dunkel werden und man frustriert zu Bett geht."

In faschistischer Manier soll hier versucht werden, die englische Arbeiterklasse durch derartige Strafaktionen in die Volksgemeinschaft mit den britischen Imperialisten zu treiben. ■

Schlag auf Schlag

DER KAMPF DER REICHHOLD-LINKEN

Wie wir bereits in der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF berichteten, bildeten die Ausschlußverfahren gegen 13 Reichhold-Kollegen von seiten der Verwaltungsstelle Hamburg den bisherigen Höhepunkt in der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterlinken und der SPD (Gewerkschaftsführung und Betriebsratsmehrheit).

Mit diesen Ausschlußverfahren reagierte die Verwaltungsstelle darauf, daß die Arbeiterlinke es sich nicht gefallen ließ, wie die Verwaltungsstelle die anstehende Wahl zum Vertrauensleutekörper (VLK) durchführen wollte, sondern ihrerseits auf einer eigenen Versammlung einen Antrag stellte, die Kandidatenzahl zu erhöhen.

Letzten Anstoß für die Entscheidung der Verwaltungsstelle, die Ausschlußverfahren zu eröffnen, wird die Tatsache gewesen sein, daß auf der Mitgliederversammlung von den Mitgliedern ein Ausschlußantrag gegen Kodolitsch, den zuständigen Sekretär der IG Chemie, gestellt worden war.

Der Hauptvorstand der IG Chemie faßte die Begründung für die Ausschlußverfahren politisch wesentlich weiter bzw. präziser: Während die Verwaltungsstelle mit dem Vorwurf der „Unterstützung einer außergewerkschaftlichen Versammlung" und dem Arbeiten für „eine gegnerische Organisation" noch um den heißen Brei herumredete, fragte der Hauptvorstand klar nach der Stellung zum CHEMIEARBEITER" und „zum außer gewerkschaftlichen Flugblatt 'Was ist los' ". Damit war die Sache auf den Punkt gebracht. Der Gewerkschaftsführung geht es darum, die Kommunisten aus der Gewerkschaft herauszuschießen.

Die Gruppe der 13 Kollegen setzte sich sofort zusammen und beschloß, auf mehreren Wegen gegen die Beschneidung ihrer Rechte vorzugehen:

– Sie erwirkten über die bürgerlichen Gerichte eine einstweilige Verfügung, mit der der Verwaltungsstelle verboten worden ist, die 13 bei der Kandidatur oder Wahl zu behindern.

– Sie verfaßten eine Resolution, die sie mit einem Dokumentenanhang (die diversen Schreiben der Gewerkschaftsführung) zusammen an alle Mitglieder bei Reichhold und an die

Forts. Seite 2

Reichhold... Springer... jetzt Broschek

Vertrauensleutekörper soll zerschlagen werden

Am Donnerstag, dem 15. November, legte die Geschäftsleitung der Tiefdruckerei Broschek Druck GmbH & Co. KG in Hamburg Antrag auf fristlose Kündigung zweier Mitglieder der Vertrauenskörperleitung beim Betriebsrat vor. Damit kam sie allerdings vorerst nicht durch, die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder lehnte eine fristlose Kündigung ab: Die Begründung reiche nicht aus!
Daraufhin wurde der Vertrauensleutesprecher mit sofortiger Wirkung beurlaubt, er erhielt Hausverbot. Seine fristgemäße Kündigung wurde noch am selben Tag dem Betriebsrat vorgelegt. Und schon konnte man Stimmen vernehmen, daß man darüber denn ja wohl reden könne, fristgemäß sei ja nicht so schlimm.
Die Mehrheit des Betriebsrates lehnte aber auch den zweiten Antrag der Geschäftsleitung ab mit der Begründung, daß es sich hier in erster Linie um die Erhaltung demokratisch gewählter Vertretungsorgane der Kollegen handeln müsse, auch wenn man mit den Betroffenen politisch nicht übereinstimme. Die Kapitalisten erklärten daraufhin, daß sie auch ohne Zustimmung des Betriebsrates die Entlassung vollziehen werden.
Dem zweiten Mitglied der Vertrauenskörperleitung, der Jugendvertreterin, wurde angekündigt, sie mit Hilfe eines Arbeitsgerichtsprozesses aus der Jugendvertretung drängen zu wollen. Hat sie erst einmal keinen Kündigungsschutz mehr, hofft man, sie um so leichter kündigen zu können.
Innerhalb weniger Monate ist dies der zweite derartige Angriff auf die Vertretungsorgane der Arbeiter, der in der Hamburger Druckindustrie gefahren worden ist. Dabei hat im Fall Springer der Ortsvereins-Vorstand der IG Druck & Papier in Hamburg offen mit den Kapitalisten zusammengearbeitet und hauptsächlich das Mittel des Antikommunismus eingesetzt. (Siehe ausführlich AK 31)
Wie planmäßig dieser zweite Angriff von den Kapitalisten auf den Vertrauensleutekörper bei Broschek vorbereitet worden ist, und welche Rolle die reaktionären Gewerkschaftsführer und Betriebsräte dabei spielen, soll in diesem Artikel deutlich gemacht werden.

Sei friedlich, arbeite – wie in der faschistischen Betriebsgemeinschaft

Als Begründung für die angestrebten Kündigungen der Gewerkschafter führte die Geschäftsleitung die „Störung des Betriebsfriedens „durch die Vertrauenskörperleitung an. Tatsächlich ist der „Betriebsfrieden" bei Broschek „gestört", verstärkt doch die Geschäftsleitung den Druck auf die Kollegen im Rahmen des Umzugs nach Hamburg-Rahlstedt gewaltig.

Im Gegensatz zu anderen Branchen ist die westdeutsche Druckindustrie ein kleiner Zweig, in dem ca. 171.000 Kollegen beschäftigt sind. Obwohl diese Zahl im letzten Jahr um 2,1 % zurückgegangen ist, hat es für die Druckkapitalisten eine gewaltige Umsatzsteigerung gegeben. Im Jahr 1970 betrugen die monatlichen Umsätze 795 Millionen DM. Im November '72 wurde die Milliardengrenze bereits überschritten.

Auch in der westdeutschen Druckindustrie macht sich die fortschreitende Stärkung des westdeutschen Imperialismus, der zunehmende Expansionsdrang, der verstärkte Kapitalexport und der sich damit verschärfende Konkurrenzkampf im internationalen Maßstab bemerkbar. Dies führt ebenso wie in anderen Branchen zur Monopolisierung, d.h. einerseits Zusammenschluß größerer Firmen, andererseits Stillegung kleinerer Betriebe.

Vor diesem Hintergrund standen auch die Broschek-Kapitalisten Ende

be.
Vor diesem Hintergrund standen auch die Broschek-Kapitalisten Ende
der 60er Jahre vor der Alternative, den Betrieb „durchzurationalisieren", oder unter dem Druck der Konkurrenz längerfristig pleite zu gehen.

Der Hamburger Senat erwies sich als „verständnisvoller" Interessenvertreter der Bourgeoisie und gewährte den Broschek-Kapitalisten einen langfristigen Kredit über 20 Millionen DM.

Diese Mittel aus den Steuergeldern der Arbeiterklasse stellten den Anreiz dar, im neuen Industriegebiet Hamburg/Rahlstedt eine moderne Tiefdruckerei aufzubauen. Gleichzeitig konnte mit dem Verkauf des alten Geländes in der Innenstadt ein Spekulationsgeschäft gestartet werden, dessen Ausmaß erst vor Kurzem bekannt wurde. (Zum Groll westdeutscher Spekulanten waren die englischen Kapitalisten der „Capital & Counties" schneller, was die örtlichen Spekulanten offenbar so geärgert hat, daß die CDU den Fall in der Bürgerschaft „aufdeckte")

Für die meisten Broschek-Kollegen bedeutet die Umverlegung:

- Der Weg zur Arbeit verlängert sich um gut eine Stunde!
- Für viele Arbeiterfamilien, die im Westen Hamburgs wohnen, entstehen zusätzliche Probleme. Entweder müssen sie sich neue Wohnungen in näherer Umgebung des Betriebes besorgen (um den langen Anfahrtsweg zu sparen), was bei der Wohnungsbaulage nur mit unglaublichen Kostensteigerungen verbunden ist, – für die schulpflichtigen Kinder bedeudas ein Herausreißen aus der vertrauten Umgebung und belastet sie erheblich,–
- oder die Kollegen müssen sich einen neuen Arbeitsplatz suchen, was vor allem bei den älteren Kollegen mit realen Lohneinbußen verbunden wäre.

Es gibt nur noch drei große Tiefdruckereien im Hamburger Einzugsgebiet. Davon liegt Gruner & Jahr in Itzehoe und Springer in Ahrensburg. Dagegen liegt Broschek in Rahlstedt noch „verkehrsgünstig"!

Die Ortswahl für den Neubau richtet sich ganz nach den Bedürfnissen der Kapitalisten (Autobahnnähe, nahe Eisenbahnverbindungen usw.).

Die Arbeiter dagegen müssen nicht nur schlechtere Arbeitsbedingungen hinnehmen, sondern auch noch ihre gesamten Lebensgewohnheiten, ihre Freizeit, ihr Familienleben den Interessen der Kapitalisten unterordnen!

Der Ortsvereinsvorstand der IG

gesamten Lebensgewohnheiten, ihre Freizeit, ihr Familienleben den Interessen der Kapitalisten unterordnen!
Der Ortsvereinsvorstand der IG
Drupa in Hamburg jedoch äußerte sich dazu auf einer Betriebsversammlung bei Broschek: Er sei froh darüber, daß der Betrieb und damit die Arbeitsplätze der Stadt Hamburg erhalten blieben (!), und daß die Umverlegung einen technischen Fortschritt darstelle (!!), der zu begrüßen sei!

Mit dem Beginn des Neubaus starteten die Broschek-Kapitalisten dann ihre Angriffe auf die Arbeitsbedingungen der Kollegen:

- Die Belegschaftsstärke wurde innerhalb eines Jahres von ca. 790 auf ca. 665 Kollegen „heruntergeschraubt".
- Im selben Zeitraum wurden soviel Mehraufträge rangeholt, daß bis zu 50 % gar nicht mehr bis zur Endfertigung in der Buchbinderei verarbeitet werden können.
- Lag der Umsatz im ersten Halbjahr 1972 bei ca. 34 Millionen DM, konnte der Umsatz im ersten Halbjahr '73 auf dem Rücken der Kollegen gesteigert werden, so daß selbst die Kapitalisten auf der Betriebsversammlung vom 28. Juni die „Geschäftslage" als „gut" bezeichneten, obwohl die „Gesamtkosten" angeblich um 1,5 Millionen DM gestiegen seien!
- Liefen die alten Druckmaschinen 38-40.000 Umdrehungen in der Minute, werden die neuen Maschinen in Rahlstedt bei Geschwindigkeiten bis zu 60.000 (!) Umdrehungen laufen!

Das bedeutet für die Drucker eine erhebliche Mehrbelastung durch Lärmentwicklung bis zu 95 Phon und erhöhte Anforderungen an die Konzentration. Der Verschleiß der Gesundheit der Arbeiter wird also noch mehr vorangetrieben!

Zusätzlich setzte die Geschäftsleitung eine Maschinenbesetzung durch, die die Mindestwerte des 1969 abgeschlossenen Manteltarifvertrages noch unterschreitet! Dabei nutzten die Kapitalisten die Tatsache, daß der MTV nur die „Maschinenbesetzung bei einer Formzylinderbreite von 110 - 160 cm" bis zu fünf (!) Druckern vorschreibt. Die alten Maschinen waren aber kleiner, und die neuen sind größer (200 cm!), so daß eine „hauseigene" Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat geschlossen wurde, mit dem Ergebnis, daß den Druckern gerade die Mindestbesetzung (also fünf!) „zugestanden" worden ist.

Zaghafter Widerstand der Drucker gegen diese enorme Arbeitsbelastung

gerade die Mindestbesetzung (also fünf!) „zugestanden" worden ist.
Zaghafter Widerstand der Drucker gegen diese enorme Arbeitsbelastung
wurde mit einer Einschüchterungskampagne beantwortet, in der mit dem „Verlust der Arbeitsplätze" gedroht wurde, da die „Firma bei anderer Besetzung die finanziellen Belastungen" nicht „durchstehen" könne!

Im Sommer '73 legten die Broschek-Kapitalisten noch einen Gang zu und setzten in den fototechnischen Abteilungen die Schicht-Arbeit durch, was für die Kollegen nicht nur erhöhte Anstrengungen bedeutet, sondern gleichzeitig ihr Familienleben stark beeinträchtigt.

Im Tiefdruck ließen die Broschek-Kapitalisten gegen den Widerstand der Kollegen elektronische Kontrollgeräte anbringen, die der totalen Überwachung der Arbeiter dienen. Gewerkschaftsführer und Betriebsräte versuchten, den Druckern diese Geräte mit dem demagogischen Geschwätz vom „technischen Fortschritt" aufzuschwatzen. Welche Ziele die Kapitalisten mit diesen Geräten verfolgen, war unverhüllt in einer Werbebroschüre der Herstellerfirma zu lesen, die bezeichnenderweise den Kollegen vorenthalten wurde. Dort heißt es u.a.:

„Wir haben aufgrund der automatischen Aufschreibungen den Beweis, welche Mitarbeiter und welche Maschinen mehr leisten als andere. Das ist die Grundlage für ein gerechtes Entlohnungsprinzip! ...

... Es genügt nicht nur die Leistung zu prämieren, ... Ist nur eine ungenügende Qualität erreicht worden, erfolgt ein stufenweiser Abzug der Prämie ... Bei größeren Abweichungen von der Sollzeit ... wird durch sofortige Rücksprache mit dem Meister oder dem Bedienungspersonal geklärt, wie es dazu kam (!!!)... praktisch (werden) alle Mitarbeiter in irgendeiner Form von dieser Datenerfassung berührt werden."

Ein bewährtes Rezept der Bourgeoisie:

Schon immer entwickelte die Kapitalistenklasse „wissenschaftliche Systeme" zur weiteren Ausbeutung der Arbeiterklasse. Lenin beschrieb das vor 60 Jahren so: **„Im Ergebnis wird während der gleichen Arbeitsstunden aus dem Arbeiter die dreifache Arbeit herausgepreßt, werden alle seine Kräfte erbarmungslos aufgebraucht, wird dem Lohnsklaven mit verdreifachter Geschwindigkeit jedes bißchen Nerven- und Muskelenergie ausgesogen. ... Fortschritt von Technik und Wissenschaft bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft Fortschritt in der Kunst der Schweißauspressung".** (Lenin Werke, Bd. 18, S. 588/589)

Im September '73 startete die Geschäftsleitung einen Angriff auf die Arbeitszeiten und ließ in zwei Abteilungen unabhängig voneinander die Arbeitszeit um 10 Minuten verlängern.

Mittlerweile gelang es den Kapitalisten gegen den Widerstand der Kollegen, diese Arbeitszeitverlängerung in den Abteilungen Opalkopie, Gravur, Ätzerei und Buchbinderei Stück für Stück durchzusetzen.

Während im Neubau noch Bauarbeiten durchgeführt wurden, wurde die erste Abteilung dorthin verlegt. Bei Temperaturen zwischen 12–17° C und noch fehelnden sanitären Einrichtungen mußten die Kollegen dort anfangen zu arbeiten.

Das sind nur wenige Aspekte, die deutlich machen, daß die ganze Umverlegung und ihre Vorbereitung, der Neubau, die neuen Maschinen, den Kapitalisten dazu dienen, noch mehr aus den Arbeitern herauszupressen; sollte doch der „Lohnkostenanteil"

Neubau, die neuen Maschinen, den Kapitalisten dazu dienen, noch mehr aus den Arbeitern herauszupressen; sollte doch der „Lohnkostenanteil"
von angeblich 52 % des „Gesamtumsatzes" auf 35 % (geplant in Rahlstedt) heruntergedrückt werden.

Dazu dient auch die ideologische Bearbeitung der Kollegen durch die Geschäftsleitung: Mit Sprüchen von der „Pionier- und Aufbauleistung" gelang es ihr, vor allem einen Teil der Tiefdrucker einzuwickeln und sie die eigenen Interessen vergessen zu lassen.

Die Verblendung einiger Drucker ging so weit, daß sie freiwillig, ohne auch nur einen Pfennig mehr dafür zu bekommen, die Druckwerke mit aufstellen halfen, daß sie freiwillig Überstunden machten, kaum schliefen – aus Stolz auf die eigene Arbeitsleistung nur noch das „Betriebswohl" sahen.

Diese ideologische Bearbeitung setzt sich darin fort, daß die Geschäftsleitung anderen Kollegen „das vorbildliche Verhalten" der Tiefdrukker als das der „wirklichen Mitarbeiter" vorhält.

Diese ideologische Propaganda zielt allerdings auf die faschistische „Betriebsgemeinschaft", deren „Vorzüge" die Broschek-Kapitalisten wohl noch in besonders guter Erinnerung haben dürften, war doch von 1935 - 1940 der faschistische Eher-Verlag mit 54,7 % am Betrieb beteiligt: Zu der Zeit wurden die Zeitungen der Nazis gedruckt!

Es entwickelt sich Widerstand...

Wenn auch diese umfassenden Angriffe im Rahmen kapitalistischer Rationalisierung von den Kollegen noch nicht in der Schärfe gesehen werden, so hat es doch spontanen Widerstand gegeben:

- Die Buchbinderei streikte am 29. Oktober für vier Stunden, weil es im Neubau keine Heizung gab, und nahm die Arbeit erst wieder auf, als von der Geschäftsleitung zugesichert wurde, daß die Klimaanlage in wenigen Tagen fertiggestellt sei.
- Die Ätzerei beschloß am 8.11. einen Überstundenstreik. Aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen und Mehrarbeit in Berne fordern die Kollegen eine wöchentliche übertarifliche Lohnerhöhung von 20 DM für alle, sowie eine zusätzliche Vorweganhebung der unteren Lohngruppen (bis zu 100 DM Übertarif) um 10 DM.

Am 15.11. teilten die Kollegen dem Betriebsrat mit, daß der Überstundenstreik vorübergehend ausgesetzt werde, man die Forderung als einen Diskussionsbeitrag für eine gesamtbetriebliche Teuerungszulage betrachte und daß der Betriebsrat aufgefordert sei, der Geschäftsleitung die Zusicherung abzuringen, daß keinem Kollegen persönlicher Nachteil aus dem Boykott entstehen dürfe.

Damit war die Aktion vorerst gescheitert, nachdem die Geschäftsleitung mit massiven Kündigungsdrohungen geantwortet hatte.

Zu diesen Dingen schrieben die beiden jetzt von Kündigung bedrohten Mitglieder der VK-Leitung in einem Rundbrief:

„Es drängt sich die Frage auf, ob hier nicht bewußt die Aufnahme der Produktion auf Kosten menschenwürdiger Arbeitsplätze durchgeführt wurde," und *„Diese Ereignisse machen es unserer Meinung nach notwendig, daß der Vertrauenskörper sich mit diesen Fragen auseinandersetzt und zu einem positiven Ergebnis im Interesse der Belegschaft beiträgt."*

... die Kapitalisten drohen mit Entlassung

... die Kapitalisten drohen mit Entlassung

Diesen Rundbrief, insbesondere die zitierten Sätze, führt die Geschäftsleitung als Beweis für ihre Behauptung von der „Störung des Betriebsfriedens" an.

Der Versuch, einzelne kämpferische Kollegen in konzertierter Aktion mit Geschäftsleitung und rechten Betriebsräten aus dem Betrieb zu werfen, oder zumindest einzuschüchtern, zeichnet sich seit längerem ab.

- Gegenüber dem Vertrauensleutesprecher lehnte die Geschäftsleitung eine Lohnerhöhung ab, mit der Begründung, der Kollege solle sich entscheiden, ob er „Politiker oder Facharbeiter" werden will.
- Dem Vertrauensleute-Sprecher wurde von seinem Abteilungsleiter „geraten", freiwillig zu kündigen – dafür werde er vielleicht noch



Forts. Reichhold

VLK's und Betriebsräte verschiedener Hamburger Betriebe verschickten.

Die Gewerkschaftsführung weiß ganz genau, daß sie unter den 13 eine ganze Reihe Kollegen erwischt hat, die durchaus keine Kommunisten sind, sich aber intensiv an der gewerkschaftlichen Arbeit des letzten halben Jahres bei Reichhold beteiligt haben und aus diesen Gründen in Opposition zur Verwaltungsstelle kommen mußten. Es handelt sich also um Kollegen, die nicht aus grundsätzlichen Erwägungen über den Kapitalismus, den Charakter der Gewerkschaftsführung, der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit, mit dem Kapitalismus Schluß zu machen, dabei sind, sondern die bei dem ganz konkreten Versuch, ihre Interessen und die ihrer Kollegen wahrzunehmen, auf diese grundsätzlichen Fragen gestoßen worden sind. Die Gewerkschaftsführer wissen weiterhin, daß diese Kollegen – also die ehrlichen Gewerkschafter und linken Sozialdemokraten – durchaus nicht für sie verloren sind. Sie werden versuchen, diese Kollegen, nachdem sie ihnen erst einmal einen „Schuß vor den Bug" verpaßt haben, zurückzuziehen, sie von den Kommunisten zu trennen.

Um dies zu erreichen, entfachten Gewerkschaftsführung und SPD im Betrieb eine neue antikommunistische Hetzkampagne:

Am 5.12. verteilte BR-Vorsitzender Volkmann ein Flugblatt, daß eine Spitzenleistung in dieser Hinsicht darstellt.

Am 6.12. zogen Sekretär Kodolitsch und Volkmann auf der Betriebsversammlung in der gleichen Weise vom Leder.

Die Linken ließen sich allerdings auch weiter diese frechen Angriffe nicht bieten: Die 13 gaben eine zweite Information zu den Vorfällen bei Reichhold heraus: Teile des Volkmann-Flugblattes, eine kurze Darstellung der Betriebsversammlung und die Bekanntgabe der Einstweiligen Verfügung.

Kurz nach der Betriebsversammlung kam eine weitere Nummer der innerbetrieblichen Flugblattserie „Was ist los" heraus, daß vor allem Stellung nahm zur antikommunistischen Hetze und die Resolution der 13 nachdruckte.

Die SPD-Funktionäre in der IG Chemie und im BR versuchten, ihren nächsten Angriff zu starten, der allerdings vorerst nicht viel brachte: Auf einer der letzten Betriebsratssitzungen hat die Mehrheit des Betriebsrates unter Beisein von Sekretär Kodolitsch (!) (gegen den die 13 Kollegen einen Ausschlußantrag gestellt hatten) den Antrag gestellt, die beiden Betriebsräte, die sich unter den 13 befinden, aus dem BR auszuschließen! Die beiden Kollegen mußten aus dem Zimmer gehen und im Nebenraum auf das Ergebnis der Personaldebatte warten. Als sie nach einer runden Stunde wieder reingerufen wurden, erklärte BR-Vorsitzender Volkmann (Mitglied der SPD-Betriebsgruppe) ihnen ziemlich verlegen, sie hätten den Ausschlußantrag zurückgezogen!

Nachdem die SPD-Betriebsräte und die Rechten festgestellt haben, daß es nicht so leicht sein würde, die Linken aus dem Betriebsrat herauszuschiessen, haben sie sich etwas Neues ausgedacht: Der Vorsitzende Volkmann und sein Stellvertreter Hollop haben diese Funktionen niedergelegt, mit der Begründung, daß „die zunehmend stärker werdende Einwirkung linksradikaler Gruppen" eine „vernünftige Arbeit" unmöglich mache!

Letzte Meldung zu den VLK-Wahlen: Sie werden verschoben. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß die Gewerkschaftsführung mit allen Mitteln verhindern will, daß sie nach einer demokratischen VLK-Wahl einer Gruppe linker und kommunistischer Vertrauensleute gegenübersteht. Auch auf Kosten der Arbeiter, die den Kapitalisten weitere Monate ohne VLK gegenüberstehen müssen. ■

Forts. Broschek

1.000,– DM extra bekommen!

- Der Betriebsratsvorsitzende stellte eine Erklärung einiger Vertrauensleute zur Umverlegung mit dem DRUCKARBEITER (Branchenzeitung des KB) gleich.
- Einem Kollegen kündigte die Geschäftsleitung den „persönlichen Kampf bis zur Entlassung“ an, da er „ideologisch zu gefestigt und nicht zu bestechen“ sei.
- Der Geschäftsleiter rühmte sich damit, daß er „legale“ Wege finden werde, um diesen linken Vertrauensleutekörper zu zerschlagen. Das sei nur eine Frage der Zeit.
- Die Jugendvertreterin wird von Seiten der Geschäftsleitung und des Betriebsrates demagogisch mit der „links“sektiererischen „RGO“ gleichgesetzt.

Auch rechte Betriebsräte und Gewerkschafter gegen VLK-Arbeit

Um den jetzt laufenden Angriff der Broschek-Kapitalisten auf die Vertrauensleute richtig zu würdigen, muß man diesen Angriff ergänzen um einige Details über die bisherige Behinderung der VLK-Arbeit durch rechte Betriebsräte und Gewerkschafter.

Die Vertrauensleutewahlen standen unter dem Eindruck der gerade auf Hochtouren laufenden anti-kommunistischen Hetzkampagne durch die Kapitalistenklasse und den Gewerkschaftsführern. Bei Broschek wirkte sich neben den immer schärfer werdenden Angriffen der Kapitalisten auf die Arbeitsbedingungen gerade die Hamburger „Variante“ der politischen Kampagne aus, nämlich die Zerschlagung des Springer-Betriebsrates. All das hatte mit zur Folge, daß von 19 vorgesehenen Vertrauensleuten nur 15 gewählt wurden.

Wie schon während der Drucktarifrunde '73, als das Tarifkommissionsmitglied und Betriebsratsvorsitzender bei Broschek, Heinz Liepelt, die von den Kollegen geschaffene Streikleitung im Betrieb unrechtmäßig aufgelöst hatte und damit den Kampf der Kollegen sabotierte, benutzten er und der Ortsvereinsvorstand diese Gelegenheit, die Arbeit des gesamten Vertrauenskörpers zu verzögern.

Mit dem Hinweis, daß der Ortsvereinsvorstand die noch fehlenden Vertrauensleute benennen werde, man aber noch Kandidaten finden müsse, wurde eine offizielle Aufnahme der VK-Arbeit um sechs (!) Wochen verzögert. Dabei beriefen sich die Gewerkschaftsführer auf die Wahlordnung zur Durchführung der VK-Wahlen: „Kann aus organisatorischen Gründen keine Wahl durchgeführt werden, benennt der Ortsvereinsvor-
len: „Kann aus organisatorischen Gründen keine Wahl durchgeführt werden, benennt der Ortsvereinsvor-
stand die zuständigen Vertrauensleute“.

Nicht nur, daß es bei den Gewerkschaftsführern liegt, eine aktive VK-Arbeit zu behindern: Sie können auch Leute, die ihnen genehm sind, den Arbeitern im Betrieb vorsetzen (benennen), ohne daß alle Gewerkschafter gefragt werden.

Erst nach wiederholten Aufforderungen durch die Vertrauensleute wurde die „konstituierende Sitzung“, auf der die Vertrauenskörperleitung gewählt wurde, durch die Gewerkschaftsführer durchgeführt.

Die rechten Betriebsräte versuchten, die Wahl eines fortschrittlichen Kollegen in die VK-Leitung dadurch zu verhindern, daß sie sich weigerten, eine Freistellung aller Vertrauensleute zur ersten Sitzung während der Arbeitszeit (Drei-Schichten-Rhythmus) bei der Geschäftsleitung durchzusetzen.

Dadurch hätte der Kollege nicht zur Sitzung erscheinen können.

Daß dieser Plan mißlang, ist einem Kollegen zu verdanken, der kurzfristig mit dem Vertrauensmann die Schicht tauschte. Dafür erhielt er von dem Sozial„demokraten“ Liepelt eine scharfe Rüge, daß kurzfristige Schichtwechsel „nicht erwünscht“ seien ... („im Interesse der Kollegen“...

Nach der Wahl zweier als kämpferisch bekannter Vertrauensleute in die drei-köpfige VK-Leitung verstärkte sich die systematische Sabotage der Vertrauensleutearbeit durch die Mehrheit der Betriebsräte, sowie politische Hetze gegen die beiden Mitglieder der VK-Leitung.

Der Betriebsrats-Vorsitzende verweigerte den Vertrauensleuten die Benutzung der Vervielfältigungsgeräte des Betriebsrats mit dem bezeichnenden Hinweis, daß die Geschäftsleitung dem VLK solange jede Unterstützung verweigere, wie dieser sich als „Konkurrenzunternehmen“ zum Betriebsrat verstehe und diesen kontrollieren wolle, wo man doch seit Jahren gut mit diesem Betriebsrat zusammengearbeitet habe.

Darum erlaube es die Geschäftsleitung dem Betriebsrat nicht, dem VLK die Geräte freizugeben.

Dieser Meinung könne sich der Betriebsrat nur anschließen.

Damit waren die Vertrauensleute gezwungen, ihre Veröffentlichungen an die Kollegen aus eigener Tasche zu bezahlen.

Bei der Erstellung eines Sozialplans zur „Vermeidung von Härten“ durch die Umverlegung des Betriebes weigerte sich der Betriebsrat trotz wiederholter Aufforderung durch den VLK, diesen an der Erstellung mitwirken zu lassen. Ja, er ließ später sogar einen Aushang verteilen, in dem es heißt:

„Fragen zum Sozialplan bitte nur an den Betriebsrat richten!“

Aber nicht nur in der täglichen Arbeit im Betrieb wurde der VLK sabotiert.

Der überwiegende Teil der Betriebsräte erschien nicht zu den ordentlich und rechtzeitig bekanntgemachten VK-Sitzungen mit der Ausrede, man sei nicht der Meinung, daß man dem VLK angehöre.

Diese Sabotage sowie die mangelnde politische Einsicht in die Notwendigkeit breiter, aktiver Gewerkschaftsarbeit beim überwiegenden Teil der Kollegen und der Vertrauensleute führte am Ende zu einer Situation, daß sich von 30 Mitgliedern des VLK (19 Vertrauensleute und 11 Betriebsräte) nur noch eine kleine Handvoll Kollegen an der Arbeit beteiligten.

Andererseits haben es die fortschrittlichen Vertrauensleute nicht energisch genug verstanden, systematisch auf breiter Ebene die politische Notwendigkeit von organisierter gewerkschaftlicher Arbeit zu propagieren, so daß sie immer mehr in die Isolation gedrängt wurden. Hier ist auch zu vermerken, daß es die Kommunisten nicht genug verstanden haben, mit kontinuierlicher Agitation und Propaganda durch ihre Branchenzeitung, z.B. DER DRUCKARBEITER zum einen auf die Fehler in der VK-Arbeit hinzuweisen, und zum anderen den Kollegen durch konkrete Untersuchungen und politischer Aufklärung weiter zu helfen. So wurde es versäumt, die Kollegen bei Broschek politisch auf die nun stattfindende Umverlegung vorzubereiten, obwohl die Dinge schon lange bekannt sind.

Der Kampf geht weiter

Der Kampf geht weiter

Trotz der für die Broschek-Arbeiter nicht günstigen Ausgangslage wurde der Angriff der Geschäftsleitung auf den VLK nicht widerstandslos hingenommen.

Die Reaktion der Broschek-Arbeiter auf die Schläge der Geschäftsleitung gegen ihren Vertrauensleutekörper ist jedoch nicht so ausgefallen, wie die Kapitalisten sich das vorgestellt hatten.

Eine für Sonntag, den 18.11. angesetzte Versammlung der Kollegen der Ätzerei wurde kurzfristig zu einer Protestversammlung gegen die Angriffe auf die gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit bei Broschek umgewandelt, an der ca. 40 Kollegen aus fast allen Abteilungen teilnahmen.

Die versammelten Kollegen brachten ihre Empörung über die Angriffe der Broschek-Kapitalisten zum Ausdruck und betonten die Notwendigkeit breiter Solidarität gegen die Rausschmisse und den Versuch der Kapitalisten, die Vertrauensleutearbeit bei Broschek zu zerschlagen.

Nachdem die angegriffenen Mitglieder der Vertrauenskörperleitung den versammelten Kollegen einen Überblick über die letzten Ereignisse gegeben hatten, wurde die Diskussion über die zu erwartenden nächsten Schläge im Rahmen der Angriffe auf den Vertrauenskörper sowie über die nächsten notwendigen Schritte aufgenommen. Insbesondere, wie eine Verbesserung der Vertrauensleutearbeit erreicht werden kann.

Der Vertrauensleutesprecher wies darauf hin, daß dies der zweite Angriff auf die Vertretungsorgane der Arbeiter ist, der innerhalb weniger Monate in der Hamburger Druckindustrie gefahren wird. Dabei hatte im Fall Springer die Gewerkschaftsführer offen mit den Kapitalisten zusammengearbeitet und hauptsächlich das Mittel des Antikommunismus eingesetzt. Die Kollegen erwarteten für Broschek einen ähnlichen Verlauf.

In der Diskussion über die nächsten Schritte wurde Kritik geübt an der mangelnden Unterstützung der Vertrauenskörperarbeit durch die Gewerkschaftsführung. In diesem Zusammenhang setzten sich die Kollegen mit den Vertrauensleute-Richtlinien der IG-DruPa auseinander und kamen zu dem Schluß, daß mit Hilfe dieser Richtlinien die Vertrauensleute zu „Briefträgern der Gewerkschaftsführung“ gemacht werden sollen.

Sie kritisierten auch, daß ein Kündigungsschutz für Vertrauensleute nicht existiert und daß die Gewerkschaftsführung auch keinerlei Anstalten macht, diese Forderung aufzugreifen und die ganze gewerkschaftliche Kampfkraft einzusetzen, um diese Forderung zur Wirklichkeit zu machen.

Um in Zukunft eine bessere Information zu gewährleisten, und um auch weiterhin die Diskussion über



die anliegenden Probleme zu führen, kamen die Kollegen überein, weiterhin ähnliche Versammlungen durch-
kamen die Kollegen überein, weiterhin ähnliche Versammlungen durch-
zuführen.

Beschlossen wurde, die folgende Vertrauenskörpersitzung gemeinsam zu besuchen. Dort sollten folgende Punkte diskutiert werden:

1. Solidarität mit den Angegriffenen und Perspektiven für die weitere Vertrauensleutearbeit.
2. Durchführung der Delegiertenwahl
3. Teuerungszulage und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
4. Vorbereitung der Betriebsversammlung.

Zusätzlich beschlossen die Kollegen, sich am Sonntag, den 2.12., am selben Ort erneut zu treffen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die größte Bedeutung dieses Treffens in seiner Stoßrichtung liegt:

Statt den Kapitalisten gegenüber aufzustecken und sich zurückzuziehen in der trügerischen Hoffnung, dadurch weiteren Schlägen entgehen zu können, beginnen die Kollegen, sich zusammenzusetzen, um sich besser auf die kommenden Kämpfe vorzubereiten!

In diesem Sinne beschlossen 10 Vertrauensleute auf der ordentlichen VLK-Sitzung am 22.11. folgende Resolution:

„Der Vertrauensleutekörper der IG-DruPa bei Broschek protestiert gegen die vorgesehene Kündigung zweier Mitglieder der Vertrauenskörper-Leitung wegen angeblicher „Störung des Betriebsfriedens“ durch die Geschäftsleitung.

Der Vertrauensleutekörper ist der Meinung, daß es hier nicht „nur“ um die Kündigung zweier Kollegen geht, sondern um die Zerschlagung frei gewählter gewerkschaftlicher Vertretungsorgane der Kollegen! Dem gilt es mit aller gewerkschaftlicher Kraft entgegen zu treten!

Wir fordern den Ortsvereinsvorstand der IG-DruPa in Hamburg auf, alle gewerkschaftlichen Maßnahmen einzusetzen, um diesen Angriff auf die gewerkschaftliche Organisationsarbeit zurückzuweisen und die sofortige Zurücknahme der Kündigungen zu erreichen!

Wir fordern alle gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper und Betriebsräte auf, sich mit uns solidarisch zu erklären!

Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt den betroffenen Vertrauensleuten!

Der VLK-Broschek“

So positiv die Reaktionen der Kollegen auf diesen Angriff auch einzuschätzen ist, darf nicht übersehen werden, daß die überwiegende Mehrheit der Kollegen diesen Angriffen politisch noch nicht gewachsen ist. So ist es auch zu erklären, daß die folgenden Vertrauensleutesitzungen nur von wenigen besucht wurden.

Insgesamt breitete sich unter den Arbeitern eine Lähmung aus, was dadurch noch bestärkt wurde, daß die
Insgesamt breitete sich unter den Arbeitern eine Lähmung aus, was dadurch noch bestärkt wurde, daß die
Kapitalisten die energische Zurückweisung dieses Versuchs der Zerschlagung gewerkschaftlicher Arbeit durch Kollegen erneut mit einem Rausschmiß beantworteten:

Nachdem auf der Betriebsversammlung am 6.12. ein fortschrittlicher Kollege die Kündigung des Vertrauensleutesprechers und das angekündigte Verfahren gegen die Jugendvertreterin als „Angriff auf die gewerkschaftliche Tätigkeit überhaupt“ bezeichnet hatte, teilte der Personalchef Morisse einen Kollegen später mit, daß er den Redner bei der nächstbesten Gelegenheit entlassen werde. Am Montag teilte er dem Kollegen, ebenfalls Vertrauensmann, die Kündigung mit.

All das konnte aber nicht verhindern, daß sich einige Kollegen in diesen Kämpfen gestärkt haben und enger mit den Kommunisten zusammenarbeiten.

Wie der KBW beinahe einen Kollegen „gewonnen“ hätte

Bei den jüngsten Ereignissen bei Broschek versuchte auch die örtliche Filiale des KBW (SSG) mitzumischen.

Mehr zufällig und darum wohl auch freudig überrascht erfuhren die Flugblattverteiler des KBW durch empörte Broschek-Kollegen von den geplanten Kündigungen.

Einem Kollegen, der ihnen besonders „ansprechbar“ erschien, boten sie an, mit ihm gemeinsam ein Flugblatt zu schreiben. Dieser Kollege, ehrlich um die Sache der Arbeiterklasse bemüht, wurde dann auch gleich wie ein Augapfel gehütet. Diese „Behutsamkeit“ ging soweit, daß die überglücklichen KBW-Genossen den Kollegen gleich in eine ihrer zentralen Wohnungen schleppten, wo sich auch „ein ganz wichtiger Mann aus Heidelberg“ höchstpersönlich um den verblüfften Kollegen bemühte.

Bei diesem Gespräch versuchten die KBW-ler, den Kollegen auf den „Lohn-Kampf“-Trip zu schicken. Dabei erweckten sie den Eindruck, als seien sie mit den beiden angegriffenen Vertrauensleuten quasi „per Du“!

Aber nicht genug: Nachdem nochmaligen Angebot, gemeinsam ein Flugblatt zu verfassen, knallten die KBW-ler dem Kollegen ihr berühmtes „Programm“ vor die Nase!!

Das war dem Kollegen nun doch zu viel. Er wurde das Gefühl nicht los, daß man ihn gleich zum Mitglied machen wollte und äußerte sein Mißfallen darüber. Am Sonntag tauchte dann eine Flugblattverteilerin des KBW auf der Protestversammlung gegen die Kündigungen (s.o.) auf und schlug vor, daß man „den Kampf gegen die Entlassungen mit dem Lohnkampf verbinden müsse“.

Hatten die Kollegen erfreulicherweise nichts dagegen, daß „Betriebsfremde“ anwesend waren, erklärte doch ein Kollege, daß derzeit die Frage sei, wie man sich diesen Schlägen durch die Geschäftsleitung widersetzen könne und daß der Kampf um eine Teuerungszulage die notwendige Diskussion einengen würde.

Hierauf mochte die KBW-Genossin nichts mehr sagen. Nach der Protestversammlung jedoch boten die KBW-ler nun gleich mehreren Kollegen an, gemeinsam ein Flugblatt zu schreiben. Dann gaben sie ihre Beurteilung der Lage: Die Entlassungen seien ein Zeichen der Schwäche der Geschäftsleitung, man sehe an den Kämpfen der westdeutschen Arbeiterklasse im allgemeinen und an den Kämpfen bei Broschek im besonderen, daß es „vorwärts“ ginge. Marx habe ja schon festgestellt, daß das Proletariat nichts weiter zu verlieren habe, als seine Ketten.(!!!) Darum(?) sei doch auch die Situation bei Broschek so, daß man die Kollegen nur noch um die gemeinsame (Lohn!-)Forderungen einigen müsse, um die derzeit zersplittert stattfindenden Kämpfe zusammenzufassen.

Am Montagmorgen konnten sich die Kollegen dann über ein Flugblatt freuen, in dem die SSG/KBW aus dem reichen Schatz ihrer Kampferfahrungen den Kollegen folgenden klugen Ratschlag mit auf den Weg gab:

„Es wäre möglich gewesen, anhand der Lohndiskussion, die für die meisten Vertrauensleute inzwischen wieder gestorben ist (!!), für die Kollegen aber nach wie vor das brennenste Problem ist, eine Einheit im Betrieb herzustellen..Da die Lohnfrage also jeden von uns betrifft, wird sich dort am ehesten eine breite Ein-
Betrieb herzustellen..Da die Lohnfrage also jeden von uns betrifft, wird sich dort am ehesten eine breite Ein-
heit herstellen, und deshalb ist es richtig, in d i e s e m Zusammenhang die Zurücknahme der Entlassun- zu fordern“.

Das ist sehr logisch und gradlinig gedacht, wie es sich für angehende Lehrer gehört (die meisten „Kader“ der SSG/KBW in Hamburg sind Lehrerstudenten), denn: (gegen die Kündigungen) den p o l i t i s c h e n Kampf führen, wollen nur w e n i g e Arbeiter, für den L o h n kampf jedoch, sind a l l e Arbeiter zu haben. Also muß man „einfach nur“ den den Kampf gegen die Kündigungen mit dem Lohnkampf „verbinden“, um die Kampffront maximal zu verbreitern. Mit derselben Argumentation schlug die SSG/KBW jüngst vor, den Kampf gegen das drohende Verbot des KSV (Studentengruppe der „KPD“) mit dem Kampf gegen das Sonntagsfahrverbot zu „verbinden“ und weigerte sich, an einer Demonstration gegen das drohende KSV-Verbot teilzunehmen.

Das Rezept ist, den politischen Kampf für bestimmte Ziele allgemeineren Forderungen unterzuordnen, für die angeblich „die Massen kampfbereit sind, weil es sie alle angeht“.

Wie gut dieses Rezept ist, bewies die SSG vor kurzem, als sie zu einer Demonstration aufrief, auf der sie den Kampf gegen die politische Unterdrückung im Iran mit dem Kampf gegen Sonntagsfahrverbot etc. „verbinden“ wollte: die „kampfbereiten Massen“ kamen so zahlreich, daß die SSG/KBW die Demonstration lieber gleich am Sammelplatz absagte und mit Mühe aus den nicht einmal hundert Versammelten einige Sechsergruppen für die „Agitation in der Innenstadt“ zusammenstellte. ■

KIEL: Faschistische Umtriebe der Gewerkschaftsführer und der Opportunismus der KPD/ML

**„Wenn die Chaoten (gemeint sind die Kommunisten) aufmucken, dann nehme ich mein schönes Messer und dann geht er ritsch, ritsch!" „Nein, dann schmeißen wir die Hochöfen an und stecken sie auf einen Bratspieß!" „Die sind doch viel zu dünn, das bringt doch nichts, lieber erdrosseln, schön langsam und dann mit einem Stein an den Füßen in die Förde!" „Die sollte man mit dem Kopf gegen die Wand hauen!" Wer geifert hier? SS? Gestapo? Hitlers Massenmörder? Die KZ-Wächter von Dachau und Auschwitz? Die Folterknechte aus den KZ-Stadien von Santiago oder Athen ?
Nein, diese Worte stammen von:
dem Betriebsratsvorsitzenden Kähler bei Hagenuk (Leiter sämtlicher SPD-Betriebsgruppen Kiels, SPD-Abgeordneter im Stadtrat, Mitglied der Vertrauenskörperleitung der IG Metall bei Hagenuk),
Horst Seidel, dem Leiter des Vertrauensleutekörpers der IGM auf der HDW (ebenfalls Mitglied der SPD-Betriebsgruppe),
Jürgen Silz, dem Leiter des Vertrauensleutekörpers der IG Metall bei Hagenuk, um nur einige der honorigen Herren zu nennen. Dieser antikommunistische Sud fiel auf einer Wochenendschulung (!) der IGM in Ascheberg am 2. und 3. November 1973. Hier hatten sich fast alle Kieler Betriebsratsvorsitzenden, Vertrauenskörperführer und Ortsverwaltungsmitglieder der IGM versammelt, also fast die gesamte rechte Kieler Gewerkschaftsführung!**

Schildern wir genauer, was sich auf dieser Wochenendschulung der IGM noch so alles ereignet hat und fragen wir uns, wie das politisch umfassender einzuschätzen ist. Die rechten Gewerkschaftsführer waren sich sehr wohl darüber im klaren, daß auf dieser Schulung auch klassenbewußte Kollegen anwesend waren. Ihr widerwärtiges Konzept gegenüber diesen Kollegen war somit von vornherein klar: Provokation, Demütigung, Demonstration der Macht! Das begann bereits bei der Begrüßung, als sich einer der Rechten mit ungeschickter, da sich selbst recht treffend kennzeichnender Ironie vorstellte:

„Ich bin der Günther Giese von der HDW. Ich bin der rechte Arbeiterverräterhund und Handlanger der Kapitalisten, der dafür bezahlt wird, fortschrittliche Kollegen rauszuschmeißen und die Belegschaft zu spalten. Er kassiert Bestechungsgelder und verdankt den Kommunisten, daß er durch ihre Publikationen sehr bekannt geworden ist, im Gegensatz zu meinem Hagenuk-Kollegen, der unklugerweise alle Linken aus dem Betrieb gefeuert hat und über den jetzt niemand mehr schreibt und spricht." Damit wurde – auf die anwesenden Linken hin berechnet – das Tagungsmotto provoziert: „Wochenend-und-sonnen-Schwein"... Mit dem Hintergedanken, wer jetzt protestiert, der ist womöglich zusätzlich erkannt, trieben die Herren die Dinge immer heißer, am schlimmsten am sonnabendlichen Frühstückstisch. Teile der Hagenuk-, HDW- und Hell-„Delegierten" ließen sich bei Kaffee und Brötchen genüßlich darüber aus, wie man kommunistische Arbeiter am besten ausmerzen könnte. (Obwohl oben von uns bereits auszugsweise zitiert, nachfolgend noch einmal im Zusammenhang.)

„Die Linken werden uns noch Schwierigkeiten machen", grunzte Horst Seidel. „Ach was, wir sind in der SPD und liegen richtig. Wenn die Chaoten aufmucken, dann nehme ich mein schönes Messer und dann geht er ritsch, ritsch." Dabei faßte sich der HDW-Betriebsrat an die Kehle. „Nein, dann schmeißen wir die Hochöfen an und stecken sie auf einen Bratspieß", tönte der jetzt offenbar in Stimmung kommende BR-Fürst Kähler ein. „Die sind doch viel zu dünn, das bringt doch nichts, lieber erdrosseln, schön langsam und dann mit einem Stein an den Füßen in die Förde!", grölte der VK-Vorsitzende Silz wie im Blutrausch.

Diese aus dem Nazi-Müll von Auschwitz gewälzten Sprüche vollendete ein Ortsverwaltungsmitglied mit der Aufforderung: „Die sollte man mit dem Kopf gegen die Wand hauen!"

Jeder dieser „Witze" rief grölendes Gewieher bei den Brötchen mampfenden Spezialdemokraten hervor – man fühlte sich mehr und mehr wie „in der guten alten Zeit": „Wenn wir von der Ortsverwaltung an die Schweinereien der Chaoten denken, dann sind wir versucht, unsere HJ-Abzeichen wieder aus der Tasche zu holen," faßte ein OV-Mitglied von HDW den Geist dieser Kumpanei zusammen. „Hitler ist ja ganz schön, aber so jung seid ihr ja nun auch wieder nicht mehr," schloß sich Betriebsrätin Steffen von Hagenuk mit dümmlicher Zustimmung an.

Auf Kommunistenjagd seit eh und je, das ist und bleibt die SPD!

In der Tat, dieser abgrundtiefe, menschenverachtende Haß gegen kommunistische Arbeiter ist allen Kapitalisten und ihren Verteidigern, von den Faschisten bis zu den SPD-Führern, gemeinsam.

Das hat die SPD in der Vergangenheit durch Taten bewiesen, und das beweist sie heute aufs neue.

Das haben die SPD-Führer Noske, Ebert und Scheidemann klargemacht, als sie im Januar und März 1919 hunderte revolutionärer Arbeiter Berlins durch die von ihnen befehligte Soldateska im oben ausgemalten Stile abschlachten ließen, um den Kapitalismus zu retten!

Das hat der SPD-Polizeipräsident Zörgiebel klargemacht, als er am 1. Mai 1929 30 klassenbewußte Arbeiter, die sich ihren Kampftag nicht verbieten ließen, erschießen ließ! Das macht die Regierungspartei SPD heute erneut deutlich, wenn sie bei den Bürgerkriegsvorbereitungen – Notstandsgesetze, Bundesgrenzschutz als zentraler Bürgerkriegstruppe, Polizeiterror gegen streikende Kollegen – und der Kommunistenjagd der Bourgeoisie wieder ganz vorn mit dran ist.

– „Einer muß der Bluthund sein", meinte SPD-Noske damals. „Wenn die Chaoten aufmucken, schmeißen wir die Hochöfen an", heißt es in vertrauten SPD-Kreisen heute weiterhin.

Der gleiche Untertan- und Unteroffiziersgeist, die Ordnungswut des Philisters, hemmungslos im Dreinschlagen, heiliger Respekt vor der kapitalistischen Herrlichkeit, das ist und bleibt die SPD, ein Bluthund der Bourgeoisie, wenn er Gefahren für die kapitalistische Ausbeuter - ordnung wittert.

Macht die Faschisierung von Staat und Gesellschaft vor den Gewerkschaften halt?

Vorbeugend Gefahren für das kapitalistische System begegnen, von dieser Überlegung geht die Kapitalistenklasse in allen Kämpfen mit den Arbeitern in ihrem gesamten Tun und Denken allemal aus. Für sie drohen diese Gefahren langfristig immer von der Arbeiterklasse und die Bourgeoisie hat die kommunistische und Arbeiterbewegung 1933 – mittels der Errichtung der faschistischen Herrschaftsform – schon einmal um Jahrzehnte zurückgeworfen, die Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterordnung für weitere lange Jahre gesichert.

Mit ihren Bürgerkriegsvorbereitungen und mit der Profilierung von FJ StrauSS als dem „starken Mann der Zukunft" macht die Kapitalistenklasse heute erneut deutlich, daß sie die Errichtung der faschistischen Diktatur planvoll in das Kalkül ihrer Machtausübung einbezogen hat.

SPD und Gewerkschaftsführung hingegen zeigen durch Taten, daß sie sich den blutigen Plänen der herrschenden Klasse nicht entgegenstellen. Im Gegenteil, für sie steht weiterhin „partnerschaftliche Zusammenarbeit" mit dem Klassengegner und die gemeinsame Bekämpfung der kommunistischen Feinde der „Sozialen" Marktwirtschaft wie in den Zwanziger Jahren auf der Tagesordnung. Daß die Faschisierung von Staat und Gesellschaft vor den Gewerkschaften nicht halt macht, daß die immer stärkere Auslieferung dieser Klassenorganisationen des Proletariats an den kapitalistischen Klassengegner vielmehr voranschreitet, macht diese auf gewerkschaftlichen Schulungen offen betriebene antikommunistische Hetze faschistischen Stils klar, die unsere kommunistischen Kollegen mit Beschimpfungen wie „potenzgestörte Wasserköpfe", „arme Irre" und „blinde Maulwürfe" angeifert. Das macht schließlich brüllendes Gelächter über „die verzweifelte rote Hilflosigkeit, mit der die Chaoten in unserem Netz gefangen sind und wir sie beliebig jederzeit rausschmeißen können" klar. Und dies zeigt sich auch darin, daß diese Herren Gewerkschaftsführer keinen Hehl daraus machen müssen, daß sie unseren kommunistischen Kollegen einen blutigen Tod herbeiwünschen.



Der in dem Gesamtverhalten und in den oben zitierten Worten zum Ausdruck kommende Haß ist symptomatisch für die immer reaktionärer werdende Einstellung der Bourgeoisie gegenüber der kommunistischen und Arbeiterbewegung. Für die Kapitalistenklasse ist es nicht eine Frage des Prinzips, sonder nur noch eine Frage der Zeit und der günstigen Bedingungen, um mit den revolutionären Arbeitern in dem oben – von Gewerkschaftsführern ausgemalten – Stilblutig abzurechnen.

Abwehrfront gegen faschisierende Kapitaloffensive notwendig!

Die Arbeiterklasse ist auf diese Angriffe gegenwärtig denkbar schlecht gerüstet, und darüber machen sich der Klassenfeind und seine Agenten in den Gewerkschaften am allerwenigsten Illusionen; auch darüber gaben diese Herrschaften auf ihrer Wochenendschulung in zynischer Offenheit Aufschluß.

● Auf der Tagung war auch ein Kollege anwesend, der nach elfjähriger Betriebszugehörigkeit bei Hell wegen „Kontaktschuld" (–angebliche Verbindungen zu Kommunisten) rausgeflogen war. Er hatte sich dann innerhalb eines halben Jahres bei Hagenuk, Elac und HDW beworben und ist dort jeweils auf Initiative der BR-Vorsitzenden kurz vor Beendigung der Probezeit rausgeflogen. Bei Hagenuk wurde er z.B., nachdem er sich gegen die Wahl des BR-Fürsten Kähler als „Arbeitnehmervertreter" in den Aufsichtsrat ausgesprochen hatte, nach vier Monaten wegen „mangelnder Eignung" wieder entlassen, obwohl der Meister ihm ein Zeugnis ausgeschrieben hatte, in dem er als hochqualifizierte Fachkraft hervorgehoben wurde.

Vor diesem Hintergrund muß man den arbeiterfeindlichen Zynismus sehen, wenn BR-Fürst Kähler unter dem Gelächter der anderen fragte: „Na, bei Hagenuk war dir die Arbeit wohl zu anstrengend, oder warum hattest du es so eilig, bei uns wegzulaufen!? " Oder HDW-VK-Vorsitzender Seidel: „Die Werftarbeit ist wohl zu dreckig für deine zarten Hände oder warum hast du dich bei uns wieder dünn gemacht? " „Wo kriegst du eigentlich dein Geld her, bei uns hab ich dich nie arbeiten, sondern immer nur rumstehen gesehen", blödelte ein weiteres Mitglied dieser feinen Runde. Am Abend nach der Schulung entwickelte sich folgendes Gespräch zwischen Kähler, Seidel und Silz: „Der Kollege ... ist doch bei euch auf der HDW gewesen? Jetzt ist er bei Hagenuk, soll man den rausschmeißen, oder ist der harmlos? " „Der ist gefährlich, ein schlauer Fuchs !" „Naja, er hat noch vier Tage Probezeit, drei kann er noch schmoren, und am letzten kriegt er dann einen Tritt." So wurde über mehrere Kollegen aus verschiedenen Betrieben hergefallen und bestimmt, ob sie rausfliegen oder nicht. Klar wurde auch gesagt, daß es klug ist, ein oder zwei Linke im Betrieb zu haben, um Verbindungen ausfindig zu machen (in Rußland nannte das die zaristische Mordpolizei „Für Aufzucht sorgen"). In diesem Zusammenhang wurde Kähler von den anderen kritisiert, weil er voreilig alle Linken aus dem Betrieb geschossen habe. Anschließend fand dann ihr brüllendes Gelächter über die angeblich „verzweifelte rote Hilflosigkeit, mit der die Chaoten in unserem Netz gefangen sind, und wir sie beliebig jederzeit rausschmeißen können" statt.

Nun, ein altes Sprichwort sagt, „wer zuletzt lacht, lacht am besten." Das wird sich letztendlich auch in diesem Fall bewahrheiten, denn der Untergang des Kapitalismus mitsamt seinem Verteidigerpack erweist sich immer wieder als eine allgemeingültige historische Gesetzmäßigkeit, an der es nichts zu rütteln gibt.

Eine ganz andere Sache, und um die geht es hier, ist die Frage nach dem aktuellen Kräfteverhältnis zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat in Westdeutschland und der Widerspiegelung dieses Kräfteverhältnisses in der Kieler IG Metall.

Fakt ist, daß die Kieler Kapitalisten plus Gewerkschaftsführer nicht nur in einem, sondern in Dutzenden von Fällen in der oben geschilderten Weise verfahren sind und derlei nicht einmal in jedem einzelnen Falle enthüllt werden konnte. Einige der betroffenen Kollegen hätten ..sonst überhaupt keinen Arbeitsplatz mehr bekommen.

Fakt ist weiter, daß diese Leute auch bis auf weiteres durchaus verstärkt mit dieser Tour fortfahren können.

Dagegen gilt es unmittelbar eine politisch-ideologische Abwehrfront der Arbeiter zu errichten, eine Aufgabe, die von den Kommunisten anleitend wahrgenommen werden muß – was freilich umso schwieriger, aber nichtsdestoweniger notwendiger ist, zumal die Einheit der westdeutschen Arbeiterklasse in einer echten Kommunistischen Partei noch nicht wieder besteht.

Der Opportunismus der „KPD/ML"

Ganz in diesem Sinne enthüllten wir den Schweinkram, den die Gewerkschaftsoberen in Ascheberg liegengelassen haben, in unserer Branchenzeitung, auf Plakaten und auch auf einer öffentlichen Veranstaltung. In zwei Referaten wurde noch einmal die Hetze der Gewerkschaftsführer dargestellt und in die faschisierende Entwicklung von Staat und Gesellschaft eingeordnet.

Bereits der Vortrag der Referate wurde allerdings erheblich von der „KPD/ML" gestört: Sie seien „zu lang"; das „kennen wir schon alles", „wir können auch ARBEITERKAMPF lesen", „aufhören" – durch derartige Zwischenrufe und Störereien suchten die „KPD/ML"er praktisch die Enthüllungen und ihre Einordnung zu sabotieren!

In der folgenden Diskussion bemühten sich die Sektierer zu „beweisen", daß die Referate „nur interpretierenden Charakter haben", daß sie von „Pessimismus durchdrungen sind" (gemeint ist unsere Darstellung der aktuellen Defensivposition der Arbeiter, der für uns ungünstigen Kräfteverhältnisse und unserer schlechten Rüstung auf bevorstehende Kämpfe!) und „die Arbeiter in die Resignation treiben"(!). Die politische Einschätzung der Schweinereien sei zwar „im wesentlichen richtig" (hört, hört!), daß sei aber „nicht entscheidend" (!), denn im wesentlichen „sind diese Dinge schon bekannt"(!!). Heute käme es vor allem darauf an darzulegen, „was zu tun ist, welche Schritte die bereits massenhaft empörten und revolutionären Arbeiter (!) machen müssen". Dazu aber „vom KB kein Wort". Die „KPD/ML" dagegen „biete eine konkrete (!), nämlich revolutionäre (!!) Alternative: Vorwärts im Aufbau der KPD/ML, Vorwärts zum Aufbau der RGO!"

In diesem sektiererischen Kreis drehte sich die gesamte „Argumentation" der „KPD/ML" auf der Verstaltung.

Einerseits wird hier deutlich, wie die Sektierer der politischen Auseinandersetzung über die Fragen des Standes der Arbeiterbewegung, des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen und seiner Widerspiegelung in Kiel, der Situation in den Gewerkschaften und der Aufgaben der Kommunisten ausweichen, indem sie hier sogar zugestehen, die Einschätzung des KB sei „im wesentlichen richtig".

Diese Haltung offenbart auch noch einmal die völlige Prinzipienlosigkeit und den Wirrwarr in der „Kritik" der Sektierer: Mal ist die politische Einschätzung des KB „pessimistisch" und „resignativ", mal wird sie als „studiertes Geschreibsel" abqualifiziert („Motor"/Betriebszeitung bei MaK), ein andermal ist sie „zurückzerrend" und „ökonomistisch", manchmal aber auch „im wesentlichen richtig". – Heillose Hilflosigkeit!

Daß aus unserer „im wesentlichen richtigen" Einschätzung niemals die Propagierung der „RGO" oder einer „KPD/ML" zum jetzigen Zeitpunkt folgen kann – das „übersehen" die Genossen „großzügig".

Ebenfalls „übersehen" sie bei ihrer Kritik, wir würden „kein Wort" zu den „nächsten praktischen Schritten" sagen, daß wir die Enthüllungskampagne eingeleitet, die Diskussion in die Betriebe hineingetragen und auch die Veranstaltungen organisiert haben – und eben nicht die KPD/ML, die schon viel zu oft auf derartige Enthüllungen verzichtet hat und vielmehr versucht, in rechtsopportunistischer Manier vor den Schlägen der Gewerkschaftsführer wegzutauchen.

Bezeichnenderweise reagierten die Genossen auf der Veranstaltung auf unsere mehrfache Aufforderung, in diese Richtung gemeinsam und koordiniert vorzugehen und die Veranstaltung zur Diskussion dieses Vorgehens zu nutzen, überhaupt nicht!

Die Bedeutung allseitiger politischer Enthüllungen

Stattdessen ihre „Argumente" gegen unsere Enthüllungskampagne: Das sei „Nachtrab hinter den Massen", würde „die Massen zurückzerren", denn diese Dinge seien „den Arbeitern bereits bekannt", und sie interessierten „andere Fragen" wie



Forts. Faschistische Umtriebe

zum Beispiel die „Frage des Staatsapparates und seiner Zerstörung" (Das wurde wirklich in aller Ernsthaftigkeit behauptet!!).

Nun, dieser pseudorevolutionäre Unsinn ist leicht durch die Tatsachen zu widerlegen: Tatsächlich haben die meisten Kollegen, ja fast alle, auf die Enthüllungen eher ungläubig reagiert: „Das kann ich mir nicht vorstellen" oder „die BRs waren sicher besoffen und haben Spaß gemacht" – so die Antwort vieler Kollegen!

Die tatsächliche Haltung der Masse der Kollegen auf derartige Enthüllungen – Unglauben, Vertrauen in die Gewerkschaftsführer, Nicht-Ernstnehmen derartiger faschistischer Ausfälle usw., also eine noch im Rahmen des Sozialdemokratismus verbleibende Reaktion – macht deutlich, daß wir künftig in weit stärkerem und größerem Maßstab solche lebendigen politischen Enthüllungen organisieren müssen als bisher, denn:

„Diese allseitigen politischen Enthüllungen sind die notwendige und wichtigste Vorbedingung für die Erziehung der Massen zur revolutionären Aktivität" (Lenin, „Was tun?"/ Werke Bd. 5).

Während wir davon ausgehen, daß diese „revolutionäre Aktivität" der Massen eben noch nicht vorhanden ist und daß es die Voraussetzungen für die „Erziehung der Massen zur revolutionären Aktivität" erst zu organisieren gilt (und als wichtigste Vorbedingung eben politische Enthüllungen!), gehen die Sektierer vom Vorhandensein dieser „revolutionären Aktivität" aus, die es angeblich nur noch zu „organisieren" gilt (in der „KPD/ML" bzw. der „RGO" ...) Abgesehen von einer derart falschen Einschätzung des aktuellen Klassenbewußtseins der Arbeiter steckt dahinter auch noch die Illusion, die „revolutionäre Aktivität" der Massen vollziehe sich spontan, automatisch und ohne Kommunisten. So seien ja auch die Teuerungsstreiks „ohne den KB gelaufen" – wie ein Superlinker in rotzigem Tone ausführte.

Zum einen fragt man sich: Wieso denn überhaupt noch eine „KPD/ML", wenn sich die revolutionäre Aktivität der Massen ohnehin schon „spontan" vollzieht? Andererseits: Eben weil der Kampf der Kollegen völlig spontan und ohne kommunistischen Einfluß war, ist er ja auch in einer Niederlage der Arbeiter geendet!

Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, Verzicht auf die Organisierung allseitiger politischer Enthüllungen und das Hineintragen politischer Klarheit in die Arbeiterschaft, stattdessen revolutionäre Phrasen und leeres Geschimpfe, kombiniert mit rechtsopportunistischen Wegtauchmanövern vor den Schlägen der Gewerkschaftsführer, Verweigerung der Solidarität mit angeschossenen Kollegen wie bei MaK, Anmotzen der Kollegen, weil sich die „revolutionäre Aktivität" nicht schnell genug entwickelt (wie bei HDW: „Kollegen, wir (!) müssen klar erkennen, daß wir (!) versagt haben ...") – das sind die wesentlichen Charakterzüge der sektiererischen „KPD/ML"-Politik, die auf der KB-Veranstaltung dankenswert offen „theoretisch begründet" worden ist! So nimmt es denn auch nicht wunder, wenn diese Leute die politische Auseinandersetzung häufiger durch Prügeleien ersetzen wollten: „Dir schlag' ich alle Zähne ein, du Schwein" – solche Drohungen fielen nicht nur einmal!

Einsacktour á la KBW!

Bezeichnend auch die Rolle des „KBW" auf der Veranstaltung: Zwar wurde leise und am Rande „Kritisches zur KPD/ML angemerkt" (sie würde „etwas zu wenig konkret (!) und auf die aktuelle Situation bezogen" arbeiten – so ein KBWler!), grundsätzlich aber wurde die „Kritik" der „KPD/ML" am KB „voll unterstützt" und betont, daß sich hier die „Hauptkritik gegen den KB" richten müsse!

Diese opportunistische Haltung ordnet sich voll in das fein ausgeheckte Einsackunternehmen des Zirkelblocks in Kiel ein: Zunächst über eigens hierfür geschaffene „Komitees" (wie z.B. „Chile-Komitee") linke Studentengruppen wie die „Roten Zellen" einsacken, durch müde „kritische Randbemerkungen" und Betonung des Hauptschlages gegen den KB Anbiederung bei den Super„linken", über die studentischen Gruppen in die Betriebe „vorstoßen", bis dahin aber immerhin schon mit Veranstaltungen, „Komitees", ökonomistischen Blättchen vor den Betrieben, „zentralen Demonstrationen" usw. usw. möglichst imposant auftreten, Eindruck schinden, um das weitere Einsacken zu begünstigen – so die bisherige „Politik" des KBW in Kiel. (Wir werden zu den Zirkelblockaktivitäten bei uns noch einen gesonderten Artikel schreiben.)

Erneut Schweinkram!

Die Kieler Gewerkschaftsführer sind nach eigenen Angaben fieberhaft auf der Suche nach den „Informanten der Kommunisten". Sie haben auch schon „besonders drei Leute im Auge". Horst Seidel (s.o.) lieferte jüngst sogar einen Steckbrief der „Gesuchten": Zwei Mädchen seien darunter, eine langhaarig und dunkel, die andere blond und kurzhaarig; eine würde ständig Zigaretten drehen (was „ohnehin verdächtig" ist!), gegen die andere laufe ein Ausschlußverfahren aus der IGM ... Das erinnert doch verteufelt an die faschistische Methode der Kapitalisten und ihrer Presse, die Bevölkerung zur Denunziation, ja gar zur Lynchjustiz gegen angebliche „Terroristen" u.ä. aufzuhetzen, wie z.B. während der RAF-Kampagne, um sie dann „im Einvernehmen" oder gar durch „Hinweise aus der Bevölkerung" zur Strecke zu bringen...

Zudem wußte Seidel zu berichten, daß die ganze Sache natürlich „erstunken und erlogen" ist – was er allerdings gesagt haben soll, das „stimme soweit"!! (Vielen Dank, Herr Seidel!)

Bei der „Suche nach den Rädelsführern" seien besonders „deren Treffpunkte" interessant (!), und man wisse bereits, „daß sie sich häufig in einem VW-Bus treffen" (!).

Außerdem hat einer der honorigen Herren – Hans Bender von der HDW – bereits eine Verleumdungsklage angestrengt (tatsächlich war Bender gar nicht – wie wir irrtümlich schrieben – auf der Wochenendschulung, sondern ein anderes, ähnliches Subjekt, mit dem er verwechselt worden ist!). „Deswegen" (für wie naiv hält der uns eigentlich?) sei auch „der Verfassungsschutz bzw. die Politische Polizei eingeschaltet worden", so Seidel.

Damit im Zusammenhang steht ferner, daß ein laufendes Ausschlußverfahren gegen eine mutmaßliche „KB-Vertrauensfrau" plötzlich derart hektisch und Hals über Kopf durchgezogen werden sollte, daß ein sonst so gewiefter Fuchs wie C. Birth (OV-Mitglied) mit den Bestimmungen der IGM-Satzung durcheinandergeriet, Beisitzer und Zeugen verwechselte und deshalb die Verhandlung verschoben werden mußte – was einen sonst so „ordnungsliebenden" Funktionär wie ihn schier zur Weißglut trieb ...

Aus alledem ist sicher auch zu schließen, (und das wissen auch die Gewerkschaftsführer), daß solche Enthüllungen mit dazu beitragen können, längerfristig das Vertrauen der Kollegen in die sozialdemokratische Gewerkschaftsspitze zu untergraben, werden sie nur beharrlich und kontinuierlich von uns organisiert, notfalls auch gegen die Polemik und die offene Sabotage durch „KPD/ML", KBW u. ähnliche Typen.

Andererseits sollte uns das eine Warnung sein, die Gewerkschaftsführer nicht zu unterschätzen und uns auf noch härtere Schläge einzustellen, vor allem uns gegen die offene Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsführung und Politischer Polizei bzw. Verfassungsschutz durch noch bessere konspirative Absicherung unserer Organisation zu schützen. ■

KB/Gruppe Kiel

JUGENDVERTRETUNG HDW

Ortsverwaltung bereitet Ausschlüsse vor

Wie wir schon in der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF (Nr. 36) berichteten, wählten sich die jugendlichen Kollegen der Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) in Hamburg, trotz erheblicher Versuche der Einmischung von Gewerkschaftsführung und rechtem SPD-Betriebsrat, eine linke Jugendvertretung.

Im AK 36 heißt es zum Wahlergebnis: *„Das Wahlergebnis drückt aus, daß die Kollegen von der neuen Jugendvertretung eine Politik erwarten, die den Kampf für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen konsequent fortsetzt und auch im Kampf für klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik weiter vorangeht. Es ist zu erwarten, daß die Kapitalisten und auch die Gewerkschaftsführer und der Betriebsrat versuchen werden, dies mit allen Mitteln bis zu Rausschmissen und Gewerkschaftsausschlüssen, zu verhindern."*

Inzwischen ist die Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall daran gegangen, die Vorbereitungen für Ausschlußverfahren gegen die gesamte Jugendvertretung zu treffen. Hierbei spielen vor allem der Betriebsratsvorsitzende Werner Peters, sowie die VK-Leiter Otto Kock und Hinrich Dübelt eine äußerst üble und arbeiterfeindliche Rolle. Diese SPD-Demagogen schlugen auf einer Sitzung der Ortsverwaltung im November, etwa einen Monat nach den Wahlen der JV, vor, Ausschlußverfahren gegen die gesamte Jugendvertretung einzuleiten. Ihre „Begründungen" waren:

- **Die Jugendvertretung würde laufend gegen das Betr.VG verstossen. Sie hätten andere Kollegen „persönlich beleidigt". Sie hätten auf einer Jugendversammlung dazu aufgerufen, gewerkschaftliche Beschlüsse zu durchbrechen.**

Diese Vorwürfe schienen selbst ihren Parteifreunden in der Ortsverwaltung noch nicht stichhaltig genug zu sein, um daraus ein Verfahren wegen „Gewerkschaftsfeindlichkeit" aufzubauen, ohne sich all zu sehr lächerlich zu machen.

Aus diesem Grunde erinnerte man sich des Beiratsbeschlusses der IGM vom Frühjahr 73 gegen „Extremisten".

„Sollte man nicht einfach wegen Zugehörigkeit zu „gegnerischen Organisationen" diese Kollegen ohne Verfahren ausschließen?"

Aber auch diese Möglichkeit, sich klassenbewußter Kollegen zu entledigen, wollte diese Gewerkschaftsführer nicht richtig froh machen!

Die „Kollegen" Peters, Kock und Dübelt wurden zunächst wieder „an die Arbeit geschickt". Sie sollen „Beweismaterial" sammeln.

Prompt tauchte auch gleich am nächsten Tag VK-Leiter und freigestellter Betriebsrat Otto Kock im Sprechzimmer der Jugendvertretung auf, um dort herumzuschnüffeln. Und er „witterte Verdächtiges": An einer Tafel im JV-Sprechzimmer, an der Pressemitteilungen und Informationen (u.a. ein Flugblatt des KB) zum Kampf des griechischen Volkes gegen die faschistische Diktatur angepinnt sind, war daneben ein Antrag der Jugendvertretung an den Betriebsrat zur Durchführung einer Lehrlingsveranstaltung und das Ablehnungsschreiben des Betriebsrats veröffentlicht. Pflichtgetreu erstattete er seinem Herrn – BR-Vorsitzenden Peters – Meldung. Eine Woche später verwahrte sich dann der Betriebsrat dagegen, daß seine Schreiben „neben KB-Flugblättern ausgehängt" werden.

Es lassen sich z.Zt. vier Möglichkeiten feststellen, die von den SPD-Leuten im Kampf gegen die fortschrittliche Jugendvertretung ausgeschöpft werden:

1. Rechte werden beschnitten, wie das Aushängen von Informationen. Gleichzeitig droht der Betriebsrat, das Sprechzimmer der Jugendvertretung zu schließen. Damit sollen vor allem die Jugendvertreter eingeschüchtert und gleichzeitig zu kopflosen Handlungsweisen provoziert werden! Das wird vor allem an der Unverschämtheit deutlich, in der Peters und Co. vorgehen.

2. Gleichzeitig versucht der Betriebsrat die Arbeit der Jugendvertretung zu sabotieren und Initiativen der Jugendvertretung „leerlaufen" zu lassen.

So wurde ein Antrag der Jugendvertretung auf baldige Durchführung einer Lehrlingsversammlung, um dort die Aufgaben der neuen Jugendvertretung und den Stand der Tarifrunde zu diskutieren, vom Betriebsrat abgelehnt.

Die Ablehnungsgründe waren selten frech und dämlich:

„Die Aufgaben der Jugendvertretung sind im § 70 BVG dargestellt, sie brauchen daher nicht erst festgelegt zu werden. Ebenso können Vorbereitungen für den „Lohnkampf" auf keinen Fall Thema einer derartigen Versammlung sein."

Verständlich, daß es diesen Herren peinlich ist, wenn die Jugendvertretung solche Frechheiten nicht nur für sich behält, sondern sie allen Kollegen zugänglich macht!

Darüberhinaus scheint der Betriebsrat plötzlich ein unheimliches Interesse an den Problemen der Lehrlinge entwickelt zu haben. Beispielsweise fordern die Lehrlinge schon lange erhebliche Verbesserungen in der Ausbildung der Kupferschmiede. Jetzt handelt der Betriebsrat plötzlich ganz hektisch, besichtigt die Lehrecke, diskutiert mit den Kollegen, verhandelt mit der Ausbildungsleitung etc. Das ist zwar an sich nichts Schlechtes, hier geht es allerdings darum, daß alles ohne die Jugendvertretung passiert, obwohl von der JV Vorschläge hierzu gemacht worden sind. Das Ziel dieses Vorgehens ist es, die Jugendvertretung auszuspielen und zu isolieren, indem man sich nachher mit kleineren Verhandlungserfolgen vor die Kollegen stellt und die scheinbare „Unfähigkeit" der Jugendvertretung dem gegenüberstellt.

3. Ein weiteres Mittel ist die Bespitzelung und Schnüffelei. Hier schämt sich der Betriebsrat nicht, offen mit der Ausbildungsleitung zusammenzuarbeiten und sogar Lehrlinge für ihre Dienste anzuwerben und zur Denunziation aufzufordern.

Hierbei zeichnet sich übrigens der ehemalige Jugendvertreter und Mitglied des DKP-Parteivorstandes Müller-Goldenstedt (Mügo) aus. Er hat vom Ortsjugendausschuß (OJA) der IGM, wo die HDW-Jugendvertreter nur noch als „Gewerkschaftsfeinde" bezeichnet werden, den Auftrag bekommen, regelmäßig die Versammlungen der HDW-Jugendgruppe zu besuchen und dem OJA Bericht darüber zu erstatten!

Wahrlich, ein ehrenvoller Auftrag für einen DKP-Führer! Selbstverständlich „vergißt" er nicht, auch den Betriebsrat ausreichend zu informieren!

4. Ein Mittel, bei dem man vor allem die z.T. noch vorhandene Spaltung zwischen jugendlichen und älteren Kollegen ausnutzt, ist die systematische Verhetzung über die VK-Leitung. Die VK-Leitung knüpft dabei am Antikommunismus an. So kursieren in einigen Gewerken die tollsten Gerüchte über „linksradikale Chaoten" in der Jugendvertretung. Gewöhnlich stellt sich auf Nachforschungen hin heraus, daß ein Betriebsrat oder VK-Leitungsmitglieder dafür verantwortlich sind.

Hierzu muß allerdings gesagt werden, daß häufig genug die „einfachen" Mitglieder des Betriebsrats (insgesamt bei HDW 31 BR-Mitglieder) oder der VK-Leitung Opfer dieser Hetze sind, die vor allem von der Peters-Clique ausgeht. Gegen diese Hetze hilft nur die offene Auseinandersetzung mit den Kollegen um die unterschiedlichen Auffassungen. **Erfahrungsgemäß kann schon ein Gespräch darüber die Lügen zerplatzen lassen.**

Offensiv die Angriffe bekämpfen!

Die Vielfalt im Vorgehen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Betriebsratsfürsten im Kampf gegen Linke wird hier wohl einigermaßen deutlich.

Man darf nicht vergessen, daß die sozialdemokratischen Kommunistenjäger in den Gewerkschaften durchaus ihre Erfahrungen auf diesem Sektor gemacht haben. (Man bedenke, wie stark die Kommunisten in den 50er Jahren auf den Werften waren und wo sie geblieben sind.)

Auch wäre es gefährlich sich in Sicherheit zu wiegen, da die IGM-Ortsverwaltung ja noch „Beweise sammelt", also noch keine stichhaltigen „Argumente" gegen die linken Kollegen hat, die eine „Gewerkschaftsfeindlichkeit" belegen könnten. Ebenfalls muß man sich auf die Möglichkeit einstellen, daß mit den Mitteln der Drohung, Einschüchterung und Erpressung von den Gewerkschaftsführern versucht wird, die Jugendvertreter zur opportunistischen Anpassung zu zwingen.

Den besten Schutz vor derartigen Schlägen der Bonzen stellt immer noch die konsequente Fortsetzung und Verankerung einer klassenkämpferischen Politik im Betrieb und in der Gewerkschaft dar! Es ist gerade die Aufstellung und Verankerung der Existenzlohnforderung in der Gewerkschaftsjugend,

der Kampf um die klassenmäßige Einheit der Arbeiter und Lehrlinge im Vertrauenskörper und auf Betriebsversammlungen,

der Kampf gegen die Einschränkungen innergewerkschaftlicher Demokratie und den anlaufenden Ausschlußterror,

sowie der Einsatz für die täglichen Probleme der Kollegen, der die Kapitalisten und Gewerkschaftsführer veranlaßt, so hemmungslos gegen die Jugendvertreter vorzugehen! ■

Zellen-Leitung Werften
KB/Gruppe Hamburg

Politischer Prozeß gegen drei Kieler Kollegen

Am Mittwoch, dem 17. Oktober, wurden vor dem von schwerbewaffneten Polizisten in voller Kampfmontur umstellten Kieler Amtsgericht zwei Kollegen wegen „Hausfriedensbruch" zu 70.– bzw. 100.– DM Geldstrafe verurteilt, nachdem einige Tage vorher schon der ehemalige Jugendvertreter von HDW, Bernd Neumann, wegen des gleichen „Delikts" mit 70.– DM Geldstrafe abgeurteilt worden war. Der Prozeß kam durch eine Strafanzeige der Kieler DGB-Führung zustande. Den drei Verurteilten wird vorgeworfen, daß sie an der „Besetzung" des Kieler Gewerkschaftshauses „führend" teilgenommen haben.

Wie ist es zu dieser „Besetzung" gekommen? Ende letzten Jahres haben die Kieler Gewerkschaftsfunktionäre den IGM-Jugendgruppen mehrerer Kieler Betriebe mit der vorgeschobenen „Begründung", es seien keine Richtlinien für ihre Gewerkschaftsarbeit vorhanden, den weiteren Zutritt zum DGB-eigenen „Wilhelm-Leuschner-Heim" verboten. Die Jugendgruppen erkannten jedoch, daß dieses Verbot in Wirklichkeit wegen ihrer zunehmenden Kritik an der klassenversöhnlerischen Linie der Gewerkschaftsführung ausgesprochen wurde. Deshalb wurde vom Kieler Ortsjugendausschuß der IG Metall am 6. April 73 ein Flugblatt verteilt, das dazu aufrief, das Hausverbot nicht ohne Widerstand hinzunehmen und am gleichen Tage eine Protestversammlung im „Wilhelm-Leuschner-Heim" durchzuführen.

DIE MACHENSCHAFTEN DER ORTSVERWALTUNG DER IGM

Kolleginnen und Kollegen!

Vor 3 Wochen ist die Betriebsgruppe Hell aus dem DGB-Jugendheim hinaus geschmissen worden!

Seit Anfang des Jahres besteht für die Betriebsgruppen der einzelnen Firmen wie HDW, MaK und HAGENUK offiziell, von Seiten der IGM-Ortsverwaltung, im Jugendheim, HAUSVERBOT!

Die Ortsverwaltung begründete das damit, daß vom Ortsjugendausschuß der IGM (Verwaltungsstelle Kiel), keine Richtlinien für die Betriebsgruppenarbeit erstellt worden seien. Auf Grund dieser Begründung wurden vom Ortsjugendausschuß vor 3 Wochen die Richtlinien erstellt, die der Ortsverwaltung (OV) jetzt schon ein paar Wochen vorliegen.

Auf der letzten OV-Sitzung wurde dieses Thema nur ganz oberflächlich angeschnitten. Die OV beschloß, die Richtlinien nach Hamburg zum Bildungssekretär, H. Feddersen, "ZUR ÜBERPRÜFUNG" zu geben.

Dieser IGM-Bildungssekretär ist zur Zeit in Urlaub!!

WAS BEDEUTET DAS ABER?

Wir meinen, daß es ganz klar eine Verzögerungstaktik der OV ist, durch die die Jugendarbeit so langsam aber sicher auf Eis gelegt werden soll !

Hiermit beweisen sie doch nur, daß sie die Jugendarbeit boykottieren. Was ist es denn anderes als ein Boykott, wenn man die Jugendlichen anstatt zu aktivieren, durch ständige Beschlüsse gegen die Jugendarbeit behindert und somit eine Spaltung unter den jugendlichen Kollegen vorantreibt!! Wir meinen, daß sich die OV mit ihrer eigenen Taktik entlarvt hat!!!

Vor diesem durchtriebenen Plan der OV dürfen wir aber nicht resignieren! Unsere Meinung ist, daß wir dem Druck von Seiten der OV mit Gegendruck antworten müssen!

KÄMPFEN WIR FÜR AKTIVE JUGENDARBEIT IM INTERESSE DER KOLLEGEN INNERHALB DER IGM!!!

Kolleginnen und Kollegen, wir fordern Euch auf, besetzt alle
um 18.3o Uhr am Freitag, dem 6.4.1973
das Wilhelm Leuschner Heim, Legienstraße, um Maßnahmen gegen die Unterdrückungsmethoden der OV zu unternehmen!

In eigener Verantwortung: Der Ortsjugendausschuß der IGM (Ohne Genehmigung der Ortsverwaltung) Presserechtl.Verantwortlich B. Neumann

Gewerkschaftsführung in Zusammenarbeit mit der Polizei

Die Herren Gewerkschaftsführer hatten daraufhin nichts Eiligeres zu tun, als die Polizei über diese geplante „Besetzung" zu informieren und eine Hundertschaft Eutiner Bereitschaftspolizei anfordern zu lassen. Als sich dann etwa 60 Kollegen vor dem „Wilhelm-Leuschner-Heim" einfanden, lechtzten schon die Eutiner Polizeikräfte „verdeckt in Wartestellung" auf „ihre Stunde", und der als Gewerkschaftsfunktionär getarnte kommandierende Polizist – wie im Prozeß aufgedeckt wurde – koordinierte derweil in direkter Absprache mit Gewerkschaftsführer (und Träger des von CDU-Oberscharfmacher Stoltenberg verliehenen Bundesverdienstkreuzes!) Willi Kuster den Polizeieinsatz. Die jugendlichen Gewerkschaftler indessen fanden das Gewerkschaftsheim verschlossen vor und begaben sich daraufhin in das benachbarte DGB-Gewerkschaftshaus, wo Willi Kuster, ohne noch lange mit den Kollegen zu diskutieren, die bereitstehende Polizei rief, die dann die Jugendlichen, ohne auf Widerstand zu treffen – deshalb mußte auch der frei erfundene Anklagepunkt der „Nötigung" später fallengelassen werden –, aus dem Gewerkschaftshaus herausdrängte.

Dieser Polizeieinsatz gegen Kollegen ist beileibe kein Einzelfall. Gerade während der jüngsten Kämpfe um Teuerungszulagen zeigten sich die Polizeistreitkräfte in ihrer ganzen Brutalität bei der Zerschlagung der Arbeitskämpfe im Interesse der Kapitalisten: der Polizeieinsatz bei den Hella-Werken in Lippstadt und Paderborn, wo die Polizei mit scharfen Hunden, gezogenen Pistolen und unter Einsatz von Schlagstöcken gegen die Streikenden vorging, sei hier nur stellvertretend für viele weitere Polizeieinsätze bei Ford, Küppersbusch, Rheinstahl usw. genannt.

Und wie in all diesen Streiks auf Betreiben der Kapitalisten sogenannte „Rädelsführer" herausgegriffen und verhaftet wurden, um der Bewegung die Spitze abzubrechen und die Masse einzuschüchtern, so ging auch die Kieler Gewerkschaftsführung gegen die „Besetzer" des Gewerkschaftshauses vor: drei der 60 Kollegen wurden aus der Masse herausgepickt und vor Gericht gestellt. Zugleich bot sich die Gewerkschaftsführung an, der Polizei nähere Informationen über die „extremistischen Tätigkeiten" der Angeklagten zu liefern, hatte sie doch bisher nichts unterlassen, um die drei Verurteilten und andere oppositionelle Gewerkschaftler auszuhorchen und zu bespitzeln.

Solidarität unbedingt notwendig!

Der Prozeß gegen die drei Kollegen steht nicht allein da, sondern reiht sich ein in die allseitige Offensive der Bourgeoisie und ihrer Handlanger gegen die Arbeiterklasse, in die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft.

Auch in Kiel hat die Gewerkschaftsführung in der letzten Zeit schon mehrfach bewiesen, daß sie sich an der konzertierten Repression gegen Kommunisten und andere fortschrittliche Kollegen beteiligt:

- so wurden in Kiel zwei Kollegen nicht als Ortsjugendausschußmitglieder bestätigt, weil sie sich nicht öffentlich von der „KPD/ML" distanziert hatten; eine Vertrauensfrau bei MaK wurde ebenfalls nicht bestätigt.
- gegen eine andere Vertrauensfrau bei MaK läuft zur Zeit ein Ausschlußverfahren aus der IGM.

Nun hat der Prozeß gegen die drei Kollegen weiterhin gezeigt, daß sich eine neue Variante arbeiterfeindlicher Politik der Gewerkschaftsführung herausbildet: Die Herren beschränken sich heute nicht mehr darauf, sich mit ihren innergewerkschaftlichen Machtmitteln – wie z.B. dem IGM-Beiratsbeschluß – jegliche Opposition vom Halse zu schaffen, nein, sie machen sich darüberhinaus die Dienste des Polizei- und Justizapparats zunutze, d.h. sie schrecken nicht einmal davor zurück, die Bullen gegen Kollegen einsetzen zu lassen und oppositionelle Gewerkschaftler vor das bürgerliche Gericht zu zerren, um sie dort wie Kriminelle und Verbrecher („Hausfriedensbruch" und „Nötigung"!) aburteilen zu lassen.

Durch diese Inanspruchnahme offenkundig kapitalistischer Unterdrückungsorgane erweisen sich die Gewerkschaftsführer erneut als Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung, erweisen sie sich als Bestandteil der geschlossenen offensiven Front der Bourgeoisie gegen die Arbeiterinteressen.

Deshalb richtet sich der Prozeß nicht nur gegen die drei Kollegen, sondern auch und im besonderen Maße gegen alle aktiven Gewerkschaftler, alle fortschrittlichen Kollegen. Er soll die direkt Betroffenen fertigmachen, die anderen Kollegen einschüchtern. Insgesamt kommt es daher für alle Kommunisten und Demokraten darauf an, die Solidarität mit jedem angegriffenen Gewerkschaftslinken zu stärken.

Wie die „KPD/ML" die Solidarität erschwert

Leider erschwert die „KPD/ML" auch in diesem Fall wieder die Solidarität mit den drei Verurteilten, die sich offen zur Mitgliedschaft in der „KPD/ML" bekannten. In altbekannter Manier ging es den Genossen beim Prozeß wieder darum, „‚die Partei' und die ‚Revolutionäre Gewerkschaftsopposition' zu propagieren", wie sie das nennen. Als letzte Konsequenz ihrer Parteiladenpolitik wurde der Prozeß gegen ihre Mitglieder in erster Linie als ein Angriff gesehen, der auf die Zerschlagung eben ihrer „KPD/ML" abzielt, der aber zeige, daß die „KPD/ML" „immer stärker werde" und der Kapitalistenklasse „zunehmende Schwierigkeiten" bereite. So propagierte man dann auch in der Art des Jubelkommunismus: „Die KPD/ML ist nicht zu zerschlagen, der Kommunismus läßt sich nicht hinter Kerkermauern verbannen!"

Diese Leute können einfach nicht begreifen, daß wir es heute mit einer allseitigen Offensive der Bourgeoisie zu tun haben, die es sehr wohl vermag, die Kommunisten vorläufig weit zurückzuschlagen. Ihre kraftmeierische Politik, die nicht auf die Schaffung einer weiten Kampffront gegen die zunehmenden Angriffe der Kapitalisten und ihrer Agenturen, sondern auf Selbstbeweihräucherung abzielt, ist ein Hindernis bei der Erstellung der unbedingt notwendigen breiten Solidarität mit den verurteilten Kollegen. ■

KB/Gruppe Kiel

Kieler Lehrlinge weisen antikommunistische Angriffe der DKP/SDAJ zurück !

Die widerwärtig-antikommunistische Hetze von SDAJ und DKP in ihren Betriebszeitungen bei HDW-Kiel gegen die Jugendvertretung und die Mehrheit der Lehrlinge wurde mit dieser Resolution zurückgewiesen. Die Resolution wurde auf einer Mitglieder-Versammlung (vom 13.12.73) der IG-Metall-Lehrlinge der Großwerft HDW in Kiel verabschiedet. Gleichzeitig läuft eine entsprechende Unterschriften-Sammlung im Betrieb:

Im Gegensatz zur Forderung 600 Mark Existenzlohn der Mehrheit der HDW-Lehrlinge forderte Jan Roschmann (im Landesvorstand der SDAJ) auf der letzten Versammlung der Vertrauensmänner 200 DM für alle Lehrlinge. Hier kommt die SDAJ daher und stellt Hand in Hand mit den rechten Gewerkschaftsführern die Forderungen über die Köpfe der Kollegen hinweg auf. Im letzten „Rot-Stift" wird die SDAJ dann noch deutlicher, in wessen Fahrwasser sie ihre Politik macht. So trumpft sie mit antikommunistischem Dreck gegen die JV auf. Im Versuch einer polemischen Wendung wird Detlev Gosau als „Held der Arbeit" bezeichnet. Mit dem Titel „Held der Arbeit" werden im Sozialismus Kollegen ausgezeichnet, die sich in ihrem Arbeiter- und Bauernstaat verdient gemacht haben. Dieser Begriff wird im „Rot-Stift" im Stile faschistischer Hetzblätter wie „Bild" und „Quick" in antikommunistischer Weise, also reaktionär genutzt, um politische Gegner kalt zu stellen. Weiter gehen die Hetztiraden in Form von schmutziger Unterwäschepolitik („im schön gemachten Bett einer Studentin"), wie sie ebenfalls in der bürgerlichen Presse im Zuge der Faschisierung, insbesondere bei der Baader-Meinhof-Jagd und „KPD"-Kampagne im Frühjahr dieses Jahres angewandt worden sind. Selbst angesichts der rassistischen Ausländerhetze der Bourgeoisie scheut sich die SDAJ nicht, zur Erledigung ihrer politischen Gegner, sich rassistischer Vorurteile zu bedienen („gelbsüchtige Mao-Jünger").

Selbst vor Denunziation wird nicht zurückgeschreckt, indem die Jugendvertreter in die Nähe der „KPD/ML" gebracht werden. Durch das in den Vordergrund schieben ihrer eigenen Parteiladenforderung verfallen die SDAJ'ler und DKP'isten sogar in den arbeiterfeindlichen Wahnisnn, die große Mehrheit der HDW-Lehrlinge als „gewerkschaftsfeindliche Chaoten" und „Spalter" zu beschimpfen.

Für uns heißen die Konsequenzen aus den Schweinereien der DKP und SDAJ:

1. Jan Roschmann hat umgehend seinen Rücktritt aus Jugend- und Vertrauensleutekörper zu erklären.

2. DKP und SDAJ sollen diese Resolution ungekürzt in ihrer Presse veröffentlichen („Werft-Echo" und „Rot-Stift"). ■

Flensburger Druckerlehrlinge: Kampf um theoretischen Unterricht

Der bedeutendste Flensburger Druckbetrieb, Severin Schmidt, bildet bei 320 Kollegen z.Z. über 30 Auszubildende aus. Es ist der einzige große Ausbildungsbetrieb im graphischen Gewerbe in Flensburg mit über zehn gewerblichen und ca. 20 kaufmännischen Auszubildenden, davon ein Drittel Jugendliche.

Flensburg ist auch in der Druckindustrie industrielles Randgebiet, so daß die Severin-Belegschaft politisch relativ rückständig ist und kaum eigene Kampferfahrungen besitzt. Die Auszubildenden, unter ihnen der größte Teil fortschrittlicher Kollegen, ist zudem in gewerbliche und kaufmännische Auszubildende gespalten: Die gewerblichen Kollegen arbeiten meist mit drei oder vier Kollegen in einer Abteilung, während die kaufmännischen Auszubildenden fast ständig allein in den Abteilungen arbeiten und von der Geschäftsleitung leicht kontrolliert werden können.

Bei Severin wurde seit Monaten immer wieder von einzelnen Lehrlingen zusammen mit der Jugendvertretung die Forderung nach theoretischem Unterricht während der Arbeitszeit erhoben. Die kfm. Lehrlinge gingen dabei aus von einer Kritik am damals bestehenden Unterricht bei Geschäftsführer Kolster, der nach Feierabend stattfand und zudem inhaltlich nichts brachte, so daß ihm immer mehr Kollegen fernblieben. Für die gewerblichen Auszubildenden, für die Unterricht bei den Meistern nur unregelmäßig in einzelnen Abteilungen bestand, kam es vor allem darauf an, diesen Unterricht abzusichern und auf alle Auszubildenden zu erweitern. Doch diesbezügliche Anträge der Jugendvertretung konnten von der Geschäftsleitung kommentarlos in den Papierkorb gesteckt werden. Das lag daran, daß die JV unabhängig von den meisten Lehrlingen handelte, während diese sich auf die Verhandlungen der Jugendvertretung verließen. Hier galt es, eine Einheit herzustellen.

Auf der letzten Jugendversammlung im September, an der alle Auszubildenden teilnahmen, wurde die Forderung nach theoretischem Unterricht während der Arbeitszeit zur zentralen Forderung der Severin-Lehrlinge zur Verbesserung der Berufsausbildung.

Es wurde einstimmig beschlossen: Eine Stunde theoretischen Unterricht pro Woche für alle Auszubildenden während der Arbeitszeit bei einem fachlich qualifizierten älteren Kollegen oder dem Meister.

Schon während der Versammlung wiesen einige Kollegen darauf hin, daß der Geschäftsleitung kein leichtes Zugeständnis abzuringen sein werde und daß es daher wesentlich darauf ankommen werde, durch Gespräche und die Erläuterung unserer Forderung die Solidarität der älteren Kollegen zu erlangen.

Ein Kollege vertrat die Ansicht, in der Forderung müsse schon ein Kompromiß angegeben werden, um die Geschäftsleitung nicht gleich vor den Kopf zu stoßen. Es wurde aufgezeigt, daß ein Kompromiß nicht Ausdruck einer Forderung, also des Bedürfnisses der Lehrlinge in dieser Frage, sondern nur Ausdruck des bestehenden Kräfteverhältnisses als Ergebnis der Verhandlungen sein könne.

Weiter wurde auf der Jugendversammlung aufgrund von Berichten aus jeder Abteilung festgestellt:

Die Ausbildungspläne werden vielfach nicht eingehalten, weil ein eingearbeiteter Lehrling auf diesem Platz mehr Profit abwirft.

Durch den Lehrermangel ist der Berufsschulunterricht mit teilweise unter 8 Wochenstunden völlig unzureichend; kfm. Lehrlingen kann hier überhaupt kein Fachkundeunterricht erteilt werden, der für die gewerblichen Auszubildenden muß unzulänglich bleiben.

Die betriebliche Ausbildung kann nicht allein „praktische" Ausbildung sein, ohne die notwendigen theoretischen Kenntnisse zu vermitteln.

Die Forderung der Auszubildenden wurde von der JV der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat mitgeteilt. Die Geschäftsleitung reagierte sofort mit Spaltungsmanövern, um die auf der Jugendversammlung erstmals erreichte Einheit zu zerstören:

Die meisten Auszubildenden seien über 18 Jahre alt, so daß Verhandlungen mit dem (reaktionären) BR abgewartet werden müßten, da dieser nach dem BVG für sie „zuständig" sei.

Die Geschäftsleitung setzte sofort beim schwächsten Punkt der Auszubildenden, dem Teil der kfm. Lehrlinge, die im Dezember Abschlußprüfungen haben, mit einer Unterschriftensammlung für einen Unterricht nach Feierabend bei Aufgabe der alten Forderung an. Nur drei Kollegen fielen auf dies Manöver, das sofort diskutiert wurde, herein. Eine daraufhin eingeleitete Unterschriftensammlung unter den Lehrlingen für die ursprüngliche Forderung erbrachte 28 Unterschriften und wurde von der JV an Geschäftsleitung und BR weitergeleitet. Zu diesem Zeitpunkt zeigte sich, daß es der Geschäftsleitung nicht nur um die Forderung ging, und der DRUCKARBEITER (Branchenzeitung des KB Gruppe Flensburg) schreibt später in einem Artikel zur Unterstützung der Lehrlinge:

„*Die Geschäftsleitung zeigt sich ‚hart', weil es ihr gar nicht mehr nur um den theoretischen Unterricht geht. Eine Stunde pro Woche ‚Produktionsausfall' einiger Lehrlinge. Das geht nicht sehr an den Profit. Es geht hier um mehr: Auf der Jugendversammlung ist zum erstenmal entschlossen eine Forderung aufgestellt worden, die mit relativ großer Einheitlichkeit (Unterschriftensammlung) verteidigt wurde. Es kommt der Geschäftsleitung mit ihren Maßnahmen vielmehr darauf an zu verhindern, daß ‚so etwas' Schule macht, nicht nur unter den jungen Kollegen. Daher die ‚harte' Haltung und daher die Versuche, die kaufmännischen Lehrlinge (von denen ein erheblicher Teil kurz vor der Prüfung steht) einzuschüchtern.*"

Begünstigt durch die Verschleppung der Forderung durch den BR über mehr als zwei Wochen, startete die Geschäftsleitung eine zweite Unterschriftensammlung unter den kfm. Lehrlingen, vor allem wiederum unter den Prüflingen, und ließ teilweise offene Lügen unter den Kollegen verbreiten. Diesmal unterschrieben zehn kfm. Lehrlinge.

Als sie erfuhren, daß die Verhandlungen mit dem BR entgegen der Lüge der Geschäftsleitung für den nächsten Tag bevorstünden, waren die meisten empört und der angebotene Unterricht nach Feierabend bei Geschäftsführer Kolster wurde überwiegend boykottiert.

Der BR versuchte zu beschwichtigen und fiel den Kollegen in den Rücken: Keine gesetzliche Grundlage, mangelnde Kompromißbereitschaft, theoretischer Unterricht „Entgegenkommen" der Geschäftsleitung. Er zog daher mit der Formel „eine halbe Stunde während der Arbeitszeit, eine halbe Stunde nach Feierabend" zögernd und halbherzig in die Verhandlungen. Der ausgehandelte "Kompromiß" war eine Provokation: Unterricht für kfm. Auszubildende nach Feierabend bei Kolster, Auszubildende dürfen Themenvorschläge einreichen.

Worin lag diese vorläufige Niederlage begründet? Der wesentliche Grund lag in der mangelnden politischen Klarheit der Lehrlinge selbst über die Bedingungen ihres Kampfes. Der DRUCKARBEITER schrieb dazu:

„*Aber wir wissen doch nur zu genau, sowohl aus den Tarifrunden als auch aus den Erfahrungen im Betrieb, daß solche Zugeständnisse nicht aus heiterem Himmel fallen und nicht auf freundlichem Entgegenkommen der Geschäftsleitung beruhen, sondern immer abhängig sind von der Entschlossenheit und Stärke, mit der eine Forderung vertreten wird!*"

Zum einen bestand – und besteht größtenteils heute noch – nicht genügend Klarheit über das bürgerliche Berufsbildungsgesetz, das BVG usw., die vom bürgerlichen Staat erlassen sind, um den Kapitalisten mit ihren „Gummiparagraphen" größtmöglichen „Spielraum" zu lassen. Zum zweiten war eine rein mechanische Auffassung über die Durchsetzung von Forderungen bei den meisten Lehrlingen vorhanden: Aufstellen der Forderung – Verhandlungen der Belegschaftsvertreter mit der Geschäftsleitung – Ergebnis. Dieses Bewußtsein rührt genau aus den Tarifrunden usw. her, deshalb liegt im DRUCKARBEITER eine falsche Einschätzung des Bewußtseins der Kollegen vor.

In zahlreichen Diskussionen, vor allem mit fortschrittlichen Kollegen, wurde langsam klar, daß die Lehrlinge selbst ihren Kampf in die Hand nehmen müssen, wollten sie die Forderung nicht aufgeben. Natürlich ist es ein längerer Prozeß, hier bei den meisten Kollegen Klarheit zu schaffen, diese Klarheit gewinnen die Kollegen am gründlichsten aus der Aufarbeitung ihrer eigenen Erfahrungen.

Der fortschrittlichste Teil der Lehrlinge diskutierte die nächsten Schritte zur Durchsetzung der Forderung und trug sie dann unter die Kollegen. Zunächst brachte die JV, um der Isolation von den älteren Kollegen vorzubeugen, die Forderung auf einer Betriebsversammlung Anfang November vor und begründete sie. Überraschend ließ ein reaktionärer BR-Kandidat, wohl um sich vor der Neuwahl in's rechte Licht zu rücken, die Belegschaft hierüber abstimmen: Der überwiegende Teil unterstützte die Forderung.

Weitere Maßnahme ist die genaueste Überwachung der Ausbildung (Ausbildungspläne, Botengänge), die u.a. wesentlicher Tagesordnungspunkt der demnächst stattfindenden Jugendversammlung sein wird. Die Geschäftsleitung ihrerseits trug, um eine Wiederholung der „Panne" der letzten Jugendversammlung zu verhindern, ein weiteres Spaltungsmanöver vor: Entgegen der bisherigen Praxis, aber getreu den Buchstaben des arbeiterfeindlichen BVG, dürfen an der kommenden Betriebsjugendversammlung nur Auszubildende unter 18 Jahren teilnehmen. Zaghafte „Verhandlungen" des BR zur Änderung dieser Maßnahme waren bisher erfolglos. Auch hier wird es also wesentlich auf die Entschlossenheit der Lehrlinge selbst ankommen. ■

tung – Ergebnis. Dieses Bewußtsein | selbst ankommen. ■

Frankfurt:

Politische Entlassung bei Teves

Am Freitag, den 30.11.73 ist die Kollegin Bianca Pilder von den Teves-Kapitalisten zum 31.12.73 gekündigt worden. Mit der Aushändigung der schriftlichen Kündigung wurde sie zugleich für den Rest ihrer Probezeit beurlaubt.

Der „Fall Bianca Pilder" hat eine Vergangenheit.

Bis Mitte dieses Jahres war Bianca aktiv tätig als Jugendvertreterin bei den VDO-Werken und Mitglied des Ortsjugendausschusses der IG Metall in Frankfurt. Sie war der einzige Lehrling der Armaturenfabrik VDO, der nach bestandener Gehilfenprüfung nicht weiterbeschäftigt wurde. Bianca hatte sich das „Vertrauen der Betriebsleitung" verscherzt, weil sie sich „erdreistete", öffentlich zu sagen: „Die Pferde der Frau Linsenhoff haben im Stall eine Klimaanlage, die Arbeiter bei VDO haben keine". (Frau Linsenhoff ist Besitzerin der VDO-Werke und vertreibt sich ihre Zeit mit Dressurreiten.)

Nach ihrer Entlassung bei VDO war Bianca drei Monate arbeitslos, fand dann eine Stelle bei Hartmann & Braun, wo ihr aber nach fünf Tagen wieder gekündigt wurde. Obwohl der Teves-Geschäftsleitung der „Fall Bianca Pilder" bekannt war, wurde sie dann im September 73 eingestellt, aber nun, kurz vor Beendigung der Probezeit wieder entlassen. „Begründung": 1. Umgruppierung in der Abteilung, in der Bianca arbeitete, was mit Personaleinsparung verbunden ist; 2. Einstellungsstop für alle Teves-Werke. Was an dieser „Begründung" dran ist, wird klar, wenn man weiß, daß die Rationalisierung in dieser Abteilung bereits im September geplant war, daß der Einstellungsstop erst ab November 73 gilt, Bianca dagegen bereits im September eingestellt wurde.

Nicht zuletzt durch die relativ breite Berichterstattung der lokalen Presse ist der „Fall Bianca Pilder" in Frankfurt inzwischen zum Paradebeispiel für die bundesweite Kampagne der Unternehmer gegen fortschrittliche Jugendvertreter und junge Betriebsräte geworden. Mit dieser Kampagne, die einerseits die Forderung nach verstärkter ideologischer Ausrichtung der Jugend im Sinne der Kapitalisten umfaßt, andererseits in der exemplarischen Entlassung von (bisher über 600) aktiven Jugendvertretern und jungen Betriebsräten besteht, führt die Kapitalistenklasse durch Einschüchterung und Entpolitisierung der gesamten Arbeiterjugend einen Angriff auf die politische und gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiterklasse. Der BDA erklärt selbst, daß durch die Rausschmisse gegen **„unternehmerfeindliche Jugendvertreter ein Exempel statuiert werden"** soll, da längerfristig in diesem Bereich eine Gefahr für den „sozialen Frieden" heranwachse, da die gewerkschaftlich Aktiven **„uns morgen als Vertrauensleute und Betriebsräte gegenüberstehen. Wir aber brauchen Ruhe im Betrieb"** (Damaliger BDA-Präsident Friedrich). (Siehe auch ausführlichen Artikel dazu im AK 31 vom August 1973.)

Mit Geheimdiplomatie gegen die Kollegen

Gegen diesen Angriff, der bei Teves durch die Entlassung von Bianca Pilder praktiziert wurde, „kämpfte" der Betriebsrat bei Teves allenfalls dem Scheine nach; tatsächlich verhinderte sein Vorgehen eine Solidarisierung mit Bianca Pilder. So weigerte sich der BR auf der Vertrauensleutesitzung am 30. November 73, Auskunft über Verlauf, Inhalt und Ergebnis der Verhandlungen des BR mit der Geschäftsleitung zu geben. Sein Stillschweigen begründete er damit, daß der Angestelltenausschuß des BR noch nicht getagt hätte. Damit sollte es den Vertrauensleuten unmöglich gemacht werden, Schritte gegen die Entlassung von Bianca Pilder zu unternehmen. Am selben Tag erhielt Bianca ihre schriftliche Kündigung und ist somit ein drittes Mal wegen ihrer politischen Ansichten gefeuert worden.

Dieses Vorgehen des BR, durch Vorenthaltung von Informationen den innerbetrieblichen Kampf der Kollegen gegen die Angriffe der Kapitalisten zu hintertreiben, ist keine neue Sache. In gleicher Weise handelten BR und Vertrauenskörperleitung bei dem Streik der Bandarbeiter im Juli 72, wo sie ebenfalls die Vertrauensleute und Kollegen nicht informierten, damit eine Solidarisierung verhinderten und so zum Zusammenbruch des Streiks wesentlich beitrugen. ■

Branchenzelle Metall
KB/Gruppe Frankfurt

Teves:

BERICHTIGUNG

Aufgrund von nachträglichen Diskussionen über unseren Artikel im ARBEITERKAMPF Nr. 32 – „ATE – Alle Tage elender" – halten wir es für notwendig, noch einmal selbstkritisch dazu Stellung zu nehmen.

Der Artikel untersucht eine Reihe von Kämpfen der Teves-Kollegen gegen Rationalisierungsmaßnahmen, Abbau des Lohnniveaus etc. Alle diese Kämpfe endeten für die Kollegen mit Niederlagen. So gelang es den Kapitalisten beispielsweise mit wesentlicher Unterstützung des rechten BR und der VLK-Leitung, nicht nur die Kämpfe niederzuringen, sondern auch fortschrittliche Kollegen abzuspalten und zu isolieren oder gar rauszuschmeißen.

Insgesamt zeigte sich in diesen spontanen Abwehrkämpfen, daß die Kapitalisten sehr viel besser als die Kollegen darauf vorbereitet waren, daß der BR und die VLK-Leitung nach ihrer Pfeife tanzten usw.

In unserer Schlußfolgerung heißt es dazu u.a.:

„*Sie (die ATE-Kapitalisten) haben es vorerst geschafft, den Abwehrkampf der Kollegen gegen verstärkte Ausbeutung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen niederzuringen und die Kampfbereitschaft der Arbeiter in Resignation umzuwandeln!*"

Dies würde bedeuten, daß die Teves-Kollegen (zumindest vorerst) nicht mehr streiken werden, was natürlich falsch ist! Denn der spontane Kampf (und um diesen handelt es sich hierbei) beinhaltet ja gerade, daß er sich unmittelbar (eben spontan) an den ökonomischen Angriffen der Kapitalisten entzündet, ohne daß dabei das bestehende Kräfteverhältnis in Rechnung gestellt wird. Daß es bei solch einem Niveau der Kämpfe zu Niederlagen und auch zu Resignation kommt, ist gar nichts Besonderes, sondern erklärt sich ja gerade aus dem spontanen Kampf gegen einen bewußt vorgehenden Feind.

Bei uns hatte sich dagegen die Anschauung eingeschlichen, daß sich die negativen Kampferfahrungen aus den spontanen Kämpfen sozusagen potenzieren, was ja bedeuten würde, daß nach einer bestimmten Zeit der Punkt kommt, wo gar nichts mehr läuft. Danach wäre es ein Rätsel, wieso es nach über 100jährigem Bestehen des Kapitalismus überhaupt noch spontane Kämpfe geben kann.

(Übrigens machen unsere Okonomisten vom KBW den gleichen Fehler in die umgekehrte Richtung, indem sie aus der bloßen Aneinanderreihung spontaner Kämpfe schon ein höheres politisches Niveau ableiten. Hier ist die Frage, wieso dann nicht längst die sozialistische Revolution stattgefunden hat).

Natürlich haben sich die ATE-Kapitalisten durch den Sieg über die spontanen Kämpfe der Arbeiter günstigere Kampfbedingungen geschaffen, von denen aus sie auch kommende Streiks zu zerschlagen versuchen werden, aber daraus wird im Artikel der richtige Schluß gezogen, daß es demnach „unsere wichtigste Aufgabe (ist), dazu beizutragen, das politische Bewußtsein der Kollegen zu entwikkeln, indem wir ihnen die Bedingungen ihres Kampfes erläutern". ■

Branchenzelle Metall
KB/Gruppe Frankfurt

REDAKTIONELLE ANMERKUNG

Es scheint uns, als ob die Frankfurter Genossen bei der Berichtigung ihres zunächst gemachten Fehlers nun den Bogen etwas zur anderen Seite hin überspannen.

Es war einerseits falsch, daß so getan wurde, als wäre bei Teves jetzt nur noch „Resignation", als wären spontane Kämpfe auf lange Sicht „nicht drin". Es ist aber auch nicht so, daß der spontane Kampf o h n e jede Berücksichtigung des bestehenden Kräfteverhältnisses und gemachter Kampf erfahrungen einfach immer wieder entbrennt, weil er sich „spontan" an den Angriffen der Kapitalisten „entzündet". Es ist durchaus möglich, daß negative Kampferfahrungen („Resignation") zeitweise die Entwicklung spontaner Kämpfe hemmen oder erschweren. Dies müßte man jeweils konkret untersuchen, wozu die kommunistische Bewegung heute in den seltensten Fällen in der Lage ist. Kritisiert wurde am ATE-Artikel die **Verabsolutierung** *der „Resignation", d.h. man setzte o h n e konkrete Analyse der Situation einfach Niederlage = „Resignation", und kam dadurch zu nicht gerechtfertigten pessimistischen Schlußfolgerungen über die Situation. Noch während der ATE-Artikel bei der AK-Redaktion lag, wurde im Werk erneut spontan gestreikt (vgl. AK 33: „Teves Frankfurt: Kollegen verschaukelt").* ■

WEST-BERLIN ÖTV-Jugend unter schwerem Beschuß

Im AK 29 berichteten wir über das West-Berliner „Mai-Komitee '73". Hier hatte maßgeblich die SEW zu einer Demonstration aufgerufen, an der über 50 000 Menschen teilnahmen. Versammlungen der IG Bau, GEW, IG Metall und der Bezirksjugendausschuß (BJA) der ÖTV unterstützten die 1.Mai-Demonstration. Die West-Berliner DGB-Führung dagegen hatte wie im letzten Jahr wieder zu einer Saalfete eingeladen. Der BJA der ÖTV charakterisierte dies in einer beispielhaften Erklärung als „eine Zumutung für alle Gewerkschafter ... am 1. Mai 1973 zusammen mit abgeschlafften Showstars wie Paul Kuhn und Olivia Molina auf einer billigen Variete-Veranstaltung die Traditionen und Inhalte des Kampftages aller Lohnabhängigen mit Füßen treten zu müssen." Der Bezirksjugendausschuß zog daraus die Konsequenz und unterstützte das West-Berliner „Mai-Komitee".

Nach nun einem halben Jahr wurde gegen den Vorsitzenden des Bezirksjugendausschussus, den Kollegen Dieter Gleibs, ein Ausschlußverfahren eingeleitet. Der Bezirksjugendausschuß der ÖTV soll aufgelöst werden. Ein entsprechender Antrag wurde im Bezirksvorstand der ÖTV-West-Berlin mit Stimmengleichheit (9:9) ‚zurückgestellt'. Wir halten den vollständigen Abdruck der Ausschlußbegründung für zweckmäßig, weil darin in besonders unverschämter Weise gegen oppositionelle Kollegen vorgegangen wird. Die arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Haltung der DGB-Führer darf deshalb nicht beim Namen genannt werden, weil diese ‚Kollegen' ja ‚demokratisch gewählt' wurden. Das ist die ganze Weisheit, die uns die ÖTV-Führer in ihrer Ausschlußbegründung plausibel machen wollen. In diesem Fall wird uns besonders anschaulich vor Augen geführt, daß sich die zunehmenden Ausschlüsse in den DGB-Gewerkschaften nicht gegen einzelne ‚linksradikale' Kollegen richten, sondern daß davon alle Gewerkschafter betroffen sind, die in Gegensatz und Opposition zur ‚offiziellen' Politik und natürlich auch zu den ‚gewählten Organen' stehen. Den Bestrebungen der Gewerkschaftsführer, klassenbewußte Gewerkschafter bürokratisch niederzuhalten und auch ganz aus den Gewerkschaften hinauszudrängen, muß von Anfang an entschlossen entgegengetreten werden. Wir begrüßen und unterstützen darum die Initiative westberliner Gewerkschafter, die damit begonnen haben, eine Solidaritätskampagne für die bedrohten Kollegen zu organisieren.

Hafen-Komitee (ÖTV), KB/Gruppe Hamburg

Kommission des Bezirksvorstands der ÖTV-Berlin

Die Kommission hatte den Auftrag, festzustellen, ob durch die Veröffentlichung der ÖTV-Betriebsgruppe Tempelhof, der ÖTV-Jugendgruppe im Bezirksamt Tempelhof sowie des Bezirksjugendausschusses anläßlich des 1. Mai 73 der Tatbestand des gewerkschaftsschädigenden Verhaltens gemäß § 6 der ÖTV-Satzung erfüllt ist.

Ergebnis:

1) Die anwesenden Mitglieder des ÖTV-Betriebsgruppenvorstandes beim Bezirksamt Tempelhof, die am 25. April 1973 einstimmig die Erklärung der ÖTV-Betriebsgruppe im Bezirksamt Tempelhof zum 1. Mai 1973 beschlossen und veröffentlicht haben, haben sich gewerkschaftsschädigend verhalten.

2) Das Gleiche gilt für die Mitglieder des Vorstandes der ÖTV-Jugendgruppe im Bezirksamt Tempelhof, die das Flugblatt vom 27. April 73 zum 1. Mai 1973 beschlossen haben.

3) Auch die in der Sitzung des Bezirksjugendausschusses am 12. April 1973 anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Bezirksjugendausschusses haben sich gewerkschaftsschädigend verhalten, als sie ihren Beschluß zum 1. Mai faßten und zur Veröffentlichung weitergegeben haben.

Begründung:

zu 1.

In der Erklärung der ÖTV-Betriebsgruppe beim Bezirksamt Tempelhof heißt es unter anderem:

„... Angesichts der heutigen Arbeits- und Lebensbedingungen, angesichts steigender Preise und der sich verschärfenden Auseinandersetzung an der Tariffront halten wir die Flucht der Mehrheit des DGB-Landesbezirksvorstandes in den Saal für eine Verhöhnung aller konsequent handelnden Gewerkschafter."

„Es bleibt festzustellen, daß die Gewerkschaftsführung und die mit ihr verbundenen politischen Kräfte ihrer historischen Aufgabe, sich an die Spitze der aus dem ‚Wirtschaftswunder' wieder erwachenden Arbeiterbewegung zu setzen, nicht gerecht werden, vielmehr wird die Tradition und Verpflichtung des 1. Mai mit Füßen getreten."

Allein die Tatsache, daß die Mehrheit des DGB-Landesbezirksvorstandes in der Frage des 1. Mai einen Beschluß gefaßt hat, der nicht allen Teilen der Gewerkschaftsmitgliedschaft gerecht geworden ist, darf auf keinen Fall dazu führen, daß sie wegen ihrer Auffassung beleidigt und verunglimpft wird. Durch solche Verunglimpfungen werden Glaubwürdigkeit, Ansehen und Durchschlagskraft der demokratisch gewählten Gewerkschaftsorgane erheblich beeinträchtigt und die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder stark geschädigt. Dies ist gewerkschaftsschädigendes Verhalten im Sinne des § 6 der ÖTV-Satzung.

zu 2.

Der Einleitungssatz des Flugblattes der ÖTV-Jugendgruppe beim Bezirksamt Tempelhof lautet wie folgt:

„... Die Mitglieder der Gewerkschaft ÖTV, die die Variete-Show des DGB-Landesbezirksvorstandes in der Messehalle 1 nicht mitmachen, demonstrieren am 1. Mai unter gewerkschaftlichen Losungen in Neukölln-Kreuzberg."

Durch diese Formulierung ist der Eindruck erweckt worden, als würden in der hier als „Variete-Show" abqualifizierten DGB-Veranstaltung keine gewerkschaftlichen Losungen vertreten.

Dies ist nachweislich falsch.

Dadurch wurden die demokratisch gewählten Gewerkschaftsorgane und die Teilnehmer der DGB-Veranstaltung verächtlich gemacht und ihrem Ansehen Schaden zugefügt. Die Interessen der Gewerkschaften im DGB wurden dadurch geschädigt; mithin liegt ein Tatbestand des § 6 der ÖTV-Satzung vor.

zu 3.

Der Beschluß des Bezirksjugendausschusses vom 12. April 73 enthält u.a. folgende Passagen:

„... Darüberhinaus hält der BJA angesichts der sich ständig verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen, angesichts steigender Preise und sich verschärfenden Auseinandersetzungen an der Tariffront geradezu für eine Verhöhnung unserer Kollegen und für eine ungeheure Zumutung für alle Gewerkschaftler, wenn wir aufgefordert werden, am 1. Mai zusammen mit abgehalfterten Show-Stars, wie Paul Kuhn und Olivia Molina auf einer billigen Variete-Veranstaltung die Traditionen und Inhalte des Kampftages aller Lohnabhängigen mit Füßen treten zu müssen."

und

„... Der BJA sieht jedoch im Mai-Komitee '73, welches zu einer Demonstration in Kreuzberg und Neukölln aufgerufen hat, eine anerkennenswürdige Initiative, die den Notwendigkeiten der aktuellen Situation der Lohnabhängigen weit mehr entspricht als die ungewerkschaftliche Show-Veranstaltung in der Messehalle 1."

Durch die hier unterstrichenen Wendungen werden die demokratisch gewähltenGewerkschaftsorgane verächtlich gemacht, insofern liegen die gleichen Tatbestände vor, wie sie zu 2 näher ausgeführt worden sind.

Folgerungen:

§ 6 Absätze 1 und 2 der ÖTV-Satzung lauten wie folgt:

1) Ein Mitglied kann wegen gewerkschaftsschädigenden oder satzungswidrigen Verhaltens ausgeschlossen werden.

2) Antrag auf Ausschluß können stellen:

– die Delegiertenkonferenz oder die Delegiertenversammlung der Kreisverwaltung
– der Kreisvorstand
– der Bezirksvorstand
– der geschäftsführende Hauptvorstand.

In den drei vorgenannten Gremien, die sich gewerkschaftsschädigend verhalten haben, war jeweils das Bezirksvorstandsmitglied Dieter G l e i b s, Berlin 48, Marienfelder Allee 172 b

– in der ÖTV-Betriebsgruppe im Bezirksamt von Berlin Tempelhof als stellvertretender Vorsitzender
– in der ÖTV-Betriebsjugendgruppe des Bezirksamtes Tempelhof als Vorsitzender
– im ÖTV-Bezirksjugendausschuß als vorsitzender

anwesend.

Als ÖTV-Bezirksvorstandsmitglied waren ihm der Verlauf der Beratungen und die Beschlüsse zum 1. Mai 1973 vertraut.

Er hätte das Gewerkschaftsschädigende aller drei Vorgänge erkennen müssen und hat die Pflicht gehabt, den Versuch zu unternehmen, die genannten Beschlüsse bzw. Erklärungen zu verhindern. Er hat sich auch nachträglich trotz heftiger Kritik im Bezirksvorstand von diesen Vorgängen nicht distanziert. Dies Verhalten ist nach unserer Ansicht so schwerwiegend, daß hier ein Ausschlußantrag gerechtfertigt ist. Es wird daher empfohlen, ein Ausschlußverfahren gegen Dieter Gleibs einzuleiten." ■



Am 23.11. triumphierten die bürgerlichen Zeitungen *„Lotsen geben nach!"* („Morgenpost")

Sechs Monate lang hatten die Flugleiter auf den bundesdeutschen Flughäfen ihren Dienst nur noch nach den amtlichen Vorschriften ausgeführt, um damit ihren Forderungen nach personeller Verstärkung ihrer Leitstellen, sozialen Verbesserungen und mehr Gehalt Nachdruck zu verleihen.

Sechs Monate lang haben Unternehmervertreter, Spitzenpolitiker a l l e r bürgerlichen Parteien, die g e s a m t e im Dienste des Kapitalismus stehende Presse, Rundfunk, Fernsehen und in den letzten Monaten auch die ÖTV-Führer gegen die berechtigten Forderungen und den Kampf der Fluglotsen gehetzt.

Diese oft ins Faschistische gehende Verleumdungskampagne war begleitet von wirtschaftlichen und juristischen Repressalien gegen einzelne Lotsen und insbesondere auch gegen den ‚Verband Deutscher Flugleiter' (VDF).

Erst jetzt, unter dem Eindruck der „Ölkrise", mußten die Fluglotsen aufgeben. Am 22. November forderte der ‚VDF' seine Mitglieder auf, *„wieder ihren erhöhten (!) Arbeitseinsatz zu zeigen, wie er vor dem 31. Mai dieses Jahres geleistet wurde."*

„Dem Beschluß des VDF war ein eindringlicher Appell Bundeskanzler Brandts an die Lotsen vorausgegangen. Angesichts der Energiekrise (!) hatte der Bundeskanzler den Lotsen bei einer Beendigung des Streiks eine ‚sachliche und faire' Lösung der anstehenden Probleme versprochen." („Morgenpost")

Warum ausgerechnet in der sich abzeichnenden K r i s e eine „sachliche und faire" Lösung für die Lotsen möglich sein soll (die ja zweifellos mit zusätzlichen Kosten verbunden sein wird!), läßt der Kanzler-Appell im Dunklen. Es ist doch wohl vielmehr so, daß die vom kapitalistischen Staat selbst erzeugte Krisenhysterie als zusätzliches Druckmittel gegen die Flugleiter eingesetzt wurde, um deren Arbeitskampf, den man monatelang als „illegal", „terroristisch" und sogar „sittenwidrig" verleumdet und bekämpft hatte, endgültig zu zerschlagen.

Im Folgenden werden wir uns darauf beschränken, zwei Fragen näher zu untersuchen, die uns im Zusammenhang des „Lotsenstreiks" von besonderer Bedeutung zu sein scheinen: Zum einen die Frage des Koalitions- und Streikrechts und zum anderen die Frage der Mobilisierung bestimmter Schichten des Volkes gegen den Arbeitskampf einer Berufsgruppe.

Streikrecht und Koalitionsfreiheit

Bereits im ARBEITERKAMPF Nr. 31 haben wir eingeschätzt, daß *„hinter der Hetzkampagne gegen die Fluglotsen ... ein Angriff auf das Streikrecht der Arbeiterklasse, auf den Klassenkampf überhaupt (steckt)."*

In der Tat wurden im Verlauf der gesamten Auseinandersetzung 88 (!) „dienststrafrechtliche Ermittlungsverfahren" gegen einzelne Lotsen eingeleitet. Das führte z.B. zur Suspendierung vom Dienst (und damit verbundener 30 %iger Kürzung des Gehalts) oder auch zu Geldstrafen in der Höhe eines halben Monatsgehalts wegen Beteiligung am „sick out" (organisiertes Krankmelden).

Offen verneint wurde das Recht der Flugleiter auf Streik aber erst vom Oberlandesgericht Celle (OLG), das in seinem Urteil gegen den VDF feststellte:

„Von der Allgemeinheit wird es als schlechthin unanständig (!) und als Verstoß gegen die guten Sitten (!) ... angesehen, wenn Beamte die Regierung zur Erfüllung von Forderungen zwingen."

Hier wird höchstrichterlich kundgetan, daß eine Berufsgruppe ihren „Arbeitgeber" (in diesem Fall der kapitalistische Staat selbst) nicht „zwingen" darf, wenn das von der „Allgemeinheit" abgelehnt wird.

In dem Spruch dieses „unabhängigen" Gerichts spielt es natürlich keine Rolle, daß die „öffentliche Meinung" monatelang mit allen Mitteln der Demagogie und Lüge aufbereitet wurde, daß die „guten Sitten" nichts anderes als Produkt der Bourgeoisie-Herrschaft selbst sind.

Es liegt auf der Hand, daß mit diesem Urteil von Grundsatzcharakter j e d e r Streik (besonders natürlich ein „wilder"!) für illegal erklärt werden kann, wenn Presse, Funk und Fernsehen ihn als „unanständig" qualifiziert haben.

Damit jedoch noch nicht genug: Auf Betreiben des Bundesregierung untersagte das OLG Celle dem VDF, *„die Aktion der Flugleiter dadurch unmittelbar zu fördern, daß er die Öffentlichkeitsarbeit für sie betreibe."* („Handelsblatt", 30.11.73)

Die richterliche Verfügung folgt damit sogar im Wortlaut der Anklage des Regierungsvertreters, der im Prozeß erklärt hat:

„Nach meiner Ansicht kommt es auf die Frage der Anstiftung (!) des Bummelstreiks durch den Verband weniger an als auf seine Mittäterschaft (!) durch Öffentlichkeitsarbeit." („Handelsblatt", 30.11.73)

Mal abgesehen davon, daß hier Streikende als „gewöhnliche Kriminelle" tituliert werden (Mittäter etc.), wird offen das Koalitionsrecht infrage gestellt. D.h. das von der Verfassung „garantierte" Recht, Verbände zur kollektiven Interessenvertretung zu bilden, als Verband (vor allem auch als Gewerkschaft !) die Belange der Mitglieder zu vertreten, wird infrage gestellt.

Für die Flugleiter mußte der VDF seit der Trennung von der Gewerkschaft ÖTV (Anfang der 60er Jahre) die Aufgaben einer „Ersatzgewerkschaft" übernehmen. Dies Instrument soll ihnen mit dem Urteil des OLG Celle aus der Hand geschlagen werden.

Im kommenden Frühjahr steht dann noch ein Prozeß an, in dem die „Geschädigten" des Bummelstreiks (der Staat, die Lufthansa und andere Unternehmer) ihre Forderungen an den VDF geltend machen wollen. Die „Verluste" aller großen und kleinen Kapitalisten wurden inzwischen auf rund 250 Mill. (!) DM addiert.

Das ist eine Summe, von der der VDF nicht mal einen Bruchteil bezahlen könnte, wenn er dazu verurteilt würde.

Immerhin hätte der Staat damit ein ausgezeichnetes Mittel zur politischen Erpressung in den Händen. Vorbild: Schleswig-Holsteinischer Metallarbeiter-Streik 1956/57. Die IG Metall wurde seinerzeit zur Zahlung von 38 Mill. DM „Entschädigung" wegen Verletzung der „Friedenspflicht" verurteilt. Die Sache wurde dadurch „beigelegt", daß Gesamtmetall auf das Geld verzichtete und die Gewerkschaftsführung als „Gegenleistung" die arbeiterfeindliche Schlichtungsordnung unterschrieben hat ...

Weg mit dem „rechtsstaatlichen" Klimbim?!

In der „öffentlichen Diskussion" um den „Go slow" wird von der bürgerlichen Presse immer wieder die „Untätigkeit" und die „schlappe Haltung" des Ministers Lauritzen und der SPD-Regierung betont. So erklärte der CDU-Abgeordnete Müller-Hermann in der Bundestagsdebatte vom 20.9.: *„Es gibt keine Entschuldigung dafür, daß sich die Bundesregierung trotz fünf Bummelstreiks nicht rechtzeitig Gedanken über eine langfristige Ersatzlösung – etwa durch die Bestellung von ausländischen Fluglotsen oder durch die Heranbildung von Fluglotsen aus dem militärischen Bereich als Einsatzreserve – gemacht hat!"*

Die „Kritik" geht also nicht etwa dahin, daß die berechtigten Forderungen der Lotsen nicht erfüllt wurden, sondern, daß die Instrumente zur Zerschlagung solcher Aktionen nicht genügend entwickelt sind! Entsprechend wird auch in derselben Bundestagsdebatte von Genscher und Brandt immer wieder bedauernd hervorgehoben, daß die *„gegenwärtigen rechts-*



Heuchlerisches Manöver der SPD abgewiesen

Dieser Artikel wurde vollständig aus „Mozambique Revolution" Nr. 46 übersetzt, dem offiziellen Organ der Befreiungsfront von Mozambik (FRELIMO).

Keine Grundlage für eine Zusammenarbeit FRELIMO und die SPD

Der kürzliche Besuch einer FRELIMO-Delegation in der Bundesrepublik Deutschland verursachte eine Menge Spekulationen. Viele, die das Ausmaß der westdeutschen Militärhilfe für das kolonialistische Portugal, sowohl bilateral als auch über die NATO und die finanzielle und personelle Beteiligung der BRD an Cabora Bassa und anderen Projekten in den portugiesischen Kolonien kennen, haben sich gefragt, ob dieser Besuch wirklich einen Wandel in der Position der FRELIMO bedeuten könnte, das heißt, in der politischen Linie der FRELIMO. War die FRELIMO im Begriff, im Austausch für westdeutsche Unterstützung fundamentale Zugeständnisse zu machen?

Ein Freund aus der Republik Guinea erzählte uns später: „Wir dachten, ihr würdet durch die Bereitschaft zu Verhandlungen mit Westdeutschland eure Revolution verraten. Wir kennen deren Standpunkt zu Afrika und zum Befreiungskampf, und wissen, daß sie versuchen würden, euch ihre Ansichten aufzuzwingen."

Die FRELIMO wußte um diese Probleme, entschloß sich aber, die Einladung der SPD anzunehmen. Dies geschah in Übereinstimmung mit unserer Politik, zu versuchen, alle Kräfte, die gegen den portugiesischen Kolonialismus sind, für unsere Sache zu gewinnen und eine Grundlage für die Zusammenarbeit mit ihnen zu schaffen. Der letzte Parteitag der SPD, der im April abgehalten wurde, hatte die folgende Resolution angenommen:

„In ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus steht die SPD an der Seite der Völker der Dritten Welt. Die Bundesregierung sollte deshalb in noch stärkerem Maße als bisher ihren Einfluß in Europa geltend machen, daß die noch bestehenden kolonialistischen Positionen abgebaut werden und das Selbstbestimmungsrecht für die betroffenen Völker durchgesetzt wird. Der noch bestehende Kolonialismus ist eine schwere Belastung für das gesamte westliche Bündnis und mit seinen Prinzipien unvereinbar.

Wir werden deshalb den nationalen Befreiungsbewegungen unsere Solidarität und unsere politische und humanitäre Unterstützung gewähren."

Unser Besuch fand in der Zeit vom 2. bis 8. August statt. Die FRELIMO-Delegation wurde geleitet von Genosse Marcelino dos Santos, dem Vize-Präsidenten. Die SPD-Delegation wurde geleitet von Herrn Hans Jürgen Wischnewski, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Internationale Beziehungen beim Parteivorstand der SPD.

Zu Beginn der Gespräche legte die FRELIMO-Delegation die Hauptgesichtspunkte dar, die zu unserer Annahme der SPD-Einladung geführt hatten:
1. Die Beendigung der Waffenzufuhr nach Portugal durch die NATO-Länder und andere Länder.
2. Die Beendigung anderer Formen der Unterstützung für den portugiesischen Kolonialismus, besonders Investitionen in den Kolonien.
3. Die Schaffung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern der Bundesrepublik Deutschland und Mozambik.

Herr Hans Jürgen Wischnewski faßte die Position der SPD in dieser Sache folgendermaßen zusammen:
1. Die SPD ist gegen jede kolonialistische und rassistische Politik.
2. Die SPD ist gegen Waffenlieferungen an Portugal.
3. Die SPD betrachtet den Kolonialismus als unvereinbar mit den Prinzipien des NATO-Bündnisses.
4. Die SPD ist bereit, der FRELIMO humanitäre Hilfe zu geben.

In einer späteren Phase der Diskussion forderte die FRELIMO-Delegation, die SPD sollte, in Übereinstimmung mit ihren erklärten Grundsätzen:
a) die westdeutsche Regierung zwingen, ihre Waffenlieferungen und andere Formen der militärischen Unterstützung für die portugiesische Kolonialregierung zu stoppen.
b) alles in ihrer Macht stehende tun, um die westdeutschen Firmen, die Investitionen in den Kolonien haben, besonders in Cabora Bassa, zu zwingen, sich zurückzuziehen.
c) jede Unterstützung, die die SPD der FRELIMO geben will, auf eine politische und nicht auf eine humanitäre Grundlage stellen.

Wir erläuterten unsere Forderungen. Es gibt unwiderlegbare Beweise, daß die westdeutsche Regierung immer weiter militärische Unterstützung für Portugal gibt. Ein gewaltiger Anteil der finanziellen und technischen Beteiligung an Cabora Bassa kommt aus Westdeutschland. Cabora Bassa, so erklärten wir, ist ein Plan, der darauf abzielt, Bedingungen für die Niederlassung von Hunderttausenden von weißen Siedlern zu schaffen, die als Macht gegen den Befreiungskampf handeln würden. Cabora Bassa ist verurteilt worden von der UNO, von der OAU, von dem Weltkirchenrat und in der Tat von allen progressiven Kräften in der Welt. Eine Unterstützung von Cabora Bassa ist deshalb ein feindseliger Akt gegen das Volk von Mosambik, und schließt es vollkommen aus, daß wir freundschaftliche Beziehungen herstellen. Unterstützung für die FRELIMO sollte darauf beruhen, daß die SPD anerkennt, daß die FRELIMO in ihrem Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus das Recht auf ihrer Seite hat, daß der Kolonialismus ausgerottet werden muß in Mozambik, und daß diese Unterstützung deshalb nicht zweckgebunden und „humanitär", sondern umfassend, politisch, sein sollte, wie es schon der Fall ist bei anderen Sozialdemokratischen Parteien in Europa und auch bei der niederländischen Regierung, deren Minister für Entwicklungshilfe, Herr Pronk, am 2. Juli 1973 erklärte: „Die niederländische Regierung wird den Befreiungsbewegungen Unterstützung geben, weil sie den Prozeß der Dekolonisation in den Gebieten, die von Portugal besetzt werden, beschleunigen will, und nicht aus ‚humanitären Gründen'."

Die SPD wies diese Forderungen der FRELIMO zurück. Sie weigerte sich, selbst einen Schritt zu unternehmen, um die militärische Unterstützung für Portugal zu stoppen (es muß daran erinnert werden, daß die SPD die regierende Partei in der BRD ist). In der Cabora-Bassa-Frage erklärte sie, daß dieses Projekt hilfreich sein wird für ein unabhängiges Mozambik, und daß sie nichts unternehmen würde, um die westdeutschen Gesellschaften zu zwingen, sich zurückzuziehen. Sie beharrte darauf, daß ihre Unterstützung auf das Geben „humanitärer Hilfe" für die FRELIMO beschränkt sein sollte.

Die Haltung der SPD zu Cabora Bassa ist besonders ernst, weil sie eine große Verachtung unserer Persönlichkeit und unserer Souveränität gegenüber darstellt. Die SPD will uns, das Volk von Mozambik, lehren, was gut für uns ist.

Die FRELIMO-Delegation kehrte mit der Erkenntnis zurück, daß es zumindest in diesem Stadium keine Grundlage für eine Zusammenarbeit mit der SPD gibt. Die SPD handelt nicht wirklich nach ihren antikolonialistischen Erklärungen. Überdies ist es die Position der FRELIMO, daß wir nur auf einer korrekten politischen und moralischen Grundlage Beziehungen zu anderen Organisationen aufnehmen können. ■



Zum Nahost-Problem
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
nur noch kleiner Restposten vorhanden, 38 Seiten — DM 1,50
eine weitere 2. Auflage erscheint noch im Dezember, ca. 56 Seiten — DM 2,--

Zur Politik des KBW (NRF)
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG, erscheint noch im Dezember, ca. 80 Seiten — DM 3,--

Chile: Vom „friedlichen Übergang" zum Bürgerkrieg
2. erweiterte Auflage vergriffen
Eine 3. erweiterte Auflage erscheint im Dezember/Anfang Januar. Ca. 50 bis 60 Seiten — DM 2,--

Raus aus der DKP
Kommentierter Nachdruck einer Austrittserklärung der Ortsgruppe Butzbach/Hessen der DKP
3. Auflage, 12 Seiten — DM 0,50

Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1956/57
Eine ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe
16 Seiten — DM 1,--

Amis raus aus Indochina!
Nachdruck von KB-Reden, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Dokumenten (z.B. die Erklärung der DRV zum „Neun-Punkte-Abkommen" u.a.)
2. erweiterte Auflage, 26 Seiten — DM 0,50

Frieden in Vietnam?
Die Entwicklung in Vietnam vor und nach dem „Waffenstillstand" und ihre Widerspiegelung in der bürgerlichen Presse (der rechts-bürgerlichen und der sozialdemokratischen) 44 Seiten — DM 1,50

Wem nützen die Bomben bei Springer?
Nachdruck von Referaten auf der Großveranstaltung des KB anläßlich der Baader-Meinhof-Kampagne der Bourgeoisie
32 Seiten — DM 1,50

Von Pinelli zu Feltrinelli – politischer Mord in Italien
In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bespitzelung, des geplanten politischen Mordes und Einsatzes faschistischer Kommandos" im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italien enthüllt
44 Seiten — DM 1,50

Wohnungsprobleme in Westdeutschland
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF seit März 72
3. erweiterte Auflage, nur noch kleiner Restposten vorhanden, 40 Seiten (Kleinformat) — DM 1,--
Eine 4. erweiterte Auflage erscheint im Dezember, ca. 56 Seiten (Kleinformat) — DM 1,20

Die Emanzipation der Frau in Palästina
Von uns kommentierte und übersetzte Propaganda-Broschüre der PFLP zu diesem Thema
24 Seiten — DM 1,--

Forts. Fluglotsen

staatlichen Mittel" nicht ausreichen, um „*mit dem Problem fertig zu werden*"!

Die Richtung, in die die Debatte geht, formuliert der Vorstand der Lufthansa in einem „Offenen Brief" an den VDF vom 25.9. am klarsten:

„*Es ist nicht die Schwäche des amtierenden Bundesverkehrsministers, wie so manche genüßlich meinen – es ist das Beharren auf den Spielregeln unserer rechtsstaatlichen Ordnung, woraus der Eindruck der Ohnmacht (!?) resultiert. Noch (!) interpretiert diese Gesellschaft ihre Gesetze auf überkommene Weise. Sie wird das aufgeben, spätestens dann aufgeben müssen, wenn sie erkennt, daß der Mißbrauch dieser Rechtsordnung sie auf den Weg des sicheren Selbstmords führt!*"

Die Rechte (zumal Grundrechte wie Streikrecht und Koalitionsfreiheit) sollen nach den Vorstellungen der Lufthansa-Bosse nur solange „gelten", wie davon kein Gebrauch gemacht wird. Da die Möglichkeit des Mißbrauchs von Gesetzen solange bestehen bleibt wie diese selbst, sollte der „Rechtsstaat" von den selbst gesetzten „Spielregeln" abgehen – d.h. verschärft den Abbau demokratischer Rechte betreiben und die Faschisierung forcieren, b e v o r er dazu gezwungen sein wird.

Klarer geht's nimmer!

„Vereinigung Cockpit" als Sheriff-BDF mit Rufmord-Parolen

Auf die allgemeine Stimmungsmache des Staates und der bürgerlichen Massenmedien gegen die Flugleiter sind wir in AK Nr. 31 ausführlich eingegangen; auf den Versuch der Lufthansa-Geschäftsleitung, die Arbeiter auf den Luftwerften gegen die Lotsen aufzuwiegeln, in AK Nr. 33.

Hier muß nachgetragen werden, daß die Bemühungen des bürgerlichen Lagers, bestimmte Bevölkerungsgruppen zu h a n d g r e i f l i c h e n Aktionen gegen die Streikenden zu bringen, konkrete Erfolge gezeitigt haben:

● **Anfang Oktober trat die Vereinigung der westdeutschen Piloten „Cockpit" mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, Mitglieder ihres Verbandes zur Überwachung der Fluglotsen in den Leitstellen einzuquartieren, um nach kriminalistischen Recherchen der Justiz und der Bundesregierung „Beweismaterial" an die Hand zu geben. „Ermittelt" werden sollte, wann, wie und welche Lotsen sich „dienstrechtswidrig" verhalten.**



Verkehrsminister Lauritz Lauritzen bei Düsseldorfer Fluglotsen

● **Einige Tage später beschwerte sich eine „Bundesvereinigung deutscher Flughafenanlieger" über zunehmende Lärmbelästigung, die von ihrem Sprecher ohne Umschweife dem „Go slow" der Fluglotsen angelastet wurde. Demagogisch und schließlich drohend erklärte dieser Mann am 25. Oktober im „Hamburger Abendblatt":**

„*Wir haben den Fluglotsen in Hannover nochmals ein Gespräch angeboten. Sollte dieses Treffen keinen Erfolg haben, wird die Hamburger Notgemeinschaft zusammen mit dem Schwesternverband ... die Namen und Adressen der Hannoverschen Lotsen bekanntgeben. Dann sollen sich die betroffenen Anrainer selbst (!) mit den Fluglotsen in Verbindung setzen, um ihnen klarzumachen (!!!), daß die Nachtruhe der Menschen, die um den Flughafen herum wohnen, ebenso wichtig ist, wie die Nachtruhe der Lotsenfamilien (!!!) !*"

Das spricht wohl für sich!

Nun, der „Sturm auf die Tower", den sich verschiedene Journalistenkreaturen sehnlichst herbeigewünscht haben, hat n o c h nicht stattgefunden. Aber die Bourgeoisie hat ihr Konzept, einen Teil des Volkes gegen den anderen aufzubringen und kämpfen zu lassen, durchsetzen können (wenn auch noch in sehr „bescheidenem" Maße!). ■

Betriebszelle Lufthansa
KB-Gruppe Hamburg

Nach dem letzten arabisch-israelischen Krieg sind innerhalb der westdeutschen Linken die verschiedensten Theorien im Umlauf, die nachweisen wollen, daß die arabischen Regimes, die z.B. in Ägypten, Libyen, Syrien und Irak herrschen, einen fortschrittlichen Charakter trügen. Es wird davon gesprochen, daß sich hier eine „neue Bourgeoisie" herausgebildet habe, die sich grundsätzlich von der bekannten Ausbeuterklasse unterscheide, oder daß, auf Grund des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt, die Entwicklung hier auf einem „nichtkapitalistischen Weg" unter Umgehung der kapitalistischen Phase direkt zum Sozialismus verlaufe usw.

Solche Theorien finden bei linken kleinbürgerlichen Kreisen großen Anklang, die auf Grund eines Wunschdenkens glauben, daß das arabische Kleinbürgertum, das die arabischen Regimes nach außen hin repräsentiert, der Beweis für eine aktive und fortschrittliche geschichtliche Rolle des Kleinbürgertums sei.

Diese Verwirrung wird von den arabischen Regimes selbst kräftig geschürt, indem sie vom „arabischen Sozialismus" sprechen wie Nasser und Sadat in Ägypten, oder eine „Kulturrevolution" durchführen und gegen die „beiden Supermächte" kämpfen wie Ghaddafi in Libyen.

Die arabische nationale Bourgeoisie befindet sich, wie die Bourgeoisie in anderen Teilen der Welt, in einem antagonistischen Widerspruch zum Volk. Ihr Widerspruch zum Imperialismus dagegen ist nicht antagonistisch, ihre Zusammenarbeit mit dem Imperialismus gegen das Volk und ihre eigenen kapitalistischen und imperialistischen Interessen sind die Grundlage ihrer Politik. In ihren Auseinandersetzungen mit dem Imperialismus zur Durchsetzung dieser Interessen stützt sie sich auf das Volk, indem sie mit einer faschistischen Politik die Sehnsucht des Volkes nach dem Sozialismus und seinen Haß auf den Imperialismus ausnutzt.

Eine Politik der Unterstützung dieser Regimes auf Grund ihres „fortschrittlichen Charakters" kann deshalb die Unterdrückung und Ausbeutung der arabischen Völker nur verlängern.

Ohne eine wirkliche Revolution des Volkes wird auch in Arabien nicht die Macht der arabischen Bourgeoisie und des Imperialismus gebrochen und der Weg zum Sozialismus beschritten werden. Unsere Politik muß sich deshalb auf eine alleinige Unterstützung der revolutionären Kräfte der arabischen Völker richten.

Zur Grundlage dieser Solidarität müssen wir eine klare Kenntnis der Klassenkämpfe in Arabien machen.

Mit 35 Millionen Menschen lebt in Ägypten das größte arabische Volk. Außerdem ist die gesellschaftliche Entwicklung in Ägypten, d.h. die Entwicklung der Herrschaft der Bourgeoisie, besonders weit fortgeschritten im Verhältnis zu anderen arabischen Ländern. Deshalb wollen wir hier die Klassenkräfte und ihre Entwicklung in Ägypten sowie die neuere Politik des ägyptischen Regimes darstellen. Auf andere arabische Länder werden wir in späteren Ausgaben des ARBEITERKAMPF eingehen.

Die arabische Bourgeoisie: MIT DEM VOLK GEGEN DAS VOLK

Imperialismus heißt: Elend ...

Der stürmische Aufstieg des Kapitalismus in Europa im 19. Jahrhundert gründete sich auf die furchtbarste Ausbeutung in den kolonialen Ländern. In Ägypten wurde innerhalb weniger Jahrzehnte die morsche orientalische Feudalgesellschaft zerschlagen und die Herrschaft der englischen und französischen Imperialisten errichtet.

Der vorher unbekannte Privatbesitz von Land wurde eingeführt. Das Königshaus und eine Clique von wenigen hundert Großgrundbesitzern betrieben zusammen mit den Imperialisten die Ausplünderung der Bauern über Abgaben, Steuern und hohe Pachtzinsen. Sie häuften einen märchenhaften Reichtum an und vergrößerten ihre Ländereien immer weiter, indem sie die verelendeten Bauern von ihrem Land jagten. Ganz Ägypten wurde zu einer Baumwollplantage für die englische Textilindustrie. Durch die Ausbeutung der verbliebenen Kleinbauern und Pächter wurden die Zinsen von gewaltigen Kapitalanlagen bezahlt, mit deren Hilfe die notwendigen Eisenbahnen, Straßen, Hafenbauten, Bewässerungsanlagen, Erntemaschinen, Fabriken zur Entkörnung und Verpackung der Baumwolle sowie der Bau des Suezkanals finan-
temaschinen, Fabriken zur Entkörnung und Verpackung der Baumwolle sowie der Bau des Suezkanals finan-
ziert wurden. Mit Hilfe einer völlig korrupten Verwaltung kassierte die Klasse der Kompradoren (einheimische Helfershelfer bei der kolonialen Ausbeutung) ihren Anteil am Ausverkauf des Volkes an die Imperialisten.

Im Jahre 1952 bestand in Ägypten auf dem Lande die folgende Gesellschaftsstruktur:

- Kompradorenbourgeoisie: Das Königshaus, Großgrundbesitzer (0,5% aller Menschen mit Landbesitz hatten 34% des Bodens) und Agrarfinanziers bildeten die Statthalter des Imperialismus.
- Mittlere Grundbesitzer: Sie besaßen soviel Land, daß sie mit Hilfe von Landarbeitern Profit daraus ziehen konnten (5% der Besitzer mit 30% des Landes). Das bestehende System garantierte ihren Besitz, sie strebten einen Aufstieg in diesem System an und waren deshalb Vertreter einer konservativen Ideologie.
- Kleinbauern: Sie bildeten die große Masse der Landbesitzer (94% der Besitzer mit 35% des Bodens), die sich mit Hilfe von Landarbeit gerade am Leben erhielt. Ihr zentrales Problem war die Höhe der Steuern, Pachten und Preise der Agrarerzeugnisse. Diese veränderten sich immer mehr zu ihren Ungunsten, da sich der landwirtschaftliche Konzentrationsprozeß fortsetzte. Ihre Lebensbedingungen verschlechterten sich ständig. Deshalb war ihre politische Einstellung teils links, so daß sie Bündnispartner für den Kommunismus darstellten, teils extrem rechts und islamisch-faschistisch (Moslembruderschaft).
- Das einheimische Handwerk war fast völlig zerstört, da die Imperialisten nur Interesse am Absatz ihrer Fertigprodukte hatten.
- Die große Masse der Bevölkerung (75%, d.h. 14 Millionen) bildeten die landlosen Bauern, bzw. Landarbeiter und Gelegenheitsarbeiter. Nur ein Drittel von ihnen fand Arbeit. Sie gerieten politisch immer mehr in Bewegung, u.a. unter der Parole: Das Land denen, die es bebauen!

Hinzu kommen die städtischen Gesellschaftsschichten:

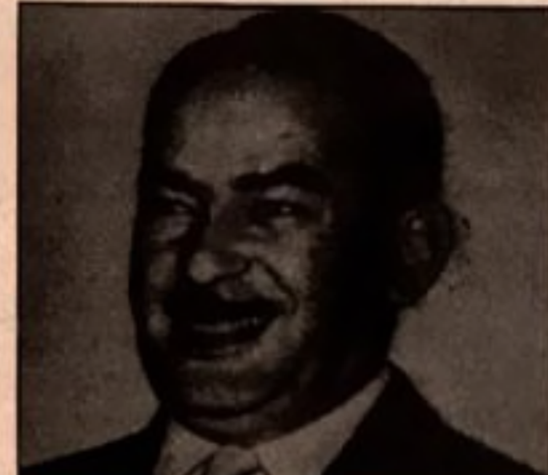
- Nationale Bourgeoisie: Das sind im wesentlichen Industrielle, die in einem lange dauernden Klassenkampf die Herrschaft des Feudalismus zurückdrängten und seit 1952 eine erneuerte Ausbeuterherrschaft errichteten. Wir werden unten darauf näher eingehen.
- Weiter gibt es in Ägypten eine breite Schicht von kleinen Angestellten in Verwaltung, Handel und Dienstleistungsgewerbe, die gerade genug verdienen, um ihre Familie zu erhalten und sich deshalb auch politisch ähnlich wie Kleinbauern verhalten. Das eigentliche Kleinbürgertum besteht aus mittleren und höheren Beamten und Angestellten und dem Offizierskorps des Militärs. Im Laufe der letzten 20 Jahre hat sich diese Schicht, auf die sich das Regime stützt, vergrößert.
- Proletariat: 1960 hatten nur 25% der Bevölkerung Arbeit, davon 54% in der Landwirtschaft, 36% in Verwaltung, Handel und Dienstleistungsgewerbe und nur 11% in der Industrie. Das Industrieproletariat macht also nur einen geringen Prozentsatz der Bevölkerung aus. Es muß sich in seinem Kampf mit den Landarbeitern und Arbeitslosen verbünden.

... nationale Erniedrigung und Verrat

... nationale Erniedrigung und Verrat

In der ganzen Dritten Welt ist eine antiimperialistische Einstellung zum selbstverständlichen Teil des Bewußtseins der Massen geworden. Das Vorgehen des Imperialismus sorgte dafür, daß die ägyptischen Volksmassen ihn als Quelle ihres Elends erkannten und zu hassen lernten. Dafür nur zwei von vielen Beispielen:

1881 brach unter der Führung des Obersten Arabi Pascha ein antiimperialistischer Aufstand aus. Arabi ver-



Der „Linke" Ali Sabri

sprach die Erfüllung aller internationalen Verpflichtungen Ägyptens, forderte aber Souveränität. Daraufhin schickten England und Frankreich eine Flotte nach Alexandria. Die Antwort war ein Volksaufstand gegen die Fremdherrschaft. Die Imperialisten begannen damit, Alexandria mitleidslos zu bombardieren, dann landeten englische Truppen und schlugen die Aufständischen bei Tell al Kebir. Es folgte die blutige Abschlachtung aller Widerständler, die Aufhebung aller Reformen, die militärische Besetzung Ägyptens und der Ausbau des Suezkanals zur englischen Basis im Nahen Osten.

England und Frankreich betrieben systematisch die Zerstückelung Arabiens. Durch Versprechungen wurden die Araber für eine Teilnahme am Feldzug gegen das Osmanische Reich im Ersten Weltkrieg gewonnen. Im Mc-Mahon-Abkommen von 1915 wurde ein unabhängiger gesamtarabischer Staat auf dem heutigen Gebiet von Syrien, Irak, Palästina, Jordanien, Saudi-Arabien usw. vorgesehen. Gleichzeitig jedoch schlossen die Imperialisten ein geheimes Abkommen zur Aufteilung des Osmanischen Reiches an Frankreich, England und Rußland (Sykes-Picot-Abkommen 1916) und versprachen auch noch den Zionisten in der Balfour-Deklaration 1917 die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Eine der ersten Maßnahmen der Sowjetregierung war die Veröffentlichung der Geheimverträge, darunter des Sykes-Picot-Abkommens. Die Araber erkannten, daß sie hinters Licht geführt worden waren. Der Verrat wurde 1947 vervollständigt durch die Schaffung Israels, die den Willen des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker mißachtete.

Die Bauern kämpfen

Die Lösung der Probleme der armen Bauern und landlosen Massen in der Sowjetunion und besonders das Vorbild der chinesischen Revolution hatten großen Einfluß auf die Befreiungsbewegung der arabischen Völker. Die demokratische und die kommunistische Bewegung auf dem Lande und in den Städten wuchs.

Schon beim ersten Versuch einer nationalen Revolution 1919 bis 1921 und den weiteren Kämpfen, die 1925 und nach 1930 ausbrachen, hatten die Bauern eine große Rolle gespielt.
und den weiteren Kämpfen, die 1925 und nach 1930 ausbrachen, hatten die Bauern eine große Rolle gespielt.
Sie führten bewaffnete Angriffe auf die britische Armee und die Polizei durch und gründeten in einigen Provinzen zeitweise unabhängige Republiken. Die verstärkte Ausbeutung während des zweiten Weltkrieges hatte zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt. Zwischen 1949 und 1951 gab es neue Aufstände auf den Plantagen. Die Bewaffnung der Bauern und ihr Kampfbewußtsein hatte sich verbessert.

Die Kompradorenbourgeoisie versuchte zusammen mit den englischen und französischen Imperialisten, der Bewegung Herr zu werden. Da der Großgrundbesitz ihre ökonomische Grundlage war, konnte sie jedoch keine wirklichen Reformen durchführen.

Im Hintergrund der CIA

Zwischen den Imperialisten kündigte sich im Nahen Osten eine Kräfteverschiebung an. In der Konkurrenz zwischen dem französischen und englischen Imperialismus und dem US-Imperialismus dehnte der US-Imperialismus aufgrund seiner überlegenen Kapitalstärke seine Macht aus. Er war stark genug, um sich nicht an die Aufrechterhaltung des kolonialen Zustandes klammern zu müssen. In seinen strategischen Plänen für den Nahen Osten spielte Ägypten mit dem Suezkanal eine wichtige Rolle.

Aus der Niederlage der Kuomintang in China zogen der CIA und die US-Regierung die Konsequenzen: „In bestimmten Ländern dürfte es unmöglich sein, Hunger und Sozialismus anders als mit einer Landreform zu bekämpfen." (Beratendes Komitee der US-Regierung für internationale Entwicklung im März 1951).

In dieser Periode nutzte die nationale Bourgeoisie die Schwäche des alten Systems und die Verschiebung der imperialistischen Kräfte und setzte sich an die Spitze der Erneuerungsbewegung. Die Kommunisten dagegen waren zu schwach, gespalten und nicht genügend in den armen Massen verankert.

Das Kleinbürgertum erfüllte seine historische Rolle als Helfershelfer des Kapitals. Faschisten (Moslembruderschaft) und Militär propagierten den Guerillakampf gegen die britische Besatzung unter ihrer reaktionären Kontrolle. Im Juli 1952 wurde der König durch eine Gruppe von Armeeoffizieren abgesetzt. Die „Freien Offiziere" standen in enger Verbindung zum CIA. Zu ihnen gehörte der später so erfolgreiche Demagoge Nasser, der heutige Ministerpräsident Sadat und auch solche Leute wie Ali Sabri, der damals für die ägyptisch-amerikanische Zusammenarbeit zuständig war und später als „Linker" und „Vertreter des prosowjetischen Flügels" aufgebaut wurde, um den „Sozialismus" zur Ideologie der Reaktion zu machen.

Sie gingen unverzüglich an ihre Aufgabe: Liquidierung der Volksbewegung und Schaffung moderner Herrschaftsverhältnisse auf kapitalistischer Grundlage.

Die Demagogie vom „arabischen Sozialismus"

Gleich eine ihrer ersten Aktionen stellte das richtige Vertrauensverhältnis zur Bourgeoisie und den Imperialisten her. In Kafr al Dawwâr, einem



Verelendung durch den Imperialismus: Töpferei auf dem Lande

Ort mit Textilfabriken, deren größter Kapitalanteil englisch war und die von einem der größten ägyptischen Kapitalisten verwaltet wurden, nahm eine Demonstration von Arbeitern und Bauern die Machtergreifung der „Freien Offiziere" zum Anlaß, eine wirkliche Volksrevolution zu fordern. Die Armee trieb die Massen auseinander und hängte ihre Anführer auf.

Bei der Landreform blieb es im wesentlichen bei Versprechungen. Es wurden nur die schlimmsten Auswüchse der offenen Ausbeutung beseitigt. Nur ca. 10% des Landes wurden zugunsten von zwei Millionen Kleinbauern umverteilt, womit sich die Nasser-Regierung eine Basis auf dem Land sicherte. Die früheren Landbesitzer wurden durch Regierungsanleihen mit 30-jähriger Laufzeit voll entschädigt. Die neuen Besitzer mußten diesen Betrag in der gleichen Zeit an den Staat zahlen, zuzüglich 15% Verwaltungsgebühren. Die armen Bauern und Landarbeiter erhielten nichts, nicht einmal die Landarbeitergewerkschaften, die man ihnen versprochen hatte. So blieb es bis heute bei dem Zustand, daß die Hälfte des Produkts der Arbeit von 20 Millionen Menschen 150.000 Großgrundbesitzern zufällt.

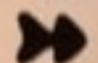
Ähnlich verhielt es sich mit der Verstaatlichung der Banken, großen Firmen und Industriebetrieben. Verstaatlichungen wurden nur soweit durchgeführt, wie es nötig war, um die kapitalistische Entwicklung des Landes gegen den Widerstand der Kompradorenbourgeoisie und der englischen und französischen Imperialisten durchzusetzen. Sie erreichten Ende 1963 ihren Höhepunkt mit 90% der Banken und 80% der Industrie. Handel und Verkehr wurden nur zum Teil, Bau und Landwirtschaft kaum verstaatlicht. Die früheren Besitzer wurden ebenfalls entschädigt und zum Teil als Manager eingesetzt. Damit wurden sie praktisch nur unter staatliche Aufsicht gestellt. Da sie nicht enteignet wurden, hatten sie auch die Mittel in der Hand, um die Interessen des Kapitals durchzusetzen. Auch der „öffentliche Sektor" wurde deshalb weiterhin vom Marktbedarf und Profitstreben reguliert.

Diese Art von Verstaatlichung ist unter den Bedingungen des Imperialismus, der nationalen Rückständigkeit und der revolutionären Volksbewegung dasjenige Mittel der Bourgeoisie, um den Aufbau einer kapitalistischen Wirtschaft voranzutreiben. Die Form – Verstaatlichungen und Planwirtschaft – ähnelt dem Vorgehen zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft, der Inhalt ist eher entgegengesetzt dazu.

Ziel der heutigen Wirtschaftspolitik ist die „Marktwirtschaft im Sozialismus". Viele Firmen wurden reprivatisiert. Die Verfassung des Staates schützt das Privateigentum. Mit privater Wirtschaftsinitiative soll nun eine Durchdringung des arabischen Marktes erreicht werden: „Dem privaten Teil der Wirtschaft soll Gelegenheit gegeben werden, das enorme Kapital der Öllander anzuziehen und zu nutzen." Das bedeutet keineswegs eine Abkehr von Nassers Politik, sondern ihre logische Fortsetzung. Sadat, früher Mitglied der faschistischen Moslembruderschaft, dann in der Periode Nassers Vorsitzender der Staatspartei „Nationale Union", von dem selbst Chrustschow einst sagte, daß er „von Sozialismus keine Ahnung" habe, beruft sich dabei auf Lenins „neue ökonomische Politik"! Die Förderung ausländischer Investitionen in einem sozialistischen Land widerspreche dem Sozialismus nicht.

Faschistische Innenpolitik

Eine der ersten Maßnahmen (1952) der „Freien Offiziere", im *„gemeinsamen Glauben an die ägyptische Revolution, deren Ziel die Beseitigung der Ursachen für den Kommu-*



Forts. Arabische Bourgeoisie

nismus war", war die Verfolgung der Kommunisten und die Inhaftierung aller ihrer Kader.

Bis heute wurde die Kommunistenjagd nur in der Bandung-Periode (1956–1958) für kurze Zeit unterbrochen. Die Konferenz der afrikanischen und asiatischen Nationalbewegungen in Bandung hatte gezeigt, daß viele Länder der Dritten Welt den gleichen Kampf gegen den Imperialismus führten. 29 Staaten verurteilten auf dieser Konferenz Kolonialismus und Rassendiskriminierung und suchten einen „dritten Weg" des nationalen „Sozialismus". In dieser Periode unternahm die Nasser-Regierung begrenzte Schritte zur Liberalisierung mit dem Ziel, ihre Politik zu festigen und im Volk zu verankern. Der Ausgang der Suezkrise (siehe unten) hatte Nassers Ansehen im Volk ungeheuer gesteigert. Es mußten jetzt die Ideologie und die Institutionen geschaffen werden, um dieses Ansehen in ein politisches System umzuwandeln.

Die Linke erhielt begrenzte politische Freiheit unter der Voraussetzung, daß sie nicht versuchte, ihre Isolierung von den Massen zu durchbrechen. Sie stellte sich hinter Nasser und mit ihrer Hilfe wurde der „arabische Sozialismus" geboren und die „Nationale Union" gegründet, die Einheitspartei, die heute als „Arabische Sozialistische Union" (ASU) mit fünf Millionen Mitgliedern (!) sich auf das Kelinbürgertum stützt und die Aktivitäten des Volkes auffangen und lenken soll. Die ägyptische Verfassung von 1958 sagt darüber: *„Die Bürger bilden eine Nationale Union zur Vollendung der Ziele der Revolution und zur Koordinierung ihrer Anstrengungen beim Aufbau einer in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht gesunden Nation."*

Die Volksmassen fordern nach der Niederlage 1967: Keine Dollars mehr!

Parallel dazu wurde eine Staatsgewerkschaft mit ähnlichen Zielen geschaffen. Die paramilitärische Organisation „Arabische Sozialistische Jugend" umfaßt über 300.000 Jugendliche, die für Straßenaktionen herangezogen werden und offen antikommunistisch sind.

Das ganze erinnert stark an die staatlichen Parteien und Gewerkschaften in faschistischen Ländern. Dieser faschistische Charakter der ägyptischen – und auch z.B. der libyschen und syrischen – Innenpolitik gehört zu dem politischen Druck, den die arabische Bourgeoisie auf das Volk ausübt, um zwischen Imperialismus und Volksbewegung ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Hinter der Parole „arabische Nation", zu der sich Ägypten nun zählte, stand das Ziel, Ägypten zur dominierenden Wirtschaftsmacht in Arabien zu machen. Die derzeitige „Föderation arabischer Republiken" aus Ägypten, Syrien, Libyen und Sudan hat weiter die Aufgabe, bei „Umsturzversuchen" in einem Land autotisch die „Hilfe" der anderen Länder zu garantieren. Das Rezept hat sich bereits bei der Zerschlagung der KP Sudan, der ehemals größten im arabischen Raum bewährt.

Nasser entwickelte sich in der Bandung-Periode zum arabischen Volkshelden. Seine Politik hatte durchschlagenden Erfolg gehabt. Ende 1958 wurde die kurz vorher gegründete vereinigte Ägyptische Kommunistische Partei unter Druck gesetzt, sich der Nationalen Union anzuschließen. Dann wurden tausende ihrer Kader verhaftet. Die Bandung-Periode war zuende.

Die ägyptische Bourgeoisie erzielte enorme Profite. Von 1954 bis 1959 stiegen die Gewinne in einigen Industriezweigen um mehr als 37%, während sich die Löhne nur um 8% erhöhten. Die Investitionen in der Industrie nahmen zu. Der ägyptische Kapitalismus hatte seinen Durchbruch erreicht. Weiter angeheizt wurde seine Entwicklung durch die vor und nach dem Junikrieg 1967 eingeführte Kriegswirtschaft. Dem Volk wurden neue Lasten aufgebürdet und es wurde gleichzeitig vom Klassenkampf auf den Krieg gegen Israel abgelenkt. Eine Bewaffnung des Volkes aber wurde wegen „fehlender Mittel" abgelehnt.

Der Kampf gegen den Imperialismus

Die Politik des Imperialismus richtete sich immer auf die Unterdrückung der nationalen Entwicklung der abhängigen Länder. Der britische Generalkonsul in Ägypten drückte das 1882 so aus: *„Da Ägypten von Natur aus ein Agrarland ist, so ergibt sich daraus logischerweise, daß die Förderung der Industrie nur zu einer Vernachlässigung der Landwirtschaft führen würde, weil dadurch die Leute dem Lande entzogen würden; beides wäre ein Unglück für die Nation."* – für die Imperialisten, die an der Ausplünderung der Agrarwirtschaft und dem Absatz ihrer Industrieprodukte verdienten.

Trotzdem konnte die objektive historische Entwicklung der ägyptischen Gesellschaft nicht aufgehalten werden. Gerade die Zerschlagung der alten Gesellschaft, die Einführung des Landbesitzes und die Schaffung eines Heeres von Arbeitskräften förderten die Entwicklung einer industriellen Bourgeoisie. Hierzu trugen zwei Faktoren bei:

- Die Konkurrenz unter den Imperialisten: Gerade während der beiden Weltkriege nahm die ägyptische Industrie einen starken Aufschwung.
- Das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt: Für die Politik der nationalen Bourgeoisie unter Nasser spielte die Hilfe der Sowjetunion, der osteuropäischen RGW-Länder und Chinas eine entscheidende Rolle. Die Tschechoslowakei lieferte 1955 die Waffen, die Nasser von den USA verweigert wurden. Die Sowjetunion kaufte ägyptische Baumwolle, die die Imperialisten nicht abnehmen wollten, sie gewährte Kredite und politische Unterstützung. 1960 übernahmen die RGW-Länder 43% des ägyptischen Exports und bestritten 25% der Importe. Nasser hat immer um Investitionen der kapitalistischen Länder Westeuropas und Nordamerikas in Ägypten nachgesucht, die zur Entwicklung des Landes beitragen sollten, erhielt jedoch nur solche, die offen seiner Ausplünderung dienten, wie Investitionen zur Erschließung von Erdölquellen. Hilfe beim Ausbau von Industrieprojekten war nur bei den RGW-Ländern zu bekommen. So schloß z.B. die DDR im Juli 1973 mit Ägypten ein Abkommen zum Aufbau mehrerer Fabriken.

Die Zusammenhänge wurden bei der Suezkrise 1956 besonders klar. Die USA hatten damals den Bau des Assuanstaudammes zunächst zugesagt, dies dann aber als Druckmittel benutzt, um Ägypten zu einer Eingliederung in das westliche Bündnissystem zu zwingen. Als Antwort darauf verstaatlichte die Nasser-Regierung den Suezkanal, um aus seinen Gebühren den Dammbau zu finanzieren. Für die „alten" imperialistischen Mächte Frankreich und England und für Israel in seiner Funktion als Wächter der Imperialisten und in eigenem Interesse war dies der Vorwand zum Angriff auf Ägypten. Das Ziel war die Liquidierung der Nasser-Regierung. Ein Ultimatum der sowjetischen Regierung stoppte die Aggression. Damit war der Kolonialismus in Ägypten endgültig beendet.

Auch die Rolle der Sowjetunion beim jüngsten arabisch-israelischen Krieg, die auf eine Aufrechterhaltung des status quo in dieser Region zielt, hat den Effekt, die nationale Entwicklung der arabischen Länder abzustützen.

Natürlich verfolgt die Sowjetunion dabei im Nahen Osten ihre eigenen machtpolitischen Ziele. Das Ergebnis dabei ist, daß sich an der Offensive des Imperialismus in diesem Gebiet nichts ändert.

Die Entwicklung der ägyptischen Bourgeoisie richtet sich teilweise gegen den Imperialismus. Wir haben aber gesehen, daß sie erstens auch gegen das Volk gerichtet ist, so daß sie, auch im Interesse der Imperialisten, die weitere Ausbeutung des Volkes sichert. Zweitens eröffnet sie den Imperialisten neue Möglichkeiten der Kapitalanlage und einen erweiterten Markt für Maschinen und Konsumgüter.

1971 begann eine neue Kampagne in Ägypten zur Gewinnung westlichen Kapitals. Es wurden Gesetze erlassen, die ausländische Investoren für alle Zeiten vor Enteignung schützen. Eine Expertengruppe der US-Regierung und der amerikanischen Industrie sprach sich deshalb 1972 auch gegen Vergeltungsaktionen bei Enteignungen von US-Unternehmen in Entwicklungsländern aus. Die Verstaatlichung bestimmter Unternehmen in der Dritten Welt sei unvermeidlich. Es komme in erster Linie darauf an, unter welchen Bedingungen derartige Maßnahmen durchgesetzt würden.

Nachdem die Sowjetunion Waffen für 3,5 Milliarden Dollar und industrielle Investitionen im Werte von 2,5 Milliarden Dollar geschickt hatte, wurden Mitte 1972 die sowjetischen Berater aus dem Land gewiesen. Diese Maßnahme wurde von den Imperialisten einhellig begrüßt und auch die arabische Bourgeoisie fühlte sich wohler.

Das Interesse des US-Imperialismus ist klar: **„Der Nahe und Mittlere Osten sind für die USA von strategischer Bedeutung, weil sich hier politische, militärische und wirtschaftliche Einflüsse überschneiden und weil das Erdöl in dieser Region für den Westen lebensnotwendig ist. Daher setzen wir uns sehr für die Stabilität und stetige Weiterentwicklung im Nahen und Mittleren Osten ein."** (US-Außenminister Rogers)

1972 gewährte die BRD Ägypten einen Kredit über 200 Millionen DM zum Kauf von westdeutschen Industriewaren. 1973 wurde ein Wirtschaftsabkommen abgeschlossen. Im Rahmen der EG-Mittelmeerpolitik wurde noch zwei Tage vor dem Krieg von Ägypten ein Präferenzabkommen ratifiziert, womit die EG allen Mittelmeerstaaten außer bisher Libyen und Syrien Handelsvorteile eingeräumt hat. Die Auseinandersetzungen zwischen US- und BRD-Imperialismus während des jüngsten Krieges in der Frage von Waffenlieferungen an Israel und der Mobilisierung von US-Truppen ohne Konsultierung der NATO-Verbündeten sowie die Zusammenarbeit mit Iran bei der Bildung eines BRD-Ölkonzerns zeigen, daß der BRD-Imperialismus in seinem Interesse am Nahen Osten sogar in einen gewissen Gegensatz zum US-Imperialismus tritt.

Ein Land wie Ägypten kann niemals den Vorsprung der imperialistischen Länder in einer kapitalistischen Entwicklung soweit aufholen, daß es sich von ihnen lösen kann. Die Entwicklung des einheimischen Kapitalismus ist deshalb nur das Erreichen einer höheren Stufe der imperialistischen Durchdringung, die Modernisierung des Imperialismus, die Modernisierung der Kompradorenherrschaft, die nur der antiimperialistische Volkskrieg abschütteln kann.

Auch in Ägypten ist die Entwicklung, was die Bewegung der Arbeiter und Bauern betrifft, auf eine neudemokratische Revolution gerichtet. Es fehlt aber die kommunistische Bewegung, die in der Lage wäre, die fortschrittlichen Tendenzen der nationalen Bourgeoisie gegen den Imperialismus auszunutzen. Die nationale Bourgeoisie ist als herrschende Klasse in Ägypten nur soweit fortschrittlich, wie der gesamte Fortschritt des Imperialismus die Menschheit dem Sozialismus näherbringt. Ihre Politik ist aber gerade gegen eine neudemokratische Revolution gerichtet.

Friedliche Lösung durch Krieg

Die ägyptische Bourgeoisie hat in den letzten Jahren immer auf eine friedliche Lösung des Konflikts im Nahen Osten hingearbeitet, denn friedliche Lösung heißt Lösung im Klassenfrieden, ohne Klassenkampf, ohne Volkskrieg. Nur so konnten die Gegensätze zwischen den arabischen Staaten, zwischen Ägypten und Israel sowie zwischen Ägypten und den Imperialisten überwunden werden, die einer Ausdehnung ihrer profitablen



Geschäfte im Wege standen.

Auf dem Umweg über die rumänische Regierung ließ Sadat 1972 Golda Meir wissen, daß er aufrichtig zu Verhandlungen über eine Friedensregelung bereit sei. Der ägyptische Regierungsjournalist Heikal sprach davon, daß es den Nahostkonflikt eigentlich gar nicht mehr gebe, er sei „nur noch ein archäologisches Problem". Im März 1973 versuchte die libanesische Armee, den Hauptstörenfried, die palästinensische Widerstandsbewegung, zu liquidieren. Die Beziehungen Jordaniens mit Syrien und Ägypten, die sich nach dem blutigen Angriff Jordaniens auf den palästinensischen Widerstand im September 1970 mit Rücksicht auf die Empörung der arabischen Massen angeblich verschlechtert hatten, wurden offen „normalisiert". Dabei wurde der palästinensische Widerstand dann wieder als Druckmittel gegen die Imperialisten eingesetzt: Man drohte mit der Wiedereröffnung der israelischen Ostfront für die Fedajin.

Die Imperialisten zeigten sich ebenfalls bereit: US-Außenminister Rogers erklärte, 1973 sei ein günstiges Jahr

erklärte, 1973 sei ein günstiges Jahr | tenagentur Associated Press und die

Nasser, ein erfolgreicher Demagoge

und die USA würden bei der Lösung des Nahostkonflikts eine aktive Rolle spielen. Es wurde eine Lösung diskutiert, bei der Israel, als Gegenleistung für seine politische Anerkennung, sich 20 km vom Suezkanal zurückziehen sollte. Nachdem er schon den Vietnamkonflikt so erfolgreich erstickt hatte, wurde dann Kissinger auf den Nahen Osten angesetzt. Der „tote Punkt" müsse überwunden werden. Im September machte Nixon Israel für die festgeführene Situation verantwortlich.

Auch die BRD schaltete sich in dieses Pokerspiel ein, um ihr Schärflein ins Trockene zu bringen. Scheel besuchte Ägypten, Brandt dann Israel, um klarzumachen, daß sich die Interessen der BRD, Israels und der reaktionären arabischen Regimes vereinbaren lassen. (Vergleiche dazu AK 30)

Die Lösung durfte aber für Ägypten nicht zu einem sichtbaren Nachgeben gegenüber der israelischen Erpressung führen. Deshalb mußte der übersteigerte Machtanspruch des Zionismus gedämpft werden, der jede Konzession verweigerte. Außerdem stand eine friedliche Lösung im Widerspruch zu den Forderungen der arabischen Völker, und zu den entsprechenden eigenen Versprechungen des ägyptischen Regimes.

Die Ausweisung der sowjetischen Berater hatte deshalb auch die Funktion, den antiimperialistischen Kampf gegen „beide Supermächte" zu propagieren, d.h. abzulenken von der Rolle des US-Imperialismus und vom Klassenkampf im eigenen Land. Die Sowjetunion wurde zum Sündenbock dafür gemacht, daß der Krieg gegen Israel immer wieder angekündigt und verschoben wurde.

Studenten, Soldaten und Arbeiter forderten einen konsequenten antiimperialistischen Kampf und Reformen im Innern. Sadat machte „subversive linke Gruppen" für die Unruhen verantwortlich und ließ 1.000 Studenten verhaften, „weil sie der Heimatfront schaden". Anfang 1973 begannen Säuberungen in der Staatspartei ASU und eine Umbildung der Regierung, in die drei Generäle aufgenommen wurden. Dann wurde wieder das Mittel der Kriegswirtschaft eingesetzt: Sadat kündigte eine „neue Ära der totalen Konfrontation" an und forderte die „Mobilisierung aller Mittel des Landes für den Krieg gegen Israel".

Am Ende war also, so paradox es klingt, der begrenzte Krieg in Nahost der beste Weg zu einer friedlichen Lösung, er war die Fortsetzung der Politik der friedlichen Lösung mit anderen Mitteln. Heikal schrieb, es komme nur eine politische Lösung in Frage, sie könne jedoch den Einsatz militärischer Kräfte einschließen. Am 21. September verbreitete die Nachrichtenagentur Associated Press und die Beiruter Zeitung „An Nahar" die Meldung: *„Ägypten hat den palästinensischen Guerillaorganisationen eine geheime Warnung zukommen lassen, daß es plant, den drei Jahre alten Waffenstillstand im Nahen Osten zu brechen. Die Führung der Guerilleros wurde aufgefordert, sich auf eine breite, aber zeitlich begrenzte Operation gefaßt zu machen, die Ägypten am Suezkanal unternehmen wolle. Den Guerillas wurde mitgeteilt, daß das Ziel der geplanten Operation sei, Druck der USA auf Israel zu erzeugen, um seinen halsstarrigen Standpunkt gegenüber einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts zu mildern."* Am 6. Oktober begann der Krieg.

Die jetzige offene Zusammenarbeit Ägyptens mit dem US-Imperialismus ist kein politischer Umschwung. Sie war eines der Ziele des Krieges. ■

Forts. „Energiekrise"

'Werne' werden bereits Ende nächsten Jahres (1974) auf der Straße liegen.

- **Thyssen – auf der Duisburger Zeche 'Friedrich Thyssen II/III' arbeiten z.Zt. rund 2.700 Kollegen, die jährlich 1,3 Millionen Tonnen Fettkohle gefördert haben. Obwohl auch hier die „abbauwürdigen Vorräte" noch mehrere Jahre reichen, wird Thyssen' bereits 1975 dichtgemacht.**

Während die vom RAG-Vorstand empfohlenen und vom RAG-Aufsichtsrat am 8. November 73 genehmigten Stillegungen für die Bosse ein Bombengeschäft werden (40 Millionen DM werden die Kapitalisten allein an Stillegungsprämien und Abgeltungsbeträgen für zukünftige Berg-

hang vor allem von SPD- und Gewerkschaftsführern genährte Hoffnung auf eine Umorientierung der Energieversorgung auf Kohle) ebenso eine wichtige Rolle, wie die verlogene Informationspolitik der RAG-Bosse gegenüber den Bergarbeitern:

- Noch am Samstag, den 3.11.73, wurde den Kumpels der Zeche 'Monopol' in Kamen auf einer Betriebsversammlung erzählt, daß keine Gefahr für die Arbeitsplätze bestehe und die Werksleitung erbat das Vertrauen der Kollegen für die Zukunft.

Knapp eine Woche später reiste der Vorstand der Bergbau AG Westfalen an, um dem Betriebsrat mitzuteilen, daß die Stillegung der Zechen 'Monopol' und 'Werne' beschlossene Sache sei.

trost noch einige Wochen oder Monate Zeit lassen können (!!)"

(Beide Zitate aus der sozialdemokratischen „Westfälischen Rundschau", vom 8./9.11.73)

Herbert Wehner – SPD Parteivorstand – schickte sogar ein Telegramm an die Städte Kamen und Werne, mit der Feststellung, daß die Stillegungen „in keiner Weise in die aktuelle Energieversorgungslage passen" würden.

Das Energiepolitische Konzept bzw Programm wurde bereits vor Jahren von den Kapitalisten in Zusammenarbeit mit den Regierungen erarbeitet. Von der SPD waren damals Leute wie Schiller und Kühn (2. Vorsitzender) maßgeblich beteiligt.

Wesentlichstes Ergebnis der „Beratungen" war, die Steinkohleförderung systematisch einzufrieren. Im Vergleich zu 1957 wird heute bereits 1/3 weniger Kohle gefördert, nämlich nur noch knapp 100 Mill. t. Diese Zahl soll sogar noch weiter gesenkt werden bis auf 83 Mill. t im Jahre 1978.

Die notwendig werdende „Ersatz"-Energie wurde das Erdöl, da es wesentlich billiger ist. Die Förderung liegt in vom Imperialismus vollkommen abhängigen Ländern, wo der Preis und die gezahlten Löhne dem Diktat der Imperialisten unterliegen.

Die BRD Kapitalisten werden also in Zukunft weiter verstärkt daran gehen, die Rohstoffquellen im Nahen Osten und anderen Teilen der Welt politisch abzusichern, um deren Ausbeutung zu gewährleisten.

Dieser „Ölpolitik" kann nur eine verschärfte imperialistische Machtpolitik nach innen und außen zugrunde liegen.

Die westdeutsche Arbeiterklasse soll daher gerade im Moment durch das Gerede über eine angebliche „Ölkrise" und durch „wir müssen alle den Gürtel etwas enger schnallen" für diese Eroberungspolitik gewonnen werden. Das Geschrei, „die Araber drehen uns den Ölhahn zu, wir haben keine Energie mehr..." usw. dient diesen **Zielen.**

Die -angeblich „arabische Erpressung", plötzlich konfrontiert damit,





3.000 Bergleute demonstrieren gegen die Stillegungspläne der RAG-Bosse



Nach dem Energieprogramm werden bis April 1974 schon 13 Zechen mit einer Förderungskapazität von 17 Mio. Tonnen stillgelegt. Dazu kommen die vier Zechen Hansa, Monopol, Thyssen und Werne mit einer Förderung von 5 Mio. Tonnen (schwarze Fördertürme).

schäden kassieren!), bedeuten die Stillegungen für die betroffenen Bergleute

- vorzeitige „Pensionierung", bei geringer Rente
  Verlegung auf umliegende Zechen oder andere Industrien, sofern Arbeitsplätze vorhanden sind. So mußte jeder fünfte Bergmann in den letzten vier Jahren einmal die

- Ebenso erging es den Bergleuten auf 'Hansa' in Dortmund: Noch Mitte Oktober dieses Jahres hatte der Werksleiter Ludwig Gerstein verbindlich zugesichert, daß auf der Zeche bis 1978/80 weitergefördert werde. Darüberhinaus sollen noch für das kommende Jahr (1974) 400 ausländische Arbeiter (Türken und Koreaner) eingestellt werden.

beitsplätze vorhanden sind. So mußte jeder fünfte Bergmann in den letzten vier Jahren einmal die

Zeche wechseln.
Das vorgesehene Verlegungsgeld von einmalig 2.700 DM entspricht ca. dem Einkommen von zwei Monaten, wofür die Arbeiter dann noch längere Anmarschwege etc. in Kauf zu nehmen hätten.

- Bei Ausübung eines anderen Berufes Verlust der Wohnung, da diese gebunden sind mit der Beschäftigung auf der ZECHE. (In einem der nächsten ARBEITERKÄMPFE wird ein längerer Artikel über die sozialen Folgen für die Bergarbeiter und ihre Familien durch die Stillegungen erscheinen.)
- Mehrarbeit auf anderen Zechen, da die Entlassungen nicht die Senkung der Produktion zur Folge haben, sondern relativ ihre Erhöhung,

kommende Jahr (1974) 400 ausländische Arbeiter (Türken und Koreaner) eingestellt werden.

In diesem Zusammenhang verdient eine Meldung der „Westfälischen Rundschau" vom 8.11.73 Beachtung:

„Ende Oktober lagen bei den deutschen Dienststellen im Ausland aus dem Arbeitsamtsbezirk Essen 482 Anforderungen von Ausländern vor. Dazu kommen 1.280 (!) Bergleute, die die Ruhrkohle AG für auswärtige Schachtanlagen angefordert hat."

SPD und IG Bergbau Führer „bestürzt"

Die SPD- und Gewerkschaftsführer, die die Rationalisierungspläne verantwortlich mit den Kapitalisten ent-

Die -angeblich „arabische Erpressung", plötzlich konfrontiert damit,

daß Energie in der Bundesrepublik selber stillgelegt wird, birgt nun allerdings die „Gefahr" in sich, daß die Arbeiterklasse hinter die Ziele der Energiepolitik blickt. Nur so ist auch das Gejammer der Sozialdemokraten in der bürgerlichen Presse zu deuten, wo darauf gedrängt wird, mit den Zechenstillegungen bis zu einem „passenderen" Zeitpunkt.

Bei den Bergarbeitern ist diese „Gefahr" natürlich am meisten gegeben, da sie „hautnah" mit dem Problem der „Öl- und Kohlenkrise" zu tun haben.

SPD auf seiten der Bergarbeiter?

Am 18.11.73 führten 3.000 Bergarbeiter in Kamen eine Protestdemonstration gegen die geplanten Zechenstillegungen durch. In Parolen wie „Lange war der Bergarbeiter still, jetzt zeigt er, daß er kämpfen will..." kam die Empörung über die Maßnahmen der RAG-Bosse zum Ausdruck.

Adolf Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, wurde sogar auf einer Jubilarehrung der IGBE von den Kollegen ausgepfiffen, als er versuchte, die Stillegungen zu rechtfertigen.

Die SPD- und Gewerkschaftsführer bemühten sich daher verstärkt, die Arbeiter im Zaum zu halten. „Genossen" wie Nordrheinwestfalens Kultusminister, der Bürgermeister von Kamen und ähnliche Prominenz waren folglich an der Spitze des Demonstrationszuges.

Verbal wurde sich auf die Seite der Bergarbeiter gestellt, indem man über die „harten sozialen Folgen" für sie und ihre Familien wehklagte..., über Folgen, die gerade die Sozialdemokraten mit verschuldet und geduldet haben.

Willy Brandt beabsichtigt sogar, seinen 60. Geburtstag u.a. „mit einfachen Leuten aus dem Revier zu feiern", womit die sozialdemokratische Arbeiterpolitik sicherlich um eine Nuance bereichert wird.

Für die möglichst weitgehende Unterordnung der Kampfbereitschaft der Kumpel unter den Einfluß der Sozialdemokratie wurde aber bereits seit Mitte der 50iger Jahre etwas getan. Kommunisten und andere fortschrittliche Kollegen wurden systematisch aus den Betrieben rausgeworfen und so isoliert. Dadurch sollte ein besseres „politisches Überleben"

3.000 Bergleute demonstrieren gegen die Stillegungspläne der RAG-Bosse

der Bergbaukapitalisten gewährleistet werden.

Antikommunistische Hetze auf der einen Seite und parallel laufend materielle Zugeständnisse an die Arbeiter, die heute bereits wieder „abgebaut" sind, haben dazu geführt, daß der Bergbau so gesehen durchaus als „bereinigt" angesehen werden kann.

RAG-Bosse blind ?

Nun stellt sich ja die Frage, aus welchem Grund die RAG-Bosse zu dieser „unpassenden" Zeit die Zechenstillegungen bekanntgegeben haben.

Da bemüht sich die gesamte Kapitalistenklasse und ihre Parteien darum, die „Energieknappheit" perfekt über die Bühne zu spielen – die RAG-Kapitalisten legen derweil Zechen still.

Ähnliche „U ngereimtheiten" hat es jedoch des öfteren bei der Einschränkung des Bergbaus gegeben.

1966 wurde die Zeche „Graf Bismarck", die damals der DEA/Texaco gehörte, stillgelegt. Sie war bekannt dafür, eine der besten Kohle zu haben. Die DEA-Bosse hatten „Graf Bismarck" sogar vorher noch für 70 Mill. DM zu einem der modernsten Schächte ausgebaut – mit staatlicher Investitionshilfe.

Nach der Stillegung jedoch wurden alle Produktionsstätten zerstört, der Schachtturm in die Luft gesprengt.

Für diesen „Akt" wurden weitere 140 Mill. DM Stillegungsprämie kassiert.

Inzwischen nun ist die RAG von Nebenzechen aus dabei, die Kohle der „Graf Bismarck" wieder auszubeuten.

Für die erforderlichen Wiederherrichtungen (Stollen auspumpen usw.) wurde selbstverständlich dick kassiert, die so.g. „Investitionshilfe".

Für die Kapitalisten sind die Zechenstillegungen das Milliardengeschäft geworden. (Ausführlich beschäftigt sich der ARBEITERKAMPF Nr. 32,34 und 35 mit den zum Gesetz erhobenen Betrugsmanövern und den von den Kapitalisten von langer Hand vorbereiteten Zielen).

Einen neueren Aspekt sollte man bedenken. Vielleicht erhoffen sich die RAG-Bosse neue Steuergelder als Nebenprodukt der „Energiekrise".

Heute legt man vier Zechen still – morgen kassiert man „Wiedereröffnungsprämien...." ■

**Gewerkschaftskommission des Chemie-Bereichs/
KB-Gruppe Hamburg**



Bergleute demonstrieren gegen die Auswirkungen kapitalistischer Wirtschafts- und speziell Energie-Politik

durch Steigerung der Arbeitshetze. (s. auch weiter oben)

Betrug – eines der Geschäftsprinzipien der RAG-Bosse

Obwohl sich die Kumpels der betroffenen Zechen seit langem darüber im Klaren waren, daß auch ihre Arbeitsplätze in nicht allzuferner Zukunft dem „Energie-Konzept" der RAG-Bosse zum Opfer fallen würden, hatte sie doch die Nachricht von der vorzeitigen Stillegung wie ein Schock getroffen.

Dabei spielt die gegenwärtige „Ölkrise" (und die in diesem Zusammen-

wickelt haben – und nicht zuletzt als Arbeitsdirektoren in Vorständen und Aufsichtsräten der Bergbaubetriebe sitzen, gaben sich auf einmal „bestürzt".

Nicht die Sache an sich ist es, die die Sozialdemokraten „verärgert" hat, sondern die Bekanntgabe der Stillegungspläne zur „falschen" Zeit:

„So wirtschaftlich gerechtfertigt (!) die Maßnahmen auch sein mögen, so unpassend war es, sie jetzt bekanntzugeben."

Und noch um einiges zynischer:

„Die Ruhrkohle Pläne mögen von der Sache ... richtig und konsequent sein (!) – Vom Zeitpunkt sind sie ein glorioser Fehlgriff ... Der Vorstand hätte sich mit dem Fallbeil (!) ge-



Der Betriebsratsvorsitzende H. Dyduch teilt den Bergleuten der Kamener Zeche Monopol die Stillegung der Zeche mit.

Forts. Öl-Konzerne

In den USA fingen die Ölkonzerne schon im Frühling dieses Jahres mit einer großaufgemachten und Millionen verschlingenden Pressekampagne an, um der amerikanischen Bevölkerung das Trauma von der „großen Öl- und Benzinkrise" einzuhämmern. Erhebliche Steigerungen des Benzinpreises, beschränkte Benzinabgaben der Tankstellen und die Schließung vieler Tankstellen, vor allem der „freien", sollten auch dem kleinen Verbraucher zeigen, daß sie sich auf einen schärferen Wind einzustellen haben. Zu dieser Zeit – also vor dem vierten Nahostkrieg – konnte man jedoch noch nicht wie heute den sogenannten arabischen Ölboykott als die angebliche Ursache der Benzinverknappung hinstellen.

Die Ziele der Kampagne waren sowohl spezielle Ziele der Ölindustrie als auch allgemeine Ziele der Bourgeoisie, vor allem gegenüber der eigenen Arbeiterklasse und gegenüber den Völkern der Dritten Welt.

Wie im letzten ARBEITERKAMPF ausgeführt wurde, gehören die Ölkonzerne zu den raubgierigsten überhaupt. Sie können die höchsten Profite für sich buchen. Daraus darf natürlich nicht der Schluß gezogen werden, daß sie irgendwann einmal in ihrem Profitstreben zu sättigen wären. Sie können nie genug bekommen. In diesem ungeheuren Profitstreben kommt es mitunter vor, daß sie auch auf größeren Widerspruch anderer Teile der Bourgeoisie stoßen. In solchen Fällen entscheidet der innerimperialistische Kampf. Aufgrund der ungeheuren Bedeutung der US-Öltrusts für die imperialistische Außenpolitik der USA haben diese Konzerne in solchen Kämpfen eine sehr starke Position, so daß die Regierung sich meist auf deren Seite stellen wird.

Die allgemeinen Ziele der Ölkonzerne, insbesondere der der USA, zielen darauf ab, soweit wie möglich den gesamten Weltenergiemarkt – nicht nur den Erdölmarkt – zu beherrschen. Das erfordert:

- Bei der Suche nach neuen Energiequellen immer die Nase vorn zu haben. So ist der Anteil der Suchkosten in den letzten zehn Jahren im Verhältnis zu den Förderkosten ganz erheblich gestiegen.
- Verstärkt Investitionen in andere Energieformen zu lenken, insbesondere in die Kernenergie, um auch hier mitmischen zu können. So haben die Gulf Oil Corporation und Shell beschlossen, gemeinsam Kernreaktoren zu bauen, um schneller in wirksame Konkurrenz zu den bisherigen Herstellern von Kernreaktoren treten zu können.
- Die eigene Tankerflotte zu vergrößern, um auf diesem Sektor von „ölfremden" Reeder-Kapitalisten unabhängig zu werden. In diesem Sektor stiegen die Investitionen der Ölkonzerne am stärksten.
- Noch stärker als bisher in der petrochemischen Industrie (z. B. Kunststoff-Produktion) zu investieren, um nicht nur das Öl von der Quelle bis zur Zapfsäule zu kontrollieren, sondern ihre Kontrolle auf einige industrielle Erdölprodukte auszudehnen.

Diese Aufgaben setzen sich allgegemein alle großen Ölkonzerne, vor allem die „Großen Sieben". Die Konkurrenz unter ihnen verschwindet natürlich nicht. Darüber hinaus sind natürlich noch die „laufenden" Aufgaben zu bewältigen: Sicherung des ständig steigenden Energiebedarfs. Obwohl die direkte Förderung des Öls sehr billig ist, entstehen durch die aggressiven Ziele der Ölkonzerne nach weitgehender Marktkontrolle viel höhere Kosten, die letztlich von der Arbeiterklasse zu zahlen sind.

Geographisch lag der Schwerpunkt des Investitionszuwachses in den Jahren 1961 - 1971 in Westeuropa, Japan und Kanada. Trotz hohem Zuwachs der Förderung wurden also die meisten Investitionen in der Weiterverarbeitung (Raffinierung, petrochemische Industrie) und in Westeuropa und Japan getätigt. Das bedeutet auch, daß die imperialistische Politik der Öl-Konzerne (Kapitalexport) Vorrang hatte vor dem Ausbau der Kapazitäten in den USA selbst.

Die notwendige Folge dieser Politik war, daß in den USA die Raffineriekapazität nicht mehr den steigenden US-Ölbedarf decken konnte, so daß mehr raffiniertes Öl aus Westeuropa importiert werden mußte.

Trotz höheren Ölverbrauchs ist in den USA die Raffineriekapazität ohnehin geringer als in Westeuropa. Allerdings überwiegen auch hier die Raffinerien amerikanischer Konzerne.

Diese durch die langfristige Konzernpolitik hervorgerufene Lage nahmen nun die US-Öltrusts schon vor Monaten zum Anlaß, eine „Energie krise" zu fabrizieren, und zwar dadurch, daß sie künstlich das Öl zurückhielten. In der von ihnen initiierten Pressekampagne gaben sie als Ursache dieser „Krise" u.a. an:

- allgemeine Rohölknappheit
- zu wenig Raffineriekapazität
- abgaskontrollierte Motoren, die mehr Sprit verbrauchen
- durch Bürgerinitiativen hervorgerufene Umweltschutzkampagnen, die den Bau von Raffinerien „zu stark verteuern" und den Bau einer Alaska-Pipeline durch ein Gerichtsurteil verhinderten
- die für die USA aufgrund eines 1959 erlassenen Gesetzes geltenden Importbeschränkungen für Rohöl.

Diese Argumente der Ölkonzerne zeigen nicht die tatsächlichen Ursachen der „Krise", sondern die politische Stoßrichtung der Konzerne:

Einmal sollen ihnen die lästigen Umweltschutzkosten abgenommen werden. Entweder sollen sie „von der Allgemeinheit" getragen werden oder ganz unterbleiben. Dies haben sie auch im wesentlichen erreicht.

Der Hinweis auf die geringe US-Raffineriekapazität und auf die Importbeschränkungen sollte zu höheren Subventionen für die Erschließung und die Weiterverarbeitung von US-Rohöl führen, was Nixon in seiner „Botschaft über die künftige Energiepolitik der USA" auch in Form von Steuervorteilen ankündigte. Mit den Importbeschränkungen von 1959 schlugen die USA ohnehin zwei Fliegen mit einer Klappe. Einmal werden dadurch die Ölpreise in den USA künstlich hochgehalten, was höhere Profite verspricht. Andererseits fordern sie dazu auf – oder zwingen die Konzerne sogar – das von US-Gesellschaften im Ausland geförderte Öl auch im Ausland zu verkaufen, d.h. im Ausland einen ähnlich großen Ölmarkt samt Verteilernetz und zugehörigen Raffinerien aufzubauen. Es wird verhindert, daß die Ölkonzerne billigeres ausländisches Öl in die USA importieren und dadurch die nationale Ölförderung der USA ruinieren, was aus strategischen Gründen verhindert werden soll.

Trotz dieser Vorteile der Importbeschränkung haben die Ölkonzerne immer wieder darauf hingearbeitet, dieses Gesetz zum Fallen zu bringen, weil es das Entstehen und den Aufstieg vieler kleiner einheimischer Ölgesellschaften gefördert hat, von denen einige sogar recht weit aufsteigen konnten. Sie sollen wieder zurückgedrängt werden, und ein Mittel dazu ist die Abschwächung der Importbeschränkungen zugunsten von Importzuschlägen. Die Konzentration wird dadurch weiter vorangetrieben.

Die Angabe „allgemeine Rohstoffknappheit" als Ursache der „Energiekrise" ist natürlich von den hier genannten Gründen der politisch bedeutendste. Dahinter stehen nicht mehr nur spezielle Interessen der Ölindustrie, sondern die Interessen der gesamten Bourgeoisie. Sie drücken ein politisches Programm für die nächste Zeit aus. (vgl AK 36, S. 4/5 u.a.)

Auch wenn die US-Ölkonzerne durch ihre Krisenkampagne die meisten ihrer Forderungen durchsetzen konnten, so darf nicht übersehen werden, daß sie trotzdem ihr größtes Geschäft durch die Erhöhung der Ölpreise und Ölprodukte machten. Obwohl damals kein arabischer Staat einen Ölboykott ausgesprochen hatte, waren doch in ziemlich kurzer Zeit angeblich die Benzinvorräte knapp. Obwohl die US-Regierung noch kurz zuvor versichert hat, es gäbe keinen „Engpaß", wurden am 18. April von Nixon Einschränkungsmaßnahmen bekanntgegeben. Der Benzinpreis stieg unaufhörlich, und reihenweise verschwanden die freien Tankstellen. Tatsächlich waren die Lager so voll wie nie. Und die „Frankfurter Rundschau" berichtete am 30.6.73 von einem Tankwart, der seine Tankstelle wegen angeblichem Nachschubmangel schliessen mußte, wo vier Wochen später an genau derselben Stelle von einem Ölkonzern eine Großtankstelle mit sechzehn Zapfsäulen errichtet wurde.

Im übrigen machte sich das Sterben der freien Tankstellen auch schon im Sommer in der BRD bemerkbar. Diese unterscheiden sich nämlich von den Markentankstellen nicht etwa durch schlechtere Qualität (diese ist genau die gleiche). Der Unterschied besteht darin, daß sie in der Regel ihr Benzin nicht selbst raffinieren, sondern von den großen Konzernen Überschüsse kaufen, also Mengen, die – aus welchen Gründen auch immer – von ihnen innerhalb ihres Vertriebsnetzes nicht verteilt werden sollen oder können. Dadurch, daß von den Amerikanern nun sonst übrige Ölmengen aus Westeuropa importiert wurden, wurden immer mehr freie Tankstellen entweder ausgetrocknet oder mußten das Benzin zum selben Preis wie die Ölkonzerne verkaufen, wodurch ihr Konkurrenzvorteil verschwand. Logischerweise verstärkte sich diese Situation im Herbst, als die großen Benzinmarken selbst das Öl zurückhielten.

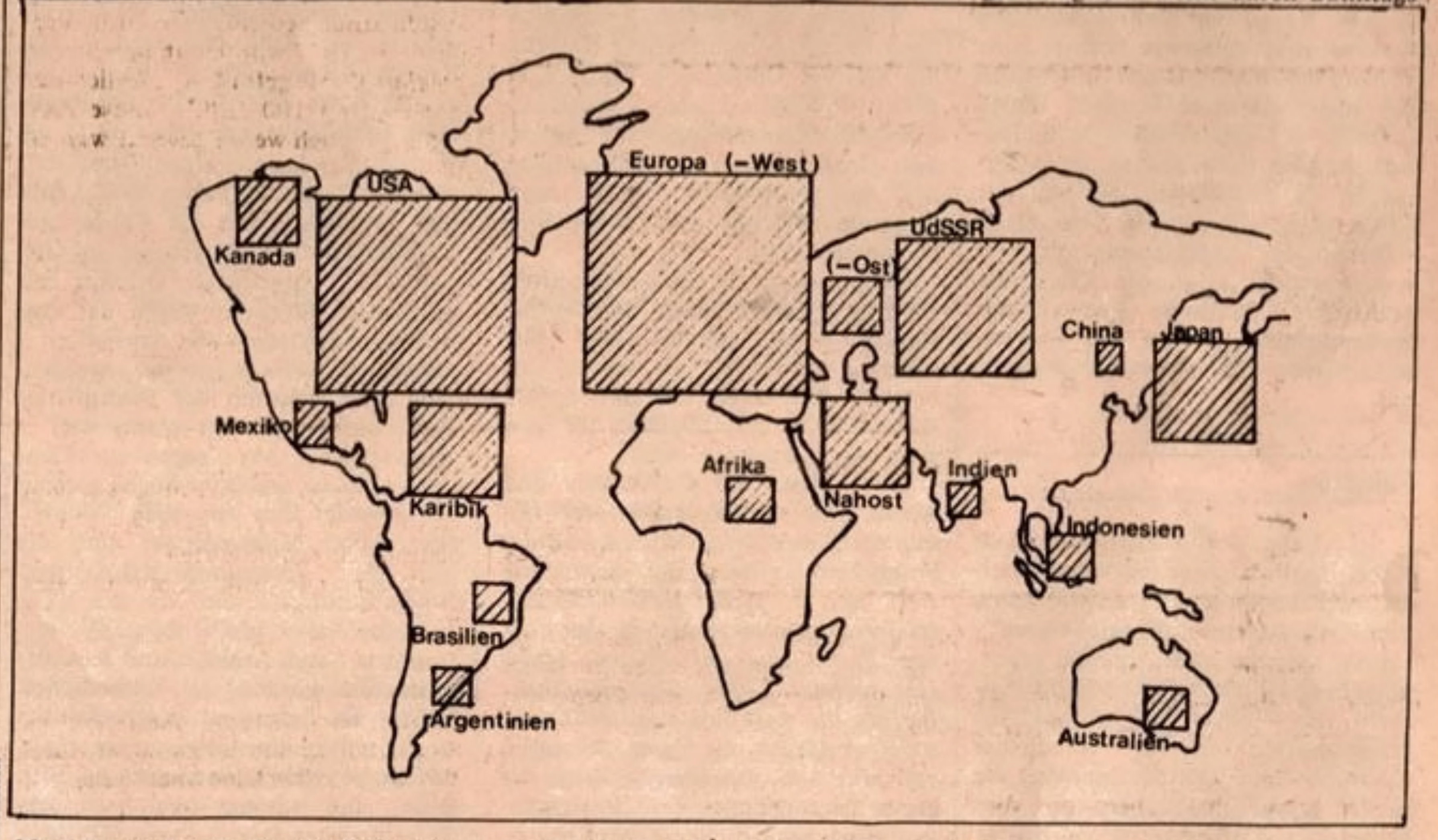
In Westeuropa, vor allem in der BRD, England und Holland, aber auch in den übrigen Ländern der EG, wurde die in den USA schon ein halbes Jahr früher gestartete Kampagne im wesentlichen erst nach dem Nahostkrieg gestartet mit verstärkt antiarabischer Hetze und „gesamteuropäischem" Chauvinismus.

Genau wie in den USA hielten die Konzerne – trotz voller Lager wie nie zuvor – ihr Öl zurück, um die Preise hochzutreiben. Innerhalb weniger Tage stieg der Benzinpreis um ca. 7 Pfennig, der Heizölpreis gar auf das Drei- bis Vierfache „(August 14 - 19 Pfg., November bis zu 60 Pfg.). Die „Zeit" berichtete am 30.11.73, daß bisher jeder Tanker in Arabien beladen worden sei, nur aber weniger Tanker hingeschickt wurden. Das ist ganz logisch. Wenn durch Sonntagsfahrverbot, Abgabebeschränkungen für Benzin und Heizöl u.a. der Benzinverbrauch künstlich gedrosselt wird und die Lager voll sind, wohin mit dem Öl? Und die „FAZ" fragte am 19.10.73, wie denn die Araber – wollten sie wirklich einen Boykott durchführen – das technisch durchführen wollen. Im allgemeinen sei nämlich für einen Öltanker, der in Arabien beladen wird, der Zielhafen völlig unbestimmt. Die Reiseroute lautet Nordwesteuropa. Erst nach 2 - 3 Wochen Fahrt wird dem Tanker mitgeteilt, wo er das Öl löschen soll. Am Zielhafen ist von Außenstehenden gar nicht mehr festzustellen, ob das Öl aus dem Iran, dem Irak oder Libyen, die sich alle nicht am Boykott beteiligen, kommt oder woandersher.

Wenn also weniger Öl kommt, dann nicht wegen eines arabischen Boykotts, sondern wegen der Konzerne. In der „Süddeutschen Zeitung" vom 25.11. wurde ausgerechnet, daß allein durch die Preiserhöhungen der Konzerne in diesem Jahr diese einen zusätzlichen Mehrgewinn von 18 Mrd. DM (!!) erzielten, und zwar allein in der BRD. Das sind ungefähr 2/3 der Gesamteinnahmen sämtlicher arabischer Länder durch ihren Ölexport die laut „Handelsblatt" vom 22.11. 11 - 12 Mrd. Dollar betragen. Die KVZ (Nr. 8/73) hat ausgerechnet, daß das mehr als ein Drittel der Nettolohnerhöhungen sämtlicher Werktätigen in der BRD ist.

Die Gründe für diese Politik liegen also offen auf der Hand. Die spezielleren Ziele, die die Ölkonzerne damit verfolgen, wurden schon bei der Behandlung der „Energiekrise" in den USA dargestellt. Da jedoch die USA-Konzerne in Europa eine sehr starke Position haben, ist der zusätzliche Aspekt der Verschärfung der innerimperialistischen Widersprüche von großer Bedeutung. Die US-Trusts wollen mit diesen zusätzlichen Milliardengewinnen die neuen Ölfelder (Alaska, Nordsee) weitgehend in ihre Hand bekommen (laut „Morgenpost" vom 11. April (!!) „wollen die Amerikaner erstmal generell den Ölpreis verdoppeln, um Geld für eine Globalinvestition von sage und schreibe 1.000 Milliarden Dollar bis 1985 in den Griff zu bekommen"!), um Westeuropa in bezug auf Öl weiter in ihrer Hand zu behalten und den westeuropäischen Imperialisten den Weg zu einer eigenen Ölversorgung so schwer wie möglich zu machen. Dieser Konkurrenzkampf wird wie stets auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen. ■

Eine ausführlichere Darstellung der innerimperialistischen Widersprüche ist für den nächsten ARBEITERKAMPF vorgesehen.



Verteilung der Raffinerie-Kapazitäten: Die größten Kapazitäten liegen in Westeuropa, nur ein kleiner Teil in den Förderländern selbst (Quelle: „Entreprise" (Paris) 2.11.73)

Verteilung der Raffinerie-Kapazitäten: Die größten Kapazitäten liegen in Westeuropa, nur ein kleiner Teil in den Förderländern selbst (Quelle: „Entreprise" (Paris) 2.11.73)

Anzeige

Zur Außenpolitik der VR China

4. Teil

Wie angekündigt, soll in diesem Teil des Artikels auf einige konkrete Punkte der chinesischen Außenpolitik eingegangen werden. Es sind dies Fragen, die in der kommunistischen Bewegung Unruhe und Diskussionen hervorgerufen haben, weil die Gründe für die Handlungsweise der chinesischen Regierung nicht verstanden wurden, und weil diese Gründe auch von der KPCh weitgehend nach außen hin nicht erläutert wurden. Einige Aspekte der chinesischen Außenpolitik standen (bzw. stehen) im Widerspruch zu Positionen, die von der KPCh in früheren Jahren, vor allem während der Kulturrevolution, vertreten wurden, und die VR China praktiziert teilweise Formen der Außenpolitik, die sie der Sowjetunion früher zum Vorwurf gemacht hat.

Pakistan

Im Falle der ostpakistanischen Krise, die dann zum indischen Überfall auf Pakistan und zur Lostrennung von Ostpakistan („Bangla Desch") führte, standen zwei Aspekte gegeneinander: 1.) das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Ostpakistan (Ostbengalen) und der Versuch der pakistanischen Zentralregierung, die Lostrennung Ostpakistans mit dem Mittel des Völkermords zu verhindern ; 2.) die Versuche des expansionistischen Indiens, die Lage zu seinen Gunsten auszunutzen, unterstützt von der Sowjetunion, die auf die Festigung ihrer Position auf dem indischen Subkontinent zielte.

Die VR China vertrat in dem Ostpakistan-Konflikt den Standpunkt, daß dies eine *„innere Angelegenheit Pakistans"* sei, *„in die sich kein Land einmischen sollte"*. (106)

Im Übrigen brachte China seine traditionelle Unterstützung Pakistans zum Ausdruck:

„Die chinesische Regierung und das chinesische Volk werden nach wie vor entschieden die pakistanische Regierung und das pakistanische Volk unterstützen im gerechten Kampf zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität und gegen fremde Aggression und Intervention." (106)

Noch deutlicher wird der Standpunkt der chinesischen Regierung in einer Rede des amtierenden Außenministers Dji Peng-fe während des Besuchs einer pakistanischen Delegation Anfang November 1971 – (Einen Monat später griff Indien Pakistan an). Dji Peng-fe sagte u.a.:

„Das pakistanische Volk hat zur Verteidigung der staatlichen Souveränität, territorialen Integrität und nationalen Unabhängigkeit einen unermüdlichen Kampf gegen ausländische Aggressoren und Interventionisten **sowie inländische Separatisten** *geführt ... Wir treten dafür ein, daß die inneren Angelegenheiten jedes Landes von seinem eigenen Volk selbst behandelt werden müssen. Die Ostpakistan-Frage ist eine innere Angelegenheit Pakistans, für die das pakistanische Volk selbst eine vernünftige Regelung suchen sollte, und für jegliches andere Land ist es absolut unzulässig, unter irgendeinem Vorwand Einmischung und Subversion zu unternehmen. An den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz konsequent festhaltend, mischt sich die chinesische Regierung nie in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein und kämpft entschieden dagegen, daß sich irgendein Land in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischt ... Wir sind davon überzeugt, daß die pakistanischen Volksmassen patriotisch sind, die nationale Einheit und staatliche Einheit schützen und gegen innere Spaltung und äußere Intervention kämpfen."* (107)

China ist nach außen niemals mit einer allseitigen Beleuchtung des Ostpakistan-Konflikts und einer klaren Stellungnahme vom kommunistischen Standpunkt aus aufgetreten, sondern beschränkte sich auf den Hinweis, dies sei „eine innere Angelegenheit Pakistans". Eine solche Haltung gegenüber einem Konflikt dieses Ausmaßes und dieser Schärfe ist u.E. absurd. An sich ist es selbstverständlich, daß sozialistische Staaten zu internationalen Problemen eindeutige Stellungnahmen abgeben, und sich nicht hinter dem Prinzip der „Nichteinmischung" verschanzen.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die gerechtfertigte Haltung, die die VR China zum Biafra-Konflikt (1967/68) einnahm. Damals zerschlug die Zentral-Regierung Nigerias mit Unterstützung Großbritanniens und der Sowjetunion (!) die separatistische Bewegung in der östlichen Provinz Biafra.

China nahm in diesem Konflikt für Biafra Partei, klagte die Zentral-Regierung an, zehntausende Menschen hingemordet zu haben und entlarvte die Ziele der imperialistischen Mächte, einschließlich der Sowjetunion, in diesem Gebiet.

„... Aber die für Nigeria und Biafra tragische Kollusion der US- und britischen Imperialisten und der Sowjetrevisionisten, die darauf abzielt, sich in Afrika erneut Einflußsphären abzugrenzen, ist für das Volk von Biafra und des übrigen Afrika eine weitere Lehre. Die Bewohner Biafras, die weit davon entfernt sind, sich versklaven zu lassen, kämpfen voll Mut und Ausdauer. Solange sie gegen Imperialismus und Revisionismus einen beharrlichen Kampf austragen, ist es unzweifelhaft, daß sie am Ende siegen werden." (108)

Obwohl die chinesische Regierung zum Ostpakistan-Konflikt niemals konkret eine Stellungnahme abgab (außer der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten"), lassen ihre Äußerungen doch eine Unterstützung für den Standpunkt der pakistanischen Zentral-Regierung erkennen. Dies wird deutlich an den in der Rede Dji Peng-fe's enthaltenen Hinweise auf die Bekämpfung „inländischer Separatisten" und „innerer Spaltung", auf den Schutz der „nationalen und staatlichen Einheit".

Daran wird deutlich, daß die chinesische Regierung das vor allem von Lenin theoretisch begründete Selbstbestimmungs-Recht der Völker ebenso willkürlich auslegt wie es der Sowjetrevisionismus tut, d.h. sich je nach außenpolitischen Nützlichkeitserwägungen für oder gegen das nationale Selbstbestimmungsrecht im Einzelfall auszusprechen: im Fall Nigeria/Biafra die Sowjetunion dagegen und China dafür, im Falle Ostpakistan /„Bangla Desch" umgekehrt. Dies wird auch dadurch nicht besser, daß China ein sozialistisches Land ist, die Sowjetunion jedoch nicht mehr.

Die Unterordnung des leninschen Prinzips des nationalen Selbstbestimmungsrechts unter Nützlichkeits-Erwägungen, auch vom Standpunkt eines sozialistischen Landes aus, bedeutet in Wahrheit die Aushöhlung des Prinzips. Es sei daran erinnert (ohne hier das Thema ausführlich zu behandeln), daß Lenin ausdrücklich das Selbstbestimmungsrecht der Völker, einschließlich des Rechtes auf Lostrennung grundsätzlich auch für den sozialistischen Staat forderte. Lenin spricht in diesem Zusammenhang u.a. von den Polen und Finnen, damals Angehörige des russischen Reiches, und betont, daß die sozialistische Gesellschaft ihnen *„das* **Recht** *auf freie Lostrennung einräumt, aber* **k e i n e s w e g s** *in dem Sinn, daß sie* **ihnen die Lostrennung empfiehlt."** (109)

Lenin gebraucht hier ein sehr anschauliches, einleuchtendes Beispiel: wenn wir das R e c h t auf Ehescheidung prinzipiell anerkennen, so heißt das doch nicht, daß wir etwa allen Leuten empfehlen würden, sich scheiden zu lassen.

Wenn man von der Frage der Nützlichkeit ausgeht, so wäre es sowohl für das sozialistische Land wie auch für das betreffende Volk selbst höchstwahrscheinlich ein erheblicher Nachteil, wenn sich ein Volk lostrennen würde. Es würde das sozialistische Land schwächen und das losgetrennte Volk dem Einfluß des Imperialismus aussetzen. Dennoch lehrt uns Lenin, das Selbstbestimmungsrecht der Völker p r i n z i p i e l l anzuerkennen. Wenn das schon für ein sozialistisches Land gilt, um wieviel mehr für ein bürgerlich-halbfeudales Land wie Pakistan!

Weniger die VR China selbst, als vielmehr ihre ungebetenen „Verteidiger" im Ausland haben z.T. groteske Gründe dafür angeführt, warum angeblich im Falle Ostpakistans das Selbstbestimmungsrecht keine Gültigkeit hatte und die Zentral-Regierung sozusagen ganz recht daran getan hat, dieses „Separatisten-Manöver" zu zerschlagen. So haben diese Leute z.B. entdeckt, daß die Führer der nationalistischen Bewegung in Ostpakistan bürgerliche Politiker mit Ausbeuter-Interessen waren, daß eine Spaltung Pakistans den expansionistischen Interessen Indiens entgegenkam, daß dadurch der Einfluß der Sowjetunion gestärkt wurde etc. – Alles richtig. Aber sagen wir nicht auch, daß die arabische Sache gerecht ist, obwohl ihre aktuellen Führer bürgerliche Nationalisten sind, die von der „sozialimperialistischen" Sowjetunion, z.T. auch von den USA, und von halbfeudalistischen Öl-Staaten (wie Saudi-Arabien und Kuwait) unterstützt werden? Die bürgerlichen Führer als Argument gegen die nationalen Befreiungsbewegungen anzuführen, ist vollkommen unsinnig. Dies hieße, daß wir nur noch nationale Befreiungsbewegungen unterdrückter Völker als berechtigt anerkennen dürften, die sozusagen schon sozialistisch sind. In Wahrheit stehen die meisten nationalen Befreiungsbewegungen noch unter starkem bürgerlichem Einfluß; ferner wird in aller Regel der Imperialismus versuchen, separatistische Bewegungen auszunutzen. So z.B. der US-Imperialismus und Frankreich im Fall Biafras. All dies kann aber für uns kein Argument gegen das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, einschließlich des Rechts auf Lostrennung, sein. Vielmehr ist es auch eine Aufgabe sozialistischer Außenpolitik, durch klare und korrekte Stellungnahmen (und andere Formen politischer und materieller Unterstützung) solche Bewegungen möglichst weitgehend zu beeinflussen.

China hat also u.E. insofern korrekt gehandelt, daß es die expansionistischen Ziele Indiens und die imperialistischen Ziele des Kriegstreibers im Hintergrund, des Sowjetrevisionismus, immer wieder entlarvte und gegen eine militärische Intervention Indiens Stellung nahm. China hat andererseits einen Fehler gemacht, den Ostpakistan-Konflikt als „innere Angelegenheit" Pakistans (im Sinne des Verzichts auf eine allseitige Stellungnahme zu den Vorgängen) darzustellen und indirekt die Position der Zentral-Regierung gegen die Separatisten zu unterstützen.

Interessant ist noch, was die chinesischen Außenpolitiker zu dieser Angelegenheit sagten, nachdem durch die militärische Intervention Indiens der „Staat Bangla Desch" gegründet worden war. Vor der UNO sagte der Leiter der chinesischen Delegation, Tjiao Guan-hua im Oktober 72, China sei nicht grundsätzlich gegen die Aufnahme von „Bangla Desch" in die UNO. *„China hegt dem Volk von Ostbengalen gegenüber freundschaftliche Gefühle und hat auch keine Vorurteile gegen Herrn Mujibur Rahman"* (d.h. gegen den Führer der ostpakistanischen Separatisten-Bewegung). Und weiter sagte Tjiao Guanhua: *„Wenn von nationaler Selbstbestimmung die Rede sein sollte, dann hätte das Volk von Ostbengalen seine eigenen Probleme selbst lösen müssen..."* (110)

Es ist wohl etwas seltsam, von freundschaftlichen Gefühlen gegenüber dem Volk Ostbengalens zu reden, nachdem die chinesische Regierung zunächst die Unterdrückung dieses Volkes durch die pakistanische Regierung als deren „innere Angelegenheit" bezeichnet hatte, ohne mit einem Wort offiziell dagegen Stellung zu nehmen. Für die chinesische Außenpolitik wäre es sinnvoller gewesen, diese „freundschaftlichen Gefühle" f r ü h e r klar auszudrücken, nämlich während des pakistanischen Bürgerkriegs.

Sudan

Der Sudan ist wohl der Punkt, an dem sich die falsche Konzeption der chinesischen Außenpolitik am deutlichsten offenbarte.

Im Sudan fand im Juli 1971 ein Putschversuch einiger Militärs statt, der rasch niedergeschlagen wurde. Das sudanesische Militär-Regime benutzte diesen Putschversuch zu einem harten Schlag gegen die Arbeiterbewegung des Sudan, vor allem die Gewerkschaftsbewegung und die (revisionistische) Kommunistische Partei.

Die Situation war im Grunde ähnlich wie bei dem faschistischen Putsch in Indonesien 1965, wo die Faschisten ja auch eine Militär-Revolte zum Vorwand für die Zerschlagung der Arbeiterbewegung genommen hatten. Damals hatten die Sowjetrevisionisten behauptet, der faschistische Putsch sei vom „chinesischen Abenteurertum provoziert" worden; die Sowjetrevisionisten lieferten den indonesischen Faschisten auch Waffen, gaben ihnen Kredite etc.

Im Fall des Sudan drehte nun die VR China den Spieß um: den Terror gegen die sudanesische Arbeiterbewegung nannte sie Vereitelung eines *„ausländischen subversiven Komplotts"* (111) und griff dem sudanesischen Regime mit Waffen u.a. unter die Arme.

Welche „subversive" Macht gemeint war, geht aus der Äußerung hervor, *„daß die sowjetische Regierung in diesem Jahre mit Subversion gegen die rechtmäßige Regierung eines afrikanischen Landes vorzugehen plante, wobei sie sich grob in dessen innere Angelegenheiten einmischte."* (112)

Im Dezember 1971 war dann eine „hochrangige sudanesische Regierungsdelegation" unter Führung von Vizepräsident Abbas in China zu Besuch. Tschou En-lai hob dabei in seiner Rede lobend hervor, daß die sudanesische Regierung *„erfolgreich ein ausländisches subversives Komplott durchkreuzt"* habe (111).

Abbas dankte in seiner Erwiderungsrede der VR China für ihre Unterstützung gegen das „subversive Komplott": *„Teure Freunde, ich muß hier erwähnen, daß unser Volk und unsere revolutionären Führer immer stolz sein werden auf die mutige Haltung des chinesischen Volkes, seines militanten Führers, des Vorsitzenden Mao Tse-tung, und seiner großen Partei, die unserem Volk und unserer Revolution fest zur Seite standen während der perfiden Verschwörung und auch in den Tagen danach.*

Mit denselben Gefühlen der Bewunderung und des Stolzes wollen wir auch Ihre wirtschaftliche und militärische Unterstützung für die Demokratische Republik Sudan erwähnen. Als jene Leute, die sich unsere Freunde (d.h. die Sowjetunion – Anm. AK) *nannten, uns nicht unterstützten, hat Ihre Unterstützung einen positiven und bedeutsamen Einfluß in unserer Revolution ausgeübt zur Vernichtung der Verräter, Lakaien und einer Handvoll von den Gesetzen zuwiderhandelnden Personen im südlichen Teil unseres Landes."* (113)

Die Haltung der chinesischen Regierung in dieser Frage schlug offenbar fast allen kommunistischen Gruppen und Organisationen in der BRD etwas auf den Magen. Nur die inzwischen dahingeschiedene „KPD/ML-Rote Fahne" krakeelte fröhlich, es sei „richtig, wenn die Revisionisten als nationale Verräter bezeichnet und unterdrückt werden" und „darum war es auch vollkommen richtig, daß Ministerpräsident Tschou En-lai Staatspräsident Nimeri zur Erhaltung der Macht gratulierte." (114) – Aber sogar die ansonsten gegenüber der chinesischen Außenpolitik extrem flexible Gruppe um das NRF gab zu bedenken, daß die VR China vielleicht über den Sudan nicht richtig informiert war und daher zu „Fehlurteilen über den Charakter solcher Regimes wie des Numeriregimes" (115) gekommen sein könnte. –

Eine solche zutiefst opportunistische Ausflucht, wie sie das NRF in dieser Frage vorbrachte, unterschätzt entscheidend die analytischen Fähigkeiten der KP Chinas.

Tatsächlich muß man die Haltung Chinas gegenüber dem sudanesischen Militär-Regime im Z u s a m m e n h a n g sehen mit der gesamten chinesischen Politik in der arabischen Region, die darauf zielt, die „Supermächte" zurückzudrängen. Dabei ist es den chinesischen Außenpolitikern relativ g l e i c h g ü l t i g, mit was für Leuten sie sich dort verbünden, d.h. was diese innenpolitisch treiben. Natürlich heißt das nicht, daß es der VR China als sozialistischem Land gleichgültig wäre, wie sich in diesen Ländern im Einzelnen die innenpolitischen Verhältnisse gestalten. Aber jedenfalls tritt die KPCh nicht mit einer detailierten Analyse dieser Staaten auf, sondern spricht stets nur von deren Außenpolitik des Kampfes gegen den Imperialismus und für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit.

Der Iran

Chinas Politik gegenüber dem Iran ist ein klares Beispiel dafür, wie schließlich sogar Staaten in den guten Ruf des Antiimperialismus kommen, die nicht nur unterdrückerisch nach innen sind, sondern die in Wahrheit auch alles andere als antiimperialistisch sind.

Als Farah Pahlavi im September 1972 China besuchte, sagte Tschou En-lai: *„Unter der Führung Seiner Kaiserlichen Majestät Pahlavi, des Shahanshahs von Iran, haben die Regierung und das Volk des Iran durch ununterbrochene Anstrengungen Erfolge bei der Verteidigung der staatlichen Souveränität, dem Schutz der nationalen Ressourcen, der Entwicklung der nationalen Kultur sowie beim Aufbau des eigenen Landes erzielt."* (116)

Noch weiter ging Außenminister (116)

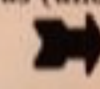
Noch weiter ging Außenminister Dji Peng-fe, als er im Juni 73 den Iran besuchte. Die „Peking Rundschau" gab die Rede Dji Peng-fe's nicht voll im Wortlaut wieder, sondern z.T. in indirekter Rede und Zusammenfassungen. Hier die wichtigste Passage: **„ ‚Gegenwärtig erregt die Lage im Persischen Golf allgemeine Sorge. Gewisse Großmächte intensivieren Expansion, Infiltration und Rivalität und gefährden damit ernstlich den Frieden und die Sicherheit in diesem Teil der Welt.'**

Die Angelegenheiten im Persischen Golf sollten von den Anliegerstaaten des Golfes gemeinsam geregelt werden und keine fremde Einmischung dürfe geduldet werden. Er versicherte seine entschiedene Unterstützung für den gerechten Standpunkt Irans und der anderen am Persischen Golf gelegenen Länder." (117)

Tatsächlich ist der Iran nach Israel der zweitwichtigste Brückenkopf in dieser Region. Das Schah-Regime versucht, die Rolle eines konterrevolutionären „Gendarmen" am Persischen (Arabischen) Golf auszuführen. Das ist es, was in Wahrheit hinter der iranischen „Unabhängigkeitspolitik" und dem „gerechten Standpunkt des Iran" steckt. Hier ist vor allem zu erwähnen, daß der Iran mit Hubschraubern und Truppen aktiv am Kampf gegen die Volksfront für die Befreiung Omans und des Arabischen Golfes beteiligt ist und auch anderen Ländern für den „Notfall" solche Hilfe angeboten hat. Außerdem hat der Iran Grenzkonflikte mit dem Irak, der relativ eng mit der Sojwtunion zusammenarbeitet.

Der Arabische Golf soll weiter vom USA-Imperialismus kontrolliert werden, die Sowjetunion soll aus dem Golf hinausgedrängt werden – vor allem aus Irak –, und der Iran will am Arabischen Golf zur Kontroll-Macht werden: das steckt hinter den demagogischen Parolen gegen „fremde Einmischung" etc. im Golf-Raum.

Auch hier unterstützt die chinesische Außenpolitik im Grunde einen Statthalter des US-Imperialismus (und



Forts. Außenpolitik VR China

damit letztlich diesen selbst!) gegen die Sowjetunion, die man kühn als ein „noch gefährlicherer Feind der arabischen Völker" (als die USA) bezeichnet (118).

Es ist offensichtlich, daß China j e d e Schwächung des sowjetischen Einflusses in dieser Region unterstützt, wobei in Kauf genommen wird, daß auf der anderen Seite der Einfluß des US-Imperialismus gestärkt wird. (119)

Ägypten und die sowjetischen „Berater"

Im Juli 72 gab Ägyptens Präsident Sadat „die Beendigung der Mission der sowjetischen Spezialisten und Berater" bekannt, d.h. praktisch deren Ausweisung.

Die chinesische Regierung gab dazu folgenden Kommentar: *„Kürzlich hat die ägyptische Regierung zur Verteidigung der Souveränität ihres Landes Maßnahmen getroffen, die ein Ausdruck der festen Entschlossenheit der Ägypter und der Völker anderer arabischer Länder sind, über ihr eigenes Geschick zu bestimmen und ihren antiimperialistischen Kampf bis zu Ende zu führen."* (120)

Zu diesem Vorgang ist zu sagen, daß nachher bei weitem nicht so heiß gegessen wurde, wie gekocht worden war; d.h. weder Ägypten noch die Sowjetunion waren an einem vollständigen Bruch interessiert. Insofern wurden die hochgespannten Erwartungen der chinesischen Außenpolitik enttäuscht.

Prinzipiell ist es nicht so, daß Maßnahmen bürgerlicher Regierungen (wie in Ägypten) Ausdruck irgendeiner Entschlossenheit des V o l k e s sind, sondern sie bringen die Interessen der herrschenden Klassen zum Ausdruck.

Was die arabischen Staaten angeht, so wird fast überall die Arbeiterbewegung unterdrückt und die Kommunisten verfolgt, d.h. es gibt nicht einmal selbständige politische Organisationen des Proletariats. Das ist auch in Ägypten so. Unter diesem Aspekt sind die Maßnahmen der arabischen Staaten zu sehen. Es ist eine typisch r e v i s i o n i s t i s c h e Illusion, anzunehmen, diese Staaten könnten konsequent antiimperialistisch sein („nicht-kapitalistischer Entwicklungsweg" und ähnlicher Unsinn).

So konnte auch die Ausweisung der sowjetischen „Berater" nicht die Funktion haben, Ägyptens nationale Unabhängigkeit zu stärken. Vielmehr ist auch diese Maßnahme als Teil der Annäherungspolitik Ägyptens gegenüber dem US-Imperialismus zu verstehen. Zugleich diente diese Maßnahme zur Täuschung der Massen: 1. Vortäuschung einer Politik der nationalen Unabhängigkeit, und 2. die militärische Passivität der ägyptischen Bourgeoisie gegenüber Israel sollte der Sowjetunion in die Schuhe geschoben werden.

Die KPCh nimmt zu den inneren Verhältnissen der arabischen Staaten keine öffentliche Stellung; eine Ausnahme bildet hier lediglich Jordanien. D.h. die KPCh sagt nicht, daß die arabische Bourgeoisie den antiimperialistischen Kampf und die nationale Befreiungsbewegung nicht zum Erfolg führen kann.

Dementsprechend erklärt die VR China die militärischen Mißerfolge der arabischen Staaten nicht aus ihren inneren Verhältnissen heraus, sondern ausschließlich mit dem „Komplott der Supermächte" und zwar mit spezieller Stoßrichtung gegen die Sowjetunion. Die tatsächliche Haltung der arabischen Bourgeoisie wird beschönigt und verfälscht, z.B. durch die Behauptung, der jüngste israelisch-arabische Krieg habe *„die beispiellose militante Einheit aller arabischen Länder im Kampf gegen den gemeinsamen Feind"* gezeigt (121). Oder auch die Behauptung, die militärische Situation sei zum Zeitpunkt des Waffenstillstands-Abkommens *„äußerst günstig für die arabischen Völker"* gewesen (122).

Ohne die sowjetische Hilfe für die arabischen Staaten und für die palästinensische Befreiungsbewegung zu überschätzen und ohne den selbstsüchtigen Charakter dieser Hilfe zu übersehen, muß man doch festhalten, daß die (auch ständig in der „Peking Rundschau" etc. zitierten) Stimmen gegen diese Hilfe in aller Regel von den äußersten Reaktionären und Lakaien des US-Imperialismus in dieser Region kommen (123), während gerade die Organisationen des palästinensischen Widerstands stets die Hilfe der Sowjetunion, bei aller Kritik an deren Politik in verschiedenen Fragen, gewürdigt haben (124).

Die „armen und reichen Länder"

Kurz vor der Eröffnung der „4. Gipfelkonferenz der blockfreien Länder" (September 73 in Algier) sagte der algerische Präsident Boumedienne: *„Wenn die Welt in der Vergangenheit in zwei Blöcke, den kommunistischen Block und den kapitalistischen Block, geteilt war, so besteht sie heute, unserer Meinung nach, aus zwei Teilen: der reichen Welt und der armen Welt."* (125)

Mit einer solchen Einteilung der Welt wird offenbar versucht, die k l a s s e n m ä ß i g e Einteilung der Welt durch die Einteilung in „arme Länder und reiche Länder" (126) zu ersetzen. Die Trennung verliefe demnach nicht mehr prinzipiell zwischen Proletariat (und Bauernschaft) und Bourgeoisie in jedem e i n z e l n e n Land, sondern zwischen verschiedenen Ländern, die „arm" oder „reich" sind.

Die Bourgeoisie Algeriens, des Irans, Kuweits etc. (d.h. der gesamten „Dritten Welt") würde zur „armen Welt" gehören, dagegen ein italienischer, spanischer oder auch westdeutscher Arbeiter zur „reichen Welt".

Mit Theorien wie dieser steht in engem Zusammenhang eine demagogische Ablehnung von „Kapitalismus ebenso wie Kommunismus" und die Propaganda eines „arabischen nationalen Sozialismus", d.h. in Wahrheit eine religiös-nationalistisch bestimmte Ideologie, durch die herrschenden Klassen – z.B. die zynischerweise unter dem Namen „Kulturrevolution" laufende reaktionäre, antikommunistische Bewegung in Libyen. Ein „dritter Weg" also (angeblich „weder Kapitalismus noch Kommunismus", in Wahrheit aber klar ersteres!), der außerhalb der arabischen Welt z.B. im argentinischen „Peronismus" einen besonders ausgeprägten Vertreter hat.

Da der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus in der Welt angeblich nicht der entscheidende Widerspruch ist, so ist es auch „logisch", daß die herrschenden Klassen der „armen Länder" die Ideologie der Klassenversöhnung und der Unterdrückung des Klassenkampfes im eigenen Land predigen und konkret praktizieren.

Von der Sowjetunion wurden die oben zitierten Äußerungen Boumediennes kritisiert – so brachte die Nachrichten-Agentur TASS einen Kommentar, und Breschnew schrieb einen Brief an Boumedienne.

Die „Renmin Ribao" sprach daraufhin von der *„anmaßenden Haltung des Sozialimperialismus der sowjetischen Revisionisten, der Konferenz der blockfreien Länder Haltungen zu diktieren und Befehle zu erteilen."* (127)

Zweifellos handelt die sowjetische Führung, die selbst eine imperialistische Außenpolitik betreibt, nicht uneigennützig, wenn sie die Theorie der „armen und reichen Länder" kritisiert.

Eine andere Sache ist jedoch, daß diese Theorie, so wie Boumedienne sie formulierte, eben tatsächlich eine demagogische, für den antiimperialistischen Kampf schädliche Theorie ist. China aber übernahm es, diese falsche Theorie zu v e r t e i d i g e n, sie als Ausdruck der *„reißenden Strömung des Kampfes gegen die Hegemonie"* (127) zu interpretieren. In einem Artikel der „Peking Rundschau" heißt es, *„daß die These über die ‚Teilung der Welt in reiche und arme Länder', gegen die sich der Angriff der TASS richtet, eine berühmte These der gesamten blockfreien Bewegung ist."* (128)

Der Begriff der „armen Länder" hat durchaus seine Berechtigung – aber nicht dann, wenn er demagogisch dem Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus gegenübergestellt wird, wenn er objektiv dazu dient, die Klassengegensätze in den „armen Ländern" selbst zu verwischen, eine falsche „Einheit der armen Länder" als Alternative zum Sozialismus zu propagieren. ■

wird fortgesetzt.

ANMERKUNGEN

106.) Was haben die indischen Expansionisten vor?: Kommentar der „Renmin Ribao", 11.4.71 – PR 16/71, S.9 - 10
107.) Rede Dji Peng-fe's am 7.11.71 – PR 46/71, S. 5
108.) Biafra verwüstet – PR 42/68,S,37
109.) Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, 1916; Werke Bd. 23,S.47-71
110.) Rede am 3.10.72 – PR 41/72, S. 7
111.) Tschu En-lai, Rede auf einem Bankett zu Ehren der sudanes. Delegation, 17.12.71 – PR 52/71, S. 8
112.) Huang Hua, ständiger Delegierter der VR China bei der UNO; Rede vorm Sicherheitsrat am 4.12.71 – PR 50/ 71 S. 1o
113.) Rede am 17.12.71 – PR 52/71, S. 11
114.) „Bolschewik" Nr. 8 (September 71) S. 39
115.) Prinzipien und Strategie der Außenpolitik der VR China, in NRF 1/72,S.17
116.) Rede am 14.9.72 – PR 39/72,S.16
117.) Außenminister Dji Peng-fe in Frankreich und Iran, PR 25/73, S. 5
118.) Das wahre Wesen eines scheinbaren Freundes – PR 37/73, S. 17
119.) vgl. dazu speziell den unter (118) genannten Artikel sowie „Sowjetische Expansion in Westasien" in PR 39/73; ferner auch „Expansion in die Dritte Welt" in PR 14/73 (Zitate aus dem Artikel einer iranischen Zeitung) und „Teheran – Tagung der CENTO" in PR 25/73
120.) Rede von Außenminster Dji Peng-fe auf einem Bankett zu Ehren einer tunesichen Delegation, 24.8.72 – PR35 72, S. 20
121.) Rede von Vizeaußenminister Tjiao Guan-huan am 23.10.73 vor der UNO – PR 43/73, S. 8
122.) Nackte Schau der Politik der Stärke, „Renmin Ribao", 26.10.73 – PR 43/73, S. 5
123.) z.B. Iran, Kuweit, Tunesien
124.) z.B. in einer Erklärung der PFLP vom 12.3.73: „Die große Sowjetunion, die große chinesische Revolution und alle Länder des sozialistischen Lagers ebenso wie die revolutionären Kräfte überall in der Welt versorgen uns jetzt mit politischer, materieller und moralischer Unterstützung." (UNSER WEG, Nr.19,S. 32), z.B. die FPDLP in einer Erklärung vom 13.10.73: „Die arabischen Länder sehen mit großer Hochachtung und Dankbarkeit auf die wirksame Unterstützung, die die UdSSR, die sozialistischen Länder und die demokratischen Kräfte der Welt für unserer gerechte Sache leisten." („avanguardia operaia", 37/73, S.18)
125.) Interview Boumedienne's mit einem Sonderkorrespondenten der ägyptischen Radio- und Fernsehkorporation, 18.8.73 – zitiert in PR 38/73, S. 13.
126.) Interview Boumedienne's mit der ägyptischen Zeitschrift „al-Mussawar" am 16.8.73 – zitiert wie (125)
127.) Gratulation zum erfolgreichen Abschluß der 4. Gipfelkonferenz der blockfreien Länder, „Renmin Ribao",13.9. 73 – PR 38/73, S. 12
128.) Hsin Tjing, An wen ist die Herausforderung gerichtet? – PR 38/73, S. 13 - 14 ■

Kampf dem «teuren Leben»

Erster Generalstreik in Frankreich seit Mai 68

Am 6. Dezember traten Millionen französischer Arbeiter in einen 24-stündigen Generalstreik. Aufgerufen hatten dazu die Arbeitergewerkschaften CFDT und CGT, die Lehrergewerkschaft FEN, die „Kommunistische" (revisionistische) und die sozialistische Partei (PCF und PS) und die „Radikalen der Linken" (RG), eine Abspaltung aus der „Radikalen Partei", die sich dem Volksfrontbündnis von PCF und PS angeschlossen hat.
In Paris nahmen rund 400.000 Menschen an einer fünfstündigen Demonstration während dieses Generalstreiks teil; es war die größte Demonstration seit dem Mai 68, und auch der erste Generalstreik seit dem Mai 68.

Der Generalstreik richtete sich gegen die zunehmende Verteuerung der Lebenshaltungskosten der werktätigen Bevölkerung. Gleichzeitig mit dem gesteigerten wirtschaftlichen Druck auf die Arbeiterklasse betreibt das französische Kapital durch umfassende „Restrukturierungspläne" eine ständige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, regionale „Umsetzungen" der Arbeitskräfte, Entlassungen usw.

Gerade unter der Messmer-Regierung hat sich die Offensive des Kapitals ungeheuer verschärft. Dazu gehört auch wesentlich eine wachsende politische Repression, wie sie sich z.B. in einer chauvinistischen Gesetzgebung gegen ausländische Arbeiter in Frankreich, in brutalen Polizeieinsätzen gegen Streiks und Demonstrationen und in Verbotsmaßnahmen gegen linke Organisationen gezeigt hat.

Die Messmer-Regierung ist daher von französischen Genossen zutreffend als eine Klassenkriegs-Regierung bezeichnet worden, die „die Bedingungen einer wirklichen frontalen Offensive gegen die Arbeiter vorbereitet".

Die Absichten der Reformisten

Die Reformisten und Revisionisten, besonders von PCF und CGT, versuchen den Kampf der Arbeiter gegen die Messmer-Regierung für ihre Absicht einer legalistischen Lösung in Form einer Volksfront-Regierung („Union de la Gauche", nach dem Vorbild der gescheiterten chilenischen Unidad Popular) umzumünzen. Einerseits sind die reformistischen Organisationen selbst eine der Stützen der Mobilisierung – und es wäre auch eine sehr einfältige Vorstellung zu glauben, daß die Reformisten überhaupt gegen jegliche Mobilisierung seien. Die Differenz zwischen einer revolutionären und einer reformistischen Politik liegt nicht so sehr in diesem Punkt, sondern darin, daß die Reformisten die Mobilisierung der Arbeiter p o l i t i s c h zu b e g r e n z e n trachten, daß sie deren politisches Niveau niedrigzuhalten versuchen.

Zeitweise tritt dies natürlich in der Form auf, daß sie sich ganz von der Mobilisierung fernhalten oder sich sogar gegen sie stellen; und zwar dann, wenn daraus eine offene Konfrontation mit dem gesamten bürgerlichen Staatsapparat erwächst. Das hat sich beispielsweise mehrfach im Kampf der Lip-Arbeiter gezeigt, die im Juni dieses Jahres die Produktion in ihrem Betrieb in die eigenen Hände nahmen, zwei Monate später dann durch einen massiven Polizeieinsatz aus den Werkshallen und Verwaltungsräumen vertrieben wurden, und die heute noch (sechs Monate nach der Betriebsübernahme) ihren Kampf fortsetzen und streiken.

Ende September hatte ein Sternmarsch nach Besançon stattgefunden, an dem rund 100.000 Menschen aus vielen Regionen Frankreichs teilnahmen, darunter zahlreiche Delegationen von anderen Betrieben, wo die Arbeiter ausdauernde Kämpfe gegen die Kapitalisten führen: wie Renault, Citroën, Péchiney, Joint Francais usw. Die PCF hatte in diesem Fall überhaupt nicht zur Mobilisierung beigetragen, und stattdessen hinterher allerlei wüste Beschimpfungen gegen die Demonstranten in ihrer Zeitung „L'Humanité" losgelassen, nach folgender Art: „Es gab ein Kauderwelsch von Gruppen und Komitees, die sich unter irgendwelchen Namen versteckten"; es seien „diejenigen in der Überzahl" gewesen, „die nur so taten, als ob sie mit Lip solidarisch seien, in Wirklichkeit dort aber nur ihre eigene Propaganda aufzwingen wollten"; „die Anwesenheit der Linksradikalen hat nur die Rechtsparteien begünstigt"; der Sternmarsch hätte besser „einen gewerkschaftlichen Charakter haben müssen" und schließlich sei „der Kampf von Lip vor allem und überhaupt die Sache der Lip-Arbeiter selber", usw.

Auch hier, wo sich die Reformisten ganz von der Mobilisierung fernhalten, geht es ihnen dabei vor allem natürlich um eine Einflußnahme (Verhinderung der Teilnahme ihrer eigenen Genossen und der mit ihnen sympathisierenden Arbeiter) zur Begrenzung des Bewußtseins der Arbeiterklasse auf ein legalistisches Niveau. Am schlagendsten zeigt sich das noch einmal da, wo auf dem Sternmarsch die Parole umging: „Une seule solution: la REVOLUTION!" (Eine einzige Lösung: die REVOLUTION!) – und die PCF dieser Parole hinterher in ihrer Zeitung entgegenhielt, daß auch für Lip doch „die Stunde des gemeinsamen Regierungsprogramms (der Union de la Gauche) schlägt".

Um nichts anderes geht es denn auch, wenn die Reformisten selbst zur Mobilisierung blasen, wie jetzt beim Generalstreik am 6. Dezember. Leroy, Politbüro-Mitglied der PCF, beeilte sich sogar eigens, der Regierung (und natürlich ebenso bzw. sogar besonders, den allzu unzufriedenen und kampfbereiten Arbeitern) gegenüber zu erklären, daß dieser Generalstreik „keineswegs ein Ausgangspunkt für große Umwälzungen" sein soll . Und man glaubt der PCF gerne, daß sie dies auch nicht will.

Entsprechend kritisieren die Reformisten an der Messmer-Regierung vor allem deren „Unfähigkeit" – wie PCF-Parteichef Marchais beispielsweise in einer Pressekonferenz am 22. November sagte: „Wir werden regiert, aber schlecht regiert. Schlecht regiert deshalb, weil diese Regierung sich als absolut unfähig zeigt, die notwendigen Maßnahmen zu beschließen, die der Inflation und der Preissteigerung ein Ende setzen würden."

Schlußfolgerung ist, daß die Arbeiter eben (z.B. durch den Generalstreik) Druck auf die Regierung ausüben sollen, damit diese endlich „die notwendigen Maßnahmen beschließt" – und letztlich, wenn sie das dann doch nicht tut, daß die Messmer-Regierung bei den nächsten Wahlen eben durch die Union de la Gauche ersetzt werden muß, die sich natürlich laut ihrem „gemeinsamen Programm" der Aufrechterhaltung des bürgerlichen Staates verpflichtet fühlt und auch dem Kapital nur mit etwas mehr „Kontrolle" und „Demokratisierung" droht.

Die PCF ist dafür zu allerlei Konzessionen an die „traditionellen" bürgerlichen Parteien bereit und propagiert auch das direkte Bündnis mit ihnen (wobei sie allerdings gegenüber ihren italienischen Glaubensbrüdern, die als neuestes die Parole eines „historischen Kompromisses" mit der Christdemokratie ausgegeben haben, noch um eine Nasenspitze zurückliegen). Jedenfalls hat die PCF der CFDT-Gewerkschaft anläßlich des Generalstreiks vorgeworfen, daß diese wohl am liebsten „die Einheit der Massen auf ein antikapitalistisches Bündnis reduzieren" möchte. Nun ist die CFDT, in der die linkssozialistische PSU über einen gewissen Einfluß verfügt, beileibe keine revolutionäre Gewerkschaft – aber b l o ß ein antikapitalistisches Bündnis, das geht der PCF mit ihren staatserhaltenden Absichten denn doch schon zu weit. Man könnte ja auf den Gedanken kommen, daß da die „kleine und mittlere" Bourgeoisie schon nicht mehr mitzieht, und wer wollte das verantworten? !

Die Gewerkschaft CGT, die auf der von der PCF festgelegten reformistischen Linie wandelt, hat noch am gleichen Tag mit der Unterzeichnung des Streikaufrufs erklärt, daß sie „jederzeit bereit" sei, „mit dem Staat und den Unternehmern zu verhandeln". Was letzten Endes dabei herauskommen wird (und dann als der „große Erfolg" des Generalstreiks angepriesen wird), ist nach aller Erfahrung unzweifelhaft: ein neuer Verkauf der Arbeiterinteressen an das Kapital.

Aber die Reformisten werden auf längere Sicht nichts anderes erreichen, als ihre eigene Abdankung: bei den Kapitalisten (wie in Chile) . . . und letztlich auch bei der Arbeiterklasse, deren Bindung an die legalistischen Illusionen zwar auch in Frankreich noch groß ist, aber nicht ewig. ■

ENGLAND

»Energiekrise« – Kampagne gegen die Arbeiterklasse

Die Auseinandersetzung zwischen der englischen Arbeiterbewegung und dem kapitalistischen Staat scheint einen neuen Höhepunkt zu erreichen: Nachdem die konservative Regierung die „2. Phase" ihrer arbeiterfeindlichen Wirtschaftspolitik trotz breiter Abwehrkämpfe durchsetzen konnte (Lohnerhöhungen nur noch nach der Formel 4 Pfund plus 4 %, siehe AK 26), mußte sie im November eine Niederlage einstecken: Die Feuerwehrleute erkämpften sich Lohnerhöhungen, die zwischen 25 und 30 % liegen. Damit hat die Tory-Regierung in diesem Fall ihre Anfang Oktober verkündete „3.Phase" nicht durchsetzen können. Die 3. Phase sieht Lohnerhöhungen vor, die 7 % nicht übersteigen, bei einer Inflation, die offiziell bereits bei rund 10 % liegt!

Gegenwärtig allerdings versucht die Tory-Regierung, diese Schlappe wieder wett zu machen: mit der Verkündung des Notstandes, mit Einsatz von Truppen zur Brechung der Streiks der Bergarbeiter, mit Polizeieinsatz gegen Streikposten, mit einer Flut von politischen Prozessen gegen angebliche „Bombenterroristen der IRA", mit Verfahren und Geldstrafen gegen Arbeiter, die „wilde Streiks" organisiert haben und nicht zuletzt mit der Entfachung eines nationalistischen, faschistoiden Propagandafeldzuges und der Einführung von Rationierung des Heizöls, Benzins und der Kohle anläßlich der „Ölkrise", die in England in Wahrheit genau so wenig existiert wie hier in der BRD.

Die Vortäuschung einer Ölkrise dient auch in England der Kapitalistenklasse dazu, ein Klima der nationalen Demagogie zu schaffen und Maßnahmen durchzusetzen, die Notstandscharakter haben. Dabei ist festzustellen, daß die Regierung Heath viel härter „durchgreift", als es hier in der BRD die SPD-Regierung kann.



Streikender Feuerwehrmann. Plakataufschrift: „Ist Dein Leben 5 Pfund wert? (die Feuerwehrleute hatten erst 5 Pfund gefordert, dann durch ihren Streik sogar mehr erkämpft) Die Firma meint nein".

Die „Ölkrise" existiert nicht ...

Der „Daily Telegraph" schreibt am 27.11.: **„Die Lieferungen von Rohöl aus dem Nahen Osten waren in diesem Monat nahezu identisch mit dem, was die Firmen ohne Ölkrise erwartet haben." (!!)**

Und noch deutlicher: „Mr. Walker (Staatssekretär für Handel und Industrie) sagte im Parlament, daß gegenwärtig keine Notwendigkeit bestünde, Rationierungen einzuführen. **Es hat noch keinen Rückgang der Ölimporte gegeben . . .**" („Daily Telegraph", 27.11.)

Die britische Regierung ist sogar von Saudi Arabien als „araberfreundlich" eingestuft worden und genießt „ebenso wie Frankreich und Spanien Sonderbehandlung bei der gedrosselten Ölausfuhr". („Frankfurter Rundschau", 7.12.73)

. . . trotzdem Panikmache und Demagogie

Benzin und Heizöl werden von den Ölgesellschaften zurückgehalten. In den Städten Englands sind gegenwärtig immer nur noch ein paar Tankstellen am Tag geöffnet, dann auch nur einige Stunden. Es bilden sich lange Schlangen vor den Tankstellen, und es kam mehrfach bereits zu Prügeleien an den Zapfsäulen. Aus diesem Grund und um die Beschränkung der Abgabe an den Zapfsäulen auf eine Gallone (etwa 4 1/2 Liter) zu überwachen, steht in der Regel neben jeder geöffneten Tankstelle ein Aufgebot von Polizisten. In den letzten Wochen sind immer mehr Menschen vor den Tankstellen verhaftet worden.

Es ist jetzt eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 km/h eingeführt worden. Außerdem darf kein privater Autofahrer in der Woche mehr als 10 Meilen fahren.

Für Büros gilt jetzt eine Höchsttemperatur von 17 Grad Celsius! Eine Temperatur, die bei sitzender Tätigkeit zu Verkühlungen und Krankheit führen kann.

Das Heizen mit Strom ist verboten. Die Straßenbeleuchtung wird weitgehend abgeschaltet, Leuchtreklame ist seit vier Wochen verboten.

Die Regierung ist bereits dazu übergegangen, Rationierungsscheine für Benzin auszugeben. Seit Ende November müssen sich alle Autofahrer, nach den Anfangsbuchstaben ihrer Namen gestaffelt, bei ihren Postämtern melden und erhalten Bezugsscheine. Neben der ideologischen Wirkung solcher Maßnahmen – es wird tatsächlich der Eindruck erweckt, als befinde man sich im Belagerungs- oder Kriegszustand – ist damit auch eine Verschärfung der Überwachung des einzelnen Menschen bezweckt: Es gibt in England weder Personalausweise, noch Meldepflicht oder ähnliches. Auf dem Weg in die EWG muß sich der englische kapitalistische Staat den anderen europäischen Staaten anpassen und die z.T. noch wesentlich größeren Freiheiten der englischen Arbeiterklasse einschränken

Dazu gehört die Bewaffnung der englischen Polizei, die Verschärfung des Strafrechts, das Antistreikgesetz usw. (s. AK 31). Und dazu gehört auch die Erfassung jedes einzelnen Bürgers durch den Staatsapparat.

Die bürgerliche Presse freut sich bereits über die „günstigen Nebenwirkungen" einer solchen Benzin-rationierung: Unter der Überschrift „Flut von bezahlten Autosteuern erwartet" schreibt der „Daily Telegraph" am 27.11.:

„Durch die Herausgabe von Benzingutscheinen werden etwa 50.000 Autofahrer, die bisher ohne Steuerkarte oder ohne Bescheinigung über die Fahrtüchtigkeit fahren, zur Ehrlichkeit gezwungen ... Autos, die nicht den jährlichen Test auf Fahrtüchtigkeit gemacht haben, bekommen keine Benzingutscheine, weil dieser Test verlangt wird, bevor ein Fahrer eine Steuerkarte über 25 Pfund (rund 150 DM) pro Auto erhalten kann."

Nach der Einführung der Rationierung, die wohl jeden Tag zu erwarten ist, ist der Weg jedes englischen Autofahrers für den Staatsapparat genau zu verfolgen: Auf jedem Benzincoupon muß die Registriernummer des Autos angegeben werden, bevor man dafür Benzin bekommt.

Faschistoide Verhetzung der Bevölkerung

Eine Spitzenleistung an faschistischer Demagogie brachte die englische, der Labour Party nahestehende Zeitung „The Sun" („Die Sonne") anläßlich der Luxushochzeit von Prinzessin Anne und Mark Phillips am 14.11.: Der Bergarbeiterstreik; der einen Tag zuvor ausgerufene „Nationale Notstand"; Rührstories über „das junge Brautpaar"; die Sorge darüber, ob „Millionen von Fernsehzuschauern" die Hochzeit nicht sehen könnten, wegen der Energiekrise; die Aufforderung, „die Gürtel enger zu schnallen" und das „über-unsere-Verhältnisse-leben" zu beenden; die „Hochzeit des Jahrhunderts am Tag der nationalen Krise" usw. usf. – Alles wird in einen Topf geworfen und mit den Zutaten Sentimentalität und Chauvinismus verrührt, um mit dieser süßlichen Soße dem Volk den Blick für die wahren Klassenverhältnisse zu verkleistern.

Einige Ausschnitte: *„Bitte anschnallen! Das wird ein Ritt über Stock und Stein! Ted* (Reaktionär Heath wird von den Sozialdemokraten freundschaftlich mit seinem Kosenamen genannt!) *erklärt den Notstand! Die Bankzinsen schießen in die Höhe! Die Friß- oder Stirb-Politik der Regierung ging gestern zu Bruch. Das bedeutet für uns alle (!) einen langen steinigen Weg. Deshalb bitte anschnallen! Im Ausland erreichte das Außenhandelsdefizit den monatlichen Rekord von 298 Millionen Pfund im Oktober. Das ist das Maß, in dem wir über unsere Verhältnisse leben und in dem wir unseren Gürtel enger schnallen müssen. Zuhause mußte die Regierung wegen der Kohlen- und Energie-Krise, zu der es vor allem wegen dem unersättlichen Drängen, uns mehr zu zahlen, als wir verdienen, gekommen ist, den Notstand erklären. Das liegt daran, daß wir es versäumt haben, uns energisch mit den Tatsachen eines Lebens als Neuer Kranker Mann in Europa auseinander zu setzen .....*

Weihnachten wird für viele Leute kälter und weniger fröhlich sein – als Ergebnis der gestrigen Entscheidung. Um Weihnachten werden wir sogar vielleicht höhere Arbeitslosenzahlen haben ...

Unter diesen Umständen kann keiner gegen die Entscheidung der Regierung sein, Notstandsmaßnahmen gegen die „Bedrohung der Lebensbedürfnisse" wie sie durch den Energie-Streit und den Überstundenboykott der Bergarbeiter ausgeübt wird, zu ergreifen ...

Natürlich haben – wie der Staatssekretär Robert Carr sagte – die Bergarbeiter das Recht, Überstunden zu verweigern, aber die Regierung hat auch die Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, um Kohle sicherzustellen ...

Die Krise ist da für eine Weile und keiner von uns kann sich da raus halten. Weder die Bergarbeiter noch die Minister, selbst nicht die Führer der Opposition. Was ist das für ein Tag für eine Krise! Es muß Annes Tag sein – es IST Annes Tag!

Millionen werden sie und ihren Bräutigam sehen. ...Krise hin, Krise her – The Sun fällt mit all ihren Lesern ein in ein herzliches „Gesegnet sei die Braut!"

Nicht nur der Streik der Bergarbeiter und Kraftwerker wird diffamiert, sondern auch die IRA wird wieder ins Visier genommen: *„Gestern suchten Polizeihunde, die darauf trainiert sind, Sprengstoff zu riechen, die Abbey* (die Kirche, in der die Parasitenhochzeit statt fand, AK) *ab, nach dem Hinweis, IRA-Provos würden versuchen, die Zeremonie zu stören."* („The Sun", 14.11.)

Alle müssen zusammenhalten, Arbeiter, Kapitalisten, Anne, Ted und Mark – um aus dem Schlamassel rauszukommen!

Für die Arbeiter kein Grund, die eigenen Kapitalisten zu unterstützen!

Die englischen Bergarbeiter führen einen Abwehrkampf, um nicht mit ihren Familien noch stärker zu verelenden. Mit ihren Löhnen liegen sie ohnehin an der untersten Grenze: Massenarbeitslosigkeit ist in den Bergbaugebieten an der Tagesordnung. Immer mehr Schächte werden geschlossen, Tausende sind auf die Straße geflogen. Im letzten Jahr waren es 11.000, dieses Jahr werden es über 14.000 sein.

Durchschnittlich verdienen die Bergleute 27 Pfund pro Woche, das sind auf den Monat in DM umgerechnet 650 DM netto, wenn sie nicht in der Nachtschicht arbeiten, für die es geringfügig mehr gibt.

Allein im letzten halben Jahr hat es drei schwere Unglücke in den englischen Gruben gegeben mit mehreren Toten! Der Grund dafür liegt im Raubbau, der gegenwärtig in den Minen getrieben wird, ohne daß entsprechende Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt werden. Viele Minen sollen ohnehin nur noch geringe Zeit in Betrieb sein – da lohnt es sich nach kapitalistischer Kalkulation nicht mehr, in die Sicherung der Stollen zu investieren (s. Bergbau-Artikel in AK 32).

Die Forderung der Bergleute liegt bei 8 - 13 Pfund pro Woche mehr. Das „Angebot" der staatlichen Kohlenbehörde bei 2.25 - 2.50 Pfund. Als Bonbon für die Nachtschicht wurden 9 Pfund mehr angeboten. Nach dem Motto: was Du Peter gibst, nimm Dir bei Paul! Diese neun Pfund würden nur rund 14000 Bergleute, die regelmäßig auf Nachtschicht gehen, bekommen. Der Rest – 260.000 – müßte sich mit 2.25 - 2.50 begnügen.

Die Bergarbeiter machten das nicht mit und entschlossen sich Anfang November, Überstunden zu verweigern. Dieser Kampf stellt unvorstellbare Anforderungen an die Familien der Bergarbeiter: sie müssen mit noch weniger auskommen als bisher.

Die Kohlenbehörde versuchte, die Bergleute zu erpressen: Am Montag, dem 26.11., wurden 1.000 ohne Bezahlung des Lohnes nach Hause geschickt, mit der Begründung, es könne nicht gearbeitet werden, da die Sicherungsarbeiten nicht durchgeführt worden seien, die gewöhnlich am Wochenende gemacht werden.

Am 28.11. mußte der Vorstand der NUM, der Bergarbeitergewerkschaft, noch die Weiterführung des Streiks beschließen, so stark war die Stimmung der Bergarbeiter. Die Abstimmung ging 14 : 5 aus. Es ist zu erwarten, daß die Gewerkschaftsführung wie bisher immer versuchen wird, den Arbeitern das Kämpfen auszureden. Der Erfolg der Feuerwehrleute im November aber wird ihnen das schwerer machen. ■

Leserbrief

Von einer Leserin des ARBEITERKAMPF bekamen wir einen Leserbrief zur Situation in England, aus dem wir einige Stellen zitieren wollen. Die Leserin stand in den letzten Novembertagen mit ihrer Schwester in telefonischer Verbindung:

Der Strom wurde bezirksweise rationiert. Das bedeutete, daß um 20.00 Uhr die Lichter ausgingen und man bei Kerzenlicht (wie romantisch) sitzen mußte. Elektrisch betriebene Heizungen wurden aber auch funktionsunfähig. Und deswegen – wohl dem, der noch einen Kamin besitzt – schleppte meine Schwester für ihren Mann, ihre drei Kinder und sich Matrazen ins kaminbeheizte Wohnzimmer. Da schlafen sie jetzt schon wegen des harten Winters die letzten 14 Tage.

Auch an den Preisen für Lebensmittel merkte man die „Ölkrise".

Telefonat am 4.12.1973

Während man uns hier in den Nachrichten erzählte, daß die Ölkrise in England noch nicht stattgefunden hat, passierte in Wahrheit folgendes: Bei den Händlern war keine Kohle mehr zu bekommen. (Regierung: wegen dem Streik der Bergleute.) In Wirklichkeit hielten die Händler die Ware zurück, um erhöhte Preise verlangen zu können. Auf dem Lebensmittelmarkt war und ist die Situation ähnlich. Der Schwarzmarkt blüht für Lebensmittel, die in den Geschäften nicht mehr oder sehr selten zu bekommen sind. Dazu gehört vor allen Dingen Mehl und Margarine.

Die Bäcker backen nur noch die Hälfte. Um 12.00 Uhr mittags ist überhaupt kein Brot mehr zu bekommen.

Hamsterkäufe sind an der Tagesordnung.

Fleisch und Molkereiprodukte stiegen im Preis innerhalb von etwa 10 Tagen um das Doppelte. Margarine, wenn vorhanden, ist nahezu unbezahlbar.

Preisbeispiele:
12 Eier kosteten vor etwa 14 Tagen noch 28 Pence, jetzt 60 Pence, Dosenmilch vorher 4 Pence, jetzt 8 Pence.

Der Strom wird voll rationiert. Das bedeutet, daß er nur noch mit halber Kraft in die Haushalte kommt. Die Telefonverbindung war auch sehr schlecht. Büros werden nicht mehr geheizt, auch Läden nicht. Schulen nur noch ganz minimal.

Etwa zwei Drittel der privaten PKW's stehen unbenutzt am Straßenrand, weil man das Benzin, was noch zu haben ist, kaum bezahlen kann. Bezugsscheine für Benzin und Heizöl sind schon verteilt. Man rechnet täglich damit, daß zur Benutzung aufgerufen wird.

Klobenholz (für Kamine) ist nicht mehr zu bekommen, oder zu Schwarzmarktpreisen. Das Holzsammeln in den Wäldern ist so gut wie verboten.

Privatleute dürfen mit ihren Autos nur noch 10 miles die Woche fahren. Sondergenehmigungen werden noch erteilt.

Ein Ende der Situation ist nicht abzusehen." ■

M.J. Hamburg

Anmerkungen zu Lenins

Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der Demokratischen Revolution

Nach dem faschistischen Putsch in Chile haben bereits spontan verschiedene Einheiten des Kommunistischen Bundes von sich aus Lenins Schrift „Zwei Taktiken..." zur Schulung herangezogen und diskutiert; diese Schrift Lenins ist außerdem auch schon früher verschiedentlich im KB geschult worden.

Die Leitung des KB hat zusätzlich Anfang Oktober in einem Rundschreiben auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich mit dieser Schrift Lenins zu beschäftigen. Bereits im AK 34 wurde ein Artikel zu diesem Thema angekündigt. Diese Ankündigung konnte jedoch nicht so rasch wie beabsichtigt realisiert werden.

Dieser Artikel soll sich nun vor allem mit den Fragen befassen: welches sind die gesellschaftlichen und historischen Bedingungen der „Zwei Taktiken"-Schrift; welche Anwendungen daraus gibt es heute zu ziehen, speziell für die BRD; Lenins „Zwei Taktiken" und die revisionistische Verfälschung Lenins, speziell die „demokratische Erneuerund von Staat und Gesellschaft".

Die historische Bedeutung der „Zwei Taktiken"-Schrift

Lenins Schrift „Zwei Taktiken..." erschien als Buch im Juli 1905. Es behandelt die Politik der revolutionären russischen Sozialdemokraten, d.h. der Bolschewiki, im Gegensatz zu den Menschewiki (dem abgespaltenen opportunistischen Teil der russischen Sozialdemokratie) und zur liberalen Bourgeoisie.

Als Lenin die „Zwei Taktiken" schrieb, stand Rußland am Vorabend einer bürgerlich-demokratischen Revolution. Auf diese Kennzeichnung legt Lenin großen Wert, in Abgrenzung zu Auffassungen, Rußland könne den Kapitalismus und die bürgerlich-demokratische
Rußland könne den Kapitalismus und die bürgerlich-demokratische
Revolution „überspringen", „direkt" den Weg der proletarischen, sozialistischen Revolution gehen.

In Rußland entwickelten sich zu Anfang dieses Jahrhunderts der Zerfall der halb-feudalistischen, keine bürgerlich-demokratischen Rechte duldenden „Selbstherrschaft" (Zarismus) und andererseits die Massenbewegung, besonders der Arbeiter, gegen die „Selbstherrschaft" in stürmischem Tempo. Diese Entwicklung wurde noch vorangetrieben durch den russisch-japanischen Krieg 1904/05, der für die werktätigen Massen weiteres Elend brachte.

Anfang Januar 1905 begann ein Streik in den Petersburger Putilow-Werken, der schnell auch andere Betriebe erfaßte und sich zu einem Generalstreik ausweitete.

In dieser Situation zog am Morgen des 9. Januar eine große Arbeiter-Demonstration zum Zaren-Palast. Organisiert war diese Demonstration von dem Popen Gapon, ein Provokateur im Dienste des Zarismus. Mit Bildern des Zaren und „Heiligen"-Ikonen ließ Gapon die Arbeiter zum Palast marschieren, „um Väterchen Zar eine Bittschrift zu überbringen".

Am Palast jedoch lagen zaristische Truppen im Hinterhalt, die massiertes Feuer auf die unbewaffnet und nichtsahnend anmarschierenden Arbeiter eröffneten. Mehr als 1000 Arbeiter wurden an diesem Tag von den zaristischen Truppen ermordet; Erbitterung und proletarischer Klassenhaß wuchsen durch diese Tat des Zarismus unermeßlich. Der 9. Januar 1905 gilt als der eigentliche Beginn der russischen Revolution.

Nach dem 9. Januar, dem „Blutigen Sonntag", entwickelte sich die Massenbewegung noch mehr in die Breite und nahm eine zunehmend klarere politische Stoßrichtung an. **„Von wirtschaftlichen Streiks und Solidaritätsstreiks gingen die Arbeiter zu politischen Streiks, zu Demonstrationen und stellenweise zu bewaffnetem Widerstand gegen die zaristischen Truppen über. Einen besonders hartnäckigen und organisierten Charakter trugen die Streiks in den großen Städten, wo bedeutende Arbeitermassen konzentriert waren, — in Petersburg, Moskau, Warschau, Riga, Baku. In den ersten Reihen des kämpfenden Proletariats marschierten die Metallarbeiter. Die fortgeschrittenen Arbeitertrupps rüttelten durch ihre Streiks die weniger klassenbewußten Schichten auf, rissen die gesamte Arbeiterklasse zum Kampfe mit. Der Einfluß der Sozialdemokratie wuchs rasch."** (Geschichte der KPdSU(B), S. 70).

Von besonderer Bedeutung waren in dieser revolutionären Bewegung die Demonstrationen und Streiks im ganzen zaristischen Reich am 1. Mai und die mehrtägigen Barrikadenkämpfe in der polnischen Industriestadt Lodz (große Zeile Polens gehörten damals zum zaristischen Reich).

Im Juni 1905 kam es zu der berühmt gewordenen Revolte auf dem Panzerkreuzer „Potemkin", der zur zaristischen Schwarzmeer-Flotte gehörte. Dieser erste Aufstand innerhalb der zaristischen Armee endete jedoch mit einer Niederlage.

„Dieser Aufstand bewirkte es, daß der Gedanke eines Anschlusses der Armee und Flotte an die Arbeiterklasse, an das Volk, den Massen der Arbeiter und Bauern, besonders den Massen der Soldaten und Matro-
der Arbeiter und Bauern, besonders den Massen der Soldaten und Matro-
sen selber verständlicher und vertrauter wurde." (Geschichte der KPdSU(B), S. 73)

Auch im Oktober 1905 hielt die revolutionäre Massenbewegung an. Im Oktober standen Arbeiter fast aller Sektoren, aber auch Angestellte und Angehörige der Intelligenz (Ärzte, Ingenieure u.a.) im Streik. Unter dem Druck dieser Bewegung erließ der Zarismus das „Manifest" vom 17. Oktober, in dem zum Schein eine Reihe demokratischer Rechte zugestanden wurde, insbesondere die Einberufung einer gesetzgebenden Versammlung (Duma). Dieses Manifest war **„ein Betrug an den Volksmassen, ein Manöver des Zaren, eine Art Atempause, die der Zar brauchte, um die Leichtgläubigen einzulullen, Zeit zu gewinnen, Kräfte zu sammeln und dann gegen die Revolution loszuschlagen. Die zaristische Regierung, die in Worten Freiheit versprach, gab in Wirklichkeit nichts von Belang."**
(Geschichte der KPdSU(B), S. 94)

Das „Manifest" konnte die revolutionäre Bewegung nicht aufhalten: diese nahm im Gegenteil mehr und mehr auch die Form bewaffneter Zusammenstöße mit der Staatsmacht an. Anfang Dezember 1905 erhob sich die Moskauer Arbeiterklasse, unter Führung der Bolschewiki, zum bewaffneten Aufstand. **„Neun Tage lang führten einige tausend bewaffnete Arbeiter einen heldenmütigen Kampf. Erst als der Zarismus Regimenter aus Petersburg, Twer und dem Westgebiet herangezogen hatte, konnte er den Aufstand niederwerfen."** (Geschichte der KPdSU (B), S. 100)

Auch in anderen russischen Städten griff das Proletariat zu den Waffen; sein Kampf verband sich mit Aufständen der unterdrückten Nationalitäten in Georgien, der Ukraine, in Lettland und im (vom Zarismus besetzten) Finnland.

„Der Dezemberaufstand von 1905 war der Höhepunkt der Revolution. Im Dezember brachte die zaristische Selbstherrschaft dem Aufstand eine Niederlage bei. Nach der Niederlage des Dezemberaufstandes begann eine Wendung zum schrittweisen Rückzug der Revolution. Der Aufschwung der Revolution wich ihrem allmählichen Abebben." (Geschichte der KPdSU (B), S. 101)

Die Spaltung der russischen Sozialdemokratie in einen revolutionären und einen opportunistischen Flügel trat in der revolutionären Bewegung von 1905 besonders deutlich hervor. Im April 1905 fand der III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) statt, der von den Bolschewiki unterstützt wurde; gleichzeitig führten die abgespaltenen Menschewiki eine eigene Konferenz durch. Beide, der Parteitag und die Konferenz, legten die jeweiligen Positionen gegenüber den von der Revolution auf die Tagesordnung gesetzten Fragen fest, wie: Stellung des Proletariats und der Sozialdemokratie zur Revolution und zu den nichtproletarischen Klassen, Frage des bewaffneten Aufstands, Teilnahme der Sozialdemokratie an einer eventuellen provisorischen revolutionären Regierung.

In „Zwei Taktiken . . ." stellt Lenin die Positionen des bolschewistischen Parteitags und der menschewistischen Konferenz einander gegenüber. Die wichtigsten Aussagen der Bolschewiki sind kurz die folgenden:

Der Sturz der „Selbstherrschaft" ist nur durch militärische Gewalt, durch den bewaffneten Aufstand der Arbeiter und Bauern möglich. Das Organ des siegreichen Volksaufstands ist die provisorische revolutionäre Regierung, die aufgrund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts eine konstituierende Versammlung einzuberufen hat, die wirklich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt. Die Bolschewiki lehnen eine Teilnahme an der provisorischen revolutionären Regierung nicht grundsätzlich ab, sofern dies der schonungslosen Bekämpfung der Konterrevolution und der Wahrung der selbständigen Interessen der Arbeiterklasse dient. Das Proletariat muß in jedem Fall auf die provisorische revolutionäre Regierung Druck ausüben, zu diesem Zweck muß es bewaffnet sein.

Der bürgerlich-demokratische Charakter der Revolution

Lenin betont in „Zwei Taktiken", daß die bevorstehende oder bereits in Gang gekommene russische Revolution eine bürgerliche Revolution sein wird: *„Die Marxisten sind vom bürgerlichen Charakter der russischen Revolution unbedingt überzeugt. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß jene demokratischen Umgestaltungen der politischen Ordnung und jene sozialökonomischen Umgestaltungen, die für Rußland notwendig geworden sind, an und für sich nicht nur keine Untergrabung des Kapitalismus, keine Untergrabung der Herrschaft der Bourgeoisie bedeuten, sondern daß sie umgekehrt zum erstenmal gründlich den Boden für eine breite und rasche, europäische und nicht asiatische Entwicklung des Kapitalismus säubern, daß sie zum erstenmal die Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse ermöglichen werden."* (Lenin, „Zwei Taktiken . . .", S. 56 – diese und die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf die Ausgabe des Berliner Dietz Verlages von 1967)



Umschlag von W. I. Lenins Broschüre „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" 1905

Verkleinert

Diese Revolution geht über den Rahmen der kapitalistischen ökonomistischen Struktur der Gesellschaft nicht hinaus. Obwohl daher die bürgerliche Revolution *„die Interessen nicht so sehr des Proletariats als vielmehr der Bourgeoisie zum Ausdruck bringt"* („Zwei Taktiken", S. 57), ist sie doch auch für das Proletariat vorteilhaft und notwendig.

Lenin begründet die Notwendigkeit einer bürgerlichen Revolution in Rußland mit zwei Argumenten:

„Der Grad der ökonomischen Entwicklung und der Grad des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit der breiten Massen des Proletariats (die subjektive Bedingung, die mit der objektiven unlöslich verbunden ist) machen eine sofortige, vollständige Befreiung der Arbeiterklasse unmöglich." (Zwei Taktiken, S. 33)

Vollständige Befreiung der Arbeiterklasse wäre der Sozialismus, die Eroberung der Macht durch das Proletariat.

Dies würde voraussetzen, daß die Massen für das Ziel des Sozialismus gewonnen sind. Davon aber konnte in Rußland zu dieser Zeit keine Rede sein: *„ ... nur ganz naive Optimisten können vergessen, wie wenig die Masse der Arbeiter bisher von den Zielen des Sozialismus und den Mitteln zu seiner Verwirklichung weiß."* (Zwei Taktiken, S. 33)

Um sich im Klassenkampf zu schulen und zu organisieren, um sich mit den Zielen des Sozialismus vertraut zu machen, braucht das Proletariat die politische Demokratie. Daher kann die Revolution in Rußland zunächst nur eine bürgerlich-demokratische, aber noch keine sozialistische sein. Vielmehr ist die bürgerlich-demokratische Revolution die notwendige Voraussetzung, um die Massen für die sozialistische Revolution zu gewinnen, sie in diesem Sinn zu schulen und zu organisieren.
sie in diesem Sinn zu schulen und zu organisieren.

Die revolutionäre russische Sozialdemokratie stellte sich jedoch keineswegs das Ziel, als Produkt der bürgerlich-demokratischen Revolution ein parlamentarisches System nach dem Vorbild der USA, Englands etc. zu erreichen. Lenin betonte, daß der entscheidende Sieg über den Zarismus nur in einer D i k t a t u r bestehen kann, nämlich in der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern, „denn die Verwirklichung der für das Proletariat und die Bauernschaft unverzüglich und unabweislich notwendigen Umgestaltungen wird den erbitterten Widerstand sowohl der Gutsbesitzer als auch der Großbourgeoisie und des Zarismus hervorgerufen. Ohne Diktatur ist es unmöglich, diesen Widerstand zu brechen, die konterrevolutionären Anschläge abzuwehren." (Zwei Taktiken, S. 66)

Das wird eine demokratische Diktatur sein, d.h. während sie den werktätigen Massen umfassende politische Rechte garantiert, wird sie die konterrevolutionären Klassen in Schach halten, die Verteilung von Großgrundbesitzer-Land an die Bauern schützen etc.

Diese Diktatur wird von den Arbeitern und Bauern gemeinsam ausgeübt, weil ihre Interessen in Bezug auf die bürgerlich-demokratische Revolution (aber eben auch n u r in Bezug auf diese, und nicht etwa auch in der sozialistischen Revolution!) einheitlich sind.

Diese Diktatur stützt sich auf die Bewaffnung der Massen.

Es ist offensichtlich, daß die Revisionisten bei ihren „bürgerlich-demokratischen" Konzepten (und z.B. der Praktizierung durch die Unidad Popular in Chile) gerade diese e n t s c h e i d e n d e n Punkte (d.h. demokratische Diktatur und Bewaffnung der Massen) „vergessen" haben. Was dabei konkret herauskommt, ist der Taktik der Bolschewiki gerade entgegengesetzt. Die Revisionisten greifen gern die Einschätzung der (russischen!) Revolution (1905!) als „bürgerlich-demokratisch" auf, um aber in Wahrheit Reformismus und Parlamentarismus zu praktizieren. Zu diesem Zweck setzen sie „bürgerlich-demokratisch" einfach mit parlamentarisch, „verfassungsmäßig" (im Sinne der bürgerlichen Verfassung), „legal" (im Sinne der bürgerlichen Gesetze) gleich, und streichen die Bewaffnung der Massen, den bewaffneten Aufstand, die demokratische Diktatur als „nicht mehr zeitgemäß" bzw. „nicht gesetzlich".

Fortsetzung nächste Seite

Forts. Lenin: Zwei Taktiken

Der Charakter der Revolution in den imperialistischen Staaten

Anders als im zaristischen Rußland von 1905 sind in den imperialistischen Ländern (z.B. BRD, Frankreich, Italien, USA, Großbritannien etc.) die ökonomischen Bedingungen reif für den Sozialismus. Lenin hebt diese Tatsache ausdrücklich hervor. Die Menschewiki hatten in ihrer Konferenz-Resolution geschrieben, daß in den „fortgeschrittenen Ländern Westeuropas" die „Bedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus schon eine gewisse Reife erreicht haben". Lenin entgegnete ihnen, *„daß in Europa die Bedingungen für den Sozialismus nicht eine gewisse Reife erreicht haben, sondern überhaupt reif dafür sind"* (Zwei Taktiken, S. 97).

Diese Feststellung Lenins wird von den Revisionisten bestritten. Danach steht in den imperialistischen Ländern n i c h t die sozialistische Revolution als historische Aufgabe auf der Tagesordnung, sondern zuvor eine „antimonopolistische", „demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft", d.h. eine Art von bürgerlich-demokratischer Revolution, aber auf „friedlichem Weg".

Es ist zwar richtig, daß Lenin dem Proletariat in jedem Fall die Aufgabe gestellt hat, konsequentester Kämpfer für politische Demokratie zu sein. Dies aber nicht im Sinn einer besonderen „antimonopolistischen" E t a p p e , wie es die Revisionisten tun. Lenin ging eindeutig davon aus, daß vor dem Proletariat der imperialistischen Länder die sozialistische Revolution als unmittelbare Aufgabe steht, anders als in Rußland, wo die ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen zunächst die bürgerlich-demokratische Revolution erforderten.

Daß die Bedingungen in den imperialistischen Staaten o b j e k t i v reif für die sozialistische Revolution sind, bedeutet allerdings nicht, daß die Kommunisten z.B. der BRD sich mit der Frage der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht zu befassen brauchen.

Obwohl z.B. Deutschland zu Anfang dieses Jahrhunderts objektiv reif war für die sozialistische Revolution, hatte die deutsche Novemberrevolution einen bürgerlich-demokratischen Charakter. Auch die in der kommunistischen internationalen Bewegung während der 20er und 30er Jahre diskutierten Fragen der „Arbeiterregierung" und der „Volksfront-Regierung" wiesen in bürgerlich-demokratische Richtung.

Heute erscheint die Möglichkeit nicht mehr unrealistisch, daß in Ländern wie Frankreich oder Italien politische Bündnisse einen Wahlsieg erreichen, die das Ziel „antimonopolistischer" Umgestaltungen, einer „demokratischen Erneuerung" etc. proklamieren. Daraus stellt sich für die Kommunisten die Frage, wie sie sich einer solchen Entwicklung gegenüber verhalten wollen, welche Taktik sie einschlagen wollen.

Wenn es gelingt, in imperialistischen Ländern wie Frankreich oder Italien, wo die Bedingungen objektiv für die sozialistische Revolution reif sind, die Mehrheit des Proletariats für das Programm einer „demokratischen Umgestaltung" usw. zu gewinnen, so zeigt das doch auch, *„wie wenig die Masse der Arbeiter bisher von den Zielen des Sozialismus und den Mitteln zu seiner Verwirklichung weiß"* (Zwei Taktiken, S. 33).

Dies ist allerdings, anders als im zaristischen Rußland, nicht dadurch verursacht, daß die bürgerliche Demokratie zu wenig entwickelt ist, um die sozialistische Aufklärung der Massen zuzulassen. Obwohl es in den imperialistischen Staaten in gewissem Maß Verbote oder Verbotsdrohungen gegen linke Organisationen und Gruppen gibt, muß man doch sagen, daß es bis heute relativ weitgehend möglich war, die Ziele des Sozialismus und den Weg zu seiner Verwirklichung zu propagieren; allerdings wird sich das bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe zweifellos ändern.

Insgesamt gesehen ist der Einfluß der Kommunisten und übrigen revolutionären Linken in den imperialistischen Ländern noch sehr gering. Wo die Kommunisten schon zeitweilig größeren Einfluß haben, beruht er in der Regel noch ausschließlich auf der Anerkennung der Kommunisten im T a g e s k a m p f, nicht aber auf der Anerkennung ihres politischen Programms, des Sozialismus.

All dies führt zur Schlußfolgerung, daß, trotz der objektiven Reife der imperialistischen Länder für den Sozialismus, die Entwicklung zunächst über bürgerlich-demokratische Schritte laufen könnte, die allerdings sehr schnell die Machtfrage auf die Tagesordnung zwingen würden.

Die chilenische Unidad Popular ist gerade an dem Versuch gescheitert, der Machtfrage aus dem Weg zu gehen und auf dem Weg der bürgerlichen „Verfassungsmäßigkeit" und „Legalität" ganz allmählich die Gesellschaft in sozialistischer Richtung umzureformieren.

Würde demnächst etwa in Frankreich das Bündnis der vereinigten Reformisten und Revisionisten erfolgreich sein, so würde das zweifellos zu einer erheblichen Verschärfung der Klassenkämpfe führen. Sobald das Bündnis versuchen würde, gegen die Herrschaft des Monopolkapitals ernsthaft etwas zu unternehmen, würde die Bourgeoisie von sich aus, wie in Chile, die Machtfrage stellen.

Die revisionistische These vom „Hinüberwachsen"

Im Vorwort zu Lenins „Zwei Taktiken" des Dietz-Verlages (Berlin/DDR) wird behauptet:

„In seinem Werk arbeitete Lenin die Theorie des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution aus." (S. 12)

Diese Behauptung erfreut sich bei den Revisionisten großer Popularität, und manchmal erscheint es, als sei dieses „Hinüberwachsen" der eigentliche Kern von Lenins Theorie der „Zwei Taktiken".

So ließ z.B. die revisionistische Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" (1/73, S. 40 ff.) eine Reihe revisionistischer Ideologen aus verschiedenen Ländern über Lenins „Zwei Taktiken" diskutieren. Vielsagende Überschrift dazu: „Konsequente Demokratie, die in den Sozialismus hinüberwächst". Auch ist die Rede von der angeblichen „Leninschen Theorie vom Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution", von einer „Leninschen Lehre vom Hinüberwachsen..." etc. Und von da führt ein direkter Weg zu der von Diskussions-Teilnehmer Garuschianz (Abteilungsleiter beim Institut für internationale Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR) ausgesprochenen Behauptung: **„Eine Weiterentwicklung der Leninschen Ideen ist die Konzeption der antimonopolistischen Demokratie, die heute zum Arsenal der kommunistischen und Arbeiterparteien gehört."** (S. 46)

Der e i g e n t l i c h e Inhalt von „Zwei Taktiken" – die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands, die demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern, die Bewaffnung der Massen – wurde in dieser ganzen „wissenschaftlichen" Selbstdarstellung des modernen Revisionismus entweder gar nicht angesprochen oder völlig entstellt. So kamen die revisionistischen Ideologen nebenbei zum Schluß, daß die Anwendung militärischer Gewalt zwar „möglich" ist, „wenn die Reaktion dazu zwingt", aber daß dies doch wohl mehr oder weniger eine Ausnahme sei.

„Kennzeichnend sind auch die Ereignisse in Chile, wo die Volksmacht im konstitutionellen Rahmen durchgesetzt wird", sagte Diskussionsteilnehmer Trebiak (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) (S.51).

Inzwischen ist Chile wirklich „kennzeichnend" geworden, aber nicht als Musterbeispiel für einen „friedlichen Weg zum Sozialismus", sondern für dessen Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber der bewaffneten Konterrevolution.

Wie aber steht es mit der angeblichen „Leninschen Lehre vom Hinüberwachsen...", die in den „Zwei Taktiken" zu finden sein soll?

Tatsächlich ist der Begriff des „Hinüberwachsens" bei Lenin nicht zu finden. Sinngemäß beziehen die Revisionisten ihre Behauptung einer „Leninschen Lehre vom Hinüberwachsen" offenbar vor allem auf folgende Aussagen Lenins:

„Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hat, wie alles auf der Welt, eine Vergangenheit und eine Zukunft. Ihre Vergangenheit sind die Selbstherrschaft, die Leibeigenschaft, die Monarchie, die Privilegien. Im Kampf gegen diese Vergangenheit, im Kampf gegen die Konterrevolution kann es einen ‚einheitlichen Willen' des Proletariats und der Bauernschaft geben, weil einheitliche Interessen vorhanden sind.

Ihre Zukunft ist der Kampf gegen das Privateigentum, der Kampf des Lohnarbeiters gegen den Unternehmer, der Kampf für den Sozialismus. Hier ist ein einheitlicher Wille unmöglich. Hier liegt vor uns nicht der Weg von der Selbstherrschaft zur Republik, sondern der Weg von der kleinbürgerlichen demokratischen Republik zum Sozialismus.

In der konkreten historischen Situation verflechten sich freilich die Elemente der Vergangenheit und der Zukunft, der eine Weg geht in den anderen über. *Die Lohnarbeit und ihren Kampf gegen das Privateigentum gibt es auch unter der Selbstherrschaft, sie entsteht in ihrer Keimform sogar unter der Leibeigenschaft. Das hindert uns jedoch keineswegs, die großen Entwicklungsperioden logisch und historisch voneinander zu trennen.* **Wir alle stellen ja die bürgerliche Revolution der sozialistischen gegenüber, wir alle bestehen unbedingt auf der Notwendigkeit, strengstens zwischen ihnen zu unterscheiden, aber kann man denn leugnen, daß sich in der Geschichte einzelne Teilelemente der einen und der anderen Umwälzung miteinander verflechten?** *Kennt denn die Epoche der demokratischen Revolutionen in Europa nicht eine Reihe sozialistischer Bewegungen und sozialistischer Versuche? Und ist denn der künftigen sozialistischen Revolution in Europa nicht noch vieles, sehr vieles im Sinne des Demokratismus nachzuholen geblieben?* " (Zwei Taktiken,S. 99/100)

Wir haben dies ausführlich zitiert, um den leninschen Gedankengang klar zu machen. Lenin spricht hier durchaus n i c h t von einem „Hinüberwachsen" der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution, sondern betont im Gegenteil die Notwendigkeit, zwischen diesen beiden „strengstens zu unterscheiden". Wogegen Lenin sich allerdings wendet, ist ein gewisser Schematismus, nämlich der bürgerlich-demokratischen Revolution einerseits und der sozialistischen Revolution andererseits bestimmte Teilaufgaben dogmatisch zuzuordnen. In diesem Sinn sagt Lenin, daß „Teilelemente" beider Revolutionen „miteinander verflochten" sind. Der letzte Satz des von uns zitierten Abschnitts macht klar, in welchem Sinn Lenin dies meint: daß in bürgerlich-demokratischen Revolutionen T e i l elemente der sozialistischen Revolution enthalten sein können und umgekehrt.

Die revisionistische Theorie vom „Hinüberwachsen" der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution (die diese Leute ausgerechnet Lenin unterjubeln wollen, um ihrer Theorie mehr „Autorität" zu verleihen!) zielt dagegen auf etwas anderes, nämlich auf die Verwischung der Unterschiede zwischen beiden. Speziell dient sie dazu, über zwei Kernpunkte der le-

Fortsetzung nächste Seite



Sturm auf den Winterpalast



Sturm auf den Winterpalast



'DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN !'



Forts. Lenin: Zwei Taktiken

ninistischen Theorie hinwegzutäuschen, nämlich:
1. Die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands und der Unterdrückung der konterrevolutionären Elemente, und 2. die Tatsache, daß das Proletariat in diesen beiden Revolutionen u n t e r s c h i e d l i c h e Bündnispartner hat, d.h. daß seine Bündnispartner in der bürgerlich-demokratischen Revolution in der sozialistischen Revolution z.T. k e i n e Bündnispartner sein werden, sondern in gewissem Maße G e g n e r .

Weiterhin wird mit der Theorie vom „Hinüberwachsen" der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution auch die leninsche Lehre von der Notwendigkeit der Zerschlagung des Staatsapparats revidiert; es wird die Auffassung vertreten, daß der bürgerliche Staat mit seinen speziellen Institutionen (Parlament etc.) in den proletarischen Staat „hinüberwächst".

Konkret wird das am Beispiel der UP-Politik in Chile deutlich. Die UP-Führer vertraten tatsächlich die Vorstellung, Chile werde durch weitere Wahlsiege der UP (wobei diese einen immer größeren Stimmenanteil erhalten sollte), durch allmähliche personelle Verschiebungen innerhalb des Staatsapparates, durch eine allmähliche Veränderung der bürgerlichen Gesetzlichkeit (indem man nämlich zuerst im Parlament die Mehrheit gewinnt, um dann „demokratisch" die bürgerliche Gesetzlichkeit durch die proletarische zu ersetzen) etc. in den Sozialismus „hinüberwachsen".

Das „Hinüberwachsen" und die bewaffnete Revolution

In den „Zwei Taktiken" spricht Lenin davon, **„daß die Errichtung der demokratischen Republik in Rußland nur als Ergebnis eines siegreichen Volksaufstands möglich ist, dessen Organ eine provisorische revolutionäre Regierung sein wird..."** (Zwei Taktiken, S. 28; Lenin zitiert hier aus einer Resolution des III. Parteitags der SDAPR.)

Lenin schreibt dann weiter, daß die Sozialdemokratie unter bestimmten Bedingungen an einer solchen provisorischen revolutionären Regierung teilnehmen sollte, und fährt fort: **„Auf die provisorische revolutionäre Regierung von unten her einzuwirken sind wir unter allen Umständen verpflichtet. Um einen solchen Druck von unten ausüben zu können, muß das Proletariat bewaffnet sein – denn in revolutionären Augenblicken treiben die Dinge besonders schnell zum offenen Bür-** **besonders schnell zum offenen Bür-** **gerkrieg – und unter Führung der Sozialdemokratie stehen."** (Zwei Taktiken, S. 36)

Man erkennt leicht, daß die Bewaffnung des Proletariats der D r e h p u n k t der Politik der SDAPR, wie Lenin sie u.a. in den „Zwei Taktiken..." erläutert, ist. O h n e die Bewaffnung des Proletariats wäre es ganz unsinnig, von einem Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution über den Zarismus zu reden, könnte die Revolution nicht verteidigt werden. Das würde im schlimmeren Fall den Sieg der Konterrevolution bedeuten (die nun gegen die revolutionären Massen mit Terror wüten würde, wie in Chile), oder es könnte im besseren Fall bedeuten, daß die Revolution *„nur mit einem erbärmlichen Kompromiß abschliessen wird"* (Zwei Taktiken, S. 62), d.h. im Fall Rußlands *„mit einem Pakt zwischen dem Zarismus und den 'inkonsequentesten' und 'eigennützigsten' Elementen der Bourgeoisie."* (Zwei Taktiken, S. 65)

Was die Stellung der Revisionisten zur bewaffneten Revolution angeht, verweisen wir vor allem auf den Artikel „Lenin, Chile und die DKP" in AK 34. Hier nur einige kurze Bemerkungen.

Die Revisionisten verbreiten z u n e h m e n d , und zwar gerade nach dem faschistischen Putsch in Chile, die These, daß unter den heutigen Bedingungen ein bewaffneter Aufstand gegen die hochgerüstete bürgerliche Staatsmaschinerie von vornherein aussichtslos sei. Die Bourgeoisie hat Panzer, Flugzeuge, Artillerie – dagegen kann das Proletariat angeblich nichts machen, jedenfalls nicht mit einem bewaffneten Aufstand.

Stattdessen soll das Proletariat den Weg gehen, Teile des bürgerlichen Staatsapparats, vor allem des Heeres, auf seine Seite zu ziehen. Nun ist das im Prinzip nichts Neues, diese Politik haben auch die Bolschewiki gemacht – aber eben nicht als E r s a t z (und Gegensatz) für den bewaffneten Aufstand, sondern v e r b u n d e n mit diesem.

In Chile z.B. nahm diese Politik direkt die Form eines Paktes der UP-Regierung mit den militärischen Führern an. Die Militär-Führung wurde mit Appellen an ihre angebliche Loyalität, Verfassungstreue, Patriotismus etc. umschmeichelt, die im grellen Gegensatz zu den Tatsachen standen und nur geeignet waren, die Anhänger der UP zu verwirren. Dieser Pakt ging soweit, daß die UP-Führer der Militär-Führung sogar einräumten, die M a s s e n a r b e i t unter den einfachen Soldaten des Heeres, die von einigen revolutionären Gruppen betrieben wurde, brutal zu unterdrücken (Festnahme und Folterung von Soldaten, Vorbereitung eines Prozesses gegen revolutionäre Gruppen wie den MIR, die die Basis-Arbeit im Heer unterstützt hatten).

Die italienischen Revisionisten der PCI gehen heute schon so weit, am Jahrestag der italienischen Streitkräfte an diese herzliche Grußadressen zu richten, in denen ihre „Treue zur Demokratischen Republik, zum erneuerten italienischen Staat" gepriesen wird. Und weiter: „Als große Volkspartei (!) und wegen ihrer Rolle bei der Gründung des demokratischen Staates betrachtet die PCI die Verteidigung und Entwicklung seiner Institutionen als Teil ihrer eigenen historischen Aufgabe." Das Militär wird nicht mehr i n s g e s a m t als Teil einer bürgerlichen, d.h. im Prinzip antiproletarischen Staatsmaschinerie gesehen, sondern als Hüter einer Art von noch entwicklungsbedürftiger Demokratie des ganzen Volkes; freilich muß das „demokratische" Militär sich hüten vor „reaktionären und faschistischen Infiltrationsversuchen (!) und vor ausländischer Einflußnahme". (Alle Zitate aus dem „Gruß der PCI" an die Streitkräfte; Sonderbeilage zur „Unità" vom 4. November 73).

Diese unglaubliche Verkehrung der marxistisch-leninistischen Staats-Theorie läßt auch die revisionistische Theorie vom „Hinüberwachsen..." in noch deutlicherem Licht erscheinen.

Das „Hinüberwachsen" und die Bündnispolitik

Es ist ein wesentlicher Gedanke in Lenins „Zwei Taktiken..", daß die Bündnispartner des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution einerseits und in der sozialistischen Revolution andererseits nicht dieselben sein können. Dies macht u.a. **„den logischen und historischen Unterschied zwischen der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung"** (Zwei Taktiken, S. 99) aus.

Lenin schreibt: *„Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich heranzieht, um den Widerstand der Selbstherrschaft mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren. Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollbringen, indem es die Masse*



W.I. Lenin im Jahre 1918 beim Lesen der Zeitung

der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung an sich heranzieht, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zu paralysieren." (Zwei Taktiken, S. 117)

An anderer Stelle spricht Lenin davon, daß das Proletariat und die Bauernschaft einen „einheitlichen Willen" zwar haben bezüglich der Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution, nicht jedoch in der sozialistischen Revolution: *„Über den Rahmen des Demokratismus hinaus kann von einem einheitlichen Willen des Proletariats und der bäuerlichen Bourgeoisie keine Rede sein. Der Klassenkampf zwischen ihnen ist unvermeidlich..."* (Zwei Taktiken, S. 99) Und weiter: *„Ein Sozialdemokrat darf den unvermeidlichen Klassenkampf des Proletariats für den Sozialismus gegen die Bourgeoisie und die Kleinbourgeoisie, mögen sie noch so demokratisch und republikanisch sein, nie und nimmer vergessen...Daraus folgt, daß unser 'vereint schlagen' mit der Bourgeoisie zeitweiligen Charakter trägt, daß wir die Pflicht haben, 'auf den Verbündeten wie auf den Feind' scharf aufzupassen..."* (Zwei Taktiken, S. 100)

Die Revisionisten stellen dieser leninistischen Politik die Theorie des „dauerhaften Bündnisses", des „historischen Blocks" etc. gegenüber. Dies besagt praktisch, daß ein bestimmtes Klassen-Bündnis ausgehend von demokratischen „Umgestaltungen" in den Sozialismus „hinüberwächst". Sehr deutlich drückte das die chilenische „KP" aus: **„Wir streben die Schaffung eines dauerhaften Bündnisses an...** *Die Einheit, die wir erstreben, erfordert die gegenseitige Loyalität, ständiges Streben zur Aktionseinheit, gemeinsames Wirken auf der Basis des Meinungsaustausches, der Annahme kollektiver Beschlüsse, der* **Ablehnung von Fraktionen innerhalb der Volkseinheit."** (aus der Resolution des XIV. Parteitages der KP Chiles, 1969)

In einem 1967 geschriebenen Artikel führte der Führer der „KP" Chiles, Luis Corvalan, aus: *„Wir Kommunisten sprachen stets davon, daß es zwei Typen von Verbündeten der Arbeiterklasse gibt: ständige und zeitweilige Verbündete."* Dies schränkte er jedoch sogleich wieder ein, indem er hervorhob, *„daß die Politik des Imperialismus ... auch unter einem beträchtlichen Teil der nichtmonopolistischen Bourgeoisie Empörung auslöst."* – Er schlußfolgerte daraus: *„In einem solchen historischen Augenblick wird das Problem des zeitweiligen Charakters der Bündnisse des Proletariats und der Kommunisten mit anderen Kräften, wenn man so sagen darf, auf neue Art und Weise gestellt. Es gibt für unsere Verbündeten weitgehende Möglichkeiten, stetig voranzuschreiten, wenn auch mit Schwankungen und Schwierigkeiten verschiedener Art. Auf jeden Fall haben die Kommunisten nicht die Absicht, die Verbündeten in einer bestimmten Etappe auszunutzen und in der nächsten auszubooten. Im Gegenteil,* **Ziel der Kommunisten ist es, auf unbegrenzte Zeit mit ihnen zusammenzuarbeiten."** (L. Corvalan, Das Bündnis der revolutionären antiimperialistischen Kräfte in Lateinamerika; in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 7/67, S. 565)

Ähnlich die revisionistische italienische „KP". Im anti-faschistischen Befreiungskampf des italienischen Volkes entstand ein bestimmtes Bündnis, repräsentiert vor allem durch die Kommunisten, die Christdemokraten und die Sozialisten/Sozialdemokraten. Die PCI vertritt die These, daß dasselbe Bündnis auch in der Lage sein müßte, „demokratische Umgestaltungen" zu verwirklichen, die schließlich in den Sozialismus „hinüberwachsen".

Die Revisionisten vertreten so spießerhaft-idyllische Vorstellungen über die Haltung der Kleinbourgeoisie (und sogar von Teilen der Bourgeoisie) gegenüber der sozialistischen Revolution. Es wird so getan, als könnte das Kleinbürgertum (und sogar Teile der Bourgeoisie) als Klasse durch einen „behutsamen Dialog" dazu gebracht werden, die Notwendigkeit des Sozialismus schließlich einzusehen. Alle bisherigen Revolutionen, und gerade auch die Ereignisse in Chile, haben die Falschheit dieser Auffassung gezeigt.

Lenin stellte fest: „ ... *Während dieser ganzen Übergangszeit"* (vom Kapitalismus zum Sozialismus – Anm. AK) *„werden dieser Umwälzung sowohl die Kapitalisten Widerstand leisten sowie ihre zahlreichen Handlanger aus der bürgerlichen Intelligenz, die sich bewußt widersetzen, als auch die gewaltige Masse der in kleinbürgerlichen Gewohnheiten und Überlieferungen zu sehr verstrickten Werktätigen, einschließlich der Bauern, die sich häufig unbewußt widersetzen ..."* (Lenin, Gruß an die ungarischen Arbeiter, Mai 1919)

Und an anderer Stelle: *„Die Diktatur des Proletariats ist der aufopferungsvollste und schonungsloseste Krieg der neuen Klasse gegen einen m ä c h t i g e r e n Feind, gegen die Bourgeoisie, deren Widerstand sich durch ihren Sturz (sei es auch nur in e i n e m Lande) v e r z e h n f a c h t und deren Macht nicht nur in der Stärke und Festigkeit der internationalen Verbindungen der Bourgeoisie besteht,* **sondern auch in der Macht der Gewohnheit, in der Stärke der Kleinproduktion. Denn Kleinproduktion gibt es auf der Welt leider noch sehr, sehr viel: die Kleinproduktion aber e r z e u g t unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie.** *Aus allen diesen Gründen ist* [illegible] *die Diktatur des Proletariats notwendig, und der Sieg über die Bourgeoisie ist unmöglich ohne einen langen, hartnäckigen, erbitterten Krieg auf Leben und Tod, einen Krieg, der Ausdauer, Disziplin, Festigkeit, Unbeugsamkeit und einheitlichen Willen erfordert."* (Lenin, Der „linke Radikalismus" ... April/Mai 1920)

Nach aller historischen Erfahrung konnte es gar nicht überraschen, daß in Chile Teile des Kleinbürgertums auf die Seite der Bourgeoisie übergehen würden und daß sie schließlich durch direkte Sabotage die Situation der UP-Regierung und der Arbeiterklasse erheblich verschlechterten. Die UP-Regierung hatte auch dann, als dies offenbar wurde, nur das Rezept, die Arbeiterklasse durch eine „Produktionsschlacht", d.h. durch Überstunden und erhöhtes Arbeitstempo, hinter der Wirtschaftssabotage der Bourgeoisie und Teilen des Kleinbürgertums herrennen zu lassen, anstatt den Widerstand unter Mobilisierung der Arbeiterklasse und der Kleinbauern nachhaltig zu brechen.

Wenn heute die Revisionisten über diese Frage reden, so doch nur in dem Sinn, daß die UP-Regierung es „nicht geschafft" hat, das Kleinbürgertum zu gewinnen. D.h. die Frage wird nicht vom grundsätzlichen Verhalten des Kleinbürgertums (siehe Lenin!!) her erläutert, sondern aus mangelnder „Überzeugungsfähigkeit" der UP. Ganz logisch, daß dabei vor allem die „Ultra-Linken" die Verantwortung tragen sollen, das Kleinbürgertum „verschreckt" zu haben.

In weiteren Nummern des AK soll näher auf die Fragen der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern und der Diktatur des Proletariats sowie den „demokratischen Weg zum Sozialismus" eingegangen werden. Ferner auf die Punkte „Arbeiterregierung" und „Volksfront". ■

Griechenland: Zu einigen Fragen

EINE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER ZEITUNG SOLIDARITÄT

Diese redaktionelle Anmerkung ist eine Stellungnahme zu dem Artikel „Faschismus in Griechenland", der in der SOLIDARITÄT (Nr. 13), Zeitung des Sozialistischen Studentenbundes Hamburg (SSB), erschienen ist.
Der SSB ist eine mit dem KB befreundete und solidarisch zusammenarbeitende Organisation, er ist jedoch k e i n e Organisation des KB, führt also u.a. auch seine Zeitungsarbeit selbständig durch. Es ist daher natürlich, daß wir nicht auf jede einzelne kleinere Meinungsverschiedenheit mit den Genossen einzugehen brauchen.
Der Artikel „Faschismus in Griechenland" enthält jedoch eine solche Konzentration von Widersprüchlichkeiten und Fehlpositionen, auch in wesentlichen Fragen, daß wir eine Stellungnahme für notwendig halten; auch deshalb, um keine Mißverständnisse über die Haltung des KB zu diesen Fragen aufkommen zu lassen.

Kraut und Rüben

Der Artikel „Faschismus in Griechenland" zeigt große Konfusion in der Frage, wie die Politik der griechischen Bourgeoisie und ihrer Regime zu interpretieren ist.

Der Artikel stellt dies unter die Überschrift „*Demokratisierungsschwindel*". Das ist „*der Versuch der Faschisten, sich einen demokratischen Anstrich zu verleihen*", und zwar auch in Hinblick auf den Beitritt Griechenlands zur „Europäischen Gemeinschaft".

Andererseits wird behauptet, „*durch den seit Mitte des Jahres inszenierten Demokratisierungsschwindel wollten die Faschisten versuchen, sich im Volk eine Massenbewegung zu schaffen.*"

Hier liegt u. E. der erste Widerspruch, zwischen einer „Demokratisierung" (wenn auch nur scheinbaren) und der Förderung einer faschistischen Massenbewegung. Dies ist doch g e g e n s ä t z l i c h , entweder „*demokratischen Anstrich zu verleihen*" (damit besseres „*Image*" auch im Rahmen der EG etc.) o d e r stärkere F a s c h i s i e r u n g , denn darauf würde die Förderung einer faschistischen Massenbewegung hinauslaufen.

Der Verfasser des Artikels hat offenbar zwei v e r s c h i e d e n e Dinge verwechselt, nämlich 1. die Förderung einer faschistischen Massenbewegung und 2. die Verbreiterung der sozialen Basis des diktatorischen Regimes.

Der „Demokratisierungsschwindel" ist ein Versuch, die soziale Basis des Regimes zu erweitern, aber n i c h t durch Förderung einer faschistischen Massenbewegung, nicht durch „*Versuche, dem griechischen Volk eine faschistische Ideologie einzuimpfen*", sondern durch eine „Öffnung" des Regimes zu den monarchistischen, reaktionären etc. Politikern aus der Zeit des Putsches und zu von ihnen repräsentierten Teilen der Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie.

Die Schaffung einer faschistischen Massenbewegung (abgesehen von der Realität dieser Möglichkeit) würde dagegen dem Ziel eines „demokratischen Anstrichs", einer internationalen Aufwertung des Regimes etc. zuwider laufen.

Da die Genossen dies anscheinend nicht genügend durchdacht haben, unterläuft ihnen u.a. auch die unsinnige Formulierung, die „*rechten Oppositionellen*" (Karamanlis & Co.) und „*bürgerliche Antifaschisten*" (! – gemeint sind „*im wesentlichen rechte Zentrumspolitiker*") hätten durch den „Demokratisierungsschwindel" „*in die faschistische Bewegung einbezogen werden*" sollen. Hier ist möglicherweise noch nicht einmal der Begriff der „faschistischen Bewegung" richtig verstanden worden.

Weiter heißt es: „*Die Pläne der faschistischen Junta um Papadopoulos gingen nicht auf. Das Volk ließ sich nicht in breiten Teilen für eine faschistische Massenbewegung gewinnen.*" (was ja auch gar nicht beabsichtigt war!) – „*Im Gegenteil, der Demokratisierungsschwindel förderte eine Politisierung der Bevölkerung und damit eine Verstärkung des spontanen antifaschistischen Widerstandes.*"

Der Verfasser macht hier den schweren Fehler, den vom neuen Regime (wie z. B. auch von der chilenischen Junta) verwendeten Begriff der „Politisierung" einfach aufzunehmen. Das neue Regime wirft ja Papadopoulos gerade vor, eine „Politisierung" bewirkt zu haben (wie im Artikel auch erwähnt wird). Dahinter steckt die für die faschistische Ideologie t y p i s c h e Vertauschung von Ursache und Wirkung, d.h. es wird so getan, als sei der Klassenkampf das Produkt subjektiver Anschauungen etc. So auch hier. Die „Politisierung" ist in Wahrheit nicht das Produkt des „Demokratisierungsschwindels", sondern umgekehrt: der „Demokratisierungsschwindel" war und ist ein Versuch, die stärkere politische Differenzierung („Politisierung") in der g e s a m t e n griechischen Gesellschaft zu kanalisieren.

U. E. ist es also falsch, den „Aufschwung des spontanen Widerstandes" als E r g e b n i s des „Demokratisierungsschwindels" zu interpretieren, wie dies im Artikel geschieht.

Die Ablösung des Papadopoulos-Regimes wird ebenfalls sehr konfus interpretiert. Es heißt da, daß die neue Junta „*innerhalb der Rechten, d.h. der griechischen Bourgeoisie und der Armee und auch Teilen des Volkes eine breitere Basis*" habe. „*Auch in Teilen des Volkes*"? Woher kommt diese Information? Offenbar aus dem hohlen Bauch. Der Artikel fährt unmittelbar fort: „*Hintermann des ganzen Unternehmens ist offenbar der übelste Menschenschinder, den es in ganz Griechenland gibt, D. Ioannidis, der sich als Chef der Geheimpolizei durch die Erfindung immer brutalerer Foltermethoden einen Namen gemacht hatte*". Nun, das ist eigentlich keine ausreichende Begründung, warum die neue Junta angeblich „*auch in Teilen des Volkes ... eine breitere Basis*" haben soll.

Im Übrigen wird im Artikel auch behauptet: „*Die ‚alten' bürgerlichen Politiker, die Karamanlis und Kanellopoulos, haben es nach dem Putsch sehr gut verstanden, die Empörung des Volkes zu größeren Teilen auf ihre Mühlen zu lenken.*" – Auch diese Einschätzung ist durch nichts begründet.

Was die neue Junta angeht, so sind wir der Meinung, daß diese tatsächlich ein weiterer V e r s u c h ist, die soziale Basis des Regimes zu erweitern, ohne daß man aber v o n v o r n h e r e i n behaupten kann, die neue Junta h a b e bereits (sozusagen von ihrer Entstehung an), eine breitere Basis in Teilen des Volkes als das Papadopoulos-Regime.

Im Artikel wird behauptet, die neue Junta wolle „*das gleiche, was Papadopoulos wollte: die demokratische Bewegung soll zerschlagen werden, eine faschistische Bewegung aufgebaut werden.*" Die neue Junta werde „*in Zukunft jede fortschrittliche Regung im Volk mit noch größerer Brutalität unterdrücken.*"

Wie die neue Junta einzuschätzen ist, ist tatsächlich unklar. In den ersten Tagen nach der „Wachablösung" gab es viele Stimmen, die darin eine s c h ä r f e r e Gangart des Regimes sahen, d.h. die Ersetzung von Papadopoulos durch noch „härtere" Faschisten. Dies würde jedenfalls dem „Demokratisierungsschwindel" zuwiderlaufen. Wir sehen die neue Junta gerade in diesem Rahmen des „Demokratisierungsschwindels". Der Artikel der SOLIDARITÄT aber bringt diese beiden Dinge einfach zusammen, unterstellt als Ziele der neuen Junta b e i d e s : „Demokratisierungsschwindel", breitere Basis auch in Teilen des Volkes u n d verschärfte Repression und Faschisierung. Das erscheint uns wenig logisch.



Demonstrierende Studenten am Hauptportal der Technischen Hochschule in Athen

Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen

„Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen", das war das von Lenin schärfstens angegriffene Urteil Plechanows über die russische Revolution von 1905. Der Artikel der SOLIDARITÄT kommt zu einem vergleichenden Urteil über die griechischen November-Kämpfe: „*Nach den Massenaktionen vom November wird dieses Ziel*" (der Sturz des Regimes) „*für die ohnehin durch Verhaftungen dezimierten Vertreter des organisierten Widerstandes noch schwerer zu erreichen sein. Die Niederlage wird viele Antifaschisten in die Resignation treiben ...*" usw.

Die Kämpfe der Massen erschweren den antifaschistischen Kampf, das ist die innere Logik der zitierten Sätze. Denn: Ohne Kämpfe keine Niederlagen, ohne Niederlagen keine Resignation, ohne Resignation Sieg über den Faschismus.

Um dies zu unterstreichen, wird die (vom Hamburger RBJ noch krasser vertretene) These vorgebracht, die Junta habe die Bewegung bis zum 17. November (als die besetzte Universität geräumt wurde) sozusagen relativ frei laufen lassen, um ihr dann den großen Schlag zu versetzen, d.h. die Bewegung ist ins offene Messer der Faschisten gelaufen. Hierzu dient auch noch die Behauptung: „*Der organisierte Widerstand muß*" (nach den November-Kämpfen) „*fast von vorne anfangen.*"

Die prinzipiell richtige Fragestellung der Provozierung von Kämpfen durch die Bourgeoisie, der Resignation etc. wird bis zur völligen Unsinnigkeit ü b e r t r i e b e n , unter dem Strich bleibt nur noch die Resignation. Da die Genossen als Ergebnis der spontanen Kämpfe n u r die Resignation sehen, müssen sie natürlich über diese Kämpfe jammern, die ja angeblich alles nur noch schlimmer für die antifaschistischen Kräfte gemacht haben.

Als in unserer Organisation – damals noch SALZ/KAB – die Tendenz zum schlichten Hochjubeln der spontanen Arbeiterkämpfe vorherrschte, mußten wir nachdrücklich auf die Gefahr einer Resignation und negativer Kampferfahrungen hinweisen, die in diesen Kämpfen a u c h enthalten ist (vgl. dazu vor allem den Artikel zu unserer Reichhold-Arbeit in AK 34 und den Artikel zur 71er Chemie-Tarifrunde in KAB-AZ 8). Umgekehrt ist es aber auch falsch, die Frage der Resignation zu verabsolutieren, und allen spontanen Kämpfen nur noch schematisch diesen Stempel aufzudrücken und sie zu den Akten zu legen (vgl. dazu auch die Notiz „Berichtigung" unserer Frankfurter Genossen in diesem AK).

Es ist falsch, nur den Kampf als solchen, d.h. als Selbstzweck, zu bejubeln, in der Art der Ökonomisten des KBW (Devise: Hauptsache, es tut sich was), es ist aber auch falsch, die aus Niederlagen mögliche Resignation zu verabsolutieren.

Mao sagt: **„Kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum Sieg – das ist die Logik des Volkes ... "** („Worte ... ", S. 82)

Wenn man dies im Kopf behält, wird man auch nicht zu der Meinung kommen, daß die Massenkämpfe die Situation des griechischen Widerstands verschlechtert haben, sondern man wird im Gegenteil erkennen, daß dies eine der Niederlagen ist, über die die demokratische und sozialistische Bewegung Griechenlands ihren Weg nimmt. Ebenso wie wir den Idiotismus des KBW kritisieren, der so tut, als ob z. B. als Ergebnis des faschistischen Putsches in Chile auf einmal „das Volk" die gesamte marxistisch-leninistische Theorie von Staat und Gesellschaft schlagartig und unverschüttbar begriffen hätte – ebenso kritisieren wir die Auffassung, daß aus Niederlagen n u r oder im wesentlichen Resignation folgen muß, und nicht a u c h eine Entwicklung der politischen Bewußtheit.

Die Niederlage führt allerdings
Die Niederlage führt allerdings nicht automatisch zum Erfolg, eine bestimmte Zahl von Niederlagen addiert sich nicht „spontan" zum Sieg. Sondern es steht natürlich die Frage, w i e diese Niederlage verarbeitet wird, welche revolutionären Kräfte also vorhanden sind, welchen Weg sie einschlagen etc.

Auf einige weniger wichtige Punkte wollen wir nur kurz eingehen. Wir halten es für einen schweren Fehler, daß in dem Artikel der SOLIDARITÄT mit voller Z u s t i m m u n g folgendes Zitat von Mikis Theodorakis wiedergegeben wird: „*Es waren nicht so sehr die Panzer, sondern die Enttäuschungen nach so vielen Irrtümern unserer Führer, die unser Volk vernichtet haben.*"

Die Tendenz dieses Zitats halten wir für ausgesprochen demagogisch und gefährlich, denn die Gewichte werden wirklich völlig falsch gesetzt. Eine solche „Theorie" ist doch eigentlich ein Geschenk für die Faschisten!?

Man sollte auch nicht die Rolle von Mikis Theodorakis übersehen, der sich inzwischen zum aggressiven Antikommunisten gemausert hat, durch einen Pakt mit der Junta seine Rückkehr nach Griechenland erreichen wollte u.a.m.

Im Artikel der SOLIDARITÄT erscheint es so, als habe die (von der Sowjetunion „unabhängigere") KPG-Inland" zwar „ *a u c h* " revisionistische Illusionen, „*allerdings*" aber offenbar weniger als die (auf KPdSU-Linie befindliche) „KPG-Ausland". Diese Einschätzung bezüglich der beiden KPG's teilen wir so nicht, gerade die „KPG-Inland" scheint uns in besonderem Maße revisionistisch zu sein. Hierzu wird ein ausführlicher Artikel noch vorbereitet.

Schließlich noch zu diesem Satz des Artikels: „*Der antifaschistische Kampf muß die Perspektive der Errichtung des Sozialismus erhalten.*" – Was damit gemeint ist, wird im Artikel nicht erläutert, er bleibt eine leere Phrase. Wir meinen, daß die Frage so steht: der antifaschistische Kampf zielt n i c h t auf die u n m i t t e l b a r e Errichtung des des Sozialismus, sonst wäre es kein antifaschistischer, sondern ein sozialistischer Kampf. Der antifaschistische Kampf stellt sich unmittelbar nur das Ziel, eine nicht-faschistische Ordnung zu errichten. Er ist also eine Form des bürgerlich-demokratischen Kampfes. Etwas anderes steht u. E. in Griechenland nicht auf der Tagesordnung, und zwar auch wegen der Unentwickeltheit des Kapitalismus und der Schwäche des Proletariats. Hier muß man also die Notwendigkeit betonen, in der bürgerlich-demokratischen Revolution jene bestimmte Entwicklung der proletarischen Klassenpolitik durchzusetzen, wie sie vor allem von Lenin in seiner Schrift „Zwei Taktiken" propagiert wurde (vgl. Artikel dazu in diesem AK). ■

AK-Redaktion

Ungebetene 'Zuschauer'

Einige wichtige Erfahrungen für den Schulkampf

Am 19.11.73 hatten Elternrat und Schülerrat der Schule Arnkielstr. (Hamburg-Altona) eine Demonstration „Für eine bessere und gerechtere Schule" veranstaltet. Die Demonstration stand im Zeichen des Kampfes für die Beseitigung der Mißstände des Lehrermangels, der Unterdrükkung, der Diskriminierung im Bildungswesen. Um die Demonstration hatte es eine außergewöhnlich lebhafte öffentliche Diskussion gegeben, die bis heute noch nicht abgeklungen ist.

Am Tag danach berichtete das „Hamburger Abendblatt" unter Berufung auf einen Sprecher der Schulbehörde, die Aktion der Eltern „wurde zu einer Kundgebung linker Gruppen" und: „Wir vermuten, daß der Strategie bestimmter politischer Gruppen entsprechend, Unruhe verbreitet werden soll". Hier wurde in Absprache mit der Schulbehörde die Linie ausgegeben, mit der der Gegner versucht, die Bewegung unter den Eltern und Schülern der Schule Arnkielstraße zu isolieren und zu zerschlagen. Die Dinge werden so dargestellt, als gebe es die Mißstände gar nicht, und als seien die Auseinandersetzungen von Kommunisten insziniert, die die Eltern für ihre versteckt gehaltenen Ziele mißbrauchen.



Demonstration Altonaer Schüler und Eltern für eine bessere und gerechtere Schule

Dreimal gezielt gelogen !

Schon vor der Demonstration , am 15.11.73 hatte der zuständige Oberschulrat in einem offiziellen Schreiben an Eltern und Elternvertreter massive Vorwürfe gegen den Elternrat erhoben. In völliger Umkehrung der Entwicklung, die zu den Kampfmaßnahmen der Eltern geführt hatte, warf er dem Elternrat vor, eine Zusammenarbeit und einen Ausgleich mit der Behörde und der Schulleitung zu verhindern. Er begründet dies mit der Absage des Elternrats, an einer Sitzung der Schulkonferenz teilzunehmen (die Schulkonferenz ist ein Gremium, das im neuen Schulverfassungsgesetz vorgesehen ist; sie dient angeblich der „Mitbestimmung" an der Schule).

In der Tat hat der Elternrat der Schule Arnkielstraße nie ein Hehl daraus gemacht, daß er das neue SVG und speziell die Schulkonferenz für undemokratisch hält. Die besagte Sitzung war aber schriftlich (!) mit der Begründung von Zeitdruck wegen der Vorbereitung der Demonstration abgesagt worden. Die Elternräte entschuldigten sich sogar für ihr Fernbleiben: „Wir bitten für die kurzfristige Absage um Verständnis, allein die turbulenten Umstände zwingen uns dazu." Wenn Schlesiger von der Absage wußte, dann mußte er auch die Begründung kennen. Er verschweigt sie aber bewußt, weil er krampfhaft nach „Argumenten" sucht, um die berechtigten Forderungen und Anstrengungen der Eltern zu verleumden und zu unterdrücken.

Schon möglich, daß die Schulbehörde sich „hereingelegt" vorkam. Besagt doch §17, Abs. 2 des neuen SVG, daß die Behörde das absolute Vetorecht hat und damit Beschlüsse der drei Gremien – Elternrat, Schülerrat und Lehrerkollegium – außer Kraft setzen kann (mit Hilfe der Schulkonferenz). Wenn es dem Oberschulrat allerding d a r u m ging, und er aus Enttäuschung d a r ü b e r den Elternräten andere Beweggründe unterstellt, dann sollte er auch nicht so schöne Worte wie „Zusammenarbeit", „Ausgleich", „Demokratie" etc. bemühen. Es liegt uns natürlich fern, über die Gedanken und Pläne eines Oberschulrats zu spekulieren, aber die Vorbereitungen, die für die Handhabung des neuen SVG getroffen wurden („Planspiele" der Schulleiter und Referendar-Ausbilder; siehe AK 32), sprechen eine klare Sprache: Hier soll nicht die „Demokratisierung der Schule", sondern das genaue Gegenteil praktiziert werden.

Die zweite Lüge – bei der es sich um genau denselben Punkt handelt – stammt von der „Sozialistischen Studentengruppe" (SSG, Hamburger Filiale des KBW). Diese Gruppe hat in Hamburg die Rolle übernommen, durch ihre Praktiken den „Beweis" dafür zu liefern, daß der Anti-Kommunismus „berechtigt" ist. Die SSG schreibt in einem Flugblatt vom 19.11.73 („Altonaer Eltern gehen mit ihren Kindern auf die Straße") „...die Erfahrungen der Eltern sind größer geworden, ihr Widerstand konsequenter. Sie lassen sich gar nicht mehr auf fruchtlose Breifwechsel mit der Behörde ein. Sie lassen die Schulkonferenz platzen."

Auch hier handelt es sich keineswegs um einen „Ausrutscher", sondern um genau die Methode, die die SSG permanent und systematisch anwendet, um die Tatsachen so hinzubiegen, daß sie von dieser Gruppe „ausgeschlachtet" werden können. In seiner Erwiderung auf das Schreiben Schlesigers hatte der Elternrat ausführlich die Frage mit der Schulkonferenz klargestellt. (Freilich weiß die SSG offenbar nur wenig darüber, was an den Altonaer Schulen vorgeht. Dieses Flugblatt des Elternrats der Arnkielstraße war aber in mehreren Exemplaren am Pädagogischen Institut der Universität ausgehängt worden. Die SSG soll es sogar selbst dort auf ihrem Büchertisch ausgelegt haben).

Gleich ein ganzer Sack voll Fälschungen und Entstellungen stammt ausgerechnet von einem „Richter am Landgericht Hamburg". Dieser Herr Jordan bestätigt dem „Hamburger Abendblatt" in einem langen Leserbrief (in den „Altonaer Nachrichten" 6.12.73), daß auf der Demonstration „nur wenig Eltern zu sehen waren, aber um so mehr Schüler und Studenten, die in linksradikalen Gruppen organisiert sind...". Er springt sozusagen als „Unabhängiger" (denn die Justiz ist ja angeblich „unabhängig"), als „neutraler Zuschauer" und natürlich als „Ehrenmann" für die Schulbehörde, Springer-Konzern etc. in die Bresche. Dieser Mann ist an der Schule Kielortallee im Gegenzug nach dem dort gescheiterten Schulstreik der ersten Klassen Elternratsvorsitzender geworden (siehe AK 30). Für seine „Unvoreingenommenheit" und „Unabhängigkeit" spricht auch die Tatsache, daß er sich in der Vergangenheit schon des öfteren mit Leserbriefen an die Springer-Presse gewandt hatte, um vor der „roten Gefahr", „Unterwanderung" etc. an den Schulen zu „warnen". Das „Abendblatt" räumt diesem Brief unter dem Titel „Beobachtungen eines Zuschauers" verständlicherweise breiten Raum ein. Die ganze Kampagne ist nicht ungeschickt gemacht; insbesondere hält sich die Schulbehörde mit ihrem angeschlagenen Image augenblicklich etwas zurück.

Daß die „Beobachtungen" dieses Herrn Jordan auf der Demonstration die Tatsachen völlig auf den Kopf stellen, das beweisen die zahlreichen Leserbriefe von Eltern und Elternvertretern aus Altona. Das Kernstück seiner politischen Argumentation stützt sich aber genau auf das oben genannte Zitat des SSG-Flugblattes, von dem Jordan – geschickt formuliert – den Eindruck zu erwecken sucht, daß es die gesamte Politik des Elternrats der Schule Arnkielstraße richtig kennzeichnet (er spricht von der „ganzen Linie" der sonstigen Tätigkeit dieses Elternrats" und führt dann als Charakterisierung die SSG an). Auch hier kann nicht etwa Unwissenheit oder mangelnde Information als Ausrede dienen: Auf der Demonstration wurden die „Informationen des Elternrats der Schule Arnkielstraße" massenhaft verteilt, die den Sachverhalt unmißverständlich klarstellen und dem SSG-Flugblatt klar widersprechen. Sind das die Methoden der Urteilsfindung die man als „Richter am Landgericht Hamburg" lernt? ?

Was will der Klassenfeind ?

Warum spielt das „Argument " mit der Schulkonferenz in der Propaganda der Gegenseite so eine große Rolle? Die Schulbehörde sucht nach Beweisen, um den Elternräten zu unterstellen, daß es ihnen gar nicht so sehr um die Belange der Schüler und der Bildung geht. Stattdessen ginge es ihnen angeblich um andere Ziele, nämlich „Unruhe stiften", oder „Zusammenarbeit verhindern" oder gar „Gesetze überschreiten" und schließlich „sozialistische Zielvorstellungen."

Die Schulbehörde und die mit ihr verbündeten Kräfte wollen dadurch von einer öffentlichen politischen Auseinandersetzung um die Sache, nämlich um die reale Situation an den Hamburger Schulen, ablenken.

Stattdessen wird mit den rückständigsten Methoden gearbeitet, die demokratischen Grundsätzen völlig widersprechen: Es wird versucht, Emotionen und Vorurteile zu verbreiten (Anti-Kommunismus). Es werden einzelne Elternvertreter diffamiert. Es wird völlige Willkür praktiziert (Behinderung der Elternratstätigkeit). Es wird versucht, in faschistischer Weise Stimmung zu machen (Schlesiger: „Ich befürchte, daß der Vertrauensschwund und die vom Elternrat in den letzten Wochen verursachten Spannungen nicht dazu beitragen werden, den Gesundheitszustand des Kollegiums zu verbessern." Auf deutsch:,Mit Ihrem demokratischen Engagement vergiften Sie das Schulklima'). Es wird massiv mit Drohungen und Einschüchterungen vorgegangen, besonders gegen Schüler und Lehrer. Es wird verdreht, verfälscht, gelogen.

Natürlich wird dies getan, weil die Schulbehörde eine öffentliche Diskussion der staatlichen Bildungspolitik fürchtet, weil die Bilanz dieser Politik für die arbeitende Bevölkerung durch und durch negativ ist. Darüberhinaus ist es allgemein kennzeichnend für die Politik des Imperialismus, die Menschen von jeder selbständigen Interessensvertretung, von jeder aktiven demokratischen Einflußnahme auszuschließen. Nicht einmal die simpelsten „Bürgerrechte" werden der Arbeiterklasse und den anderen unterdrückten Schichten des Volkes zugebilligt, sondern sie können nur im ständigen Kampf und Protest, nur bei unablässiger Wachsamkeit wahrgenommen und verteidigt werden. Diese Erfahrung ist von den Eltern und ihren Vertretern immer wieder gemacht worden. Darin zeigt sich ganz konkret die Richtigkeit der Feststellung, daß der Imperialismus a l l e gesellschaftlichen Bereiche durchdringt, daß er bestimmt ist durch den bedingungslosen Drang nach Macht, durch das Streben nach Unterdrückung und Gewalt und nicht nach Demokratie, durch die Tendenz zur politischen Reaktion auf der g a n z e n Linie.

Schulprobleme stehen nicht im Mittelpunkt der Klassenkämpfe zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse. Dennoch beweist das konzertierte Vorgehen von Senat und Schulbehörde im Verein mit der bürgerlichen Presse und der Reaktion an den Schulen, daß man den Vorgängen im Kerngebiet Altona große Bedeutung beimißt, und daß man sie offensichtlich für gefährlich hält. Das hat seinen Grund in der politischen Orientierung dieser Bewegung, die darin besteht, daß auf breitester Basis Eltern, Schüler, Lehrer und Studenten in den Kampf gegen die Mißstände der Klassenschule einbezogen werden mit einer Zielvorstellung, die sich einzig und allein dem Interesse der arbeitenden Bevölkerung unterordnet.

Elternrat protestiert gegen SSG-Flugblatt

Der Elternrat der Schule Arnkielstraße hat in einem Offenen Brief das SSG-Flugblatt sehr scharf verurteilt. Das angeführte Zitat wurde als provokatorisch gekennzeichnet.

Hierin zeigt sich, wohin der „Jubelökonomismus" dieser Gruppe in seiner Wirkung führt. Die SSG hat keineswegs solidarisch zu dieser Demonstration mobilisiert. Auch sie war nur mit einigen Beobachtern anwesend. Sie geht aber mit dieser Aktion hausieren, um die Richtigkeit ihrer Behauptung zu „beweisen", daß sich die Massen „radikalisieren", daß in letzter Zeit „häufig" und „von jedermann nachprüfbar" die „Massen die Gesetze gebrochen haben, um ihre Interessen durchzusetzen."

Die SSG (bzw. KBW), für die der Schulkampf an der Universität (!) beginnt (Flugblatt, 1.10.73), ist bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit bemüht, ihre opportunistische und unehrliche Haltung zum demokratischen Kampf zu rechtfertigen, daß nämlich Kommunisten „allgemein nicht zum Gesetzesbruch aufrufen", sondern, daß die Massen „spontan", von sich aus, Gesetze brechen und die Kommunisten sich dann „solidarisieren", weil sie „auf der Seite des Volkes stehen". Solche Betrugsmanöver, solche „Tricks" können in der Konsequenz nur zur Diffamierung der Sache führen. Für die Betroffenen ist es nämlich bestimmt keine große Hilfe, sich plötzlich in „kommunistischen" Flugblättern als „Gesetzesbrecher" gefeiert zu sehen. Dahinter zeigt sich der Opportunismus dieser Leute, die dem politischen Kampf selbst keine Ziele setzen, aber „den Massen" irgendwelche Ziele und Methoden unterstellen, die von diesen nach Lage der Dinge gar nicht vertreten werden. Es ist nicht zu verheimlichen, daß eine solche Politik bei allen Phrasen dem Egoismus einer Gruppe entspringt, sich selbst zu beweihräuchern. So wird nichts anderes erreicht, als daß das Mißtrauen der Menschen, am Kampf teilzunehmen, gestärkt wird. Das aber liegt genau im Interesse des Imperialismus.

Es ist nicht möglich, den Arbeitern „die rote Fahne in die Hand zu drücken" – weder mit Gewalt, noch mit List und Tücke. Diese Politik ist vielmehr typisch für diejenigen Studenten, die sich zu (schlechten) Führern der Arbeiterbewegung aufschwingen wollen. Es ist aber möglich, zielstrebig, bewußt und in engster Verbindung mit den Massen darauf hinzuarbeiten, daß die Arbeiterklasse die rote Fahne e r g r e i f t. Das ist der einzige Weg. Denn es gilt nach wie vor: „Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein." ■

Bündniskommission des KB Gruppe Hamburg

Offener Brief

An
die SSG Gruppe Lehrer
p.A. M. Hindemith

Sehr geehrte Frau Hindemith.
Am Donnerstag früh erhielten wir über den Elternrat der Schule Kielortallee eine Kopie ihres Flugblattes „Altonaer Eltern gehen mit ihren Kindern auf die Straße!"

Abgesehen von dem politisch einengenden Grundtenor dieses Flugblattes, das auf unserer Demonstration durch einige Ihrer Leute zur Verteilung gebracht worden sein soll, stellen wir nicht nur einige Ungenauigkeiten in diesen Informationen fest. Sondern glatte Unwahrheiten. „Sie lassen sich gar nicht mehr auf fruchtlosen Briefwechsel mit der Behörde ein. Sie lassen die Schulkonferenz platzen.

Hier werden uns durch Sie nach Art von Agenten und Provokateuren Praktiken unterstellt, die einzig und allein den Zweck verfolgen, den Eltern- und Schülerrat in den Augen der Eltern und Schüler zu diffamieren und die Geschlossenheit an unserer Schule zu brechen. Ihre „revolutionären" Phrasen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Sie sich nicht nur in einer Linie mit der Springerpresse und der Schulbehörde gegen die Schüler und Eltern unserer Schule befinden, sondern deren Geschäfte unter Mißbrauch des Lenin-Emblem mit dem Spruch „Für eine Schule im Dienste des Volkes" erledigen.

Der mildernde Umstand der politischen Dummheit kann für Ihre Gruppe wohl kaum Anwendung finden, da es sich, wie die Erfahrungen zeigen, um eine Grundorientierung handelt. (Siehe Ihr eigenes Beispiel).

9.12.73
Elternrat der Schule Arnkielstr. 2-4

Fälscher am Werk –ein weiteres Beispiel zu unrühmlichen Methoden des KBW in der 'Auseinandersetzung' mit uns–

In der „Kommunistischen Volkszeitung" des KBW vom 5. Dezember ist ein Artikel über eine Demonstration gegen den Militärterror in Griechenland zu lesen, die am 22. November in Hamburg stattgefunden hat. Die „KVZ" schreibt, daß es sich hier um eine „breite gemeinsame Aktion" gehandelt hat, an der, aufgerufen von verschiedenen Organisationen, 2.500 Menschen teilgenommen haben.

Die letzten beiden Absätze dieses Artikels sind unserer Organisation, dem KB, gewidmet und wir wollen sie vollständig zitieren, weil sich ein weiteres Mal zeigt, daß der KBW offensichtlich nicht auf Lügen verzichten kann in der Auseinandersetzung mit anderen Organisationen:

„Genauso wie die DKP isolierte sich der Kommunistische Bund (Nord). Nachdem er sich eine Woche vorher bei der Aktionseinheit gegen den Besuch chilenischer Junta-Freunde beim CDU-Parteitag einfach totgestellt hatte, wollte er diesmal der „erste" sein und führte schon am 20. November eine Demonstration durch, an der sich 500 Menschen beteiligten. Daraufhin erschien er nicht einmal mehr zu den Bündnisgesprächen mit dem Komitee der Griechen.

So hatte sich der Kommunistische Bund (Nord) wiederum selbst isoliert und die KB-Führer mußten am Rande stehen und ihre Mitglieder zählen, die sich in den Demonstrationszug einreihten."

Nun, was ist daran wahr? Genau gesagt: Jeder Satz enthält Lügen und Verdrehungen. Das erste ist, daß der KBW es sich mittlerweile ebenso wie einige andere Gruppen zur Angewohnheit hat werden lassen, die Stärke der Demonstrationen, die von „gegnerischen" Organisationen durchgeführt werden, herunterzuspielen, und die Stärke derjenigen, die er selbst durchführt bzw. wo er beteiligt ist, hochzupolieren. An der Demonstration des KB am 20. November nahmen ca. 7-800 Menschen teil (und nach unserer Zählung waren es bei der Demonstration am 22. November, an der sich auch der KBW beteiligte, höchstens 1.500 bis 1.600). Im Gegensatz zu einigen anderen Gruppen sehen wir überhaupt keinen Grund (und würden das auch für sehr schädlich und arrogant halten), ständig die eigene „Stärke" und „Größe" zu übertreiben. Beeindrucken kann man damit weder Klassenfeind (der sehr genau weiß, wie schwach die Linken in Wirklichkeit sind), noch die Arbeiter –letztere werden durch eine derartige Arroganz eher abgeschreckt, und das zu recht. Ein Bloßes „Zahlen-Hick-Hack" wäre uns auch kein Anlaß zu einer Polemik, aber dies ist auch nur ein Mosaikstein. Es geht hier um mehr, nämlich darum, daß der KBW an die Stelle einer offenen politischen Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung die Methode der Lügen und Verdrehungen gegenüber anderen Organisationen setzt. Sehen wir genauer:

Der KB hatte am Morgen des 19. November damit begonnen, einen Aufruf zur Demonstration am nächsten Tag zu verteilen. Zu diesem Zeitpunkt war uns von keiner anderen Gruppe bekannt, daß sie ebenfalls zu demonstrieren beabsichtigte. Erst am nächsten Tag, also am Tag der von uns vorbereiteten Demonstration, erhielten Genossen von uns ein Flugblatt der SSG/KBW, wo diese zu einer Demonstration am 22. November aufriefen und dem KB „Sektierertum" usw. vorwarfen. Davon, daß angeblich bereits eine „breite Aktionseinheit" gebildet worden sei, wie es auf dem Flugblatt von SSG/KBW hieß, haben wir also nichts gewußt, geschweige denn, daß wir von irgendeiner Seite zu derartigen Gesprächen eingeladen worden wären. Dennoch verbreiteten SSG/KBW in einem weiteren Flugblatt diese Lüge wörtlich:

„(Der KB) ignorierte die Einladung und veranstaltete am Dienstag eine eigene Demonstration mit ca. 500 Teilnehmern. Wir halten dies für sektiererisch und spalterisch, weil ohne ersichtlichen Grund Menschen vom Protest gegen die Junta und der Solidarität mit dem griechischen Volk abgehalten werden."

Die „KVZ" behauptet in diesem Zusammenhang weiter, daß der KB sich auch „bei der Aktionseinheit gegen den Besuch chilenischer Junta-Freunde beim CDU-Parteitag einfach totgestellt hatte". Tatsache ist, daß Genossen von uns an Gesprächen u.a. mit der SSG/KBW teilgenommen haben und uns von dieser Seite völlig unzumutbare Bedingungen für eine Teilnahme gestellt wurden. Wir sollten zuerst die hirnrissigen Jubeleien des KBW unterschreiben (was dies meint, ist im AK 34 nachzulesen: Chile und die Qual des Jubelökonomismus). Eine Rede für die Kundgebung wurde uns natürlich nicht zugestanden. Interesse hatten SSG/KBW lediglich daran, daß wir die Zuhörer für ihre Redner mobilisieren (schließlich wissen sie, wenn das in ihrer Presse auch anders zu lesen ist, daß der KB in Hamburg „keine unbedeutende Kraft" innerhalb der Linken ist). Es ist klar, daß wir derartiges nicht verantworten konnten.

Im übrigen bestand die „Aktionseinheit" bei dieser Demonstration im wesentlichen auch nur aus KBW-Genossen, die aus einer ganzen Reihe von Städten nach Hamburg gekarrt wurden – was sich dann ja „nationale Demonstration" nennt. Daß der KB sich dennoch nicht „einfach totgestellt" hat, weiß die „KVZ" natürlich sehr wohl: Auf dem Versammlungsplatz der Demonstration diskutierten zahlreiche Genossen von uns mit KBW-Genossen über die Einschätzung der Situation in Chile und über die Differenzen zwischen unseren Organisationen. Dazu wurde ein Flugblatt von uns verteilt. Offensichtlich hat die „KVZ" ein Interesse daran, unser Bemühen um eine offene Diskussion zu verheimlichen. Sie wissen natürlich, daß sie dabei mit ihren Positionen und Verleumdungen nicht mehr sehr weit kämen – und das ist ja wohl auch der Grund, weshalb die „KVZ" ihre Spalten bislang noch nie für eine politische Auseinandersetzung geöffnet hat (wohl aber, wie wir sehen, hin und wieder für saublöde Lügen).

Auch mit der „breiten Aktionseinheit" bei der Griechenland-Demonstration am 22. November hat es so seine Bewandtnis. Tatsächlich hat der KBW auch hier mächtig aufgetrumpft, aber wenig sich um Ehrlichkeit bemüht. Das Flugblatt von SSG/KBW (und auch die „KVZ") nennen eine ganze Reihe von Organisationen, die angeblich diese Aktionseinheit gebildet hätten: vom KBW über „KPD" usw. bis hin zu Amnesty International, den Jungsozialisten, Jungdemokraten, MSB und DKP. Wie Genossen von uns bei der Versammlung zur Demonstration am 22. November erfuhren (die KB-Führer, die angeblich laut „KVZ" deswegen gekommen waren, um „ihre Mitglieder zu zählen, die sich in den Demonstrationszug einreihten"), hat es eine solche Aktionseinheit im eigentlichen Sinn gar nicht gegeben. Sondern es handelte sich darum, daß verschiedene Organisationen mehr unabhängig voneinander zu dieser Demonstration aufriefen; und im Falle von SSG/KBW muß man wohl von einem Anhängen an diese Demonstration sprechen, um nachher sagen zu können: Seht mal, bei uns waren es 2.500. Wir sagen damit nicht, daß es schlecht ist, wenn verschiedene Organisationen unabhängig voneinander zur Teilnahme an ein und derselben Demonstration aufrufen. Im Gegenteil. Aber derartiges als „Aktionseinheit" zu bezeichnen, die ja normalerweise auf erzielte und klar umrissene Übereinstimmungen aufbaut, ist natürlich hochgestochen und, genau genommen, Etikettenschwindel.

Aber der Zweck heiligt bekanntlich die Mittel – und für SSG/KBW war es wieder einmal das wichtigste Anliegen, dem KB eins „auszuwischen". Wenn sich dann hinterher entpuppte, wie aus der „KVZ" ja selbst hervorgeht, daß es tatsächlich keine „Aktionseinheit" beispielsweise mit der DKP gab (wie SSG/KBW am Tag unserer Demonstration noch großspurig verkündeten), was soll's? ! Die bürgerliche Presse macht auch nicht viel Aufhebens darum, ihre sensationslüsternen Schlagzeilen mit gleicher Energie zu korrigieren, wenn die Übertreibung schließlich irgendwo bekannt wird. Sie vertraut da ganz auf die Wirkung des „Aufmachers" am ersten Tag der „Neuigkeit".

Der Nachteil für den KBW dabei ist nur, daß er damit zumindest in Hamburg nicht so recht landen kann, weil er hier nicht über das Maß an Einfluß verfügt, den ja schließlich auch eine Sensationsnachricht zu ihrer nachträglichen Absicherung braucht. Auf dem Flugblatt von SSG/KBW war u.a. auch der „Ring bündischer Jugend" (RBJ) als Teilnehmer der „breiten Aktionseinheit" (mit dem KBW) genannt. Die „KVZ" erwähnt dies nicht mehr – und das hat seinen Grund:

SSG/KBW hatten den Namen dieser Organisation völlig eigenmächtig und bewußt genannt, um Verwirrung bei Genossen des KB zu stiften, da bekannt ist, daß der RBJ sich schon häufiger an antifaschistischen und antiimperialistischen Aktionen gemeinsam mit uns beteiligt hat, so auch bei der Griechenland-Demonstration des KB am 20. November. Auf der dortigen Kundgebung nannte ein Vertreter des RBJ die Erwähnung des Namens seiner Organisation auf dem SSG/KBW-Flugblatt eine Fälschung, die auf die schmutzigen Methoden dieser Gruppierung gegenüber anderen Organisationen hinweist. Und dies ist ja auch nicht das erste Mal, daß der KBW sich derartiger Methoden bedient –und dabei entlarvt wird.

Die Neapolitaner haben für solche Dinge, wie sie der KBW an den Tag legt, ein sehr treffendes Sprichwort:

La coda di paglia subito s'appiccia – Der Strohschwanz geht sofort in Flammen auf! ■

Tiefer und tiefer

Schon in der Vergangenheit hat sich der KBW nicht gescheut, T a t s a c h e n zu verfälschen bzw. Dinge zu erfinden, wie etwa den „Linksrutsch" bei den letzten Wahlen in Israel (vgl. AK 35, S. 23).

Jetzt hat der KBW – unseres Wissens erstmalig – seine Künste auch an L e n i n versucht: durch geschickte „Kosmetik" wurde ein Lenin-Zitat so verfälscht, daß es genau den entgegengesetzten Sinn erhält.

Wir bringen hier links das Originalzitat Lenins und rechts die „Bearbeitung"
wir bringen hier links das Originalzitat Lenins und rechts die „Bearbeitung"
durch den KBW in der ersten Nummer von dessen „theoretischer" (!!) Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf" (S. 68). Drei wesentliche Satzteile sind schlicht a u s g e l a s s e n worden. Um das ganze zu „vervollständigen", wurde aus Lenins Konjunktiv „ b l i e b e " durch eine kleine Operation (Amputation eines „e") ein „blieb" gemacht.

Original

(Lenin, Werke Bd. 4, S. 322):

Was die Verteilung der von uns ins Auge gefaßten Themen und Fragen zwischen Zeitschrift und Zeitung betrifft, so wird diese Verteilung ausschließlich durch den unterschiedlichen Umfang dieser Organe sowie durch die Verschiedenheit ihres Charakters bestimmt werden: die Zeitschrift soll vorwiegend der Propaganda, die Zeitung vorwiegend der Agitation dienen. Aber sowohl in der Zeitschrift als auch in der Zeitung müssen sich alle Seiten der Bewegung widerspiegeln, und besonders betonen möchten wir, daß wir den Plan ablehnen, wonach die Arbeiterzeitung ausschließlich das veröffentlichen soll, was die spontane Arbeiterbewegung unmittelbar und am nächsten berührt, während dem Organ für die Intellektuellen alles überlassen bliebe, was ins Gebiet der Theorie des Sozialismus, ins Gebiet der Wissenschaft, der Politik, der mit der Parteiorganisation zusammenhängenden Fragen usw. fällt. Im Gegenteil, notwendig ist gerade die Verbindung aller konkreten Tatsachen und Erscheinungsformen der Arbeiterbewegung mit den erwähnten Fragen, notwendig ist die Beleuchtung jeder einzelnen Tatsache durch die Theorie, notwendig ist die Propagierung der politischen und parteiorganisatorischen Fragen in den breitesten Massen der Arbeiterklasse.

Fälschung

(aus „Kommunismus und Klassenkampf", S. 68)

Im propagandistischen Teil müssen auch Analysen, Materialien, Hinweise und Mitteilungen veröffentlicht werden. An dieser Stelle taucht bestimmt die Frage der Verhältnismäßigkeit von propagandistischen Artikeln im Zentralorgan und ebensolchen im theoretischen Organ auf. In seinem Entwurf einer Ankündigung der Redaktion definiert Lenin den Unterschied folgendermaßen:

„Die Zeitschrift soll vorwiegend der Propaganda, die Zeitung vorwiegend der Agitation dienen. Aber sowohl in der Zeitung als auch in der Zeitschrift müssen sich alle Seiten der Bewegung widerspiegeln, und besonders betonen möchten wir, was die spontane Arbeiterbewegung unmittelbar am nächsten berührt, während dem Organ für die Intellektuellen alles überlassen blieb, was ins Gebiet der Wissenschaft, der Politik, der mit der Parteiorganisation zusammenhängenden Fragen usw. fällt. Im Gegenteil, notwendig ist die Beleuchtung jeder einzelnen Tatsache durch die Theorie, notwendig ist die Propagierung der politischen und parteiorganisatorischen Fragen in den breitesten Massen der Arbeiterklasse ..." (BD. 4, S. 323)

Hier haben wir es noch einmal klar und deutlich. Die Zeitung soll vorwiegend der Agitation dienen.

Das ist unseres Wissens – wir lassen uns da gern belehren – die bisher schamloseste und dreisteste Fälschung in der neueren „kommunistischen" Bewegung. Selbst die DKP verfälscht zwar ständig den S i n n der leninschen Politik, aber sie ist – wiederum unseres Wissens, wohlgemerkt – bisher nicht so weit gegangen, direkt gefälschte Zitate auf den Markt zu werfen.

Der Sinn der KBW-Fälschung liegt auf der Hand: die leninsche Zeitungskonzeption, eine Zeitung nämlich, die sich n i c h t darauf beschränkt, die spontane Arbeiterbewegung breitzutreten – diese leninsche Konzeption wird vom KBW – jetzt also unter betrügerischer Berufung auf die Autorität Lenins !! – in ihr ökonomistisches Gegenteil verdreht.

Von diesen politischen Betrügern ist offenbar wirklich a l l e s zu erwarten – nur keine ehrliche, kommunistische Politik! ■

Frankfurt:

✱ ✩ ✱ ✩ ✱ 'Festliche Veranstaltung' ✱ ✩ ✱ ✩ ✱

– der KBW stellt sich vor –

Am 23.11.73 führte die „Ortsgruppe Frankfurt des KBW" (früher: KG) aus Anlaß ihrer Gründung, nach eigenen Worten, eine „festliche Veranstaltung" durch.

Zunächst legte ein Mitglied des „ZK" die Einschätzung des KBW zu den gegenwärtigen Klassenkämpfen im Weltmaßstab dar:

„In Chile herrscht eine Orgie des Profits und der Unterdrückung. Aber die Niederlagen der Arbeiterbewegung beinhalten Keime des Sieges. Das Volk wird den richtigen Weg einschlagen – zur bewaffneten Volksmacht . . . In Griechenland ist das System schwer angeschlagen, es wankt, seine Tage sind gezählt . . ." usw.

Was soll man sich auch mit solchen „Kleinigkeiten" aufhalten, daß sowohl das chilenische – als auch das griechische – Volk gegenwärtig unter der Knute des Faschismus einen Kampf unter schwierigsten Bedingungen zu führen hat, daß die Arbeiterklasse in diesen Ländern vor Problemen steht, ohne deren Lösung sie keinen Zoll vorwärts kommen wird? Nach wie vor lehnt der KBW es ab, die Klassenkämpfe in anderen Ländern konkret zu analysieren und die Diskussion über die Probleme der Arbeiterklasse in diesen Ländern zu führen, nicht zuletzt, um daraus Schlußfolgerungen für den Klassenkampf im eigenen Land zu ziehen. Schließlich ist die „Haupttendenz in der Welt Revolution", was soll man sich da wohl noch mit Einzelheiten aufhalten.

Daß dies in der BRD nicht viel anders sein kann, „bewies" der KBW in seinem nächsten Referat:

„Die Chinesen besitzen eine große Autorität für die westdeutschen Volksmassen. Was Stillstand (? !) und wo Resignation herrschte, da brechen jetzt die Kräfte in der BRD auf. In den letzten Kämpfen konnten sich die Arbeiter zur Wehr setzen." Wiederholt wurde hervorgehoben, daß der wirtschaftliche Kampf die Schule des Klassenkampfs ist. **Was allerdings die KBW-Führer dieser Schule an Lehrmaterial anzubieten haben, wurde, abgesehen vom großen Latrinum (Haupttendenz . . ., Aufschwung . . . usw.) nicht bekannt.**

Auch eine Darstellung der Lage in Frankfurt fehlte nicht. Im Mittelpunkt standen dabei natürlich die „Erfolge" des KBW. *„Beim Streik bei Adler kam es zu ersten (!) praktischen (!) Aktionen; die Aufbauzelle Adler hatte einen gewissen (?) praktischen (?) Einfluß."* Daß die Adlerkollegen tatsächlich ihre Forderungen nicht haben durchsetzen können, sondern der Betriebsrat nichts als einen faulen Kompromiß aushandelte, behielten die Genossen des ruhmreichen KBW lieber für sich, um das rosige Bild nicht zu trüben. Stattdessen erzählten sie lieber, wieviel Aufbauzellen sie haben, in welch zahlreichen Branchen sie arbeiten oder Genossen beauftragt haben zu arbeiten oder planen zu arbeiten.

Alles ganz im Sinne Kaiser Wilhelms des II: „Wir gehen herrlichen Zeiten entgegen!"

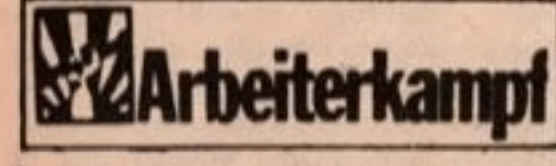
Zur besseren Verdauung dieses Gemischs von Behauptungen und theoretischen Gemeinplätzen streute der KBW zwischen seine Referate musikalische Beiträge (Übrigens, wer gerne singt, ist beim KBW richtig. Er lädt alle Gesangsfreunde zum gemeinsamen Liederabend ein.). Damit der Verdauungsprozeß nicht durch Kritik oder konkrete Fragen gestört werden konnte, wehrte sich der KBW mit Händen und Füßen gegen allzu viel ideologische Auseinandersetzung. So verhinderte er die Diskussion nach jedem einzelnen Referat, – obwohl die Mehrheit der Veranstaltungsbesucher dafür war – mit der Begründung, daß dadurch die im Saal anwesenden Arbeiter überfordert würden.

Zu dumm, daß tatsächlich eine winzige Minderheit von Arbeitern der festlichen Veranstaltung beiwohnte. Offensichtlich wenig vom rosigen Weltbild des KBW beeindruckt, meinte einer von ihnen am Mikrophon, daß er ja der letzte sei, der gegen Kommunisten wäre, aber mit derartigen Veranstaltungen, wie er sie hier gesehen habe, könnten sie bei Arbeitern nichts werden.

Ob da was dran ist ? ? ■

KB/Gruppe Frankfurt





Herausgeber – Druck – Verlag: J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 14.000, Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr. 451 8378 J. Reents und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Der KBW über Griechenland

Der schon zur Organisationstradition gewordene Euphorismus des KBW hat anläßlich der letzten Ereignisse in Griechenland einen neuen Höhenflug unternommen. War es bei der KBW-Berichterstattung zu Chile (siehe AK 35: Chile und die Qual des Jubelökonomismus) noch so, daß die Tatsache eines b e w a f f n e t e n Widerstands gegen den Militärputsch und die Existenz nicht unbedeutender r e v o l u t i o n ä r e r Gruppierungen (wie des MIR) eine gewisse (scheinbare) Begründung für übertriebene Hoffnungen hergeben konnte, so liegt das bei den Ereignissen in Griechenland noch anders. Hier zeigt sich der Widerspruch zwischen der Wirklichkeit auf der einen Seite und den KBW-Frohlockungen auf der anderen Seite in bestimmter Hinsicht noch krasser. Aber es geht auch nicht nur darum, daß die Katze bekanntlich das Mausen nicht läßt. Vielmehr geht es hier um die „praktische Anwendung" falscher Vorstellungen über das Wesen des Faschismus und den antifaschistischen Kampf, die dem KBW bereits vor dessen Gründung von der Heidelberger Hebamme in die Wiege gelegt wurden. Wir haben uns seinerzeit bereits ausführlich damit auseinandergesetzt (ein Teil unserer damaligen Artikel ist in der Broschüre „Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft nachgedruckt worden) – aber die Wichtigkeit dieser Fragen ist uns Grund genug, diese Auseinandersetzung gerade anhand der konkreten Entwicklung in verschiedenen Ländern weiterzuführen.

Die „Kommunistische Volkszeitung", Zentralorgan des KBW, hat die jüngsten antifaschistischen Massenkämpfe in Griechenland und deren blutige Niederschlagung in zwei Artikeln ihrer Ausgaben vom 22. November und vom 5. Dezember kommentiert: „Das Regime wankt" und „Machtwechsel rettet nicht das Regime".

In diesen Artikeln (also vor und nach dem Figurenaustausch in der Junta) finden sich u.a. folgende „Einschätzungen":

„Das faschistische Regime in Griechenland ist erschüttert" („KVZ" 7); *„Der Versuch von Papadopoulos, sein Regime politisch zu stabilisieren, ist gescheitert."* („KVZ" 7)

„Das Regime von Papadopoulos wird sich sicherlich nicht noch einmal festigen. Dagegen spricht schon allein die miserable wirtschaftliche Lage mit einer galoppierenden Teuerung. Vor allem aber spricht dagegen die tiefe Unzufriedenheit der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen mit ihrem Zustand der Unfreiheit und Unterdrückung, in dem sie durch das Regime gehalten werden." („KVZ" 7)

„Kein faschistisches Regime kann heute der Herrschaft der Bourgeoisie und des Imperialismus politische Stabilität verleihen – weder in Griechenland, noch in Chile, Spanien, Portugal, der Türkei oder anderswo." („KVZ" 7)

„Der Machtwechsel (von Papadopolous auf Gizikis usw.; AK-Red.) *zeigt die Erschütterung des Regimes."* („KVZ" 8)

„In einer solchen Situation (aufgezählt werden: steigende Lebenshaltungskosten, Staatsverschuldung, passive Handelsbilanz usw.; AK-Red.) *wird es auch der neuen Regierung nicht gelingen, sich zu stabilisieren."* („KVZ" 8)

Sagen wir es gleich: Es war nicht zu erwarten, daß die „KVZ" ausnahmsweise mal im „Fall Griechenland" mit einer realistischen Einschätzung der dortigen Entwicklung aufwartet. Von daher eigentlich nichts besonders Hervorstechendes. Daß es überall auf der Welt mit der Revolution schnurstracks bergauf und mit dem Imperialismus schnurstracks bergab geht, dürfte für einen „KVZ"-Leser schon keine weltbewegende Neuigkeit mehr sein. Aber finden sich hier nicht dennoch einige „Neuigkeiten", die die Mühe einer genaueren Betrachtung lohnen?

Die Entwicklung in Griechenland

Was ist in Griechenland geschehen? In Griechenland wurde 1967 ein faschistisches Regime an die Macht gebracht, mit Hilfe und unter direkter Regieführung des US-Imperialismus. Auf diese Weise sollte eine sich entwickelnde antiimperialistische und revolutionäre Bewegung des Volkes ausgelöscht werden, noch bevor sie zu einem „unlösbaren Problem" für den Imperialismus geworden wäre. Die besondere „Notwendigkeit" für einen Militärputsch ergab sich für den US-Imperialismus nicht zuletzt aus der strategischen Bedeutung, die Griechenland (zusammen mit Israel und dem Iran) für die Kontrolle des östlichen Mittelmeerraums hat. Verhaftungen, Folter, Mord und Terror waren fortan die Regierungsform des Imperialismus (und der einheimischen Bourgeoisie) in Griechenland. Die Kämpfe des Volkes wurden in einem erheblichen Ausmaß zurückgeworfen und geknebelt. Aber es zeigte sich auch, daß der Faschismus die Forderungen nach Freiheit für das Volk nicht völlig zum Verstummen bringen konnte. Nach rund sechs Jahren faschistischer Terrorherrschaft kam es erstmals wieder zu größeren Massenkämpfen (nachdem es zuvor schon mehr vereinzelte Kampfaktionen gegeben hatte). Diese Kämpfe wurden anfangs wesentlich von Studenten getragen; dann jedoch stießen mehr und mehr Arbeiter hinzu, vor allem Bauarbeiter. Man konnte nicht erwarten, daß diese Bewegung bereits greifbare Erfolge, möglicherweise gar den Sturz des Faschismus bringen könnte. Das schmälert absolut nichts an der Bedeutung dieser Kämpfe und an dem Heldenmut, der in ihnen lebte, sondern bezeichnet ihren noch begrenzten Horizont und die ungenügenden Mittel, die den kämpfenden Arbeitern, Bauern und Studenten zur Verfügung standen. Zu Tausenden und Zehntausenden stellten sie sich den Panzern des Militärs entgegen, unbewaffnet und den Ruf nach Freiheit und Demokratie auf den Lippen. Sie verfügten (und verfügen auch jetzt) noch nicht über eine revolutionäre Führung in ihrem Kampf, und kaum sogar über eine nach den Pinzipien der Aktionseinheit gebildete Zentrale des Widerstands. Den größten Einfluß unter den kampfwilligen Arbeitern haben gegenwärtig zweifellos noch die Reformisten unterschiedlicher Organisationszugehörigkeit, die im wesentlichen auf eine waffenlose Beseitigung des Faschismus und auf die „Wiederherstellung der (bürgerlichen) Demokratie" orientieren. Was aber ein bedeutendes Zeichen dieser Kämpfe der letzten Wochen ist: Sie haben den „Demokratisierungs"-Schwindel entlarvt und durchkreuzt, den das Papadopoulos-Regime mit der Einsetzung eines „zivilen Kabinetts", der Ankündigung (schein-demokratischer) Wahlen usw. in der letzten Zeit betrieben hatte. Dieser „Demokratisierungs"-Schwindel sollte nämlich am Wesen der beibehaltenen faschistischen Herrschaft nichts ändern, sondern war reine Fassandenpolitur.

Dem hat der Faschismus jetzt selbst ein Ende bereitet, in einer Weise, wie es eben seinem Wesen entspricht. Zunächst wurden die Demonstrationen großer Teile des Volkes mit äußerster Brutalität niedergeschlagen und ein Blutbad angerichtet, dem mindestens 200 Menschen zum Opfer fielen. Dann wurde die Gallionsfigur Papadopoulos, die den wachsenden Haß des Volkes auf sich gezogen hatte, durch die Figuren Gizikis, Androutsopoulos und Ioannides ausgetauscht. Das wurde als „unblutiger Militärputsch" ausgegeben.

„Erschütterung des Regimes" oder „Stabilisierung"?

Diesen sogenannten Machtwechsel mit dem voraufgegangenen Militärterror dann gar als ein Zeichen der „Erschütterung des Regimes" zu werten, freudebringend zu verkündigen, daß es „auch der neuen Regierung nicht gelingen (wird), sich zu stabilisieren", usw. – das alles hat mit einer realistischen (oder wenn ihr lieber wollt: materialistischen) Einschätzung der Ereignisse schon absolut nichts zu tun. Es ist nicht zu übersehen, daß sich das faschistische Regime nach den Massenkämpfen der letzten Wochen bereits wieder stabilisiert h a t, wenn wir keine Sophisterei, sondern Politik betreiben wollen. V o r l ä u f i g ist es dem Regime gelungen, die Massenkämpfe n i e d e r z u s c h l a g e n. Was anderes sollten wir sonst mit „Stabilisierung" oder „Nicht-Stabilisierung" ausdrücken, wenn nicht eine Beantwortung der Frage, ob die antifaschistische Massenbewegung (mit Terror und Betrug) gegenwärtig z u r ü c k g e d r ä n g t werden konnte oder nicht? Daß diese Kämpfe mit Sicherheit in irgendeinem Zeitraum wieder aufleben werden (und hoffentlich dann bereits einen größeren Erfolg erbringen), ist eine ganz andere Frage und hat nichts damit zu tun, wie die aktuelle Situation, die nach den letzten Kämpfen vorliegt, nun aussieht.

Die „KVZ" stellt hier sogar die p r i n z i p i e l l e Behauptung auf, daß „kein faschistisches Regime ..,.. heute der Herrschaft der Bourgeoisie und des Imperialismus politische Stabilität verleihen" kann. Das kann man kaum mit Unkenntnis der „KVZ"-Redaktion erklären, sondern hier muß eindeutig von bewußter Irreführung gesprochen werden. In Spanien herrscht der Faschismus seit nunmehr 34 Jahren – und es gibt absolut noch keine Anzeichen dafür, daß es bereits in kürzerer Zeit gestürzt werden könnte. In Indonesien wurde 1965 ein faschistisches Regime errichtet, in der Türkei 1971, in Chile in diesem Jahr; und dies sind, wie bekannt ist, nur einige wenige Beispiele. Und in keinem dieser Länder ist gegenwärtig ein Ende der faschistischen Herrschaft schon konkret absehbar. Überhaupt ist daran zu erinnern, daß einige Länder in Osteuropa und Italien bislang die einzigen Beispiele in der gesamten Geschichte sind, wo der Faschismus wesentlich (nicht ausschließlich) durch die Kämpfe der Arbeiter und des Volkes im eigenen Land gestürzt werden konnte. In Deutschland dagegen ist der Sturz des Faschismus ausschließlich ein Ergebnis seiner Kriegsniederlage gewesen. Insgesamt hat sich der Faschismus damit bislang als ziemlich „stabil" für die Bourgeoisie erwiesen – und das ist heute noch nicht anders.

DAS REGIME WANKT ???

Diese Tatsache ist vom KBW (bzw. vor kurzem noch: dem NRF) bereits früher geleugnet worden. Für die KBW/NRF-„Theoretiker" war der Faschismus stets der „letzte Ausweg" der Bourgeoisie – die alleinige Verkörperung der „Schwäche" der herrschenden Klasse. Zweifellos hat hier nie eine tatsächliche wissenschaftliche Analyse zugrundegelegen. So ist auch das Wesen des Faschismus von diesen „Theoretikern" nie begriffen worden (bzw., was wohl richtiger ist: es wurde bewußt darüber hinweggeredet).

Der Faschismus ist die offene und brutale Terrorherrschaft der Bourgeoisie, die nicht nur auf eine politisch-ideologische Bindung des Bewußtseins der Arbeiterklasse an den Kapitalismus abzielt, sondern die direkt die physische Ausschaltung und Liquidierung der bewußtesten Teile der Arbeiterklasse (und darüberhinaus vieler konsequenter Demokraten) zu vernichten sucht, liegt gerade die besondere „Stabilisierung", die er der Herrschaft der Bourgeoisie zunächst auf mehrere Jahre hinaus – und eventuell sogar, wie in Spanien, auf mehrere Jahrzehnte hinaus – verleiht. Der Kampf gegen den Faschismus ist deswegen auch nicht nur ein rein taktisches, sondern ein strategisches Problem der Arbeiterbewegung.

Kampf gegen das Militär mit „Streik"?

Es ist demzufolge auch völlig unsinnig anzunehmen (und dies läßt sich auch durch kein einziges Beispiel aus der bisherigen Geschichte belegen), daß ein faschistisches Regime bereits durch eine „miserable wirtschaftliche Lage" zu „erschüttern" sei (mal ganz abgesehen davon, daß die „KVZ" hier galant über die Klassenfrage hinweghuscht: daß nämlich die wirtschaftliche Lage, auch in Griechenland, wohl hauptsächlich für das Volk miserabel ist, und nicht für die griechische Bourgeoisie oder gar für den am griechischen Faschismus profitierenden Imperialismus). Ebensowenig wird ein faschistisches Regime bereits durch die bloße „Unzufriedenheit" des Volkes „erschüttert", auch nicht, wenn es schon eine „tiefe Unzufriedenheit" ist. Wo es Unzufriedenheit gibt, und besonders wo diese Unterdrückung offen terroristisch ist, da gibt es natürlich immer eine tiefe Unzufriedenheit des Volkes mit seiner Lage. Das wissen auch die Imperialisten – und sie wissen in dieser Frage auch mehr als die „KVZ": daß diese Unzufriedenheit solange noch nicht zu einer akuten Gefahr für die Bourgeoisie („Erschütterung des Regimes") wird, wie sie noch nicht über die materiellen Mittel eines erfolgbringenden Kampfes verfügt: Organisaiton, revolutionäre Führung und Bewaffnung. Wenn die „KVZ" beispielsweise selbst schreibt, daß in Griechenland „eine klare Führung" n o c h f e h l t, dann kann man daraus doch nur schlußfolgern, daß dies für eine „Erschütterung des faschistischen Regimes" (die angeblich ja schon b e s t e h t) nach Meinung der „KVZ" auch nicht nötig ist – sondern nur für einen „umfassenden Sieg der Arbeiterklasse und des Volkes", wie es heißt. Eine solche Unterscheidung ist völlig unsinnig. Sie würdigt die Rolle einer revolutionären Führung auf dem ganzen Weg des Kampfes bis hin zu diesem Sieg herab – und läßt überhaupt die Bestimmung dieses Weges völlig im Dunkeln.

Es ist aber nicht so, daß die „KVZ" nun überhaupt nichts über diesen Weg zu sagen wüßte. Sie weiß sogar sehr erstaunliche Dinge: *„Über den weiteren Verlauf der Kämpfe wird entscheiden, ob die Arbeiter den begonnenen Kampf fortsetzen und in den Streik treten."* – so heißt es in Nr. 7 vom 22. November, nachdem das Militär bereits ein großes Blutbad unter den Arbeitern und Studenten angerichtet und unzählige von ihnen verhaftet hat. Was ist nach Meinung der „KVZ" die richtige Aktion der Arbeiter, die sogar über den weiteren Verlauf der Kämpfe (gegen den Faschismus! gegen das Militär!) „entscheiden wird"? In den Streik treten!! Für diese Empfehlung hätte die „KVZ" eigentlich nebst der DKP eine Bescheinigung der „Treue zum Grundgesetz" durch das Bundesverfassungsgericht verdient.

Ob man in den Redaktionsstuben des KBW schon einmal auf den Gedanken gekommen ist, daß das faschistische Regime einen Streik ohne irgendwelche Anflüge von „Gewissensbissen" gegebenenfalls blutig auseinanderschießen würde? Und was sollten die Arbeiter d e m dann entgegensetzen ? ?

Der Faschismus, der die Arbeiterklasse und das gesamte Volk sämtlicher demokratischer Rechte beraubt und sie unter die Bajonette und Panzer des Militärs stellt, kann nicht anders als im b e w a f f n e t e n K a m p f niedergerungen werden. Das ist es, was „über den weiteren Verlauf der Kämpfe entscheiden wird". Die Situation unter einer faschistischen Herrschaft ist eben so, daß der bewaffnete Kampf auch dann schon auf die Tagesordnung gesetzt wird (von der herrschenden Klasse), wenn große Teile des Volkes selbst noch nicht aktiv daran teilnehmen. Daß es heute in Griechenland noch keinen bewaffneten Kampf der Widerstandsorganisationen gibt, der die Arbeiter, Bauern und Studenten Schritt um Schritt in die Reihen der revolutionären Kämpfer mit einreiht, ist eindeutig ein M a n g e l des griechischen Widerstands und geht auf den beherrschenden Einfluß der Reformisten darin zurück. Wenn die „KVZ" zwar am Ende ihres Artikels in der Nr. 8 (und dort an der einzigen Stelle) die „Errichtung der bewaffneten Volksmacht unter Führung der Arbeiterklasse" als großartige Perspektive ausgibt, aber über die nächsten Schritte nichts weiter als „in den Streik treten" empfiehlt, dann ist das erstere nichts weiter als eine billige seminarmarxistische Phrase.

Aber von jemandem, der das Wesen der faschistischen Herrschaft der Bourgeoisie nicht begriffen hat, kann man auch nicht erwarten, daß er etwas richtiges zum K a m p f gegen den Faschismus sagt. ■

Freiheit für die Konterrevolution?

Anmerkungen zur Kampagne um Solschenizyn & Co.

Um die „oppositionellen Intellektuellen" der Sowjetunion, Solschenizyn, Sacharow, Maximow & Co. ist es in den letzten Wochen in der bürgerlichen Presse wieder ruhiger geworden, nachdem sie vor allem in den Monaten August und September schier unerschöpflichen Stoff für eine stupide anti-kommunistische Kampagne abgegeben hatten.

Bemerkenswert ist, daß sich in diese Kampagne sogar ein Mann wie Heinrich Böll einreihte, der wahrhaftig schon klarere Tage hatte, die ihm allerdings auch nicht entfernt denselben Beifall von bürgerlicher Seite eingebracht haben wie jetzt sein Eintreten für die „oppositionellen Intellektuellen" in der Sowjetunion. Und sogar der zweifellos linke und ehrenwerte Schriftsteller Erich Fried schrieb in einem Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau": „Man muß mit Solschenizyn oder Sacharow übrigens weder weltanschaulich noch taktisch übereinstimmen, um ihre Sorgen oder einige von ihnen zu teilen." (FR, 13.9.73)

Beträchtliche Konfusion scheint die Kampagne der Bourgeoisie in Sachen Solschenizyn & Co. in einigen linken, nicht-revisionistischen Organisationen im Ausland ausgelöst zu haben. So scheinen z.B. die italienischen Organisationen „manifesto" und „avanguardia operaia" die Herren Solschenizyn, Sacharow & Co. mit einer „demokratischen Opposition" in der Sowjetunion verwechselt zu haben. Selbst die ansonsten gegenüber der Sowjetunion nicht allzu kritikfreudige revisionistische Partei (PCI) nahm eine „Abgreuzung" von der KPdSU vor: „Kritik gegenüber Handlungen und Methoden, die die Freiheit der Kultur treffen und die politische Diskussion einengen" („l'Unita", 20.9.73).

Stellen Solschenizyn, Sacharow & Co. eine demokratische Opposition in der Sowjetunion dar? Dies läßt sich leicht feststellen, wenn man ihre e i g e n e n Äußerungen betrachtet.

Sie alle reden viel von „offener Gesellschaft", „freie Meinungsäußerung", „Demokratisierung", „Recht auf freie Information" (Stichworte aus einem Interview Sacharows mit dem „Spiegel", 38/73). Andererseits kann man nicht verkennen, daß buchstäblich in k e i n e m der überaus zahlreichen Interviews, die diese Leute in den letzten Monaten ungehindert geben konnten, etwas über die A r b e i t e r - klasse gesagt wird, daß etwas über deren Probleme gesagt würde. Dies macht klar, w o f ü r die „Opposition" „freie Meinungsäußerung" fordert, nämlich für b ü r g e r l i c h e Kritik am Gesellschaftssystem der Sowjetunion. Keiner dieser „Oppositionellen", der nicht mehr oder weniger offen den Sozialismus ablehnt.

Sacharow z.B. sagt: *„Ich bin skeptisch dem Sozialismus gegenüber! Ich finde nicht, daß der Sozialismus uns auf theoretischer Ebene für eine bessere Organisation der Gesellschaft etwas Neues gegeben hat."* Der Sozialismus bedeute „maximale Unfreiheit" und „maximale ideologische Unbeweglichkeit". (Interview mit dem schwedischen Fernsehen; in „Spiegel" 28/73)

Und an anderer Stelle des selben Interviews: **„Ich bin Anhänger schrittweiser Änderungen"** – in der Sowjetunion, versteht sich, und natürlich in Richtung Kapitalismus. Zuerst sei es erforderlich, **„die ideologische Besessenheit der Gesellschaft zu liquidieren"**. Und dann die Katze voll aus dem Sack: *„Die Rolle der Intelligenzija ist in der Gesellschaft in sinnloser Weise unterdrückt worden. Die Intellektuellen sind materiell schlecht gestellt,* **keineswegs sehr viel besser als die körperlich Arbeitenden ..."**

Dabei darf man Sacharow getrost als einen relativ „liberalen" Vertreter der antisozialistischen „Opposition" ansehen, der zumindest aus taktischen Gründen kein zu grobes Geschütz auffährt.

Anders z.B. sein Freund Maximow, ein „Schriftsteller", der an Böll schrieb: *„Heute überreicht man armseligen Verfechtern eines neuen München, die sich große Politiker zu sein dünken, bereits Nobel-Friedenspreise."* (Er meint natürlich Brandt, und nicht etwa Kissinger – Anm. AK) *„Der Allmächtige allein weiß, welchen Blutzoll wir für die Teufelsspiele der Halbkönner der Diplomatie von heute werden zahlen müssen,* **ein Platz auf der Anklagebank des zweiten Nürnbergs ist ihnen zweifellos gewiß."** (laut „Spiegel", 36/73) – Ob der „Bayernkurier" der CSU wagen würde, so etwas zu schreiben? In der Sowjetunion, wo die „Intellektuellen unterdrückt" werden, ist so etwas möglich. Leider, um es deutlich zu sagen.

Was sagt Sacharow, als er in einem Interview mit dem „Spiegel" auf diese Äußerung von Maximow angesprochen wird? Er habe sich über Maximows Äußerung wegen deren „Mißverständlichkeit" (!) geärgert; jedoch müsse man verstehen, daß Maximow „zur Zeit großen Kummer" habe. („Spiegl", 38/73)

Maximow selbst sagte dem „Spiegel" zu dieser Äußerung: „ ... Sie haben das ziemlich eng ausgelegt. Ich dachte an mehrere derartige Politiker ..." (38/73)

Als in Chile der faschistische Terror wütet, schreiben Sacharow, Maximow und der „Schriftsteller" Alexander Galitsch einen freundlichen Brief an die Junta, in dem sie sich für den Dichter Pablo Neruda einsetzen: *„Der Verlust dieses großen Mannes würde auf lange Zeit die* **Ära der Wiedergeburt und Konsolidierung** *verdunkeln, die ihre Regierung versprochen hat."* („FR", 22.9.73)

Kann man das noch „mißverstehen"? Es ist offensichtlich, daß ein Großteil dieser „Opposition" mit den chilenischen Faschisten politisch eng verwandt ist. Auch die sowjetische Opposition will ja, ebenso wie die Junta in Chile, jede Spur von Sozialismus auslöschen – der eine „schrittweise" (Sacharow), andere bekennen sich offen zur konterrevolutionären Gewalt.

Die „Bild am Sonntag" machte z.B. im Oktober ein Interview mit Andrej Dubrow, der vor einiger Zeit mit Einreisedokumenten für Israel die Sowjetunion verlassen hat. Dubrow scheint ein recht guter Kenner der „oppositionellen" Scene in der Sowjetunion zu sein; der „Spiegel" druckte in Nr. 44/73 einen Artikel von ihm ab. Dubrow war nach eigenen Angaben Mitarbeiter einer „Untergrundzeitung" der sowjetischen „Opposition". Dubrow sagte der „BamS":

„Es gibt Untergrundkämpfer, die Verbindung zu Sympathisanten in der Armee haben. Auf diese Weise sollen schon jetzt einzelne Mitglieder des Widerstands mit leichten Waffen – vor allem Pistolen – ausgerüstet worden sein. Dubrow: **'Wenn die Zeit reif ist, werden meine Freunde jederzeit Gewehre, Munition und Granaten erhalten'."**

Als Heinrich Böll am ihn umtosenden Beifall der Bourgeoisie zu merken begann, in welch feine Gesellschaft er sich aus freiem Willen begeben hatte, sprach er von „falschen Brüdern", die man sich ja nicht aussuchen könne. Nun, Böll hat sicher den Beifall der Springerpresse nicht gewollt und als eine Beleidigung seiner Person empfunden – aber konnte er bei einer Parteinahme für die sowjetischen Antikommunisten Solschenizyn, Sacharow & Co. denn etwas anderes erwarten als den Beifall der westdeutschen Antikommunisten?

Alexander Galitsch (ein Mitglied der „Opposition") gab Böll durchaus eine passende Antwort auf dessen Ausrede von den „falschen Brüdern". Er sagte, diese Formulierung sei „nicht ganz gerechtfertigt", denn **„Brüder sind Brüder. In der gegenwärtigen Lage hat jede Unterstützung und jeder Protest positive Wirkung in sich."** („Spiegel", 38/73) – So verhält sich die sowjetische „Opposition" auch in der Praxis, indem sie die Hilfe russischer „Emigranten"-Faschisten oder auch deutscher Faschisten nicht scheut. Und in der bürgerlichen Presse der imperialistischen Länder sieht die „Opposition" ohnehin ihren besten Verbündeten.

Indes sind die „Oppositionellen" durchaus nicht unkritisch gegenüber dem imperialistischen „Westen" – wenn es darum geht, diesem „Schlappheit" in der Bekämpfung des Sozialismus und der Sowjetunion vorzuwerfen:

union vorzuwerfen:

Solschenizyn etwa sprach von seinem **„Abscheu gegenüber einer egoistisch kurzsichtigen und verteidigungslosen Zivilisation"**. „Verteidigungslos" gegenüber dem Sozialismus, versteht sich. Das ist unverkennbar die Sprache eines Faschisten. Und weiter sagte Solschenizyn in diesem Zusammenhang: *„Wenn aber* (im „Westen" – Anm. AK) *nur furchtsame (!!) isolierte Proteste* (gegen die „Unterdrückung" in der Sowjetunion – Anm. AK) *zu hören sind, ohne Glauben an ihren Erfolg und mit dem Vorbehalt (!), daß die gleiche Sache auch in Griechenland, Spanien, der Türkei geschieht, dann ruft dies nur das Gelächter der Aggressoren hervor."* („Spiegel" 36/73) „Aggressoren" nennt er die Sowjetunion, und für den „Westen" hält er den Ratschlag bereit, keine „Vorbehalte" gegenüber dem Faschismus in Griechenland, Spanien etc. zu haben. – Der „Spiegel" schreibt dazu: „So unterschiedlich die politischen Vorstellungen des nach Konvergenz der Vernunft strebenden Sacharow und des an die gesittete Welt (!) glaubenden Solschenizyn auch sein mögen: Gemeinsam ist ihnen die **tiefe Skepsis gegenüber der westlichen Entspannungspolitik"**. (36/73)

Sich mit dieser Art von „Opposition" in der Sowjetunion zu verbünden, heißt, „Freiheit" für die anti-sozialistische, konterrevolutionäre und faschistische Propaganda in der Sowjetunion zu fordern. Eine solche Forderung liegt nicht im Interesse des sowjetischen Volkes – auch dann nicht, wenn man davon ausgeht, daß die Sowjetunion kein sozialistisches Land, sondern ein verbürgerlichtes und den kapitalistischen Weg gehendes Land ist.

Es gibt zweifellos politische Unterdrückung in der Sowjetunion. Es gibt Unterdrückung der Meinungsfreiheit des P r o l e t a r i a t s , es gibt Unterdrückung sozialistischer Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion, es gibt großrussischen „Sozial"chauvinismus und Unruhe unter manchen Nationalitäten der Sowjetunion (Balten, Ukrainer, Georgier u.a.).

Es gibt sicher in der Sowjetunion eine unterdrückte liberal-demokratische und sozialistische Opposition. Diese ist allerdings von der bürgerlichen Presse der imperialistischen Länder bisher „nicht aufgespürt" worden. Die Interviews mit Solschenizyn, Sacharow & Co. erwecken vielmehr den Eindruck, daß die sowjetische Opposition nur aus Feinden des Sozialismus, Freunden des „Christlichen Abendlands", Konterrevolutionären und Faschisten besteht.

Es ist nicht abwegig, daß die erstaunliche Narrenfreiheit von Solschenizyn & Co. in der Sowjetunion gerade in dem Bestreben der sowjetischen Bürokratie begründet ist, durch diese Leute ein falsches, negatives Bild von der sowjetischen Opposition zu geben. In der Sowjetunion selbst scheinen einige liberal-

union selbst scheinen einige liberal-

demokratische Mitläufer der antisozialistischen „Opposition" über die Äußerungen von Solschenizyn, Sacharow, Maximow & Co. schokkiert gewesen zu sein.

Jede demokratische Opposition in der Sowjetunion würde sich diskreditieren und ihren Zweck verfehlen, wenn sie auch nur den Anschein eines Bündnisses mit „Kritikern" in der Art von Solschenizyn & Co. dulden würde. Dasselbe gilt für die Demokraten und Sozialisten außerhalb der Sowjetunion. ■

Polizeiübung im Westberliner Abrißhaus

Am 14.11.73 drangen ca. 80–100 schwerbewaffnete Polizisten in ein Abrißhaus in der Passauer Straße ein. Geplant war die Räumung eines besetzten Abrißhauses, ein n o c h angenommener Fall.

Die Anwohner waren vorher durch einen Brief der Polizeiinspektion Schöneberg gewarnt worden:

„Sehr geehrte Mitbürger – das Einsatzkommando der Polizeiinspektion Schöneberg veranstaltet am 14.11. in der Zeit von 9.00 bis 13.00 Uhr im Abrißhaus Passauer Straße 11 eine Durchsuchungsübung.

Im Interesse eines ständig guten Ausbildungsstandes unserer Polizeibeamten werden sicher auch Sie Verständnis dafür zeigen, wenn es in der angegebenen Zeit evtl. zu kleineren Geräuschbelästigungen kommt. Seien Sie bitte nicht beunruhigt, wenn sie ein größeres Polizeiaufgebot in Ihrer Nähe feststellen; schußähnliche Geräusche (!!) oder Lautsprecherdurchsagen hören oder die Festnahme von Personen beobachten. – Wir danken für Ihr Verständnis – Ihre Polizeiinspektion Schöneberg"

Keinerlei Verständnis dafür hatten ca. 200 Demonstranten, die ihren Protest durch eine Kundgebung vor dem Haus zum Ausdruck brachten. Nach den Schilderungen eines Genossen fielen die Polizisten wild über den bereits abmarschierenden Demonstrationszug her und schlugen mit Knüppeln wahllos auf die Demonstranten ein.

Dieser Einsatz muß als eine weitere Faschisierungsmaßnahme, die sich vor allem gegen die Arbeiterklasse richtet, gesehen werden. Die Polizei soll auf einen „Ernstfall" trainiert werden. Vor allem soll den Anwohnern vorgeführt werden, mit welchen Maßnahmen sie zu rechnen haben, wenn sie sich aktiv gegen die Wohnungspolitik des SPD-Senats zur Wehr setzen. So wird schon vorbeugend versucht, jegliche Widerstandsaktionen der Bevölkerung im Keime zu ersticken. ■



Polizei löst gewaltsam die Demonstration auf („Berliner Zeitung" „BZ" (Springer) 15.11.73)

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 003160

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 022583

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt 80
Postfach 800747
Tel.: 0611/306171
Mo.18.00–21.00Uhr
Do. 18.00–21.00Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J.Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte O98 831 A

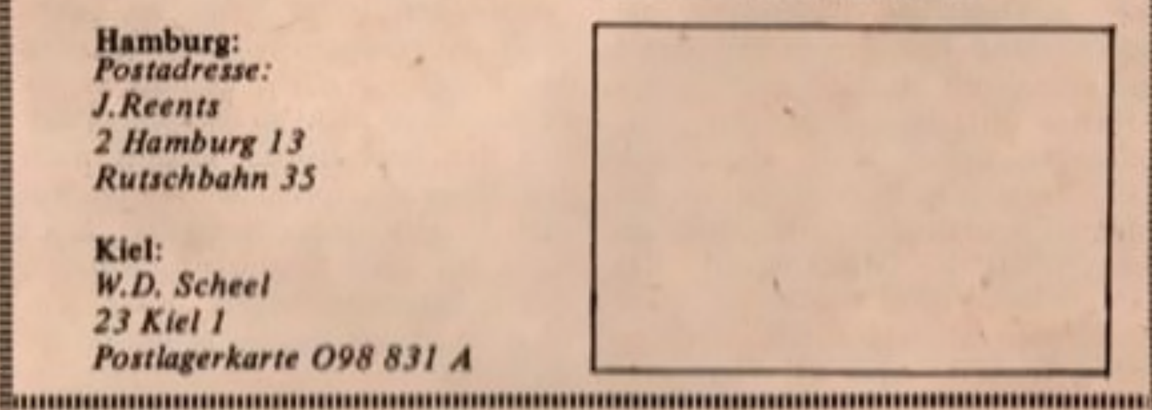
Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17.00 – 19.00 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 332 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:



Antifaschistische Aktionseinheit verhindert Veranstaltung der "Jungen Nationaldemokraten"

Wehret den Anfängen!

Zu Freitag, den 23.11.73, hatten die „Jungen Nationaldemokraten" – Jugendorganisation der NPD – um 20 Uhr in einer Gaststätte der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Reinbek vor den Toren Hamburgs zum Faschisten-Treff geladen. Motto der Veranstaltung: „Jugend sucht neue Wege"!! Als „Stargast" angekündigt war in einem Flugblatt, das zwei Tage vorher der Reinbeker Bevölkerung zugemutet wurde, der Landesvorsitzende der 'JN' in Schleswig-Holsein.

Und die Reinbeker Jugend suchte „neue Wege"! Allerdings nicht so, wie die Faschisten es sich gedacht hatten. Reinbeker Jugendliche entsannen sich nämlich des zwar durchaus nicht neuen, aber doch weitgehend vergessenen Weges der antifaschistischen Solidarität. Ca. 60 Jugendliche verschiedener politischer Richtungen besetzten den Versammlungssaal, drängten die Faschisten aus dem Saal und verhinderten so die geplante faschistische Veranstaltung.

Anschließend diskutierten sie zwei Stunden lang über die faschistische Gefahr und hielten „Manöverkritik" ihrer Aktion.

Vorbereitung der Aktion

Vor Veranstaltungsbeginn hatten sich etwa 4o meist jugendliche Antifaschisten aus Reinbek und Umgebung im Jugendzentrum getroffen. Die Initiative dazu ging von einem kleinen Kreis aktiver Kommunisten und Demokraten aus, die sich gleich nach Bekanntmachung der geplanten 'JN'-Veranstaltung zusammengesetzt und nach längerer Diskussion die Ver- Verhinderung der Veranstaltung beschlossen hatten. Diese Diskussion wurde jetzt im größeren Kreis fortgesetzt. Es wurde herausgestellt, daß die 'JN' Bestandteil einer faschistischen Bewegung ist, die von dutzenden „legalen" Organsisationen bis hin zu para-militärischen Banden reicht, wobei diese Gruppen personell und politisch vielfach miteinander verflochten sind.

Zweifel einiger Jugendlicher, ob man bei dieser „legalen" Veranstaltung der 'JN' mit Gewalt vorgehen sollte, wurden vor diesem Hintergrund widerlegt. Es könne bei diesem Anlaß nicht um eine „demokratische Diskussion mit den Veranstaltungsteilnehmern" gehen, da es sich hier mit Ausnahme von wenigen „Neugierigen", um Reaktionäre verschiedener politischer Färbung handeln würde. Es gehe vielmehr darum, die Ausbreitung der faschistischen Verhetzung konsequent mit allen Mitteln zu verhindern und durch spätere Propagierung die Notwendigkeit des energischten Kampfes gegen den Faschismus der werktätigen Bevölkerung näher zu bringen.

Eine Schwäche war die erheblich zu knappe Zeit für diese Vorbereitungsdiskussion. Zwar gelang es, die Mehrheit der Anwesenden von der dargelegten Argumentation zu überzeugen und alle für die Teilnahme an der Aktion zu gewinnen; jedoch stellte sich später heraus, daß bei einem Teil noch Zweifel an der Richtigkeit des Vorgehens zurückgeblieben waren. Außerdem kam der Zusammenhang von Faschismus und Kapital kaum zur Sprache. Zwar konnte man von einer groben, oberflächlichen Übereinstimmung in dieser Frage unter den Anwesenden durchaus ausgehen, dennoch sollten sich auch hier später erhebliche Differenzen bzw. Unklarheiten zeigen.

Durchführung

Kurz vor dem gepanten Veranstaltungsbeginn besetzten die inzwischen auf ca. 60 angewachsenen Antifaschisten den Versammlungsraum, in dem sich ca. 10 Faschisten (Versammlungsleitung) und etwa ebensoviele Gäste, überwiegend von der „Jungen Union" (CDU), befanden. Nach kurzer Orientierung dokumentierten die antifaschistischen Jugendlichen ihren Kampfwillen mit Parolen wie „Demokraten, Kommunisten – einig gegen die Faschisten", „Faschisten Raus!" und „Von Demokratie schwatzen sie – ihre Aufgabe ist Terror für die Bourgeoisie."

Gegen 20 Uhr „eröffneten" die Antifaschisten die Veranstaltung mit einer kurzen Ansprache an die Anwesenden und die ca. 20 - 30 Menschen, die sich, da der Saal inzwischen gefüllt war, vor den geöffneten Fenstern angesammelt hatten. Es wurde kurz begründet, zu welchem Zweck die Aktionseinheit gebildet wurde und warum man diese Veranstaltung verhindern wolle. Dann folgte der Versuch des Landesvorsitzenden der 'JN', das Wort zu ergreifen, der sich jedoch gegen die immer lauter werdenden Sprechchöre nicht durchsetzen kohnte. Später entschlossen sich die Antifaschisten, die Versammlung zu schließen und brachten die Faschisten mit sanfter Gewalt vor die Tür, Daraufhin erklärte sich der Wirt bereit, den Saal zu schließen. Die Antifaschisten zogen ins Jugendzentrum um, wo in den folgenden zwei Stunden eine gründliche Diskussion über den Faschismus und die Auswertung der Aktion unter den inzwischen auf etwa 1oo angewachsenen Aktionsteilnehmern stattfand.

Schwerpunkte in der Diskussion

Die wesentlichen Fragen, um die es ging, waren:

1.) Was ist Faschismus?
2.) Wie verläuft der Prozeß der Faschisierung in der BRD?
3.) Wie muß der antifaschistische Kampf geführt werden?

Ein Mangel in der Diskussion ist u.E. gewesen, daß die Organisierung des antifaschistischen Kampfes fast ausschließlich auf den Kampf gegen die direkten faschistischen Organisationen eingeengt wurde. Demgegenüber ist hervorzuheben, daß der antifaschistische Kampf sich grundsätzlich gegen die Bourgeoisie und ihre faschistischen Bestrebungen richtet. Er ist politischer Kampf zur Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Rechte, Kampf zur Durchsetzung proletarischer Politik in den Arbeiterorganisationen, Kampf gegen Militarisierung und Kampf gegen die faschistische Ideologie, wo und wie sie auch auftritt. Zudem heißt antifaschistischer Kampf selbstverständlich konsequentes Auftreten gegen direkte faschistische Provokationen, wie etwa die 'JN'-Veranstaltung.

Eine sehr lehrreiche Diskussion wurde um die Frage geführt, ob der Faschismus eine Massenbewegung zur Voraussetzung hat oder nicht. Ein offenbar den Trotzkisten oder dem KBW nahestehender Diskussionsteilnehmer verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß der Faschismus in Griechenland „überhaupt kein Faschismus" sei, sondern „nur eine Militärdiktatur". Unter dem Beifall der Versammlung erwiderte ein anderer Redner, für ihn sei die Politik der Bourgeoisie, ihre Konsequenzen für das Volk das entscheidende bei der Beurteilung eines Staates, und nicht die Form der faschistischen Diktatur. Zudem sei es sinnvoller zu besprechen, wie man der faschistischen Politik entgegentreten kann, anstatt in der Art von Akademikern über „Begriffe" und ihre „Anwendbarkeit" zu disputieren.

Ein kurzes Zwischenspiel leisteten sich einige anwesende Vertreter der „Jungen Union", indem sie in gewohnter arroganter Manier nach etwa einstündiger Diskussion von sich gaben, sie wüßten eigentlich gar nicht, „was mit Faschismus gemeint ist". Ein Redner hielt ihnen daraufhin die Rolle ihrer eigenen Partei, der CDU/CSU, bei der Faschisierung vor. Als sie sich nach mehrfacher Aufforderung weigerten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, wurde ihnen das Wort entzogen.

In der Diskussion wurde auch die Frage gestellt, ob das nachdrückliche Vorgehen gegen die geplante faschistische Hetzveranstaltung der 'JN' richtig gewesen sei. Unter dem Eindruck der vorangegangenen Diskussion einigte man sich in der Mehrheit schnell auf die auch in der Vorbereitungsdiskussion vertretene Meinung, daß den Faschisten jeder Fußbreit Boden nötigenfalls mit allen Mitteln streitig gemacht werden muß.

Die Organisation der Aktion wurde u.E. zu kurz diskutiert. Es wurde in einem Beitrag darauf hingewiesen, daß man glücklicherweise „leichtes Spiel" gehabt habe, jedoch müsse man in Zukunft auch mit einem wesentlich härteren Gegner rechnen. Dann sei es notwendig, die Aktionen besser zu organisieren. ■

Forts. SPD auf Dummenfang

Und so hat die SPD auch nur als „wichtigsten Aktivposten" anzupreisen, daß es der Schulbehörde gelang, in den letzten vier Jahren 40.000 Kinder zusätzlich die bestehende Schulmisere miterleben zu lassen. Diese „Leistung" der Schulbehörde als „Aktivposten" auszugeben, ist allerdings ein starkes Stück: wir sollen der Behörde und der SPD auch noch dafür dankbar sein, daß sie nicht offen ihre gesetzlichen Pflichten vernachlässigt hat, sondern diesen Kindern mit Ach und Krach den Schulbesuch ermöglicht hat.

Es ist dann kein Wunder, daß die SPD auch auf ihr „Erfolgs"konto bucht, daß kein Berufsschüler jetzt weniger als acht Wochenstunden Unterricht erhält. Acht Wochenstunden sind aber gesetzlich bereits vorgeschrieben. Was die SPD als „Erfolg" anbietet, ist also nur, daß sie nicht gegen die Bildungsgesetze verstoßen hat, die der bürgerliche Staat selbst erlassen hat.

Die SPD begnügt sich in „Hamburg aktuell" nicht damit, ihre „Leistungen" herauszuputzen, sondern sie wirbt auch damit, daß sie die Partei sei, die „Chancengleichheit" für alle Kinder wolle. Allerdings ist nirgends davon die Rede, daß Arbeiterkinder diese „Chancengleichheit" wirklich erhalten.

Was die SPD konkret unter dem Thema „Chancengleichheit" anführt, ist 1. daß die Berufsschüler jetzt den seit dem Krieg vorgeschriebenen Unterricht in vollem Umfang erhalten, 2. daß Hamburg ein „spezialisiertes Sonderschulwesen" aufgebaut habe. Es ist zweifellos zu begrüßen, wenn die jahrzehntelang vernachlässigten Sonderschulen endlich ein wenig besser in der Bildungspolitik berücksichtigt worden sind – aber bedeutet das tatsächlich Chancengleichheit für die Kinder auf diesen Schulen? Bedeutet es tatsächlich eine bestmögliche Förderung ihrer Fähigkeiten? Schulsenator Apel spricht da in „Hamburg aktuell" eine deutliche Sprache. Er versteht unter Chancengleichheit für diese Kinder, daß sie in die Lage versetzt werden, „selbst für sich sorgen zu können". Das ist also der Kern der „Chancengleichheit" für Sonderschüler: sie sollen keine Fürsorgefälle werden und damit unnütze Kosten verursachen, sondern als Arbeiter der untersten Qualifikation wenigstens noch nützlich sein. Eine Förderung darüber hinaus ist nicht vorgesehen in der „Chancengleichheit" Marke SPD. Es ist schon beinahe grotesk, mit welchen Mitteln hier die SPD uns für dumm verkaufen will.

Lehrermangel naturnotwendig?

Die SPD kann es sich natürlich nicht leisten, angesichts des Lehrermangels, auf dieses Thema in „Hamburg aktuell" nicht einzugehen. Allerdings wird man vergeblich nach Angaben über den tatsächlichen Lehrermangel suchen. Stattdessen werden die Eltern mit der Erklärung verwirrt, daß 95 % aller Planstellen für Lehrer besetzt sind und daß sich die fehlenden 5 % auch bloß daraus erklären, daß mal Lehrer krank sind, Lehrerinnen ein Kind kriegen etc. – also Dinge, wofür ja die Schulbehörde nichts kann.

Der springende Punkt aber ist, daß es viel zu wenig Planstellen gibt, und der Lehrerfehlbedarf ist daher weit größer, als es die Zahlen-Spielerei mit den 5 % weismachen soll. Selbst die SPD-verbundene Lehrergewerkschaft GEW geht in ihren Schätzungen davon aus, daß die Zahl der Planstellen um etwa 20 % (!) erhöht werden müßte, um erträgliche Unterrichtsvoraussetzungen zu schaffen.

Den großen Clou zum Thema Lehrermangel hat sich die SPD für die letzte Seite von „Hamburg aktuell" aufgehoben. Da wird der bestehende Lehrermangel so begründet: *„der Senat kann appellieren und werben für den Lehrerberuf – doch endgültig beeinflussen kann er nur wenig (!!!). Studienlenkung ist verpönt (!!!): die freie Berufswahl hat Vorfahrt bei den Sozialdemokraten".* So ist es also, zuwenig Menschen wollen Lehrer werden. Die individuelle Freiheit des Einzelnen ist also letztlich Schuld am ganzen Lehrermangel!

Welch ungeheurer Zynismus, den die SPD hier zeigt: in den letzten zwei Jahren hat der SPD-Senat mit dem Gerücht von der „Lehrerschwemme" gezielt versucht, Abiturienten vom Lehrerstudium abzuhalten. Seit 1971 gilt für die Universität darüber hinaus eine generelle vom Senat erlassene Zulassungsbeschränkung. Auf ihrer Grundlage werden hauptsächlich Abiturienten, die Lehrer werden wollen, nicht zum Studium zugelassen, im Wintersemester 72/73 allein 140! („Uni HH" Nr. 23).Schließlich ist jetzt auch für die Lehrerausbildung am Studienseminar (nach dem Studium) eine Begrenzung der Ausbildungsplätze von der Behörde verfügt worden, sodaß im nächsten Jahr für 670 Bewerber nur 450 Plätze zur Verfügung stehen!

An diesen drei Tatsachen wird unzweideutig klar, daß einzig und allein der Staat für den Lehrermangel verantwortlich ist, daß er sogar diesen Lehrermangel gezielt herbeigeführt hat und daß daher keineswegs zu erwarten ist, der Lehrermangel werde in Zukunft tatsächlich abgestellt. Und für diese Zukunft hat die SPD schon vorgesorgt mit der dreisten Behauptung, man könne schließlich niemanden zwingen, Lehrer zu werden.

Mißstände verschleiern

Die SPD und die Behörde wissen und haben es auch schon einige Male zu spüren bekommen, daß die Eltern die Hauptkraft im Kampf gegen die Schulmißstände sind. Daher geht „Hamburg aktuell" auch auf die Eltern ein. Zum einen wird behauptet, durch das neue Schulverwaltungsgesetz würden die Rechte der Eltern „beträchtlich erweitert". Daß dem nicht so ist, zeigt allerdings bereits der Text des SVG: in ihm wird die Arbeit der Elternräte, die bisher selbstständig und unabhängig war, dem Einfluß und der Aufsicht der Schulbehörde unterworfen (vgl. dazu AK 32, Demokratisierung der Schule ?). Das liest sich in „Hamburg aktuell" etwas anders: „in Hamburg beachtet man den guten Rat der Eltern."

In ihrer Wahlzeitung verrät die SPD darüber hinaus, daß und wie sie die Lehrer gegen den Kampf der Eltern einspannen will. Unter der Überschrift „Ein Lehrer hat das Wort" schreibt der Lehrer Albrecht Hanf: **„Manche sagen: wir wollen Tatbestände aufdecken. Nur durch Konflikte kommt man weiter. Und die sind dann auch geneigt, die Eltern über Mißstände (!) aufzukären (!), zu motivieren, aktivieren. Ich respektiere das, aber ich grenze mich ab. Ich harmoninisiere (!!) – die anderen sagen: Du verschleierst. Ich fahre aber gar nicht so schlecht damit."**

Das sollte man zweimal lesen! Die Wunschvorstellung der SPD von einem Lehrer: keine Tatbestände aufdecken, sondern verschweigen! Die Eltern nicht über Mißstände aufklären, sondern diese verschleiern! Daß ein Lehrer, der sich nicht nach diesem Wunschbild verhält, „schlecht fährt", dafür sorgt das Beamtengesetz, daß die Aufklärung der Eltern über Mißstände als „Bruch des Dienstgeheimnisses" ahndet. Für solche Lehrer hat „Hamburg aktuell" die Drohung parat: „Wer in Panik macht, sitzt am kürzeren Hebel."

Einige Ziele sozialdemokratischer Schulpolitik entlarvt (ungewollt) „Hamburg aktuell" somit recht deutlich: Verschärfung der Schulmisere durch gezielt herbeigeführten Lehrermangel, Verschärfung der Bildungsschranken und keineswegs mehr Chancengleichheit, Einschüchterung von Eltern, die nicht bereit sind, die bestehenden Zustände hinzunehmen, und von Lehrern, die bereit sind, die Eltern dabei zu unterstützen. ■

Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaftsjugend kritisiert Schläger-Methode der DKP

Im Artikel „DKP-Schläger" in AK 35 wurde berichtet, wie die DKP in Hamburg bei verschiedenen Anlässen politische Diskussionen dadurch zu verhindern suchte, daß Genossinnen und Genossen des KB tätlich angegriffen wurden. Das war in letzter Zeit vor allem der Fall auf Veranstaltungen der DKP zum Thema Chile. In dieser Frage macht sich der Mangel der DKP-Führer an politischen Argumenten (friedlicher Weg zum Sozialismus etc.) besonders stark bemerkbar, was natürlich den Ausweg „nahelegt", eine Schlägerei zu entfesseln.

So auch auf einer DKP-Veranstaltung in Hamburg-Bergedorf, wo ein Diskussionsredner des KB und weitere Genossen tätlich angegriffen wurden. In der DKP selbst rufen solche Vorgänge nicht ungeteilte Zustimmung hervor. Auf einer DKP-Veranstaltung in Hamburg-Wilhelmsburg etwa mußte sich der Vorsitzende der Wilhelmsburger Organisation der DKP von anwesenden DKP-„Größen" (Mitgliedern des Landesvorstands) schwere Vorwürfe anhören, weil er für das Rederecht anwesender KB-Genossen in der Diskussion eintrat („Auf welcher Seite stehts du eigentlich? ")

Wir drucken hier einen Brief im Wortlaut ab, mit dem sich der Ortsjugendausschuß der IG Metall Bergedorf nach den Vorgängen auf der Bergedorfer Veranstaltung an die DKP wandte.

„Bergedorf, den 1. Nov. 1973
An die Genossen der DKP,
mit Empörung nehmen Mitglieder der IGM-Jugend Bergedorf von dem Verlauf der Chile-Solidaritätsveranstaltung Kenntnis. Wir verurteilen das gewaltsame Vorgehen gegen Kollegen und Genossen, die nicht in allen Punkten mit der DKP-Linie übereinstimmen. Die DKP kann wohl nur noch mit Fäusten Meinungsverschiedenheiten mit anderen sozialistischen Gruppen austragen.

Daß die DKP ausgerechnet auf einer Chile-Veranstaltung diese „Auseinandersetzung" sucht, verwundert uns sehr. Der DKP sollte bekannt sein, daß die Unidad Popular keine einheitliche Partei darstellt, sondern ein Bündnis ist, das von revolutionären Christen über Kommunisten bis zu radikalen Sozialisten reicht.

Gerade die Sozialisten haben andere Positionen als die KP-Chile vertreten; die Diskussionen wurden aber auf solidarischer Ebene geführt. Aus all dem müssen wir schließen, daß man mit der DKP nicht mehr diskutieren kann und daß die DKP nicht fähig ist, diese Diskussion zu führen.

Gerade wir als Gewerkschafter meinen, daß ein Pluralismus der Meinungen innerhalb der fortschrittlichen Bewegung existieren muß, denn nur so kann die Linke in die Lage kommen, Veränderungen dieser Gesellschaftsordnung durchzuführen. Das vorher Gesagte bedeutet nicht, daß wir mit der KB-Linie übereinstimmen.

Wir stellen zum Schluß noch fest, daß wir unter diesen Umständen in Zukunft keine gemeinsamen Veranstaltungen mehr mit der DKP durchführen werden.

Ortsjugendausschuß der
IG-Metall
Bergedorf" ■

Appell von Miguel Enriquez, Generalsekretär des chilenischen MIR

Wir haben eine Schlacht verloren, nicht aber den Krieg

Miguel Enriquez, Generalsekretär des chilenischen MIR („Bewegung der revolutionären Linken"), hat am 11. Oktober eine Erklärung zur Errichtung der faschistischen Militärdiktatur in Chile abgegeben, die zur Information und Verstärkung der Solidarität im Ausland gedacht ist. Das Generalsekretariat des MIR hat alle linken Gruppen zur größtmöglichen Verbreitung dieser Erklärung in ihren Ländern.
Wir haben die Erklärung nach dem Wortlaut des italienischen Textes in der „Avanguardia Operaia" vom 2. November übersetzt.

Genossen Arbeiter,
der Faschismus ist in Chile mit Hilfe des nordamerikanischen Imperialismus und des brasilianischen Subimperialismus aufgezwungen worden. Die in ihrer Mehrheit faschistischen Sektoren im Offizierskorps der Armee und die rechtsextreme Reaktion wollen die Krise, die das System der kapitalistischen Herrschaft in Chile durchzieht, mit Waffengewalt und in einem Blutbad lösen. Alle demokratischen Freiheiten wurden unterdrückt: bis heute wurden mindestens 10.000 Personen standrechtlich erschossen, die Zahl der Toten beläuft sich auf Zehntausende und eine gleiche Anzahl von Personen, wenn nicht noch mehr, wurde in Konzentrationslager deportiert, wo sie regelmäßig unter die Folter kommen. Das Parlament ist aufgelöst, die Armee ist mit Waffen in die Universitäten eingedrungen. Die Arbeiterorganisationen wurden aufgelöst, Tausende von Arbeitern wurden entlassen, es wurde ein echtes Regime der Zwangsarbeit errichtet, die Löhne sind gestoppt und die Preise schießen in die Höhe. Die Regierung hat die enteigneten Kapitalisten und Direktoren zu „Delegierten" der Betriebe ernannt; im ganzen Land herrscht der Belagerungszustand, alle müssen die Ausgangssperre einhalten und riskieren, von Militärgerichten abgeurteilt zu werden. Die Massenerschießungen häufen sich und die Ausländer sind zu Opfern eines wahren Pogroms geworden. In Chile herrscht ein Regime, das den Spuren des Hitler-Regimes folgt.



Genossen,
in Chile sind weder der Sozialismus, noch die proletarische Revolution, noch die Arbeiter gescheitert. In Chile hat praktisch die reformistische These Schiffbruch erlitten, die auf der Illusion beruht, daß man zum Sozialismus kommen könnte, indem man auf die Passivität der herrschenden Klasse rechnet und sich in den Grenzen der bürgerlichen Ordnung einsperrt. Der Kampf hat kaum begonnen: wir haben eine Schlacht verloren, nicht aber den Krieg.

Die Arbeiterklasse, das chilenische Volk, die Linke und die Revolutionäre sind noch stark: der Kampf wird lang und schwer sein, aber wir sind sicher, daß wir siegen werden. Indem wir zum Kampf für die Rückeroberung der demokratischen Freiheiten aufbrechen, die heute von der Diktatur unterdrückt werden: indem wir den erreichten Lebensstand der Massen verteidigen, der heute direkt vom Faschismus angegriffen wird; indem wir die gesamte Linke und alle demokratischen Kräfte vereinigen, die gewillt sind, den Kampf gegen die Diktatur zu fördern; – wird der Widerstand der Massen gegen die Diktatur auf dem Land und in den Städten sich entwickeln und wachsen. Dieser Widerstand wird zum Sturz der faschistischen Diktatur führen, zur Wiedereinrichtung der demokratischen Freiheiten, und er wird den Weg für einen drängenden revolutionären Prozeß öffnen, an dem die Arbeiter und Bauern teilnehmen werden, und der seinen Höhepunkt in der proletarischen und kommunistischen Revolution finden wird.

Genossen,
der Kampf der Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes gegen die militärische und faschistische Diktatur ist ein fester Bestandteil des Kampfes der Völker gegen den Imperialismus auf der ganzen Welt. Die internationale Solidarität der sozialistischen Länder, der revolutionären und demokratischen Kräfte und Länder, und besonders der cubanischen Revolution und der brüderlichen revolutionären Bewegungen in Lateinamerika – der ERP in Argentinien, der Tupamaros in Uruguay, der ULN in Bolivien – ist und bleibt wesentlich.

Wir wollen nicht schließen, ohne unsere Verehrung für Salvador Allende zu bezeugen, der sein Leben für seine Überzeugung geopfert hat; unsere Verehrung für die Arbeiter und Genossen der Organisationen der Linken, und in besonderer Weise für unsere eigenen Genossen, die getötet worden sind und getötet werden, und die heute eingekerkert sind, weil sie gegen die faschistische Militärdiktatur kämpfen.

Wir, die Arbeiterklasse, das Volk, die Linke und die Revolutionäre: VENCEREMOS (Wir werden siegen).

11. Oktober 1973



Die Söhnchen der chilenischen Bourgeoisie – Mitglieder der faschistischen Organisation „Vaterland und Freiheit" – in Heldenpose. Die revolutionären Arbeiter hätten dieses Pack rechtzeitig auseinanderschlagen sollen. Heute sind die Mitglieder von „Vaterland und Freiheit" maßgeblich an den Folterungen gefangener Arbeiter beteiligt!

Zum Ausschluß der Seeleute-Zelle aus dem Kommunistischen Bund

Im AK 36 berichteten wir in einer kurzen Notiz vom Ausschluß der ehemaligen Seeleute-Zelle aus dem Kommunistischen Bund. Wir drucken hier die im AK 36 angekündigte Erklärung ab, die von der Leitung des KB als internes Rundschreiben am 16.10.73 herausgegeben wurde.

Hier das Rundschreiben: →

Rundbrief der Leitung des KB (Gruppe Hamburg) an die Mitglieder zu den Differenzen mit der Seeleute-Zelle

Neben den Differenzen zwischen dem KB und der Seeleute-Zelle, wie sie im Zusammenhang mit dem 1. Mai 73 aufgetreten sind und die in UNSER WEG 20/21 diskutiert werden, entwickelten sich im Laufe des letzten Jahres eine Reihe weiterer Differenzen grundsätzlihcer Art zwischen der Seeleute-Zelle und dem KB.
Die verstärkten Diskussionen, die in der letzten Zeit zwischen Beauftragten der Leitung und den Genossen der Seeleute-Zelle gführt wurden, haben deutlich gemacht, daß die Ansichten der Seeleute-Genossen in zentralen Punkten zu denen des KB in Widerspruch stehen, insbesondere in der Faschismusfrage und darüberhinaus den Zusammenhang von Politik und Ökonomie betreffend.
Z.B. wurde von einem Genossen der Seeleute-Zelle der Standpunkt vertreten, die Bourgeoisie sei zu längerfristigem, geplanten Handeln – gestützt auf materialistische Untersuchungen – nicht fähig, da sie nicht im Besitz des Dia.Mat. und des Histo. Mat. sei. Eine Bourgeoisie, die im Besitz des Dia. Mat. und des Histo.Mat. wäre, müßte die Einsicht in ihre historische Überlebtheit haben und die Konsequenzen ziehen, d.h. freiwillig das Feld räumen.
Die von den Seeleute-Genossen vertretene Position in dieser Frage läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

> Die Kapitalistenklasse ist zu bewußtem, planmäßigen Handeln nicht fähig. Vielmehr wird ihr Handeln – insbesondere gegen die Arbeiterklasse – verursacht durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten (z.B. Konkurrenz auf dem Weltmarkt), welche die Bourgeoisie schließlich „zwingen", gegen die Arbeiterklasse vorzugehen.

Diese Positionen sind uns zur Genüge aus Heidelberg bekannt und wir haben ihre völlige Unhaltbarkeit im AK und in UW längst umfassend und hinlänglich nachgewiesen.
Insbesondere bestätigte ein Entwurf für die nächste Ausgabe des „Aktivruder" (Zeitung der Seeleute-Genossen), der einem Beauftragten der Leitung vorgelegt wurde, daß die Genossen diese Positionen vertreten und sie zur Grundlage ihrer Agitations- und Propagandaarbeit machen.
Die Zeitung befaßt sich mit einer Reihe von Aspekten der jüngsten Aktionen der Reeder gegen die Seeleute. Die ganze Argumentation der Zeitung ist so angelegt, daß dem Leser der Eindruck vermittelt wird, als seien die ausschlaggebenden Ursachen (!) für die weitreichenden politischen (!) Angriffe der Reeder gegen die Seeleute in der verschärften Konkurrenz im Seetransportgewerbe (weltweit) zu suchen. Hinzu kommt, daß die Genossen die Auswirkungen der Maßnahmen der Reeder auf die Seeleute kaum untersucht haben. (Wörtlich: „Das war nicht in unserem Erkenntnisinteresse" !!). Auch wird von den Genossen die politische Bedeutung der Angriffe auf die Seeleute nicht gesehen. – Durch das „Ausflaggen" werden die Seeleute den z.T. faschistischen Gesetzen (Arbeitsgesetze etc.) unterstellt, die in den Ländern herrschen, in denen die westdeutschen Reeder ihre Schiffe „ausflaggen". Insbesondere sind die Seeleute-Genossen nicht bereit, diese Angriffe in ihrer politischen Bedeutung für die gesamte (!) westdeutsche Arbeiterklasse (Angriffe auf Streikrecht und Koalitionsfreiheit) zu begreifen.
In diesem Sinne lehnen die Seeleute-Genossen auch die folgende politische Aussage als „unausgewiesen" ab: „Die Bourgeoisie ist gezielt dabei, an den schwächsten Punkten das Streikrecht überhaupt anzugreifen. Sie geht dabei zuerst dort vor, wo es mit kleinen, von den Werktätigen isolierten Berufsgruppen zu tun hat." (aus dem Artikel: „Kampf der Fluglotsen . . . ", AK 31)
Zwar haben die Seeleute-Genossen in den wesentlichen Punkten die Kritik des Beauftragten der Leitung an ihren Positionen als berechtigt anerkannt. Dennoch sehen sich die Genossen derzeit nicht in der Lage, das auch in ihrer politischen Arbeit umzusetzen. So verfielen sie in einer Stellungnahme zu einem Änderungsvorschlag, den der Beauftragte der Leitung für einen Artikel machte, der im neuen „Aktivruder" erscheinen sollte, wieder auf die alten Positionen zurück und lehnten die Änderung ab.
Wegen des grundsätzlichen Charakters der Differenzen, die diejenigen politischen Positionen des KB betreffen, die seine politische Substanz berühren und ihn von allen anderen „linken" Organisationen scheiden, sieht sich die Leitung veranlaßt, die weitere Zusammenarbeit mit den Seeleute-Genossen auf eine neue organisatorische Grundlage zu stellen.
Die Leitung des KB/Hamburg hat deshalb folgenden Beschluß gefaßt:

a.) Wegen des grundsätzlichen Charakters der Differenzen mit den Seeleute-Genossen in der Faschismus-Frage und der Frage des Zusammenhangs von Politik und Ökonomie können die Seeleute-Genossen derzeit nicht als Mitglieder des Kommunistischen Bundes angesehen werden.
b.) Die Zeitung „Aktivruder" wird ab sofort nicht mehr als Zeitung des Kommunistischen Bundes herausgegeben.
c.) Wir sind auch weiterhin bereit, die Differenzen in grundsätzlicher und solidarischer Auseinandersetzung nach Möglichkeit zu klären.

Es wird in Zukunft besonders darauf ankommen, sich in der Dialektik von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit die gemeinsamen politisch-ideologischen Grundlagen erst zu erarbeiten, die allein Basis für die politische Arbeit in einer gemeinsamen (!) Organisation sein können.
Wir verweisen auf die Möglichkeit, zur Klärung der angesprochenen prinzipiellen Fragen die Presse des KB zu nutzen.

Hamburg, den 16.10.73 Leitung des KB/Hamburg

Nachtrag:
Leider mußten wir inzwischen feststellen, daß die Genossen auf diesen Ausschluß in einer Art und Weise reagierten, die die Klärung der Differenzen nicht gefördert, sondern im Gegenteil erschwert hat.

Die Seeleute-Gruppe hat bisher in keiner Weise von unserem Angebot Gebrauch gemacht, die Zusammenarbeit und die kontinuierliche Auseinandersetzung fortzuführen. Mehr noch: Die Gruppe hat z.B. getroffene Vereinbarungen zur gemeinsamen Arbeit für einen AK-Artikel zu wichtigen Vorgängen in der Seeschiffahrt gebrochen.

Auf der anderen Seite haben die Genossen in der Zwischenzeit eine Erklärung zu ihrem Ausschluß herausgegeben (als Beilage der jüngsten Ausgabe ihres „Aktivruder"), die auch für die letzten Zweifler die Notwendigkeit der erfolgten organisatorischen Trennung aufs augenfälligste dokumentiert.

So legt die Seeleute-Gruppe ihr Verständnis von der Bedeutung der politisch-ideologischen Auseinandersetzung überhaupt und der Diskussion um die Frage der Faschisierung im Besonderen dar.

Nach Meinung der Genossen hat diese Auseinandersetzung k e i n e (!) oder bestenfalls ganz u n t e r g e o r d n e t e (!) Bedeutung. Warum? Ganz einfach, weil „die Faschismusdiskussion nicht aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, sondern vielmehr ihren Ursprung hat im Konkurrenzverhalten verschiedener Zirkelgruppen".

Die Tatsache also, daß ein großer Teil der westdeutschen Arbeiterklasse die von der westdeutschen Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat systematisch betriebene Faschisierung noch nicht mit der notwendigen Klarheit sieht, wird von den Genossen als „Argument" angeführt, um die Bedeutung der Diskussion um die Frage der Faschisierung herunterzuspielen.

Wenn die Kommunisten warten wollten, bis die Arbeiter die Frage der Faschisierung „spontan" stellen, dann würden sie genau das tun, was Lenin den russischen Spontaneisten und Ökonomisten vorwarf, nämlich die Arbeiter auf dem schwierigen Weg zur Entwicklung des politischen Bewußtseins zu behindern, sie vom politischen Kampf abzuhalten.

Den Gipfel setzen die Seeleute-Genossen dem Ganzen auf, indem sie in ihrer Erklärung zu ihrem Ausschluß aus dem KB die ungeheuerliche Behauptung aufstellen, der Vertreter des KB, der im Sommer 1972 die Gespräche mit ihnen führte, habe die Bedeutung der Faschismusdiskussion damals ebenso eingeschätzt wie sie. Der KB habe also in der Zwischenzeit seine Einschätzung geändert, weshalb der jetzt erfolgte Ausschluß „verwunderlich" und „erstaunlich" sei.

Wer die Veröffentlichungen des KB zu diesen Fragen in den letzten Jahren auch nur einigermaßen kontinuierlich verfolgt hat, dem wird die ganze Absurdität und die beispiellose Unverfrorenheit dieser Behauptung der Seeleute-Genossen ins Auge springen.

Es ist zwar richtig, daß die Art und Weise, wie die Faschismus-Diskussion von Seiten des KBW (damals NRF und KBB etc.) geführt wurde, deutlich die Züge kleinbürgerlichen Konkurrenzverhaltens trägt. Daraus den Schluß zu ziehen, die Frage der Faschisierung und die bestehenden Differenzen in dieser Frage seien deshalb sekundär, ist geradezu grotesk.

Die Seeleute-Genossen leisten sich in ihrer Erklärung zu ihrem Ausschluß noch eine ganze Reihe weiterer unwahrer Behauptungen und demagogischer Unterstellungen, auf die im einzelnen einzugehen unsinnig wäre. Wer sich dafür interessiert, kann sie in der Erklärung der Genossen nachlesen.

Sollte die Seeleute-Gruppe zu einer ehrlichen und solidarischen Haltung in der Auseinandersetzung zurückfinden, so wird der KB auf der Grundlage seiner Erklärung vom 16.10.73 die Diskussion zur Klärung der Differenzen fortführen. ■

BREMERHAVEN-GRÜNHÖFE

SPD contra Einwohner-Initiative

Seit eineinhalb Jahren existiert im Bremerhavener Stadtteil Grünhöfe die „Kinderschule Finkenstraße" (KS). Sie befindet sich in der sogenannten „Vogelstraßensiedlung", einem Bezirk, in dem „sozial besonders benachteiligte" Familien wohnen. Die „Schlicht-Wohnungen" – flache Betonkästen, die nach dem zweiten Weltkrieg aus dem Boden gestampft wurden – befinden sich durchweg in einem total verwohnten Zustand. Die einzelnen Zimmer sind für die meist kinderreichen Familien zu klein; und will man zwecks Vergrößerung eines Zimmers eine Zimmerwand durchbrechen, so erhält die betreffende Familie zwar von der Eigentümerin, der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft, die erforderliche Genehmigung, die Kosten müssen aber selbst getragen werden; denn solch eine Zimmervergrößerung fällt unter die Rubrik „Verschönerungen" (!) und wird nicht bezuschußt.

Ebenso müssen von den Familien Badezimmer selbst eingebaut werden, denn in den Wohnungen sind keine vorhanden. In vielen Fällen müssen mehrere Familien ein einziges (!) WC benutzen.

Die Wände sind durchweg rissig, was die vorhandene Feuchtigkeit auch nicht gerade verringert, im Gegenteil.

Diese Zustände sind aber keine Einzelfälle: selbst in anderen Gebieten Bremerhavens trifft man die gleichen und oft noch schlimmere Zustände an. Schuld daran ist aber nicht etwa ein persönliches Verschulden der betroffenen Familien, sondern die vorherrschende Wohnungsbaupolitik. Die Wohnungsnot ist ein notwendiges Erzeugnis der bürgerlichen Gesellschaft, **„in der Arbeitermassenhaft in den großen Städten zusammengedrängt werden, und zwar rascher, als unter den bestehenden Verhältnissen Wohnungen für sie entstehen, in der also für die infamsten Schweineställe sich immer Mieter finden müssen, in der endlich der Hausbesitzer, in seiner Eigenschaft als Kapitalist, nicht nur das Recht, sondern vermöge der Konkurrenz auch gewissermaßen die Pflicht hat, aus seinem Hauseigentum rücksichtslos die höchsten Mietpreise herauszuschlagen. In einer solchen Gesell-**

los die höchsten Mietpreise herauszuschlagen. In einer solchen Gesell-

schaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann also mitsamt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund auf umgewälzt wird." (Engels, Zur Wohnungsfrage)

Die äußerst schlechten Lebensbedingungen haben natürlich auch ihre Auswirkungen auf die Kinder. Hinzu kommt noch, daß es für die Kinder der „Vogelstraßensiedlung" keinen Kindergarten, ja nicht einmal einen vernünftigen Spielplatz gibt.

Es tut sich was

Seit eineinhalb Jahren wird nun in diesem Gebiet von einer ca. zwanzigköpfigen Gruppe freiwilliger Helfer, überwiegend Schüler und Studenten sowie einer hauptamtlichen Kraft die KS betrieben. In ihr werden in mehreren Gruppen Kinder bis zum Alter von 13 Jahren betreut, insgesamt ungefähr 50; das ist ein Sechstel aller in Frage kommenden Kinder. Die finanzielle Trägerschaft hat die Kirchengemeinde übernommen, nachdem sich der SPD-Magistrat lediglich dazu bereit erklärt hatte, DM 140,– Miete an die Städtische Wohnungsbaugesellschaft für die Räumlichkeiten zu zahlen.

Nachdem sich die Arbeit mit den Kindern gefestigt hatte, wurden auch verstärkt Kontakte zur Elternschaft aufgenommen. Waren die Eltern zunächst nur über das Projekt informiert worden, wurden jetzt in zunehmendem Maße Elternabende abgehalten und Gespräche mit einzelnen Familien geführt. So half man mit bei der Lösung familien-interner Probleme oder bei dem Gang zur Behörde.

Eine Mieteraktion, größtenteils von den Helfern ins Leben gerufen, erkämpfte durch solidarisches Handeln für die letzten Familien in diesem Gebiet Mietverträge. Vorher befanden sich diese Familien im rechtlichen Stadium der Obdachlosigkeit, was u.a. bedeutete, daß sie jederzeit auf die Straße gesetzt werden konnten. Durch die Mietverträge erreichten sie eine etwas größere Sicherheit und größeren Anspruch auf Renovierungsbeihilfe.

All dies, vor allem aber die Arbeit mit den Kindern, führte zu einem guten Kontakt zu einem Teil der Eltern. Diese sehen die KS nicht mehr als ein „Geschenk" von außen an, sondern als etwas, um daß sie sich selbst mitkümmern müssen.

Die SPD „nimmt sich der Sache an"

Kümmerten sich SPD und Magistrat zunächst überhaupt nicht um die KS und die gesamte Situation in diesem Gebiet, waren sie auch nur widerwillig bereit, die Miete für die Räume zu zahlen, so änderten sie ihr Verhalten vor zwei Monaten „radikal". Auf einer Diskussion mit Teilen des Kirchenvorstandes und Helfern der KS traten einige Herren des SPD-Sozial-Ausschusses und der Stadtverordnetenfraktion mit der überraschenden Initiative auf, die KS zu übernehmen. Über eine finanzielle Beteiligung hofften sie, einen weitergehenden Einfluß auf die Arbeit der KS zu bekommen und diese in ihrem Sinne gestalten zu können.

Als Begründung für die beabsichtigte Übernahme wurde zunächst angeführt, daß „wir doch alle helfen wollen" – so Rehberg („linker" SPD-Redakteur, der sich in seiner Bremerhavener Bürgerzeitung –BBZ– gern als „Anwalt der Unterprivilegierten" aufspielt).

Später wurde dieser „Wille" präzisiert: die öffentliche Verantwortung gegenüber der Fraktion und dem ganzen Stadtparlament zwinge sie zu

tung gegenüber der Fraktion und dem ganzen Stadtparlament zwinge sie zu

„Einflußnahme" und Kontrolle von „Trägerschaft", „Konzept" und „politischer Ausrichtung" der KS – so sinngemäß SPD-Grothusen. (In diesem Zusammenhang wurde ausdrücklich von „in den Griff kriegen" gesprochen.) Und Grothusen weiter: Die Helfer seien nicht verantwortlich, „ich (aber) brauche immer jemanden, den ich am Kragen packen kann." (Wofür und wozu wohl? !) Die Arbeit der Helfer „entspricht nicht unser aller politischen Vorstellungen. Die Kinder werden in ihrem Milieu belassen, nichts wird für ihre Integration getan (!)". Die Helfer würden die Eltern manipulieren: „Sie streuen ihnen Sand in die Augen, hetzen sie gegen die Gesellschaft auf und die Öffentlichkeit ist (dann gleich) gegen die Behörden."

Zusammengefaßt ergeben sich also folgende „Begründungen" seitens der SPD für die Übernahme der KS:

- die Arbeit der KS geht zu selbständig vonstatten, der Magistrat hat keinen Einfluß darauf;
- die Arbeit der KS stimmt nicht mit den politischen Vorstellungen des Magistrats überein;
- das eigenständige, solidarische Handeln der Eltern (s.o.), ihre zunehmende Solidarisierung mit der KS und das wachsende Erkennen der eigenen Lage stellt für die ungestörte Fortführung sozialdemokratischer Betrugspolitik eine gewisse Gefahr dar. Denn eine Loslösung von sozialdemokratischem Gedankengut und von Illusionen über die SPD ist die Folge.
- Die Öffentlichkeitsarbeit der KS, vor allem Flugblätter und Artikel in der örtlichen Presse, ist der SPD ein Dorn im Auge; denn es könnten ja noch mehr Menschen Klarheit über die Rolle sozialdemokratischer Kommunalpolitik gewinnen: „Die Resonanz der Kinderschule Finkenstraße legt es uns nahe, hier einzugreifen." (Aus einer Vorlage der SPD-Fraktion für den Magistrat)

Es geht der SPD also nicht darum, die Situation der Eltern und Kinder zu verbessern, sondern sie versucht, eine für sie schwer zu kontrollierende Eigeninitiative wieder in den Griff zu bekommen. **Dies entspricht vollkommen der Rolle der SPD im Kapitalismus. Als Partei, deren Wählerbasis in der Arbeiterschaft liegt, ist sie für die Kapitalisten besonders gut geeignet, bestimmte arbeiterfeindliche Maßnahmen als „Fortschritt" an den Mann zu bringen (z.B. das neue BVG). Bei der Verwaltung der kapitalistischen Interessen gerät sie aber auch immer wieder offen in Widerspruch zu den Interessen ihrer Wählerbasis, so z.B. wenn sie im Interesse der Kapitalisten zusammen mit der DGB-Führung den Abbau des Reallohns durchsetzt und die Forderungen der Arbeiter unterläuft.**

Wenn so der Schleier der Illusionen, mit der sie ihre Politik umgibt, durchbrochen wird, muß sie mit allen Mitteln versuchen, diese Entwicklung zu stoppen. In den Gewerkschaften dienen dazu z.B. die Auflösung ganzer, zu kritisch gewordener Gremien (vor allem im Jugendbereich) und die Ausschlußpolitik gegen linke Gewerkschafter.

Selbstorganisierter Flohmarkt der Kinderschule im „Vogelstraßenviertel"

Selbstorganisierter Flohmarkt der Kinderschule im „Vogelstraßenviertel"

Unter diesem Blickwinkel muß man die Ereignisse in Grünhöfe betrachten, will man sie richtig einschätzen. Die SPD wird versuchen, die wenigen Erfahrungen, die die Eltern bisher gemacht haben, zunichte zu machen. Dies sind vor allem die Erfahrungen, daß man durch solidarisches Handeln zum Erfolg kommen kann (Erkämpfung der Mietverträge) und daß von Seiten der SPD und der Behörden keine Unterstützung zu erwarten ist. Die SPD wird sich bemühen, Initiativen usw. auf ihre Mühlen zu lenken, im städtischen Bürokratismus zu ersticken und abzuwürgen. Dies ist gemeint, wenn Herr Rehberg von „in den Griff kriegen" spricht.

Den ersten Schritt hierzu taten schon vor einem Jahr die Jusos, indem sie in der Nähe der KS einen ihrer üblichen „Spielplätze" einrichteten, um so die Kinder von der KS „wegzulocken" und sich selbst gleichzeitig als die „großen Wohltäter" darzustellen.

Den nächsten unmittelbaren Vorstoß unternahm der SPD-Stadtverordnete für diesen Bezirk, Hartmann, als er auf einer Bewohnerversammlung dazu aufforderte, sich tunlichst an ihn zu wenden, wenn man Forderungen an die Städtische Wohnungsbaugesellschaft habe. Er würde dann seinen Einfluß ausnutzen und die Angelegenheit regeln (fragt sich nur, in wessen Interesse!). So soll verhindert werden, daß die Bevölkerung selbst für ihre Interessen eintritt, die Dinge selbst in die Hand nimmt. Es soll sich wieder die Haltung breit machen, „die SPD wird's schon machen", damit diese die ganze Sache in aller Ruhe abwürgen und sagen kann: „Es war eben nicht mehr drin".

Das gleiche gilt für die KS. Die zweifelsohne vorhandenen positiven Ansätze in der Kinderarbeit und die Arbeit unter den Eltern sollen abgeblockt werden. Die SPD hat schon angekündigt, daß sie sich bei einer finanziellen Beteiligung an der KS das „Recht" vorbehält, ihr nicht genehme Helfer vor die Tür zu setzen. Daß diese Drohung gegen die fortschrittlichen Kräfte gerichtet ist, geht schon aus der Äußerung Rehbergs hervor, die ganze Arbeit sei „Chaotenkram". Oder auch: die Helfer wären alle „Berufsrevolutionäre" und würden „das alles ganz gut und geschickt einfädeln." Hinter diesen Worten steckt natürlich auch die Absicht, in Anknüpfung an noch vorhandene antikommunistische Stimmungen in der Bevölkerung die Arbeit der KS zu diffamieren und den Betroffenen einzureden, sie würden „von Linksradikalen für deren Zwecke mißbraucht".

Wer allerdings tatsächlich die eigenen parteipolitischen Ziele allem voranstellt und die Belange der Bevölkerung allenfalls dann entdeckt, wenn es gilt, das angekratzte Image wieder aufzupolieren (vor Wahlen z.B.) – das sollte am Beispiel KS Grünhöfe deutlich geworden sein.

Bei einer Übernahme der KS durch die SPD werden auch die Inhalte der Kinderarbeit geändert werden. Von den Helfern wurde, zumindest theoretisch, das Konzept vertreten, den Kindern erstens über vorhandene Schwierigkeiten hinwegzuhelfen (z.B. Hausaufgabenhilfe bei Schulkindern) und zweitens ihnen ihre Situation und deren Ursachen bewußt zu machen, sie ansatzweise klassenorientiert zu erziehen.

Das Ziel der SPD wurde von Grothusen wie folgt angegeben: „Befähigung der Kinder zum Leben und Kampf in dieser Gesellschaft", was eine nicht ungeschickte Formulierung dafür ist, sie an diese Gesellschaft binden zu wollen.

Wie geht es weiter ?

Entsprechend ihrem Vorhaben ist auch die Taktik der SPD. Einerseits die scheinheilige Haltung des „Wir-wollen-ja-auch-nur-Helfens"; die Verlockung, die Arbeit in der KS zu intensivieren, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen und möglicherweise daraus einen Kindergarten mit vier hauptamtlichen Kräften zu machen. (So ein SPDler in der Diskussion mit dem Kirchenvorstand.) Andererseits die Drohung, die freiwilligen Helfer, die die Träger nicht nur der Kinderarbeit sind, sondern auch die der Elternarbeit, teilweise oder ganz hinauszuwerfen; und, falls sich Eltern und Helfer mit einer Beteiligung der Stadt nicht einverstanden erklären, die KS ganz aufzulösen, auf jeden Fall aber kein Geld mehr zu zahlen: „Wenn Sie nicht wollen (daß die Stadt sich beteiligt und Einfluß nimmt, d. Verf.) gibts keinen Pfennig. Es kann auch passieren, daß wir daneben einen ganz neuen Kindergarten hinbauen." (Grothusen)

Bis jetzt versucht die SPD noch, auf dem Wege von Verhandlungen mit dem bisherigen finanziellen Träger, der Kirche, die KS zu übernehmen. Dieser Weg scheint auch erfolgversprechend zu sein. So erklärte sich der Kirchenvorstand prinzipiell mit einer Beteiligung der Stadt einverstanden. In den folgenden Verhandlungen geht es lediglich um die Bedingungen dieser Beteiligung, z.B. darum, welchen Einfluß die Stadt auf die Festlegung der Erziehungsinhalte haben soll, oder inwieweit Helfer und Eltern miteinbezogen werden sollen.

Daß es der Mehrheit des Kirchenvorstandes nicht um die Beibehaltung der bisherigen Arbeit geht, beweist allein die Tatsache, daß er gegen den erklärten Willen der Helfer die Verhandlungen überhaupt erst aufnahm. Auch der Kirchenvorstand hat kein weitergehendes Interesse an der KS als das, daß in diesem Bezirk überhaupt etwas gemacht wird, um sagen zu können: „Seht doch, auch die Kirche tut was für die sozial Schwachen!"

Was tun ?

Es wird der SPD mit aller Wahrscheinlichkeit gelingen, sich in der KS festzusetzen. Dies werden die Helfer und die engagierten Teile der Eltern nicht verhindern können.

Woran liegt dies?

Die KS wurde nicht auf Initiative der Eltern gegründet, sondern von außen, von der Bevölkerung vollkommen fremden Menschen. Es ist festzustellen, daß es den Helfern aufgrund ihrer Arbeit mit den Kindern und Gesprächen mit den Eltern gelungen ist, persönlichen Kontakt zu den Eltern herzustellen und ihr Vertrauen zu gewinnen. Es wurde aber versäumt, die Eltern möglichst früh in die Arbeit miteinzubeziehen. Dies wurde erst ziemlich spät angegangen.

Eine falsche Einschätzung der SPD. Es hätte klar sein müssen, daß der Magistrat früher oder später eingreift. Man machte sich also gewisse Illusionen über den Charakter der SPD, glaubte, daß diese zusehen würde, wenn ohne ihre Kontrolle im sozialen Bereich eine Arbeit geleistet wird, die die meisten Helfer selbst als fortschrittlich und z.T. auch antikapitalistisch verstanden. Diese Arbeit hätte innerhalb der Bevölkerung auch inhaltlich abgesichert werden müssen. So gibt es momentan nur relativ wenige Eltern, die sich aktiv für die Aufrechterhaltung der KS in ihrer jetzigen Form einsetzen und sie auch notfalls selbst tragen wollen.

Ein weiterer Fehler besteht darin, daß die Bevölkerung nicht genügend über die Angriffe der SPD informiert worden ist. Innerhalb des „harten Kerns" der Elternschaft herrscht

worden ist. Innerhalb des „harten Kerns" der Elternschaft herrscht

zwar über die Bedeutung und die Ziele der SPD, bezogen auf die KS, Klarheit, aber die politische Fundierung, die Klarheit über die Rolle der SPD überhaupt fehlt.

Es ergeben sich also konkret zwei Hauptaufgaben: erstens die Solidarität breiter Teile der Einwohner zu gewinnen und zweitens die notwendige politische Klarheit zu schaffen, vor allem über die Funktion der SPD und des Reformismus. Gleichzeitig sollte man sich auch keinen Illusionen über schnelle Erfolgsaussichten eines Kampfes gegen die Angriffe der SPD hingeben.

Zweitens müssen sich auch die Helfer einen klaren politischen Hintergrund ihrer Arbeit erarbeiten und nicht wie bisher größtenteils im politischen Vakuum arbeiten, d.h. vor allem ohne eigenen festen politischen Standpunkt. Wenn dies nicht geschieht, wird auch die Arbeit mit den Kindern in den Schuhen der Handwerkelei stecken bleiben. Die Helfer müssen sich darüber klar werden, unter welchen Bedingungen sie ihre Arbeit aufrechterhalten wollen und unter welchen nicht. Nur so, mit der nötigen politischen Klarheit und Bewußtheit, werden sie sich gegen die Einflußnahme der SPD behaupten können.

Falsch wäre es auf jeden Fall, angesichts der Drohungen der SPD das Handtuch zu werfen oder in Opportunismus zu verfallen und den „Wünschen" der SPD ganz oder auch nur teilweise zu entsprechen. ■

Vertriebsorganisation
KB/Gruppe Bremerhaven

Anmerkung der Redaktion zu diesem Artikel nächste Seite.

MODERNE SKLAVENHALTUNG

AUGENWISCHEREI DES BÜRGERLICHEN JOURNALISMUS

Unter der Überschrift „Polizei entdeckte moderne Sklavenhaltung – Türkische Arbeiter schamlos ausgenutzt" veröffentlichte die „Nord-West-Zeitung" („NWZ", Oldenburg) am 22. Nov. 73 einen Fall von – wie es heißt – „grober Ausnutzung" türkischer Arbeiter.

Ein Gangster aus Großenkneten (Südoldenburg), der sich selbst als Unternehmer bezeichnet, hatte illegal (d.h. ohne Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis) eingereiste türkische Arbeiter von seinen Komplizen auf westdeutschen Bahnhöfen anheuern lassen und mit der Versicherung, „ich mache schon vernünftige Arbeiter aus euch" von jedem 200 bis 300 Mark „Vermittlungsgebühren" erpreßt. Er ließ sie in Bremen, Oldenburg und anderen Orten im Straßenbau schuften, indem er sie an andere Firmen „verlieh". Die Türken bekamen 3 bis 4,50 DM pro Stunde, während er selbst zwischen 7 und 21 DM einstrich. Auch das Geld für die Sozialversicherung der Kollegen kassierte er für sich selbst. Außerdem zwang er die türkischen Kollegen, sich für 100 DM Monatsmiete pro Nase in seine fünf Wohnwagen einzumieten. Fünf bis sechs Kollegen „bewohnten" einen Wagen! Sanitäre Anlagen und sonstiger „Komfort" waren nicht vorhanden.

Kurz: Der Unternehmer verdiente allein im ersten Monat zwischen 1 000 und 3 000 Mark an einem Türken, die Wohnwagen brachten ihm monatlich allein bis zu 3 000 Mark ein.

Die üblen Machenschaften dieses Gauners wurden aufgedeckt. Nun sollte man meinen, daß er im Gefängnis sitzt. Aber umgekehrt: die türkischen Kollegen wurden verhaftet und ausgewiesen (was für sie ein noch elenderes Leben unter faschistischer Herrschaft bedeuten kann), während der Gangster weiter frei herumläuft. Gegen ihn wird lediglich „polizeilich ermittelt", und das, obwohl ihm das gleiche im vergangenen Jahr schon einmal nachgewiesen werden konnte. Das höchste, was er nach hiesiger Gesetzgebung an Strafe zu erwarten hat, ist eine Geldbuße von 3.000 Mark (was bei dem guten Geschäft allemal über ist).

Liest man den Artikel in der NWZ, so scheint diesen bürgerlichen Schreiberlingen gar nicht in den Sinn zu kommen, daß die Falschen, nämlich unsere türkischen Kollegen, das Ganze auszubaden haben. Doch noch etwas anderes fällt auf: in dem Artikel wird zwar großartig von „illegalen Gastarbeitern" geredet, aber die Frage, weshalb viele Türken ohne Aufenthaltsgenehmigung kommen, wird nicht gestellt. Tatsache jedenfalls ist, daß die türkischen Kollegen meistens gar keine andere Wahl haben, als illegal hier zu arbeiten, denn in ihrer Heimat, die von faschistischen Machthabern regiert wird, herrscht Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend. So beträgt z.B. die Zahl der Arbeitslosen dort im Sommer zwei Millionen, im Winter sogar 9 Millionen, was bei einer Bevölkerungszahl von 36 Millionen Menschen ungeheuer hoch ist. In Anbetracht dieser Lage ist es nicht verwunderlich, daß viele von ihnen der Anwerbung und den Versprechungen der modernen Menschenhändler auf den Leim gehen.

Bezeichnend ist weiter, daß man sich herzlich wenig darum kümmert, ob ausländische Kollegen illegal eingereist sind oder nicht, wenn es darum geht, den Profit zu sichern. So ist z.B. ein Fall aus Hessen bekannt, wo türkische Arbeiter schon im März ausgewiesen werden sollten, aber wegen des Protestes der Baufirmen, bei denen sie beschäftigt waren und die billigen Arbeitskräfte für die Saison behalten wollten, noch bis zum November „geduldet" wurden!

Die illegal eingereisten Kollegen sind also total der Willkür ihrer Arbeitgeber und der Behörden ausgesetzt, da ein Protest gegen die unmenschliche Behandlung und grenzenlose Ausbeutung automatisch zur Ausweisung führt.

Die NWZ-Schreiber „vergessen" bei ihrer Berichterstattung noch einen weiteren Punkt, nämlich daß nicht nur die illegalen ausländischen Arbeiter „schamlos ausgenutzt" werden, sondern die ausländischen Kollegen in ihrer Gesamtheit zum am meisten ausgebeuteten und rechtlosesten Teil der Bevölkerung gehören. Nur einige Fakten dazu:

1972 verdiente ein westdeutscher Arbeiter durchschnittlich 1.000 Mark netto, während sein ausländischer Kollege nur 870 Mark an Lohn erhielt. Dabei sollte man noch bedenken, daß die ausländischen Arbeiter meist mehr Überstunden machen.

Aber nicht nur die Ausbeutung der Ausländer ist stärker, sondern auch ihre politische Entrechtung: in den Ausführungsbestimmungen zum Ausländergesetz heißt es mit dreister Ironie, daß die Ausländer in der BRD „alle Grundrechte" genießen – „mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl des Arbeitsplatzes, der Berufs- und Ausbildungsstätte, sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland". Was bleibt da noch übrig? !

Die NWZ-Schreiber sind sicherlich nicht so wenig informiert, daß ihnen die eben genannten Tatsachen nicht bekannt wären. Wenn sie einen solchen Fall veröffentlichen, geht es ihnen vielmehr darum, von der allgemeinen, alltäglichen Ausbeutung nicht nur der ausländischen, sondern aller Arbeiter abzulenken und sie zu vertuschen.

Vertriebszelle II des KB/Gruppe Oldenburg ■

Anmerkung der ARBEITERKAMPF-Redaktion

Anmerkung der ARBEITERKAMPF-Redaktion

Der Artikel der Bremerhavener Genossen über den Versuch der dortigen SPD, das Projekt „Kinderschule Finkenstraße" einzusacken, hat nach Meinung der AK-Redaktion in den Schlußfolgerungen des letzten Abschnitts („Was tun? ") einige Mängel. Die Genossen schätzen unseres Erachtens richtig ein, daß es „der SPD mit aller Wahrscheinlichkeit gelingen (wird), sich in der KS festzusetzen". Jedoch scheint uns die Begründung teilweise falsch und die aufgezeigten Perspektiven nicht ganz hinreichend zu sein.

Als ersten Grund nennen die Genossen: „Die KS wurde nicht auf Initiative der Eltern gegründet, sondern von außen, von der Bevölkerung völlig fremden Menschen." Die Genossen schreiben dann weiter, daß es den freiwilligen Helfern aber „gelungen ist, persönlichen Kontakt zu den Eltern herzustellen und ihr Vertrauen zu gewinnen", und kritisieren, daß jedoch „versäumt (wurde), die Eltern möglichst früh in die Arbeit mit einzubeziehen".

Natürlich wäre es besser, wenn die Eltern von Anfang an selbst die Initiative ergriffen hätten. Das ist aber nicht der Fall gewesen und es ist ja auch im allgemeinen so, daß derartige Aktionen nur sehr selten ganz „von selbst" und ohne eine Initiative „von außen" zustandekommen. Das können wir nicht zum Gegenstand einer Kritik machen, wie es in dem Artikel erscheint. Es ist im Gegenteil doch so, daß wir die Menschen, die „von außen" der werktätigen Bevölkerung uneigennützig helfen, für ihre Interessen einzutreten, unterstützen müssen.

Die Tatsache, daß die Initiative für die Kinderschule Finkenstraße nicht von Anfang an „von den Eltern selbst", sondern „von außen" gekommen ist, kann auch kein Grund dafür sein, daß es „der SPD mit aller Wahrscheinlichkeit gelingen (wird), sich in der KS festzusetzen". Auch wenn dies anders gewesen wäre, wenn die Initiative von den Eltern selbst ausgegangen wäre, könnte man heute wohl kaum mit einer anderen Situation rechnen. Dafür gibt es eine Reihe von Beispielen in von der Bevölkerung selbständig initiierten Aktionen zur Wahrnehmung ihrer Interessen. Es ist gegenwärtig so, daß die meisten solcher Aktionen noch unter den abwiegelnden und auf die Erhaltung der bestehenden Ordnung hinführenden Einfluß der SPD geraten. Das hängt mit der allgemeinen Situation des Stands der Klassenkämpfe und des erreichten Entwicklungsgrads im politischen Bewußtsein der Bevölkerung zusammen, wo sowohl die Klarheit als auch die Fähigkeit (der organisierte Zusammenschluß) zum Kampf noch hinter den Machtmitteln und der Manövrierfähigkeit der SPD (und ebenso anderer bürgerlicher Kräfte) zurückbleibt. Die Genossen haben diese Tatsache in ihrem Artikel allerdings auch mit erwähnt, wo sie von „Illusionen über den Charakter der SPD" usw. sprechen. Aber es handelt sich hierbei eben nicht um einen gleichrangigen Punkt gegenüber dem, daß die Eltern nicht von Anfang an selbst zur Initiative geschritten sind, sondern dies ist gerade die Grundlage dafür, daß es noch so wenig erfolgreiche Selbsttätigkeit der Bevölkerung gibt.

Um dies zu ändern (und wir sagen ja auch nicht, daß gegenwärtig überhaupt noch keine „konkreten Erfolge" möglich seien), bedarf es gerade der Initiativen „von außen" – und für uns heißt das: kommunistische Agitation und Propaganda zur Aufhellung des Bewußtseins der werktätigen Bevölkerung und zur Organisierung ihres Kampfes. Die Genossen schreiben z.B., daß ein weiterer Fehler bei der Arbeit in der Kinderschule Finkenstraße darin besteht, „daß die Bevölkerung nicht genügend über die Angriffe der SPD informiert worden ist". Und sie schreiben bezüglich der gegenwärtig dort bestehenden Hauptaufgaben, daß in der Bevölkerung eine politische Klarheit und Solidarität entwickelt werden muß, und daß „auch die Helfer (sich) einen klaren politischen Hintergrund ihrer Arbeit erarbeiten (müssen)". Das ist natürlich richtig. Dennoch meinen wir, daß es nicht ausreicht, die freiwilligen Helfer zu kritisieren, daß sie „bisher größtenteils im politischen Vakuum (gearbeitet haben), d.h. vor allem ohne eigenen festen politischen Standpunkt" – und daß dies, wenn man es dabei beläßt, sicherlich nicht als eine vorwärtsbringende Unterstützung verstanden werden kann (sowohl von den freiwilligen Helfern nicht, als auch nicht von der Bevölkerung in der „Vogelstraßensiedlung"). Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, sich auch selbst Rechenschaft abzulegen, d.h. darzulegen, was von unserer Seite aus (von den Kommunisten) zur Unterstützung des Kampfes um die Kinderschule Finkenstraße getan worden ist und getan wird, wo wir u n s e r e e i g e n e n Aufgaben sehen, und wie wir diese k o n k r e t a n p a k k e n. Dies fehlt leider in dem Artikel. Es ist aber doch wohl so, daß die von den Genossen als bislang ungenügend bezeichnete Information der Bevölkerung über die Angriffe der SPD usw. auch als eine Kritik an uns selbst verstanden werden muß. Natürlich übersehen wir dabei nicht, daß es uns oft noch an den nötigen Kräften fehlt, um in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen die Interessen und die sich entwickelnden Kämpfe der Bevölkerung p r a k t i s c h zu unterstützen. Aber leider haben wir auch vielfach noch einen Zustand, wo die vorhandenen Möglichkeiten nicht ausgeschöpft werden und man dann leicht und unnötigerweise in die Rolle eines bloßen „Kritikers" oder gar in die eines „Nörglers" geraten kann; so wenig man das natürlich auch selbst sein will – aber man muß dies aus dem Blickwinkel derjenigen sehen, deren Interessen und deren Kämpfe wir unterstützen und zum Erfolg verhelfen wollen.

In diesem Sinne wäre es sicher gut, wenn die Genossen ihre eigene Tätigkeit, ihre politische Agitation und Propaganda in der „Vogelstraßensiedlung" vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt kritisch durchleuchten und darüber im ARBEITERKAMPF berichten. ■

Inhalt